Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Politikplan

2006 – 2009

Politikplan 2006–2009

Das Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates mit Bilanz 2004/2005

Der Politikplan und Basel 2020

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir freuen uns, Ihnen den Politikplan von Basel-Stadt zu präsentieren. Von nun an steht er in einem speziellen Licht: dem Licht von Basel 2020.

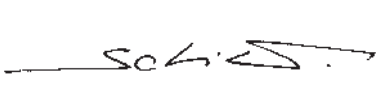
Basel 2020 hat der Regierungsrat in diesem Jahr entworfen: Es sind weite und grosse Linien zu einem Basel im Jahr 2020, das als urbanes Zentrum einer trinationalen Metropolitanregion ausstrahlt weit über seine regionalen Grenzen hinaus. Mit den Entwürfen von Basel 2020 möchten wir eine Kultur etablieren, eine starke und über sich hinausgreifende Identität, aus deren Selbstverständnis heraus wir unser ganzes staatliches Handeln verstehen.

Diesen langfristigen Linien entlang möchten wir unsere mittelfristige Planung ausrichten – die Schwerpunkte, die wir im Politikplan setzen, und die Politikbereiche werden sie genauso reflektieren wie die Felder, in denen wir unser politisches Planen in konkretes, praktisches, tägliches, produktives Handeln umsetzen.

Wir wissen, dass sich diese Entwicklung nicht von heute auf morgen vollzieht: Zwar war uns das überregionale Verständnis unseres Kantons schon immer wichtig, es beeinflusst unsere Politik seit Jahren entscheidend, doch das grundlegende Ausrichten unserer Aktivitäten auf die neuen und weiten Ziele hin braucht seine Zeit. Erster Schritt ist die Wahl eines übergreifenden Schwerpunktthemas «Stärkung der regionalen Zusammenarbeit», das Aussenbeziehungen, Hochschulentwicklung und Spitalplanung und die Aktivitäten im Bereich Life Sciences unter dem erweiterten Aspekt der grenzüberschreitenden Regionalität vereint. Auch die Bevölkerungsbefragung erhält durch ihr Vertiefungsthema «Mobilität» eine Perspektive über die Grenzen Basels hinaus.

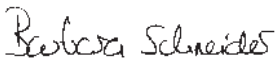
Wir wünschen Ihnen viel Interesse am neuen Politikplan!

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Jörg Schild
Vorsteher
Sicherheitsdepartement

Dr. Ralph Lewin
Vorsteher Wirtschafts- und Sozialdepartement



Barbara Schneider
Vorsteherin
Baudepartement

Dr. Carlo Conti
Vorsteher
Gesundheitsdepartement

Dr. Christoph Eymann
Vorsteher
Erziehungsdepartement

Dr. Eva Herzog
Vorsteherin
Finanzdepartement

Dr. Guy Morin
Vorsteher
Justizdepartement

Basel, 6. September 2005

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
1.1 Basel 2020 6
1.2 Der Politikplan als politisches Steuerungsinstrument 8
1.3 Hinweise 9

2. Die Ausgangslage
2.1 Gesellschaft 14
2.2 Umwelt 16
2.3 Wirtschaft 18
2.4 Finanzen 20

3. Die Schwerpunkte
3.1 Stadtentwicklung Basel-Nord 24
3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum 25
3.3 Stadtwohnen 27
3.4 Bildungswege in der Volksschule 29
3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit 31
3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene 34
3.7 Nachhaltige Finanzpolitik 36

4. Die Politikbereiche
4.1 Staatliches Gesamtziel 40
4.2 Recht und Sicherheit 42
4.3 Wirtschaft 43
4.4 Bildung und Kultur 44
4.5 Gesundheit 46
4.6 Soziale Sicherheit 48
4.7 Stadt und Verkehr 49
4.8 Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Partnern 51

5. Die Aufgaben- und Ressourcenfelder
5.1 Einleitung 56
5.2 Übersicht 58
5.3 Aufgabenfelder 59
5.4 Ressourcenfelder 100

6. Der Staatshaushalt
6.1 Strukturen der staatlichen Ausgaben 112
6.2 Laufende Rechnung 114
6.3 Investitionsplanung 119
6.4 Schulden 121
6.5 Übersichtstabellen zu den Staatsfinanzen 122

7. Die Planungsaufträge 137

8. Die Leistungserbringer 139

9. Die Produktgruppen pro Feld 143

10. Glossar 146

1. Einleitung

1.1 Basel 2020

Basel 2020

Im jährlich fortgeschriebenen und auf jeweils vier Jahre ausgelegten Politikplan verfügt der Kanton Basel-Stadt über ein gutes und bewährtes Planungsinstrument, das dem Parlament und der interessierten Bevölkerung erlaubt, sich frühzeitig in den politischen Gestaltungsprozess einzubringen. Im Bewusstsein, dass politische Entscheide in ihren Wirkungen sehr oft über den Zeithorizont einer Legislatur hinausreichen, hat sich der Regierungsrat von Basel-Stadt erstmals die Aufgabe gestellt, eine längerfristige Entwicklungsperspektive des Stadtkantons in der trinationalen Metropolitanregion zu beschreiben.

Grundlage für die Beschreibung von Basel 2020 waren neben demografischen Faktoren sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kenndaten der Wille, Basel als entwicklungsstarkes, attraktives und leistungsfähiges Zentrum einer starken trinationalen Region mit hohem eigenem Potential zu sehen.

Basel soll im Jahre 2020 in einer trinationalen Region, die bis zu einer Million Menschen umfasst, als das urbane Zentrum wahrgenommen und genutzt werden können.

Die Entwicklung dieser Region und seines Zentrums ist nur möglich durch eine intensive Zusammenarbeit, die getragen ist von einem Dialog aller Partner auf gleicher Augenhöhe.

Die starke Zentrumsfunktion von Basel in der trinationalen Metropolitanregion äussert sich im Jahr 2020 vorab in folgenden gemeinsam entwickelten Bereichen:

Lehr- und Forschungsstandort Basel

Der Lehr- und Forschungsstandort Basel, mit den Eckpfeilern Universität mit Universitätsspital, Fachhochschule Nordwestschweiz und ETH-Zentrum für Biosysteme gehört zu den führenden Wissenszentren Europas. Die Universität gehört mit über 15 000 Studierenden zu den 50 besten Hochschulen der Welt. Der Lehr- und Forschungsstandort Basel zählt zu den führenden Innovationszentren in den Bereichen Life Sciences, Medizinische Forschung, Energie und Kulturwissenschaften.

Wirtschaftsstandort Basel

Basel ist im Jahre 2020 noch vermehrt ein gesuchter Standort weltweit führender Pharmaunternehmen und der Agrochemie, der Medizinaltechnik sowie der Logistikbranche und ein bedeutendes Zentrum für wichtige Querschnittsfunktionen wie Finanzen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien. Die hohe Standortqualität für KMU macht Basel zu einem gefragten Lebensmittelpunkt für hoch qualifizierte und engagierte Menschen aus dem In- und Ausland.

Kulturstadt Basel

Basel ist ein bedeutendes kulturelles Zentrum von internationaler Bedeutung und dies dank einer gelebten Partnerschaft zwischen privaten und öffentlichen Initianten und Kulturträgern mit besonderen Ausstrahlungen in den Bereichen bildende Künste, Musik und Theater.

Basel 2020 fokussiert sich auf diese Bereiche. Voraussetzung für diese Entwicklung bildet ein urbaner Lebensraum.

Urbaner Lebensraum Basel

Der Stadtkanton ist ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Gemeinwesen für Menschen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen. Basel ist Arbeitsstadt, Dienstleistungszentrum, aber auch Wohnstadt mit bester Lebensqualität in der trinationalen Agglomeration Basel.

Die Umsetzung von Basel 2020

Damit Basel innerhalb der trinationalen Metropolitanregion seine besonderen Entwicklungschancen nutzen kann, müssen die Systemgrenzen (Kantonsgrenzen, Staatsgrenzen) und ihre Auswirkungen auf die Steuerung politischer Prozesse konsequent weiter abgebaut werden.

Der Regierungsrat von Basel-Stadt richtet seine Politik auf die jetzigen und künftigen Bedürfnisse der in der Region lebenden, arbeitenden, sich bildenden, sich erholenden Menschen aus und setzt sich speziell ein für:

- föderale Strukturen, die in ihrer Reichweite bezüglich Raum und politische Steuerungsmöglichkeiten den Lebensräumen der Menschen entsprechen;
- eine Neuausrichtung der schweizerischen Regionalpolitik auf die Bedürfnisse der Grenzregionen hin;
- die Weiterentwicklung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen;
- die aufgabenorientierte Gestaltung des Lastenausgleichs zwischen den Kantonen;
- die Vertiefung der Beziehungen zu Basel-Landschaft, zu den Kantonen Solothurn, Aargau und Jura, zum Landkreis Lörrach und zur Communauté des Communes des Trois Frontières;
- den Einbezug der Nordwestschweiz in das deutsch-französische Projekt Eurodistrikt.

Basel 2020 und Politikplan

Die Umsetzungsschritte von Basel 2020 werden jährlich im Hinblick auf den auf vier Jahre fortgeschriebenen Politikplan des Regierungsrates festgelegt und in dessen Einleitungskapitel kommuniziert.

1.2 Der Politikplan als politisches Steuerungsinstrument

Entwirft Basel 2020 in weiten und grosszügigen Linien die langfristigen politischen Ziele des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt, befasst sich der Politikplan – daran orientiert – mit dessen mittelfristigen konkreten Absichten und Handlungen. Angelegt auf vier Jahre, ist er das zentrale Steuerungsinstrument des Regierungsrates und beschreibt, was der Regierungsrat mit den staatlichen und staatlich finanzierten Tätigkeiten erstrebt und was er mit ihnen tatsächlich erwirkt. Die wichtigsten laufenden oder geplanten Projekte und Vorhaben vermitteln dabei einen Einblick in die konkreten Aktivitäten von Basel-Stadt. Dabei wird jeder Bereich («Feld») mit den finanziellen Mitteln verknüpft, die das Erbringen dieser Leistungen bedeutet. So lassen sich Leistung und Kosten eines Feldes direkt vergleichen, was damit nicht nur den intern Beteiligten, sondern auch den Steuerzahlenden bewusst macht, wofür der Staat die Gelder einsetzt.

Der Regierungsrat verabschiedet den Politikplan im Herbst. Danach legt er ihn dem Grossen Rat vor. Über die vom Regierungsrat gewählten Schwerpunkte und deren Ziele beschliesst der Grosse Rat ab diesem Jahr; die restlichen Kapitel nimmt er zur Kenntnis.

Als Controlling- und gleichzeitig handlungsorientierendes Instrument zum Politikplan führte der Kanton Basel-Stadt 2003 zum ersten Mal eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durch. Nun erfolgte 2005 eine zweite solche Befragung, dieses Mal mit dem besonderen Vertiefungsthema Mobilität (im Internet unter www.statistik.bs.ch, Rubrik Bevölkerungsbefragung). Die Resultate widerspiegeln, wie die Bewohnerinnen und Bewohner von Basel-Stadt das staatliche Wirken wahrnehmen. Sie zeigen, in welchen Bereichen sie mit dem Status quo ihres Kantons und ihrer Stadt zufrieden sind und in welchen sie sich Verbesserungen erwünschten. Ähnlich und ebenfalls im Zweijahresrhythmus befragen die Städte Zürich und Bern ihre Bevölkerung. Der vorliegende Politikplan analysiert die Resultate im Teil Politikbereiche und interpretiert daraus erstrebenswerte oder notwendige Handlungsweisen für die verschiedenen Bereiche der politischen Arbeit.

1.3 Hinweise

Aufbau

Die Ausgangslage
Die *Ausgangslage* in Kapitel 2 schildert die durch prädeterminierende Faktoren definierte Situation, die dem Planen des staatlichen Handelns vorgegeben ist.

Die Schwerpunkte
Den Schwerpunktthemen der Regierungstätigkeit in Kapitel 3 widmet der Regierungsrat in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit und besonderes Engagement.

Die Politikbereiche
Kapitel 4 skizziert die grossen Linien der baselstädtischen Politik in sieben Politikbereichen. Dabei integriert sind die Resultate der biennal durchgeführten Bevölkerungsbefragung.

Die Aufgaben- und Ressourcenfelder
Kapitel 5 schildert in Aufgaben- und Ressourcenfeldern die relevanten staatlichen oder staatlich finanzierten, kantonalen und kommunalen Tätigkeiten.
Die Aufgabenfelder umfassen die nach aussen gerichteten Tätigkeiten zu Gunsten der Menschen und Institutionen ausserhalb der Verwaltung. Die Tätigkeiten der Ressourcenfelder wirken nach innen zugunsten anderer Dienststellen, welche daraus die für ihre eigenen Leistungen in den Aufgabenfeldern notwendigen Ressourcen beziehen.
Jedes Feld umfasst vier Teile: 1. Es beschreibt die Tätigkeiten innerhalb seines Bereichs, 2. es umreisst deren politischen Ziele, und 3. es führt die wichtigsten Projekte und Vorhaben samt Bilanzen auf, die sowohl für die politischen als auch für die Feinziele der Projekte und Vorhaben Rechenschaft geben über das im Berichtsjahr von August des Vor- bis Juli des aktuellen Jahres Geleistete. Die Tabelle am Schluss jedes Feldes weist 4. die Kosten der Tätigkeiten aus und verknüpft so direkt die Leistung mit dem Aufwand (vergleiche Kapitel 5.1).

Der Staatshaushalt
In Texten und detaillierten Zahlentabellen zeigt Kapitel 6 die Strukturen des Staatshaushaltes: die Laufende Rechnung, die Investitionsplanung und Schuldenentwicklung und deren Veränderung im Planungszeitraum.

Die Planungsaufträge
Die Liste in Kapitel 7 enthält die Daten der laufenden Planungsaufträge, die der Grosse Rat dem Regierungsrat zur Erledigung überwies.
Anmerkung: Gemäss § 33c und § 37a der Geschäftsordnung des Grossen Rates, in Kraft seit Juli 2005, unterscheiden sich neu Planungsanzug (Antrag auf Änderung des Politikplans) und Vorgezogenes Budgetpostulat (Antrag auf Veränderungen in einem zukünftigen Budget). Da seither noch keine neuen Planungsanzüge in den Politikplan aufgenommen wurden, verwendet das Kapitel nach wie vor die Bezeichnung Planungsaufträge.

Die Leistungserbringer
Kapitel 8 stellt die wichtigsten Leistungserbringer der Felder aus Kapitel 5 zusammen.

Die Produktgruppen
Kapitel 9 ordnet den Aufgaben- und Ressourcenfeldern von Kapitel 5 als Unterbau und als Steuerungselemente auf Ebene der Departemente die Produktgruppen zu.

Glossar
Die im Politikplan verwendeten Fachausdrücke erklärt das Glossar in Kapitel 10.

Neuerungen im Politikplan 2006–2009

Neu leitet Basel 2020 den Politikplan ein und verbindet so das mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates mit dessen langfristig entworfenen Perspektiven.

Das Kapitel 2 Ausgangslage (vormals Rahmenbedingungen) skizziert die relevanten, vorbestimmenden Faktoren, worauf das staatliche Planen und Handeln aufbaut. Gemäss den Vorgaben des Bundes orientiert sich dieses Kapitel an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und umfasst deshalb neben den bisherigen Kapiteln 2.1 Gesellschaft und 2.3 Wirtschaft neu mit 2.2 auch die Umwelt. Kapitel 2.4 Finanzen umreisst wie bisher die ökonomische Ausgangslage von Basel-Stadt.

In Kapitel 3 Schwerpunktthemen stossen mit 3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum und 3.3 Stadtwohnen zwei neue, städtebauliche Themen hinzu. Neu ist auch der Schwerpunkt 3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene. Die bisherigen Themen Regionale Hochschulentwicklung und Regionale Spitalplanung erscheinen zusammen mit den bisherigen aussenpolitischen und neu Life Sciences-Bereichen unter dem erweiterten Nenner 3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Aus dem bisherigen Schwerpunkt Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen wird mit 3.7 neu Nachhaltige Finanzpolitik.

Die Ausführungen in Kapitel 4 zu den Politikbereichen interpretieren – inhaltlich bezogen auf die verschiedenen Bereiche – die Analysen der zweiten Bevölkerungsbefragung von 2005 und halten ihr handlungsorientiertes Potenzial fest.

Die einzelnen Aufgaben- und Ressourcenfelder in Kapitel 5 umfassen dieses Jahr mit wenigen Ausnahmen grundsätzlich nur eine Seite. Sie vermerken nicht mehr die Leistungserbringer, welche nur noch eine Liste in Kapitel 8 ausweist. Das bisherige Polizeidepartement erscheint unter seinem seit Januar 2005 gültigen neuen Namen Sicherheitsdepartement, das bisherige Sanitätsdepartement trägt seit Juli 2005 den neuen Namen Gesundheitsdepartement. Nachdem das Sicherheitsdepartement im Prozess der Neustrukturierung seine Aufgaben- und Ressourcenfelder entlang der organisatorischen Bereiche neu definierte, spiegelt sich die staatliche oder staatlich finanzierte Tätigkeit statt wie letztes Jahr in 36 in diesem Jahr noch in 34 Aufgabenfeldern – die Übersicht in Kapitel 5.2 zeigt die neue Ordnung. Da sich die Felder des Sicherheitsdepartements samt ihren angestammten Projekten und Vorhaben neu organisierten, dokumentiert aus Gründen der Transparenz die einmalig aufgenommene Liste auf Seite 80 die vorgenommenen Transfers.

Nach Auslagerung von Grossratskanzlei und Etablierung des Parlamentsdienstes heisst das Ressourcenfeld 8.7 neu Führung und Führungsunterstützung und umfasst auch die bisher in 8.8 enthaltenen Departementsstäbe. Letzteres erhält den Namen Behörden und gibt die Möglichkeit, die Kosten für den Grossen Rat mit Parlamentsdienst sowie Finanzkontrolle, Ombudsman und Verfassungsrat separat zu dokumentieren.

In allen Kapiteln – ausser den jährlich neu verfassten oder vollständig aktualisierten Kapiteln 2 Ausgangslage und 6 Staatshaushalt – sind bedeutende Änderungen gegenüber dem Politikplan 2005–2008 und so auch die neuen Schwerpunktthemen kursiv gesetzt.

2. Die Ausgangslage

Dieses Kapitel beschreibt die Ausgangslage für das politische Handeln im Kanton Basel-Stadt in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft und Finanzen. Anhand ausgewählter Kennzahlen stellt es die Rahmenbedingungen dar, die gegenwärtig die Leitplanken für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bilden. Gleichzeitig dienen die Kennzahlen dazu, die nachhaltige Entwicklung im Kanton zu beurteilen. Im diesjährigen Politikplan wird es an dieser Stelle keine Prognosen mehr geben, um dem Charakter der Ausgangslage im Sinne festgelegter Parameter gerecht zu werden.

Die Kennzahlen sind Bestandteil des seit diesem Jahr verfügbaren Kennzahlensystems zur nachhaltigen Entwicklung des Kantons Basel-Stadt. Das Kennzahlensystem wurde in Anlehnung an andere bestehende Indikatorensysteme wie dasjenige der Stadt Zürich oder des Bundes erarbeitet und ermöglicht damit auch Vergleiche. Eine ausführliche Darstellung der Nachhaltigkeitsindikatoren findet sich in einem separaten Bericht, der über das Internet abrufbar ist (www.statistik.bs.ch/kennzahlen).

2.1 Gesellschaft

Ein entscheidender Faktor für das Gedeihen des Kantons ist die Entwicklung der Bevölkerung. Für verschiedene Gebiete wie Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Raumplanung, Bildung und Arbeitsmarkt ist sie eine wichtig Kenngrösse für die politische Planung.

Die bestimmenden Determinanten der Bevölkerungsentwicklung – nämlich Geburtenrate, Sterberate und Wanderungssaldo – verliefen in Basel wie in anderen urbanen Gebieten in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten so, dass sich der demographische Alterungsprozess verstärkte. Die Auswirkungen von Geburtenrückgang und höherer Lebenserwartung konnten durch die Wanderungen nicht wettgemacht werden. Verfolgen lässt sich diese Entwicklung anhand des Altersquotienten, der das Verhältnis der über 64-Jährigen zur Anzahl Personen zwischen 20 und 64 Jahren in Prozent wiedergibt. Ebenfalls Aufschluss über die Struktur der Bevölkerung vermittelt der analog errechnete Jugendquotient, der die unter 20-Jährigen im Vergleich zur Gruppe der 20 bis 64-Jährigen setzt (vergleiche Abbildung 2.1.1).

Altersquotient und Jugendquotient

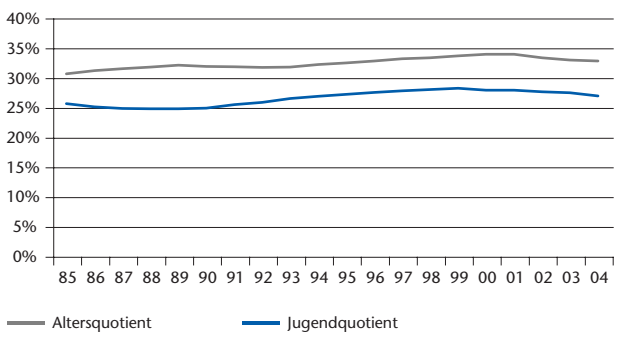


Abbildung 2.1.1 Die Entwicklung der Alters- und Jugendquotienten in Basel-Stadt seit 1985.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

Je höher der Altersquotient ausfällt, desto älter ist die Bevölkerung. Ab 1984 stieg dieser Wert im Kanton Basel-Stadt bis zu einem Maximum von 33,9% im Jahr 2001 stetig an. Seit drei Jahren ist der Quotient wieder leicht im Sinken begriffen und erreichte 2004 einen Wert von 32,7% .

Unter einem nachhaltigen Gesichtspunkt ist eine Bevölkerungsentwicklung wünschbar, die eine gerechte Lastenverteilung erlaubt. Die Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter sollte – nicht zuletzt wegen der Finanzierung der Sozialwerke – in einem für sie tragbaren Verhältnis zu den übrigen Personen stehen. Da der Geburtenrückgang beim demografischen Alterungsprozess eine Schlüsselrolle spielt, wäre eine Stärkung der Familienförderung in erster Linie auf Bundesebene, aber auch im Kanton anzustreben.

Existenzsichernde Leistungen

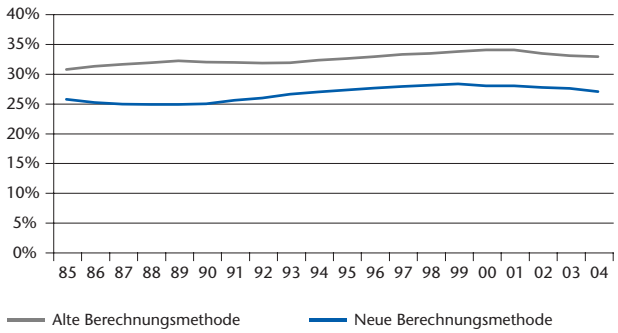


Abbildung 2.1.2 Die Entwicklung des Bevölkerungsanteils mit existenzsichernden Leistungen in den vergangenen Jahren.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

Bemerkung: Bei der Berechnung des Indikators nach alter Methode basieren die Angaben zu den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV auf Fallzahlen, die anhand eines Faktors zu Personenzahlen umgerechnet werden. Die neue Berechnungsmethode verwendet direkt die genauen Zahlen der erfassten Personen zur Berechnung der Quote.

Die Sicherung der materiellen Existenz aller Gruppen in der Bevölkerung ist eine grundlegende Voraussetzung zur nachhaltigen Entwicklung. Nebst Sozialversicherungsleistungen und verschiedenen zielgerichteten Unterstützungsleistungen wie Prämienverbilligung oder Ausbildungsbeiträge richtet der Staat existenzsichernde, finanzielle Bedarfsleistungen an bedürftige Personen aus. Unter existenzsichernden Leistungen wird hier derjenige Anteil der Wohnbevölkerung ausgewiesen, der Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zur AHV/IV erhält. Idealerweise ist diese Quote möglichst tief. Es wird jedoch immer Menschen geben, die auf Sozialleistungen – eine der grossen Errungenschaften des modernen Staates – angewiesen sind. Dennoch sollten möglichst viele Menschen ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten können. Abbildung 2.1.2 zeigt, dass jedoch ein zunehmender Teil der Bevölkerung auf Unterstützung angewiesen ist. Im Jahre 2004 waren es 11,6% oder 21400 Personen; 1999 lag der Anteil noch bei 7,9%. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, dass immer mehr Kinder und Jugendliche Sozialhilfe benötigen. Entsprechend widmet der Regierungsrat diesem Bereich mit Kapitel 3.6 ein neues Schwerpunktthema.

2.2 Umwelt

Eine nachhaltige Politik zum Schutz der Umwelt verbessert die Lebens- und Wohnqualität der Bevölkerung im Kanton und stellt einen wesentlichen Motor für eine moderne Wirtschaftsentwicklung dar. Elementare Voraussetzungen sind der Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima.

Die Lärmbelastung in städtischen Agglomerationen resultiert vor allem aus dem Verkehr. Industrie- und Gewerbelärm stehen demgegenüber im Hintergrund und treten vereinzelt oder lokal auf. Die Erfahrung zeigt, dass die Lärmbelastungen an verkehrsreichen Strassen die Wohnqualität deutlich verringert. Im Jahre 2000 waren im Kanton Basel-Stadt 22,4% der Wohnbevölkerung einer nächtlichen Lärmbelastung von über 50 dB (A), dem Grenzwert in der Empfindlichkeitsstufe II (ES II), ausgesetzt (vergleiche Abbildung 2.2.1). Gegenüber 1995 hat sich die Zahl der Personen, die übermässig mit Lärm belastet sind, um 11% vermindert.

Lärmbelastete Einwohnerinnen und Einwohner

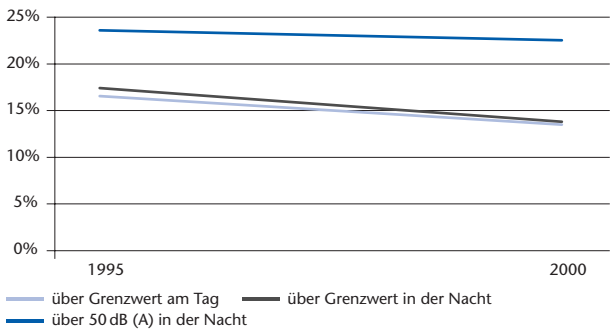


Abbildung 2.2.1 Die Entwicklung der Lärmbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner in Basel-Stadt (dB [A] ist die Masseinheit von Lärmstärke). Die Lärmdaten beruhen auf einem digitalen Gesamtmodell, welches im 2000 neu berechnet wurde.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

In der Empfindlichkeitsstufe III liegt der nächtliche Grenzwert bei 55 dB (A), am Tag bei 65 dB (A). Insgesamt sind am Tag 13,3% und in der Nacht 13,7% von Lärm über dem Immissionsgrenzwert betroffen. Dank dem Einbau von Schallschutzfenstern in den vergangenen Jahren konnten rund 2430 Personen vor übermässigem Lärm geschützt werden. Mit dem Sanierungsprogramm III werden weitere 7800 Personen vor übermässigem Lärm geschützt. Dank der unternommenen Anstrengungen kann die Bevölkerung von Basel-Stadt heute punkto Lärmbelastung von einer verbesserten Ausgangslage profitieren.

CO_2-Emissionen pro Kopf und Jahr
(in Tonnen)

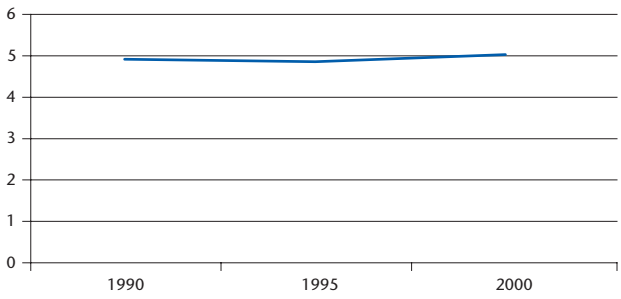


Abbildung 2.2.2 Die Entwicklung der CO_2-Emissionen in Basel-Stadt. Die CO_2-Zahlen werden im September aktualisiert.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

Kohlendioxid (CO_2) ist ein klimawirksames Gas. Der Anstieg des CO_2-Gehaltes in der Atmosphäre führt gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einer Temperaturerhöhung auf der Erde. Im Jahr 2000 wurden im Kanton Basel-Stadt rund 948 000 Tonnen Kohlendioxid oder 5 Tonnen pro Kopf ausgestossen (vergleiche Abbildung 2.2.2). Aus den Feuerungen stammten 65%, aus dem Strassenverkehr rund 20% und aus der Abfallverbrennung etwa 8,5%. Bei den Feuerungen ist seit 1990 eine Abnahme zu verzeichnen, dagegen nehmen die CO_2-Emissionen beim Strassenverkehr weiterhin zu. Durch den Einsatz erneuerbarer Energien (Sonne, Wind, Wasserkraft, Biomasse) und effizienter Energienutzung kann der CO_2-Ausstoss reduziert werden. Der Anteil solcher, erneuerbarer Energie nimmt in Basel kontinuierlich zu und betrug im Jahr 2003 rund 7,1%. Ein grosser Anteil wird durch Abfallverbrennung beigetragen. Die Energie aus Abfallverbrennung wird sowohl als Wärme (Dampf, Fernwärme) wie auch als Strom genutzt.

Um die Ziele des Schweizer CO_2-Gesetzes bis 2010 zu erreichen, müssen die CO_2-Emissionen gegenüber 1990 um 10% gesenkt werden. Das heisst, aufgrund der heutigen Ausgangslage erfordert dies einen reduzierten Verbrauch von fossiler Energie in allen Bereichen. Eine grosse Herausforderung dabei ist der Verkehr, da die Effizienzverbesserungen bei den Fahrzeugen durch höhere Fahrleistungen kompensiert werden.

2.3 Wirtschaft

Eine leistungs- und konkurrenzfähige Wirtschaft ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Sicherung der Wohlfahrt der Bevölkerung. Basel verfügt über eine solide Basis starker und exportorientierter Unternehmen in dynamischen Branchen. Diese Unternehmen treiben auch die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in unserer Region an, sei es nun durch ihren eigenen Bedarf oder durch den Konsum ihrer Mitarbeitenden. Auf diese Weise entsteht eine attraktive Wertschöpfungskette, die gut funktioniert und der ganzen Region ein überdurchschnittliches Wachstum beschert. Wie Abbildung 2.3.1 zeigt, erzielt Basel im Vergleich mit der grössten Stadt, Zürich, und dem Kanton Genf seit Mitte der neunziger Jahre die höchste Wertschöpfung pro Kopf. Dies untermauert die positive Einschätzung der Wirtschaftskraft des Kantons.

Wertschöpfung pro Kopf
(in Franken)

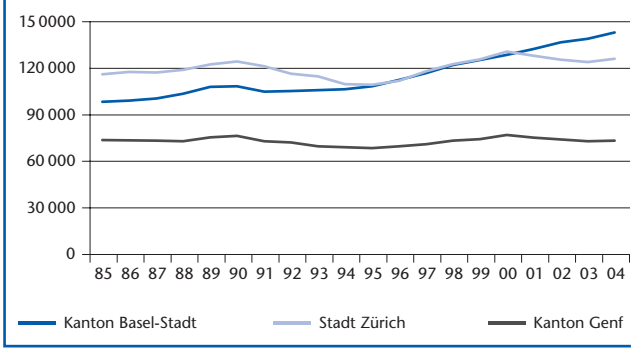


Abbildung 2.3.1 Die Entwicklung der Wertschöpfung pro Kopf in Basel-Stadt.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

Arbeitslosenquote im Jahresmittel

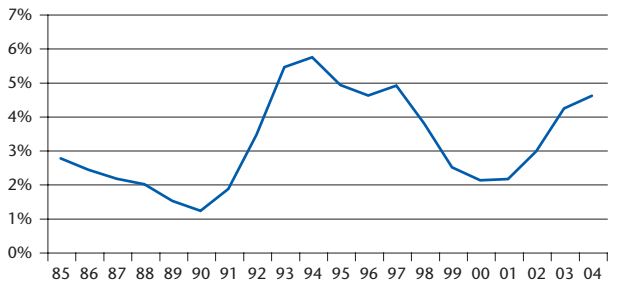


Abbildung 2.3.2 Die Entwicklung der Arbeitslosenquote (Jahresmittel) in Basel-Stadt.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

Diese Entwicklung ist erfreulich. Gleichzeitig darf die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht ausser Acht gelassen werden. Hier zeigt sich, dass für eine global vernetzte Wirtschaft nicht nur das regionale Umfeld ausschlaggebend ist, sondern auch die weltweiten konjunkturellen Bedingungen. Diese widerspiegeln sich besonders in der Entwicklung der Arbeitslosenquote (vergleiche Abbildung 2.3.2). Nach der wirtschaftlichen Erholung zur Jahrhundertwende nahm diese nicht zuletzt aufgrund von ökonomischen Unsicherheiten und politischen Krisen wieder stark zu.

Die schwierige arbeitsmarktliche Situation zwischen 1993 und 1998 hingegen erklärt sich anders. In dieser Phase war die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Basel zusätzlich erschwert durch strukturelle Veränderungen in der Chemie-, Pharma- und Finanzbranche. Für direkt Betroffene sind solche Veränderungen immer schwierig. Der Strukturwandel hat aber letztlich zu einer guten Entwicklung der involvierten Unternehmen beigetragen und liess es zu, dass diese in den vergangenen Jahren auch wieder neue, äusserst produktive und damit sichere Arbeitsplätze schaffen konnten.

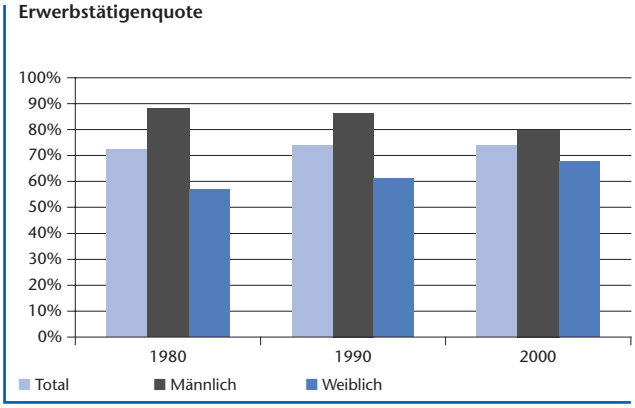


Abbildung 2.3.3 Die Entwicklung der Erwerbstätigenquote in Basel-Stadt.
Quelle: Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.

Ingesamt hat sich der Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten stabil entwickelt (vergleiche Abbildung 2.3.3). Jedoch drückt sich in der geschlechterspezifischen Betrachtung ein starker gesellschaftlicher Wandel aus. Die Quote der erwerbstätigen Frauen nahm stark zu, wogegen der Anteil der Männer in derselben Periode entsprechend zurückgegangen ist. Diese Entwicklung ist von grosser sozioökonomischer Relevanz, denn sie wirkt sich auf das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft, auf die Volkswirtschaft und schliesslich auch wieder auf die Unternehmen selber aus.

2.4 Finanzen

Im Jahr 2004 schloss die Staatsrechnung des Kantons Basel-Stadt mit einem Defizit von 34,9 Mio. Franken ab. Einem Ertrag von 3,826 Mrd. Franken stand ein Aufwand von 3,861 Mrd. Franken gegenüber. Im Vorjahr präsentierte sich das Ergebnis fast ausgeglichen. In der Bestandesrechnung (Bilanz) des Kantons ergeben sich für die Passiven (Verschuldung, Verpflichtungen) ein Betrag von ca. 5,4 Mrd. Franken. Bei den Aktiven (Vermögenswerte) resultiert eine Fehldeckung (Bilanzfehlbetrag) von 413 Mio. Franken. Dieser Fehlbetrag vergrösserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 32,5 Mio. Franken.

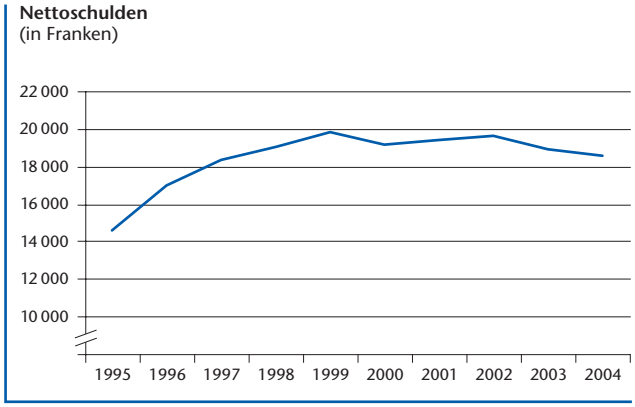


Abbildung 2.4.1 Die Nettoschulden pro Einwohnerin und Einwohner.

Seit Beginn der 90er Jahre wurden in den meisten Jahren negative Abschlüsse erzielt. Dies führte zu einer steigenden Verschuldung des Kantons, die den finanziellen Handlungsspielraum – nicht zuletzt durch die zu leistenden Zinszahlungen – einschränkt. Dank konsequent strenger Ausgabenpolitik und den beiden Massnahmepaketen zur Reduktion der staatlichen Ausgaben und Leistungen ist die Entwicklung von Aufwand und Ertrag in den letzten Jahren stabil geblieben. Die Nettoschulden insgesamt und pro Kopf nahmen leicht ab (vergleiche Abbildung 2.4.1; siehe auch Finanzplanung in Kapitel 6). Ende 2004 lagen sie bei 18 542 Franken. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen in Basel-Stadt in den letzten Jahren gesunken ist. Die Nettoverschuldung des Kantons Basel-Stadt nahm in den letzten 20 Jahren von ca. 1,9 Mrd. auf ca. 3,5 Mrd. Franken zu.

Die schon in den Vorjahren an dieser Stelle gezeigten Schwierigkeiten für den Finanzhaushalt des Kantons bestehen nach wie vor. Folgende Faktoren sind hierbei speziell hervorzuheben: eher schwaches Wirtschaftswachstum besonders auch bei wichtigen Handelspartnern, steigende Ausgaben im sozialen Bereich, anhaltend hohe Kosten für die Steuerzahlenden durch die strukturelle Unterfinanzierung der Pensionskasse, Entlastungen des Bundes auf Kosten der Kantone und von den Basler Stimmberechtigten beschlossene Steuerreduktionen. Die Darstellung der Finanzplanung in Kapitel 6 zeigt den Ernst der Situation.

Der mit Abstand wichtigste Posten bei den Einnahmen des Kantons sind die Steuern mit ca. 2,04 Mrd. Franken (vergleiche Abbildung 2.4.2). Für die langfristige Entwicklung der Finanzen ist das sogenannte Steuersubstrat (ohne Sonderfaktoren usw.) des Kantons besonders wichtig. Hier ergab sich seit 2002 eine eher bescheidene Steigerung. Da die Entwicklung der Steuereinnahmen in der Regel parallel zu jener der Wirtschaft verläuft, ist für die Zukunft auf eine anhaltende Erholung der Konjunktur und ein höheres Wachstum in der Schweiz und in Europa zu hoffen.

Steuerkategorien
(bereinigt um Sonderfaktoren bzgl. Steuergesetzrevision, Indexwerte – Basis 94 = 100)

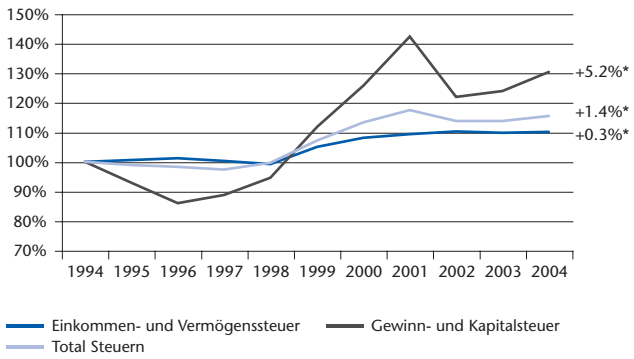


Abbildung 2.4.2 Die Entwicklung der Steuereinnahmen bei natürlichen und juristischen Personen.
* Prozentuale Veränderung von 2003 auf 2004.

Der traditionell grösste Posten auf der Ausgabenseite ist der Personalaufwand, der für das Jahr 2004 mit ca. 1,68 Mrd. Franken in der Laufenden Rechnung steht. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Höhe der Ausgaben sind die Sozialkosten, besonders im Bereich der Sozialhilfe. Bei den Nettokosten ergab sich dabei eine Steigerung der Ausgaben von 9,1% im Vergleich zum Vorjahr. Die Zinsen, die der Kanton für seine Schulden aufwenden musste, betrugen im Jahr 2004 ca. 128 Mio. Franken und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,3%. Dies ist trotz des relativ niedrigen Zinsniveaus ein beträchtlicher Aufwand, der verdeutlicht, wie schwer die Verschuldung den Handlungsspielraum des Kantons einschränkt.

Auch die Ausgabenseite ist sehr stark von der Wirtschaftsentwicklung geprägt. Insbesondere bei den Ausgaben im Sozialbereich und bei der Verschuldung sind nachhaltige Verbesserungen nur möglich, wenn die Wirtschaft – auch die der Nachbarstaaten – wieder auf einen starken Wachstumspfad zurückfindet.

Der Finanzhaushalt unseres Kantons wird zusätzlich durch Belastungen aus spezifischen Gegebenheiten geprägt, die einen Stadtkanton auszeichnen:

- **Soziodemographische Struktur:** Die Zusammensetzung der Bevölkerung in einer Stadt unterscheidet sich in der Regel von jener in anderen Gebietskörperschaften und verursacht besonders im Sozialbereich höhere Kosten.

- **Kernstadtproblematik:** In einem Stadtkanton entstehen hohe Kosten für Sicherheit und Sauberkeit, die allein von den Einwohnern getragen werden müssen, auch wenn sie von anderen verursacht werden.

- **Zentrumsleistungen:** Als städtisches Zentrum der Region erbringt unser Kanton Leistungen, besonders für Kultur, Hochschulbildung und Spitzenmedizin, von denen andere Kantone und auch das grenznahe Ausland profitieren. Diese Leistungen sind mit hohen Kosten verbunden, die nur ungenügend abgegolten werden.

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird ab 2008 in diesen Bereichen eine gewisse finanzielle Entlastung für unseren Kanton bringen.

Quelle: Rechnung des Kantons Basel-Stadt, 2004; Berechnungen des Finanzdepartements.

3. Die Schwerpunkte

Dieses Kapitel fokussiert bestimmte Bereiche der politischen Tätigkeit, für die sich der Regierungsrat als Gesamtexekutive in den nächsten Jahren besonders engagieren wird. Die Schwerpunkttexte veranschaulichen, warum der Regierungsrat diesen Schwerpunkt wählt, was er dabei verändern und neu gestalten will, und worin der besondere Einsatz besteht.

Die neue Integrationspolitik – bisher einer der Schwerpunkte des Gesamtregierungsrates – erscheint dieses Jahr nicht mehr im Politikplan. Nach wie vor ein für unseren Kanton prioritäres Thema, haben sich die initiierten Aufgaben in der Zwischenzeit auf hohem Niveau konsolidiert. Sie führten – unter anderem – zum revidierten Integrationsgesetz, das die Regierungen des Kantons Basel-Stadt und Basel-Landschaft im Juli 2005 gemeinsam vorlegten. Die entsprechenden Aktivitäten sind im Courant normal des Sicherheitsdepartementes integriert und werden dort weiter geführt.

Als Schwerpunkt weiter besteht die Stadtentwicklung Basel-Nord, dem sich zwei weitere städtebauliche Schwerpunkte zugesellen: Innenstadt – Qualität im Zentrum und Stadtwohnen; diese gewichtige Setzung ist Ausdruck des Willens, den urbanen Lebensraum in seiner Qualität zu fördern und der starken Konkurrenz am Stadtrand und in der Agglomeration die Stärken der Stadt entgegen zu stellen.

Die zwei bisherigen grossen Schwerpunktthemen Regionale Hochschulentwicklung und Regionale Spitalplanung gehen zusammen und mit dem Bereich Life Sciences über in den erweitert formulierten und übergreifend gefassten Schwerpunkt Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Auch hier sollen zusätzliche Kräfte im Sinne von Basel 2020 den Kanton Basel-Stadt in seinem Bestreben unterstützen, vernetzt mit seinen engeren und weiteren Nachbarn ein pulsierendes Zentrum von Wirtschaft, Lehre und Forschung zu werden.

Der weitere neue und ebenfalls departementsübergreifende Schwerpunkt Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene widmet sich der zunehmenden Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger unseres Kantons, speziell den Jugendlichen unter ihnen.

Mit dem neuen Schwerpunkt Nachhaltige Finanzpolitik setzt sich das Kostenbewusstsein fort, das hinter dem bisherigen Schwerpunkt Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen stand. Alle die Zukunftsentwürfe von Basel 2020 sollen nicht darüber hinweg täuschen, dass uns als Gesamtregierungsrat besondere ökonomische Umsichtigkeit noch immer am Herzen liegt und liegen muss.

3.1 Stadtentwicklung Basel-Nord

Ausgangslage

Die Quartiere im Norden von Gross- und Kleinbasel befinden sich aufgrund mehrerer Grossinvestitionen im Umbruch: Auf Kleinbasler Seite beginnt die Umsetzung der Planungen für das Erlenmatt-Areal, auf Grossbasler Seite kann im Hinblick auf die Fertigstellung der Nordtangente im Jahr 2008 die Stadtreparatur beginnen. Unter dem Titel Stadtentwicklung Basel-Nord wollen wir die Chance nutzen, die Zukunft der Quartiere nachhaltig zu gestalten. Die dazu nötige übergreifende Koordination staatlicher Aufgaben wie Raumplanung, Wohnbauförderung, Bildung, Quartierarbeit, Sicherheit und Ordnung, Standortförderung usw. kann auf den Erfahrungen des Projektes Integrale Aufwertung Kleinbasel aufbauen.

Ziele

Wir wollen die Standortattraktivität des Stadtteils Basel-Nord für Bevölkerung und Wirtschaft stärken. Dazu planen wir neben baulichen und technischen Massnahmen auch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Massnahmen und setzen diese um. Durch Bürgerbeteiligungs- und demokratische Mitwirkungsprozesse sorgen wir für breit abgestützte, qualitativ hochstehende und realisierbare Vorhaben.

Erreichtes und weiteres Vorgehen

In den einzelnen Projekten der Stadtentwicklung Basel-Nord *erreichten wir zwischen August 2004 und Juli 2005 Folgendes oder wollen es bis 2009 erreichen:*

- ***Intergrale Aufwertung Kleinbasel (IAK):*** *Die Umgestaltung der Klybeckstrasse beginnt im Juli 2005. Mit dem Mitwirkungsprozess schufen wir die Voraussetzungen für eine umfassende Aufwertung hin zu einer attraktiven Wohn- und Geschäftsstrasse. Die Dreirosenanlage ist ab Sommer 2005 als schöne Grünanlage für die Quartierbevölkerung wiederhergestellt, die beginnende Aufwertung der Claramatte bringt eine Vergrösserung und Verbesserung für all ihre Nutzerinnen und Nutzer. Die Infrastruktur entlang des Rheins wird weiter optimiert und mit dem Wahrnehmungsprozess «Reiches Kleinbasel» wollen wir Image und Identifikation des Stadtteils verbessern.*
- ***Erlenmatt:*** *Im Februar 2005 stimmten die Stimmberechtigten des Kantons Basel-Stadt der schrittweisen Überbauung der Erlenmatt deutlich zu. Dies schaffte die Voraussetzungen zur Stadtentwicklung auf dem ehemaligen Areal des DB-Güterbahnhofs, nämlich hochwertigen Wohnraum für rund 2000 Bewohnerinnen und Bewohner, Räumlichkeiten für rund 2000 neue gewerbliche Arbeitsplätze und acht Hektaren Grün- und Freiflächen zu generieren.*
- ***ProVolta:*** *Der kombinierte Investoren- und Architekturwettbewerb zur Weiterentwicklung des Baubereichs «Volta Mitte» ist abgeschlossen. Das Team von Christ & Gantenbein und Marazzi Generalunternehmung wird bis 2009 die Überbauung Volta Mitte mit 100 Wohnungen sowie Büros und Läden realisieren. Der Grosse Rat genehmigte die Vorlage zur Strassen- und Stadtgestaltung im St. Johann. Kanton, Grundeigentümer und Projektträger können so neben der ausgebauten Drehscheibe des öffentlichen Verkehrs hier ein städtisches Zentrum zum Wohnen, Arbeiten und Einkaufen schaffen.*
- ***Stadtentwicklung Basel-Nord:*** *Wir wollen, dass die Grossinvestitionen in Basel-Nord eine nachhaltige Wirkung für die Quartiere haben. Für die dazu notwendige Vernetzung sektoraler Teilaufgaben und den Einbezug von privaten und öffentlichen Akteuren unterbreiteten wir dem Grossen Rat einen Ratschlag zur Stadtentwicklung Basel-Nord. Wir möchten damit die positiven Erfahrungen des Projekts IAK nutzen und die Aktivitäten räumlich auf ganz Basel-Nord ausdehnen. Eine Ausstellung im September 2005 ist Bühne für die Stadtentwicklung Basel-Nord.*
- ***Neunutzung Hafen St. Johann – Campus Plus:*** *Wir wollen das Hafengebiet St. Johann städtebaulich entwickeln. Der damit verbundene Rückbau des Hafens und die Öffnung des Quartiers zum Rhein bedeuten – zusammen mit der Fertigstellung der Nordtangente – wesentliche Verbesserungen für die Bevölkerung des St. Johann und von Basel-Nord. Gleichzeitig kann der Kanton so die Umsetzung des Campus-Projektes der Novartis unterstützen und einen wichtigen Beitrag zur Aufwertung des Wirtschaftsstandortes Basel leisten. Wir werden die Grundsatzvorlage für den Rückbau des Hafens St. Johann dem Grossen Rat im Herbst unterbreiten.*

3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum

Ausgangslage

Die Basler Innenstadt übernimmt für Stadt und Region wichtige Funktionen: Sie bildet den Kern städtischen Lebens, dient als sozialer Treffpunkt und als Erlebnis- und Freizeitraum, bietet hochwertigen Wohnraum, ist Anziehungs- und Orientierungspunkt für Touristinnen und Touristen und trägt nicht zuletzt zentrale Versorgungsfunktionen. Prägendes Element der Innenstadt ist der Detailhandel, der bei einer funktional ausgewogenen Durchmischung wesentlich zu ihrer Belebung beiträgt. Entsprechend ist die Innenstadtentwicklung eng mit den Entwicklungen im Detailhandel verbunden.

Die allgemeinen Entwicklungen im Detailhandel lassen sich mit dem Schlagwort «Dezentralisierung der Zentralität» kennzeichnen. Die Expansion des Detailhandels findet ausserhalb des Zentrums statt. Einkaufszentren und Fachmarktagglomerationen entstanden in den vergangenen Jahren auf dem Dreispitz-Areal, beim St. Jakob-Stadion, am Bahnhof SBB, in Pratteln sowie in Weil-Friedlingen. Weitere grossflächige Detailhandelseinrichtungen sind vorgesehen auf dem Stücki-Areal in Kleinhüningen, auf dem Coop-Miba-Areal beim Bahnhof Wolf und auf der Erlenmatt, erhebliche Erweiterungen wird es in Pratteln geben. Die nicht mehr signifikant steigende Kaufkraft wird also hin zu grossflächigen Detailhandelsbetrieben am Stadtrand und in der Peripherie umgelenkt, woraus ein Kundenschwund in der Innenstadt resultiert. Damit verbunden ist ein Attraktivitätsverlust, der auch durch die Konzentrationsprozesse im Detailhandel bedingt ist, die zu einer Verdrängung traditioneller Fachgeschäfte durch Filialen nationaler und internationaler Ketten führen. Insgesamt ergibt sich daraus die Gefahr des Bedeutungs- und Funktionsverlustes der Innenstadt.

Aktuelle Situation

Die Innenstadt kann jedoch auf Stärken bauen, die ihr in der Konkurrenz mit Einkaufszentren am Stadtrand und in der Peripherie einen klaren Vorteil verschaffen: Das historisch gewachsene Stadtzentrum verfügt über ein ansprechendes Ambiente und über eine traditionelle Vielfalt im Angebot. Die Basler Innenstadt hat ihre eigenen Charakteristika und ihre spezielle Identität, die die Visitenkarte der ganzen Stadtregion bildet. Die Innenstadt ist mit dem öffentlichen Verkehr bestens erschlossen und bietet ihren Besucherinnen und Besuchern erlebnisreiche Möglichkeiten, die Erledigung von Einkäufen mit anderen Freizeitaktivitäten zu verbinden. Das Kulturangebot bewirkt, dass sie nicht nur tagsüber, sondern auch in den Abend- und Nachtstunden einen lebendigen Anziehungspunkt bildet. Diese Qualitäten des «Multifunktionsraums Innenstadt» möchten wir pflegen und entwickeln.

Im öffentlichen Raum der Innenstadt besteht teilweise dringender Handlungsbedarf, um die genannten Qualitäten zu erhalten. Entsprechend planen wir in der Freien Strasse, am Rümelinsplatz und in der Aeschenvorstadt Gestaltungsmassnahmen. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren zeigen jedoch, dass Umgestaltungsprojekte im öffentlichen Raum der Innenstadt nur geringe Aussichten auf Erfolg haben, wenn wir sie isoliert behandeln. Mehrfach wurde daher in der politischen Diskussion gefordert, ein Gesamtkonzept für die Gestaltung von Strassen, Gassen und Plätzen in der Innenstadt zu erstellen. Ebenso wird die Parkraumfrage auch nach der Abstimmung über die Initiative zur Aufhebung des Verbots von öffentlichen Parkings innerhalb des Cityrings kontrovers geführt.

Ziele

Wir wollen die Qualitäten der Basler Innenstadt erhalten und für die Zukunft weiter entwickeln. Die Innenstadt soll als lebendiges Zentrum der Stadt weiterhin bestehen und anziehend auf die Bewohnerinnen und Bewohner sowie auf Besucherinnen und Besucher von auswärts wirken. Wir sind uns bewusst, dass die Innenstadt weit über die Kantonsgrenzen hinaus ausstrahlt und die Attraktivität der gesamten Region wesentlich mitbestimmt.

Die Situation des Detailhandels spielt dabei eine wesentliche Rolle. Wir wollen, dass auch in Zukunft zahlreiche Menschen in die Basler Innenstadt kommen, um dort eine spannende Mischung aus Läden, Gastronomie sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen vorzufinden. Der starken Konkurrenz am Stadtrand und in der Agglomeration muss die Innenstadt ihre grosse Stärke entgegensetzen: Es ist die Qualität des Angebots, die im Zentrum steht.

Massnahmen

Aus der geschilderten komplexen Problemlage einerseits und aus der Bedeutung der Innenstadt andererseits wird klar, dass sich die anstehenden Aufgaben nicht von der Verwaltung alleine lösen lassen. Wir wählten deshalb für das Projekt einen integralen Ansatz.

Im Jahr 2006 werden wir einen Runden Tisch ins Leben rufen, an dem alle relevanten Akteure und Interessensvertretungen aus Bevölkerung, Gewerbe und Verwaltung zusammen kommen. Gemeinsam werden an diesem Runden Tisch Perspektiven für die Innenstadt erarbeitet, die alle mittragen und die die Basis für die weitere Arbeit bilden. Im Jahr 2007 dann werden wir in themenspezifischen Gruppen weiterarbeiten. Für die Gestaltung des öffentlichen Raumes wird ein Entwicklungskonzept für die gesamte Innenstadt mit Richtlinien für die Gestaltung von Strassen, Plätzen und Gassen erarbeitet. Die schrittweise Umsetzung dieses Konzepts erfolgt nach heutigem Stand der Planung ab 2008 und verteilt sich auf zirka sieben Jahre. Die Parkraumfrage wird ebenfalls im Rahmen dieses Entwicklungskonzepts behandelt.

Die Bedeutung des Zentrums für den Kanton und als Visitenkarte für die gesamte Region macht es nötig, die Kräfte aller relevanten Akteure und Akteurinnen zu bündeln und gemeinsam daran zu arbeiten, die Basler Innenstadt stark und attraktiv zu machen für die Zukunft. Dabei steht die Qualität im Zentrum, denn durch sie kann die Innenstadt im Konkurrenzkampf mit Standorten am Stadtrand und in der Peripherie bestehen.

3.3 Stadtwohnen

Ausgangslage

Mit dem Impulsprojekt «5000 Wohnungen für Basel-Stadt» als einem von drei Schwerpunkten des Aktionsprogramms Stadtentwicklung bildet die Verbesserung des Wohnungsangebotes (und seines Umfeldes) im Kanton Basel-Stadt bereits bisher ein zentrales Element der kantonalen Politik. Indem wir den Schwerpunkt «Stadtwohnen» in den Politikplan aufnehmen, möchten wir die bestehenden Zielsetzungen aus dem Aktionsprogramm Stadtentwicklung bekräftigen, Zielkohärenz sicher stellen und dafür sorgen, dass die Anstrengungen verstärkt fortgesetzt werden, das Wohnangebot und die Wohnqualität in der Stadt und den beiden Landgemeinden zu verbessern.

Aktuelle Situation

Unsere bisherigen Aktivitäten konzentrierten sich darauf, gute Rahmenbedingungen für Neubau und Erneuerung zu schaffen, gleichwertig aber auch die Investitionsbereitschaft auf der einen und die Nachfrage auf der anderen Seite zu fördern.

Seit 2001 haben wir praktisch im Halbjahrestakt Um- und Einzonungen mit Potenzialen von 30 bis zu 700 neuen Wohnungen vorgenommen. Diese erste Phase findet derzeit ihren vorläufigen Abschluss in einer Teilzonenplanrevision mit Schwerpunkt Wohnungsbau und Wohnqualität.

Im Sinne der Motivation zu mehr Investitionsbereitschaft unternahmen wir in den vergangenen Jahren erste Massnahmen auf der Ebene materieller Anreize wie Förderbeiträge oder fiskalische Teilkorrekturen. Die regelmässigen Teilnahmen an der Immobilienmesse «Immofoire», die seit 2003 institutionalisierten «Basler Investorengespräche» und die 2004 durchgeführte Veranstaltung «Stand der Dinge – Wohnen in Basel» dienen der verbesserten Wahrnehmung von Basels Qualitäten als Investitionsstandort und Wohnort gleichermassen.

Derzeit sind im Kanton Basel-Stadt über 700 Wohnungen im Bau, so viele wie schon seit Jahren nicht mehr. Parallel zu dieser Steigerung der Wohnbautätigkeit hat sich nach jahrzehntelanger Abwanderung seit drei Jahren auch der Bevölkerungsstand stabilisiert. Dieses Niveau ist aber noch keinesfalls gefestigt, so dass es in den kommenden Jahren vermehrt harte Anstrengungen brauchen wird, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Ziele

- ***Steigern der Wohnbautätigkeit:*** *Wir möchten die laufenden Aktivitäten von «Logis Bâle» verstärkt fortsetzen, um die Wohnbauaktivität im Sinne einer Umstrukturierung und Verbesserung des städtischen Wohnangebotes zu erhöhen. Dabei wollen wir besonders Investoren motivieren, privaten Wohnungsbau fördern, die Nachfrage nach hochwertigem Wohnraum unterstützen und ausreichende Wohnbaupotenziale sichern.*

- ***Schaffen weiterer Wohnbaupotenziale:*** *Unablässige Voraussetzung, um die quantitativen Ziele zu erreichen, ist ein erfolgreicher ungeschmälerter Abschluss der Teilrevision sowie die bereits eingeleitete umfassende Zonenplanrevision.*

- ***Anreize zur Bestandesveränderung:*** *Bei über 100 000 bestehenden Wohnungen und wenig unbebaut verbliebenen Flächen insgesamt kommt der Umstrukturierung des Baubestandes zentrale Bedeutung für die Verbesserung des städtischen Wohnangebotes zu. Dafür wollen wir bestehende Anreize wie die Förderung von Wohnungszusammenlegungen nicht nur weiter führen, sondern auch neue wie z.B. Dachausbauten prüfen. Gesetzliche Regelungen in diesem Bereich möchten wir im Sinne einer Deregulierung kritisch hinterfragen. Ausserdem planen wir, den extrem tiefen Eigentumsanteil von knapp über 10% markant zu erhöhen.*

- ***Aktivieren des Finanzvermögens:*** *Über das aktivere Nutzen des Finanzvermögens streben wir an, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts neue Pilotprojekte realisieren zu können. Daneben wollen wir eine Portfoliostrategie erarbeiten und umsetzen, um damit Stadtwohnen zu unterstützen und privaten und gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern.*

Massnahmen

- ***Steigern der Wohnbautätigkeit:*** *Um die Aktivitäten von Logis Bâle im bisherigen Rahmen weiterführen zu können, werden wir auch 2007 bis 2010 die notwendigen Mittel von jährlich 200 000 Franken im Investitionsprogramm einstellen.*

- ***Schaffen neuer Wohnbaupotenziale:*** *Wir werden die Teilzonenplanrevision inklusive die Umzonung Landhof (Einzelvorlage) ungeschmälert umsetzen und ab 2006 ausreichende Ressourcen sicher stellen für eine rasche Durchführung der Zonenplanrevision.*

- ***Anreize zur Bestandesveränderung:*** *Die Aktion «Doppelte Energiebeiträge bei Wohnungszusammenlegungen» (die laufende wurde vorzeitig ausgeschöpft) werden wir verlängern und neue Aktionen lancieren, welche Dachausbauten fördern und Massnahmen zur Wohneigentumsförderung entwickeln sollen. Systematisch werden wir unerwünschte gesetzliche Hemmnisse und Zielkonflikte bis Mitte 2006 überprüfen.*

- ***Aktiveres Nutzen des Finanzvermögens:*** *Wir definieren eine Portfoliostrategie sowie die umfassende Portfolioanalyse und Portfoliobereinigung (Erwerb von strategisch wichtigen, Abgabe von geeigneten Grundstücken) und die Eigentumsförderung.*

3.4 Bildungswege in der Volksschule

Ausgangslage

Die öffentlichen Schulen haben zwei gleichwertige Aufträge: Förderung der Schülerinnen und Schüler sowie deren Integration in die Gesellschaft. Lehrerinnen und Lehrer fördern eine Vielfalt von Kindern und Jugendlichen und vermitteln ihnen jene Kompetenzen, die sie im Leben und in der Arbeitswelt benötigen. Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen soziokulturellen Milieus und mit unterschiedlichen Begabungen erhalten eine gemeinsame Lebensgrundlage und werden dadurch in unsere Gesellschaft integriert.

Um Erfolg zu haben, sind die Schulen auf das Vertrauen der Öffentlichkeit angewiesen. Diese Anerkennung blieb der Weiterbildungsschule trotz grosser Anstrengung teilweise versagt. Mit der Einführung zweier kooperativer Leistungszüge per Schuljahr 2004/05 möchten wir die Chancen der ihr anvertrauten Jugendlichen verbessern. Durch Befristung der Änderung wurde dafür gesorgt, dass das Konzept mit den Leistungszügen bis Schuljahr 2009/2010 im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung der Volksschulen überprüft wird. Die kurzfristige Strukturänderung an der Weiterbildungsschule und die langfristige Suche nach einer Gesamtlösung für die Bildungswege an der Volksschule bilden zusammen die sogenannte Doppellösung, die wir im Dezember 2002 beschlossen.

Ziele

Um mittel- bis langfristig Antworten auf die Herausforderungen zu finden, denen sich unsere Schulen in den nächsten Jahren stellen müssen, wollen wir die einzelnen Änderungsabsichten in eine kohärente Gesamtplanung der Bildungswege vom Kindergarten bis zum Schulaustritt einbeziehen. *Gingen* wir diese Anliegen einzeln und voneinander isoliert an, würden die Handlungsspielräume enger, es käme häufiger zu Notlösungen, und das Risiko eines schulpolitischen Zickzackkurses wäre hoch.

Zu den Herausforderungen im Einzelnen setzten wir uns folgende Ziele:

- Entsprechend den Leitlinien des Gesamtsprachenkonzepts soll die funktionale, das heisst praxisgerechte Mehrsprachigkeit vom Kindergarten bis zum Ende der Schulzeit vereinheitlicht und verbessert werden. Dazu gehören hohe Kompetenzen in Standarddeutsch, Kenntnisse in Französisch, der Sprache unserer Nachbarn, in Englisch, der internationalen Austauschsprache, und – für Migrantinnen und Migranten – in der Herkunftssprache.
- Die Schuleingangsphase soll flexibilisiert werden: Denn während eine wachsende Gruppe von Kindern beim Schuleintritt schon den Stoff der ersten Klasse beherrscht, fehlt einer grossen Zahl die erforderliche Kompetenz in der Lokalsprache. Gesamtschweizerisch wird die Einführung einer Grund- oder Basisstufe diskutiert, zu welcher der Kindergarten und das erste Jahr bzw. die beiden ersten Jahre der Primarschule gehören würden.
- Das 8. und 9. Schuljahr müssen neu konzipiert werden. Problematisch sind die Aufteilung der Schullaufbahnen am Ende der Orientierungsschule und der zusätzliche Schulwechsel nach dem 7. Schuljahr, der den Jugendlichen aus Basel-Stadt als einzigen in der Schweiz zugemutet wird.
- Die Integration von Migrantinnen und Migranten bleibt eine zentrale Daueraufgabe. Die Ergebnisse des PISA-Tests zeigen, in welchem Ausmass fremdsprachige Kinder benachteiligt sind.
- Das Angebot an schulnaher Tagesbetreuung vom Mittagstisch bis zur Tagesschule soll etappenweise weiterentwickelt werden. Nicht nur aus sozialen und familienpolitischen Gründen, sondern auch, um dadurch die Bildungschancen zu verbessern.
- Die mobilitätshindernden Schulbarrieren im Wirtschaftsraum Basel müssen abgebaut werden. Deshalb sollen sich die Schulsysteme der beiden Basel – immer in Übereinstimmung mit der gesamtschweizerischen Schulkoordination – langfristig annähern.

Erreichtes und weiteres Vorgehen

In stetem Dialog mit internen und externen Stellen entwickelten wir ein pädagogisches Leitbild für die Schulen von Basel-Stadt als Grundlage für die Reorganisation der Bildungswege an der Volksschule. Im Winter 2005/06 wird der angekündigte Entwicklungsplan für die Volksschulen in eine Vernehmlassung gehen. Er vermittelt eine Gesamtsicht der zentralen inhaltlichen und strukturellen Strategien und mündet in der Präsentation verschiedener Entscheidvarianten. Sobald die wichtigen Entscheide gefallen sind, wird die Erarbeitung des Bildungsgesetzes einsetzen.

Im Schuljahr 2005/06 legen wir einen Schwerpunkt der Schulentwicklung auf die Verbesserung der Kompetenzen in Standarddeutsch. Die Förderung der Sprachkompetenzen wird in allen Fächern und über alle Schulstufen erfolgen. Nach Vorliegen der stufenspezifischen Evaluation des Projekts Standarddeutsch legen wir auch das Vorgehen im Kindergarten fest. Die Vorverlegung des Unterrichts in den Fremdsprachen soll in Kooperation mit den übrigen fünf Kantonen an der Grenze zum französischen Sprachraum erfolgen. Französisch soll gemäss Fahrplan der Erziehungsdirektoren spätestens 2010/11 ab dem 3. Schuljahr unterrichtet werden, Englisch ab dem 5. Schuljahr. Die Förderung der Herkunftssprache als Grundlage für den Erwerb des Deutschen und der weiteren Sprachen werden wir verstärken durch eine intensive Kooperation mit den Lehrpersonen für «Heimatliche Sprache und Kultur». Zu diesem Zweck vereinbarten wir einen Rahmenlehrplan. Abzuklären ist, wie sich die Deutschkenntnisse der Migrantenkinder schon vor dem Kindergarten verbessern lassen.

Auf der Grundlage eines neuen Gesamtkonzepts werden wir die Tagesschulen weiter entwickeln. Eine weitere Etappe zur Sicherung der Grundversorgung im Bereich Tagesbetreuung nahmen wir mit dem Aufbau eines Angebots von Tagesferien in Angriff. Im Bereich Kindergarten und Primarschule sollen Erfahrungen mit Tagesschulen in offener Form – Ergänzung des obligatorischen Unterrichts durch einen Mittagstisch und durch Betreuungsangebote während der unterrichtsfreien Zeit – gesammelt werden. Wenn möglich möchten wir das Platzangebot auf Primarschulstufe per Schuljahr 2007/08 verdoppeln.

Die laufende Kooperation der Schulen in den beiden Basel soll eine identische gesetzliche Grundlage (Schulgesetz, Bildungsgesetz) erhalten, die den Stimmberechtigten der beiden Kantone als Gegenvorschlag zur Jubiläumsinitiative vorgelegt werden soll.

3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

Ausgangslage

Der Kanton Basel-Stadt bildet das Zentrum der trinationalen Agglomeration Basel und zusammen mit den umliegenden Agglomerationen die Metropolitanregion Basel. Dieser funktionale Wirtschafts- und Lebensraum mit über 700 000 Einwohnerinnen und Einwohnern erstreckt sich weit in die Nordwestschweiz, ins Elsass und nach Südbaden. Nur mit einer aktiven regionalen Zusammenarbeit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus kann Basel-Stadt seine Entwicklungspotenziale voll ausspielen.

Die Bevölkerungsbefragung 2005 (siehe www.statistik.bs.ch) macht die Vorzüge der trinationalen Lage deutlich: Über 80% der Befragten erachten die grenznahe Lage von Basel als gewinnbringend für ihre Wohn- und Lebensqualität, sie halten sich regelmässig im benachbarten Ausland auf und interessieren sich für das dortige Geschehen. Ebenfalls rund 80% begrüssen eine noch aktivere Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden in Deutschland und Frankreich.

Aktuelle Situation

Im länderübergreifenden Rahmen nutzen wir bestehende Handlungsspielräume, beispielsweise bei der Planung und Entwicklung des öffentlichen Verkehrs, und beteiligen uns an europäischen Programmen wie INTERREG und EURES-T, um grenzüberschreitende Projekte gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen. Als attraktives Zentrum einer trinationalen Region sind wir auch künftig auf durchlässige Grenzen angewiesen. Dazu sind stabile Rahmenbedingungen im Verhältnis zu unseren Nachbarländern in der EU unabdingbar, wie sie die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU garantieren werden.

Positive Ergebnisse zeichnen sich in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft ab. Seit Anfang 2005 verhandeln wir die fünf grossen partnerschaftlichen Dossiers Universität, Medizinische Lehre und Forschung, Medizinische Dienstleistungen, Kultur (Theater, Sinfonieorchester, Kunstmuseum) und St. Jakob intensiv weiter. Alle Dossiers wurden in zentralen Punkten erfolgreich vorangetrieben. So erzielten wir im Frühjahr 2005 mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft eine Einigung: die Klinische Lehre und Forschung wird strukturell in die Medizinische Fakultät der Universität Basel integriert und deren Kosten somit ausgeschieden. Damit ist das letzte grosse Hindernis für eine autonome und von beiden Kantonen paritätisch getragene Universität aus dem Weg geräumt.

Im Bildungsbereich wurden zwei weitere partnerschaftlich getragene Meilensteine realisiert: Die beiden Kantonsparlamente sprachen im Januar 2004 einen Beitrag von 20 Mio Franken zur Gründung eines Forschungszentrums für Systembiologie der ETH Zürich in der Region. Dieses soll noch 2005 seine Arbeit aufnehmen. Im Berichtsjahr hiessen die Parlamente der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn auch den Staatsvertrag zur Gründung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) gut. Bis Ende 2005 werden die Parlamente über den Leistungsauftrag befinden, so dass die FHNW – Zustimmung in allen Kantonen vorausgesetzt – im Januar 2006 mit eigenständiger Rechtspersönlichkeit mit einem mehrjährigen Globalbeitrag ihre Tore öffnen kann.

Zu einer Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit wird die nationale gesundheitspolitische Entwicklung in den Bereichen Universität, Spitzenmedizin und KVG-Revision führen. In beiden Basel wurden die parlamentarischen Vorlagen zur Interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin (IVKKM) zusammen mit Bern gemeinsam abgestimmt und gleichzeitig den beiden Kantonsparlamenten überwiesen. Trotz des gesamtschweizerisch schwierig angelaufenen Prozesses werden wir alles daran setzen, den Ratifizierungsprozess zu einem konstruktiven, gesamtschweizerisch getragenen Abschluss zu bringen, damit die Planungshoheit im Bereich der Spitzenmedizin bei den Kantonen bleibt. Nur so können wir direkt mit beeinflussen, dass die Interessen des spitzenmedizinischen Zentrums der Region Basel mit berücksichtigt werden.

Die Parlamentsvorlage über den Baukredit für die Errichtung des Neubaus UKBB liegt den Parlamenten von Basel-Stadt und Basel-Landschaft ebenfalls zum Entscheid vor.

Das Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen Deutschland und der Schweiz entwickelte sich gar zu einem national beachteten Pilotprojekt.

Vielversprechend zeigt sich die Entwicklung der Wirtschaftsregion Basel. Die Region verfügt dank grosser, weltweit tätiger und wertschöpfungsstarker Unternehmen der Life-Sciences-Branche sowie erfolgreicher, innovativer KMU über äusserst gute Voraussetzungen im Standortwettbewerb. Bestärkt durch das hohe Niveau der erstklassigen öffentlichen Forschungsinstitute Biozentrum, Pharmazentrum sowie demnächst ETH-Zentrum – und deren Grundlagenforschung darf diesbezüglich optimistisch in die Zukunft geblickt werden.

Unsere Politik ist also schon länger bestrebt, Wirtschaftsstandort und Lebensraum so zu fördern, dass Basel sich optimal entfalten und als europäisch bedeutendes Zentrum weit über die Region hinaus wirken kann. Durch unsere Schwerpunktsetzung möchten wir bisher fragmentiert wirkende Kräfte der öffentlichen Hand, der privaten Wirtschaft, der beteiligten Nachbarkantone wie auch der ausländischen Institutionen bündeln. Dabei wählen wir unsere Partner und Kooperationsräume bereichsabhängig, um die gemeinsam angestrebten Ziele im europäischen und globalen Wettbewerb möglichst optimal erreichen zu können.

Ziele

Ein vorrangiges Ziel ist die Positionierung der Region Basel als europäisch führende Life-Sciences-Region. Der Bund soll von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Life Sciences überzeugt werden und entsprechende Unterstützung garantieren.

Um die für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes entscheidende Wettbewerbsfähigkeit unseres Hochschul- und Forschungsstandortes zu sichern, wollen wir unsere Hochschulen noch stärker regional abstützen. Langfristig wollen wir die Trägerschaft für den gesamten Hochschulbereich auf alle Nordwestschweizer Kantone ausdehnen.

In der Gesundheitspolitik beabsichtigen wir die Positionierung eines der gesamten Region zur Verfügung stehenden universitärmedizinischen Zentrums. Insbesondere wollen wir die Erbringung von spitzenmedizinischen Leistungen am Universitätsspital Basel und damit dessen Stärkung im nationalen und internationalen Wettbewerb durch eine regional möglichst breit verankerte Trägerschaft sicherstellen. Dabei soll eine regional ausgerichtete Versorgungsplanung nachhaltig die Erbringung spitzenmedizinischer Dienstleistung in der Region Nordwestschweiz sichern und gleichzeitig die effiziente und bedarfsgerechte Grundversorgung der Bevölkerung ohne Qualitätseinbussen ermöglichen.

Weiter sind wir bestrebt, die grenzüberschreitende Verkehrs- und Siedlungsplanung zu intensivieren, wie dies der Bund im Rahmen der Agglomerationsprogramme verlangt.

Auch nach Auslaufen des INTERREG-III-Programms und der Finanzvereinbarungen für die trinationalen Einrichtungen im Jahr 2006 wollen wir die bewährte Oberrheinkooperation (Oberrheinkonferenz, Dreiländer-Kongresse, EURES-T, grenzüberschreitende Projektförderung) weiterführen. Dabei legen wir grossen Wert auf die institutionelle und projektbezogene Vertiefung der Zusammenarbeit in der Agglomeration Basel.

Massnahmen

Zur weiteren Stärkung der Life Sciences wurden Ende 2004 auf Initiative der beiden Basler Kantone und der Handelskammer beider Basel die Handlungsfelder abgesteckt und die vereinbarten Massnahmen beschlossen. Neben der Unterstützung der überbetrieblichen Standortentwicklung (Kongresse, Vernetzung usw.) und weiteren Vorleistungen streben wir besonders die Kompetenzerweiterung der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-land (WIBB) an.

Im Hinblick auf die geplante gemeinsame Trägerschaft der Universität durch die beiden Basel per 2007 erarbeiten wir bis Ende 2005 den Ratschlag zu einem Staatsvertrag sowie

den zukünftigen bikantonalen Leistungsauftrag für die Universität. Nach einer Vernehmlassung wollen wir das Geschäft im Frühjahr 2006 den Parlamenten beider Basel vorlegen. Einen weiteren Schritt zur Etablierung des Hochschulraums Nordwestschweiz bilden Pläne des Kantons Aargau, im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Massnahmen einen Kompetenzschwerpunkt Nanowissenschaft an der Universität Basel zu unterstützen. Die Fachhochschule Nordwestschweiz und das Paul-Scherrer-Institut in Villigen (AG) sind mitbeteiligt.

Die Interessen der Region bezüglich Spitzenmedizin und der Medizinischen Fakultät werden wir noch geschlossener und mit noch mehr Nachdruck auf Bundesebene vertreten. Wesentliche Akzente erwarten wir dabei im Frühjahr 2006, da auf diesen Zeitpunkt hin der Ratifizierungsprozess in den Kantonen betreffend die Koordination und Konzentration der Spitzenmedizin (IVKKM) abgeschlossen sein sollte.

In der Zusammenarbeit zwischen Basel und Bern betreffend die medizinische Forschung, Lehre und Dienstleistung werden gemeinsam Kooperationsmodelle in den Bereichen Zahnmedizin und Humanmedizin erarbeitet. Konkrete Aussagen zur Ausgestaltung der Kooperationsmodelle sollen im Jahr 2006 vorliegen.

Das Universitätsspital Basel, welches als spitzenmedizinisches Zentrum der ganzen Region dient, wollen wir im Sinne einer Option mit unseren regionalen Partnern einer noch zu verhandelnden gemeinsamen Trägerschaft zuführen.

Die Fertigstellung des Neubaus UKBB soll auf Ende 2009 erfolgen.

Das Pilotprojekt zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen mit dem Landkreis Lörrach wird bis Ende 2005 ausgearbeitet sein, so dass wir es im Laufe des Jahres 2006 umsetzen können.

Die weiter zunehmenden Verkehrsströme in der Region erfordern eine verstärkte Koordination in der Verkehrs- und Siedlungsplanung. Das Agglomerationsprogramm Basel erarbeiten wir mit den Partnern in der Nordwestschweiz (Kantone BL, AG, SO) unter Einbezug der deutschen und französischen Partner in der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB).

Indem wir die Bildung eines Eurodistricts unterstützen, streben wir an, die Zusammenarbeit in der Agglomeration zu bündeln und die hemmenden Auswirkungen der Kantons- und Landesgrenzen auf die politische Steuerung abzubauen. Wir wollen eine gemeinsame politische Plattform zur Umsetzung von Leitprojekten bilden und den geeigneten Rahmen für künftige europäische und nationale Förderprogramme entwickeln.

3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene

Ausgangslage

Basel-Stadt ist als Stadtkanton ein wichtiger sozialpolitischer Akteur. Da in den Städten soziale Brennpunkte jeweils zuerst sichtbar werden, müssen diese mit geeigneten Massnahmen auf immer wieder neue Probleme reagieren. In den letzten Jahren traten bei der sozialen Sicherung die Sozialhilfe und die ihr vorgelagerten Bedarfsleistungen immer wieder in die Schlagzeilen. Einerseits zeigte die Untersuchung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) «Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz» im Jahr 2003, dass das Netzwerk der Sozialleistungssysteme für viele Betroffene ein undurchsichtiger Dschungel ist und dass die Leistungen schlecht auf einander abgestimmt sind. Andererseits sind die Sozialhilfezahlen in den letzten Jahren vor allem in den Städten markant angestiegen.

Aktuelle Situation

Basel schnitt bei der SKOS-Studie teilweise sehr schlecht ab. So lohnt es für gewisse armutsgefährdete Haushalte nicht, ein grösseres Einkommen zu erwirtschaften, da dies letztlich nur zu geringfügig mehr oder sogar zu weniger verfügbarem Einkommen führt. Dies erklärt sich dadurch, dass bei einem höheren Einkommen die Sozialleistungen abnehmen, während gleichzeitig die zu bezahlenden Steuern höher werden.
Die Sozialhilfequote gilt als zuverlässiger Indikator für die Entwicklung der Armut in der Bevölkerung. Verschiedene Entwicklungen wie Wachstumsschwäche und Strukturanpassungen in der Wirtschaft und resultierende Arbeitslosigkeit, Änderungen in der Praxis der nationalen Sozialversicherungen, Migrationsbewegungen, gesellschaftlicher Strukturwandel etc. finden hier ihren konkreten Niederschlag. In Basel als Kernstadt sind die Sozialhilfezahlen in den letzten Jahren besonders stark gestiegen (vergleiche Kapitel 2.1, Abbildung 2.1.2). Die stärkste Zunahme ist bei den jungen Erwachsenen zu verzeichnen, die keinen Zugang zu einer Ausbildung oder zum Arbeitsmarkt finden. Auch Kinder und Jugendliche sind überdurchschnittlich vom Anstieg der Armut betroffen, da einerseits Kinder heute ein Armutsrisiko darstellen und andererseits Alleinerziehende mit ihren Kindern besonders bedroht sind. Dies sind alarmierende sozialpolitische Bestandesaufnahmen und die langfristigen, negativen Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft sind absehbar.

Ziele

Im Sozialbereich wollen wir in den nächsten Jahren zwei Themen besonders gewichten. Auf der einen Seite geht es um eine Systemverbesserung bei den kantonalen Bedarfsleistungen. Ziel ist ein einheitliches, transparentes und gerechtes Sozialleistungssystem, das Anreize zur Erwerbstätigkeit enthält. Auf der anderen Seite wollen wir das Problem der steigenden Fallzahlen bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe gezielt angehen. Speziell bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind frühzeitige, präventive Integrationsmassnahmen nötig, da hier die Gefahr der Verfestigung der prekären Lebenslage besonders gross ist.

Massnahmen

Harmonisierung der Sozialleistungen

Wir beauftragten eine interdepartementale Arbeitsgruppe, sich mit der Harmonisierung der Sozialleistungen im Kanton Basel-Stadt zu befassen. Die Arbeitsgruppe soll sowohl die einzelnen Systeme, als auch das Zusammenspiel der verschiedenen Leistungen analysieren und inhaltliche sowie organisatorische Änderungsvorschläge formulieren. Dabei sollen bestehende Armutsfallen beseitigt und die beschränkten finanziellen Mittel unter Vorgabe der Kostenneutralität zielgenauer verwendet werden.

In einem ersten Schritt wollen wir die der Sozialhilfe vorgelagerten, bedarfsabhängigen Sozialleistungen so weit als sinnvoll harmonisieren. Die Einkommensberechnungen und die Definition der Unterstützungseinheit sollen wo immer möglich vereinheitlicht werden und die Leistungen nur noch in einer festgelegten Reihenfolge bezogen werden können. Ebenso streben wir an, die organisatorischen Abläufe zu vereinfachen.

In einem zweiten Schritt werden wir auch die Sozialhilfe in diese Überlegungen einbeziehen und dabei den Themenkomplex rund um die Frage des Übergangs von der Sozialhilfe

zu den vorgelagerten Bedarfsleistungen bearbeiten. Es geht um das Zusammenspiel der verschiedenen staatlichen Leistungen und Belastungen im Grenzbereich des Eintritts und Austritts aus der Sozialhilfe.

Jugendliche und junge Erwachsene

Das Wirtschafts- und Sozialdepartement und die Sozialhilfe der Stadt Basel erarbeiten zusammen mit dem Erziehungs- und dem Justizdepartement ein gemeinsames Konzept zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Dabei streben wir eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft an. Zusätzlich werden wir, wo immer sinnvoll, Absprachen mit dem Kanton Basel-Landschaft suchen.

Das Augenmerk gilt den kritischen Übergängen von der Schule in die berufliche Ausbildung und von dort in die Berufstätigkeit (vergleiche Projekte und Vorhaben des Erziehungsdepartementes im Aufgabenfeld 2.2). Das Augenmerk gilt aber auch vorgelagerten Schul- und Ausbildungsphasen und dem ausserschulischen Umfeld. Hier suchen wir nach Massnahmen zur Verbesserung der Berufschancen der Basler Schülerinnen und Schüler, etwa indem sie nicht nur in schulischen Leistungen, sondern auch in ihrem Sozialverhalten und in ihrer Disziplin gestärkt werden. So streben wir an, die Erziehungsfähigkeit der Verantwortlichen in Elternhaus, Schule und Freizeit zu stärken.

Wir wollen die Interventionsmöglichkeiten bei bereits arbeitslosen oder bedürftigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen vertieft prüfen und verbessern. Dabei werden wir die Massnahmen nach den drei Gesichtspunkten von Tagesstruktur-Stabilisierung, Gegenleistungsprinzip und Qualifikation differenzieren. Erfolgversprechende Massnahmen für arbeitslose oder bedürftige Jugendliche und junge Erwachsene in den anderen grossen Schweizer Städten möchten wir beobachten, um sie gegebenenfalls zu übernehmen.

3.7 Nachhaltige Finanzpolitik

Ausgangslage

Aufgrund der hohen Schuldenlast und der sich in der Finanzplanung abzeichnenden Defizite beschlossen wir in den Jahren 2003 und 2004 zwei Massnahmenpakete zur Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen in der Höhe von 200 Mio. Franken. Dies mit dem Ziel, den Staatshaushalt strukturell und nachhaltig zu entlasten und neue Handlungsspielräume zu gewinnen.

Aufgrund des hohen Stellenwertes dieser Massnahmenpakete in der regierungsrätlichen Arbeit gab es in den letzten beiden Jahren im Politikplan jeweils einen Schwerpunkt Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen. Da die Massnahmen zwischenzeitlich beschlossen und die Departemente mit der Umsetzung beauftragt wurden, können wir den bisherigen Schwerpunkt auf der Ebene des Regierungsrates als weitgehend abgeschlossen betrachten.

Aktuelle Situation

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die finanzpolitischen Zügel nach der Umsetzung der Massnahmenpakete wieder gelockert werden können. Im Gegenteil: Aufgrund der steigenden sozialen Lasten, der zu sanierenden Pensionskasse und der stagnierenden Steuererträge – zurückzuführen unter anderem auf die beschlossenen Steuersenkungen – stellt es für uns eine enorme Herausforderung dar, den Finanzhaushalt nachhaltig im Gleichgewicht zu halten.

Es wird uns eine hohe Priorität sein, die gewonnenen strukturellen Verbesserungen erfolgreich in die kommenden Jahre weiter zu tragen. Deshalb setzen wir den neuen Schwerpunkt Nachhaltige Finanzpolitik.

Ziele

Die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen sollen nicht stärker als nötig belastet werden, damit die nachfolgenden Generationen zumindest die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, wie die Menschen, die heute in Basel-Stadt leben. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben, indem wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Massnahmen zur weiteren Steigerung der Standortattraktivität und einer restriktiven Ausgabenpolitik anstreben.

Als Ziel soll sich das Wachstum der Staatsausgaben vorerst grundsätzlich an der Teuerung orientieren. Allerdings sollen vereinzelt auch höhere Wachstumsraten zugelassen werden, sofern die Mehrausgaben in den Folgejahren zu strukturellen Entlastungen und Verbesserungen der Standortattraktivität führen. Mittel- und langfristig streben wir an, die Schulden im Verhältnis zur Wirtschafts- und Steuerkraft auf einem tragbaren Niveau zu stabilisieren.

Massnahmen

Die beiden in den Jahren 2003 und 2004 beschlossenen Massnahmenpakete zur Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen verfolgen eine nachhaltige Einsparung von 200 Mio. Franken. Bis Ende 2005 werden rund zwei Drittel davon realisiert sein. Die Umsetzung des verbleibenden Drittels ist zu einem grossen Teil für das Jahr 2006 und zu einem geringen Teil im Jahr 2007 geplant. Die Massnahmen haben eine Reduktion von etwas mehr als 500 Vollzeitstellen zur Folge, welche weitgehend über natürliche Fluktuationen realisiert werden kann.

Dank der bis heute konsequent umgesetzten Reduktionspakete und einer erfolgreichen Finanzpolitik konnten wir in den vergangenen Jahren einen ausgeglichenen Finanzhaushalt erreichen.

Mit folgenden Massnahmen möchten wir auch in Zukunft eine nachhaltige Finanzpolitik fortführen:

- *Weiterverfolgen einer restriktiven Ausgabenpolitik.*
- *Stärkung des Standortes und Sicherung des Steuersubstrats: unter anderem durch die Verbesserung des Bildungs- und Forschungsstandortes; die Stärkung des Life Sciences*

Clusters; die Entwicklung Basel-Nord (vergleiche gleichnamigen Schwerpunkt Kapitel 3.1); Verbesserung der Wohnqualität und des städtischen Wohnungsangebots (vergleiche Kapitel 3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum sowie Kapitel 3.3. Stadtwohnen); Ausbau der Tagesbetreuung von Kindern.

- *Verbesserte regionale Zusammenarbeit (vergleiche Kapitel 3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit) und Abgeltung von Zentrumsleistungen.*
- *Revision und Sanierung der staatlichen Pensionskasse.*
- *Verbesserte Ausschöpfung des Steuersubstrats durch Einführung der Lohnmeldepflicht, eine verbesserte Überprüfung der Steuerabzüge und ein effizienteres interkantonales Meldewesen.*
- *Vollständige Umsetzung der unter den Massnahmenpaketen zur Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen beschlossenen Kürzungen; Kompensation von nicht realisierbaren Massnahmen.*
- *Effizienzverbesserungen in Verwaltungsabläufen und Kompensation von betrieblichen Mehrkosten.*

Diese Massnahmen sollen uns und dem Grossen Rat auch für die Zukunft einen finanziellen Handlungsspielraum geben, ohne dass der Finanzhaushalt mittel- und langfristig aus dem Gleichgewicht gerät.

4. Die Politikbereiche

Dieses Kapitel zeichnet die grossen Linien der baselstädtischen Politik. Es schildert zunächst die grundsätzlichen politischen Ziele des Kantons Basel-Stadt, welche die oberste Maxime und Rechtfertigung allen staatlichen Handelns bilden.

In sieben Politikbereichen stellen sich die Binnenziele dieses Handelns in ihrem spezifischen Kontext dar: Recht und Sicherheit, Wirtschaft, Bildung und Kultur, Gesundheit, Soziale Sicherheit, Stadt und Verkehr, Zusammenarbeit mit kantonalen, schweizerischen und ausländischen Partnern. Nach diesen Zielen wiederum richten sich die Feinziele der einzelnen Aufgabenfelder in Kapitel 5, wo sie in zahlreichen Projekten und Vorhaben umgesetzt werden.

In den einzelnen Politikbereichen finden sich auch die Resultate der Bevölkerungsbefragung 2005. Mit der Bevölkerungsbefragung verfügt der Regierungsrat über ein effektives Controllinginstrument zur Wirkungsprüfung (im Internet unter www.statistik.bs.ch, Rubrik Bevölkerungsbefragung). Alle zwei Jahre liefert es die Grundlagen für eine politische Wertung der Wirkung des staatlichen Handelns und dient so auch als handlungsorientierendes Instrument.

Im Januar und Februar 2005 wurde die Bevölkerung zum zweiten Mal über ihre Einschätzung der staatlichen und staatlich finanzierten Tätigkeit befragt. Mit der zweiten Befragung sind neben der aktuellen Situationsanalyse auch schon erste Entwicklungsbetrachtungen möglich, auch wenn klar ist, dass sich innerhalb von zwei Jahren die Gegebenheiten nicht grundlegend ändern. Viele Bereiche reagieren träge auf Impulse, und es wird erst mit den folgenden weiteren Befragungen möglich sein, klare Entwicklungslinien zu erkennen. Nicht in jedem Fall sind Veränderungen gefragt: gerade bei sehr gut bewerteten Bereichen ist unter Umständen auch das Halten des Niveaus durchaus ein gewolltes und sinnvolles politisches Ziel.

Die in den einzelnen Politikbereichen dargelegte Einschätzung der Resultate berücksichtigt einerseits die Aktivitätsschwerpunkte der letzten zwei Jahre und lehnt sich andererseits an weitere Controllinginstrumente wie bestehende Kennzahlensysteme wie Stadtteilentwicklung (zum Beispiel Integrale Aufwertung Kleinbasel IAK, Integration) und Spezialberichte (zum Beispiel Gesundheitsbericht, Familienbericht) an. Alle diese Instrumente sind sich ergänzende Teile eines Gesamtsystems. Die Bevölkerungsbefragung steht dabei mit der Wirkungsprüfung auf einer übergeordneten Ebene. Da im Wirkungsbereich immer verschiedene Faktoren zusammenspielen, ist es für die Ableitung konkreter Massnahmen unerlässlich, die Detailebene der oben genannten Controllinginstrumente mit zu berücksichtigen.

In diesem Kapitel geht es nun in erster Linie darum, die strategischen Entwicklungsziele zu reflektieren. Auf dieser Basis lassen sich generelle Beurteilungen vornehmen und die Bereiche definieren, in denen eine vertiefte Analyse notwendig ist und allenfalls Handlungsansätze und Massnahmen auszuarbeiten sind. Diese wiederum finden ihren Niederschlag in den Aufgabenfeldern von Kapitel 5.

4.1 Staatliches Gesamtziel

Das Ziel des staatlichen Handelns im Kanton Basel-Stadt ist, die Wohlfahrt der hier lebenden Bevölkerung zu fördern. Die Wohlfahrt ist optimal, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Stärken entfalten können und bei Schwächen, soweit diese einen wesentlichen Nachteil darstellen, Hilfe und Unterstützung erhalten. Wohlfahrt bedingt ebenfalls, dass die physische, psychische und gesellschaftliche Integrität aller Einwohnerinnen und Einwohner bis zu einem bestimmten Niveau gewährleistet ist. Um diese Ziele zu erreichen, legt der Kanton die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen fest und setzt diese durch. Er gewährleistet im Rahmen des Rechtsstaates die Freiheit und baut auf die Selbstverantwortung jedes Einzelnen sowie auf dessen Engagement für die Gemeinschaft. So sorgt der Kanton dafür, dass sich die Bevölkerung ihren Stärken und Neigungen entsprechend entfalten kann. Der Kanton fördert die Chancengleichheit, die Integration und die Mitwirkung in der Gesellschaft.

Der Kanton Basel-Stadt bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Er greift dort korrigierend ein, wo der freie Markt wichtige Güter nicht in der gesellschaftlich erwünschten Menge, Qualität oder Preis zur Verfügung stellt. Er schützt und unterstützt die wirtschaftlich Schwachen.

Der Regierungsrat bekennt sich grundsätzlich zu einem hochstehenden Leistungsniveau. Dieses liegt nicht in sämtlichen Gebieten über dem schweizerischen Durchschnitt und nur in ganz wenigen, bewusst gewählten Bereichen auf internationalem Spitzenniveau. Zudem darf die Steuerbelastung mittel- bis langfristig nicht wesentlich den schweizerischen Mittelwert übersteigen und der Staatshaushalt muss langfristig gesund sein.

Der Regierungsrat will, dass die Verwaltung ihre Leistungen kostenbewusst und kundengerecht erbringt. Die Verwaltung soll – auch bei Zwangsleistungen – als angenehme und faire Partnerin empfunden werden.

Dem Regierungsrat ist wichtig, dass die einzelnen Ziele und Massnahmen dem Konzept der Nachhaltigkeit entsprechen: Heutiges Handeln darf nicht zu Lasten der Chancen und Möglichkeiten zukünftiger Generationen führen.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Das Ziel des staatlichen Handelns ist, die Wohlfahrt der hier lebenden Bevölkerung zu fördern. Wenn man die Zufriedenheit mit dem Wohnort als Indikator für die Befriedigung der Grundbedürfnisse nimmt (vergleiche Kapitel 2.1 Gesellschaft), ergibt sich ein erfreuliches Bild. Die Zufriedenheit mit dem Wohnort hat sich seit der letzten Befragung nicht verändert. Nach wie vor finden 96% der Befragten, dass sie gerne oder sehr gerne in den Gemeinden des Kantons Basel-Stadt leben; in Riehen sind aktuell sogar 100% dieser Meinung. Das Resultat muss Ansporn sein, diesen hohen Standard zu halten.

Der Kanton Basel-Stadt bekennt sich dazu, Integration und Chancengleichheit zu fördern. Integration war in den letzen Jahren denn auch ein Schwerpunktthema des Regierungsrates (siehe Politikplan 2005–2008). Ein Vergleich der Befragungsresultate von 2003 und 2005 zeigt, dass hinsichtlich der Ausländerthematik von einer beginnenden Versachlichung der Diskussion gesprochen werden kann. Allerdings verzeichnet die Thematik bei der Frage nach den grössten Problemen in Basel trotz Rückgang nach wie vor den höchsten Anteil an Nennungen. Auch wenn die Integration im vorliegenden Politikplan kein explizites Schwerpunktthema mehr ist, darf mit den Anstrengungen in diesem Bereich nicht nachgelassen werden. Zu denken geben muss auch das Resultat, dass nur knapp 36% der Befragten der Meinung sind, alle Kinder erhielten die gleichen Bildungschancen. Diese Einschätzung findet Bestätigung bei den Kennzahlen zur Integration (Gymnasialquote für schweizerische und ausländische Schülerinnen und Schüler, siehe im Internet unter www.statistik.bs.ch, Rubrik Bevölkerungsbefragung, Integration).

Beim Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern fällt auf, dass vor allem bei konkreten Punkten die Unzufriedenheit zugenommen hat. So sind 2005 insgesamt gegen zwei Drittel der Befragten überhaupt nicht oder eher nicht der Ansicht, dass junge Frauen in der Berufsbildung die gleichen Chancen wie junge Männer hätten. Deutlich schlechter wird das Angebot an Teilzeitstellen zur Vereinbarung von Beruf und Familie beurteilt: 53% finden es eher oder völlig ungenügend (2003: 45%).

4.2 Recht und Sicherheit

Die Bevölkerung soll in Frieden, Sicherheit und Menschenwürde leben können.

Das Recht dient dazu, die Friedensordnung aufrechtzuerhalten und allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die kantonale Rechtsordnung verschafft allen Personen, die in ihren Geltungsbereich fallen, die ihnen zukommenden Rechte und auferlegt ihnen die für ein funktionierendes Gemeinwesen notwendigen Pflichten. Die kantonale Rechtssetzung passt sich an das Bundesrecht und das internationale Recht an und beachtet die Rechtsordnungen der benachbarten Gemeinwesen. Sie berücksichtigt aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und schafft die hierfür notwendigen Rahmenbedingungen. Das kantonale Recht soll zu einer verlässlichen Gesellschaftsordnung beitragen, in der unser Gemeinwesen sozial und wirtschaftlich gedeihen kann. Die Rechtsanwendung durch die Verwaltung in Basel-Stadt ist rechtsstaatlich, verhältnismässig und bürgerfreundlich. Die Verwaltung sorgt für einen an den Grundrechten und am Vertrauensprinzip orientierten, willkürfreien Gesetzesvollzug. Dieser ist im Rahmen der rechtsstaatlichen Vorgaben effizient und effektiv ausgestaltet. Die Rechtsprechung wird durch Gerichte wahrgenommen, die von der Kantonsverfassung und dem Gesetz vorgesehen sind. Die Gerichte sorgen im Rahmen ihrer Rechtsprechung für die Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens und für die Rechtsfortbildung.

Frieden, Sicherheit und Menschenwürde werden geschützt. Die Polizei ist an rechtsstaatliche Grundsätze gebunden und verhält sich bürgerfreundlich und der Situation angemessen. Sie arbeitet mit den Polizeikräften der benachbarten Gemeinwesen zusammen. Der Kanton verfolgt Straftaten und sorgt für eine humane Inhaftierung und einen humanen Strafvollzug. Das Ziel der Sicherheitspolitik ist es, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die öffentliche Ruhe, die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sittlichkeit sowie Treu und Glauben im Geschäftsverkehr zu schützen. Basel-Stadt legt bei seiner Sicherheitspolitik spezielles Gewicht auf Bereiche, in denen die absoluten Rechtsgüter Leib, Leben und Eigentum – wie etwa bei Verbrechen, Strassenverkehrsdelikten, bei Bränden, bei Umweltverschmutzungen oder bei Erdbeben – besonders gefährdet sind. Auch das Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner soll, vor allem auch durch eine bürgerfreundliche Polizeipräsenz, gestärkt werden. Die Polizei in Basel-Stadt soll in einem engen Kontakt mit der Bevölkerung stehen. So können Einwohnerinnen, Einwohner und Polizei partnerschaftlich zusammenwirken und die Probleme auf lokaler Ebene gemeinsam angehen (Community Policing). Der Kanton fördert insbesondere auch präventive Massnahmen, um Gewalt zu verhindern sowie die Sicherheit, auch im Verkehr, zu erhalten und zu erhöhen.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

In die Befragungszeit fiel die Demonstration gegen das Weltwirtschaftsforum und die Abstimmung zum neuen Gastgewerbegesetz. Beide Ereignisse finden Niederschlag bei der Nennung der grössten Probleme Basels. Sie sind unter dem Punkt «Regierung, Verwaltung, Politik» zusammengefasst und bringen diesen auf den fünften Platz (2003 nicht in den ersten 15 der genannten Probleme). Besonders die Äusserungen zur Polizei und ihrer Arbeit zeigen die ständige Gratwanderung in diesem Bereich: Die Polizei wird auf Grund konkreter Ereignisse kritisiert, gleichzeitig findet aber nur eine Minderheit, dass mehr Präsenz nötig wäre.

Sowohl bei der öffentlichen Sicherheit wie bei der Verkehrsicherheit ergaben sich seit der letzten Befragung keine Änderungen der Einschätzung. Nach wie vor sind je rund 80% der Befragten damit zufrieden oder sehr zufrieden. Bei der Frage nach dem konkreten Sicherheitsgefühl zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede: Personen mit kleinem Einkommen, ältere Leute und Frauen fühlen sich vor allem nachts merklich unsicherer als die Übrigen, und Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich leicht unsicherer als Personen ohne Schweizerpass. Effektiv in der Öffentlichkeit persönlich bedroht oder angegriffen wurden im letzten Jahr wie bei der Befragung vor zwei Jahren 9% der Befragten, zwei Fünftel davon verbal. Ziel muss es sein, Übergriffe, die die Integrität der Personen verletzen, zu verhindern und das Sicherheitsgefühl auf dem heutigen hohen Niveau zu halten.

4.3 Wirtschaft

Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Rahmen der vom Bund garantierten Wirtschaftsfreiheit und Eigentumsgarantie für eine nachhaltige Sicherung des Wohlstands der Bevölkerung ein. Er greift in der Regel nicht aktiv in das Wirtschaftsgeschehen ein, sondern konzentriert seine *Standortförderung* auf das Schaffen und Erhalten von attraktiven, im Vergleich zu anderen Regionen im In- und Ausland überdurchschnittlichen Rahmenbedingungen. Er unterstützt den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften durch das Bereitstellen von sehr guten Ausbildungsstätten und einer kundenfreundlichen Arbeitsmarktbehörde. Er setzt sich dafür ein, dass möglichst viele Menschen in der Wirtschaft eine existenzsichernde Arbeit finden und fördert die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden. Er setzt sich auch für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der nationalen und internationalen Verkehrsanbindung ein und erbringt generell qualitativ hoch stehende Infrastrukturdienstleistungen, damit die Wirtschaft in einem optimalen Umfeld gedeihen kann.

Der Kanton Basel-Stadt bekennt sich ausdrücklich zum Forschungs- und Produktionsstandort Basel im Bereich der chemisch-pharmazeutischen Industrie und der Biotechnologie. Ausbildungs- und Forschungsstätten in diesem Bereich werden besonders gefördert. Weitere Schlüsselbranchen für Basel stellen auch weiterhin die Finanz- und Versicherungswirtschaft, die Logistik und das Messe- und Kongresswesen dar, die im internationalen Wettbewerb erfolgreich agieren. Daneben ist es für einen lebendigen und zukunftsgerichteten Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung, dass ein starkes Gewerbe und innovative, wertschöpfungsstarke Unternehmen auch aus anderen Branchen in Basel überdurchschnittliche Rahmenbedingungen vorfinden. Mit der Förderung des Netzwerks zwischen Forschung, Ausbildung und Wirtschaft sowie dem Bereitstellen von Infrastruktur und Beratung leistet der Kanton Aufbauhilfe für neue, innovative Wirtschaftsbetriebe mit hoher Wertschöpfung, insbesondere im Bereich der Life Sciences und der Informations- und Kommunikationstechnologien.

Im Bereich des Service Public greift der Kanton direkt in den Markt ein und erbringt Leistungen im Bereich der Bereitstellung von Wasser und leitungsgebundener Energie, beim öffentlichen Verkehr sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Kanton sorgt dafür, dass die Stärken der Wirtschafts- und Tourismusregion Basel nach innen und aussen offensiv und professionell kommuniziert werden. Im Bereich des Standortmarketing arbeitet er eng mit dem Kanton Basel-Landschaft zusammen.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Über die Hälfte der Befragten (55%) – sechs Prozent mehr als vor zwei Jahren – beurteilt den regionalen Arbeitsmarkt als eher nicht so gut oder gar nicht gut. Zu dieser Beurteilung passt auch, dass sich die Beschäftigten unter den Befragten in grösserem Umfang als vor zwei Jahren Sorgen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes machen (plus zehn Prozentpunkte). Aspekte wie Betriebsklima, Entwicklungsperspektiven oder das Arbeitsumfeld haben für die Befragten an Bedeutung verloren. Ausgehend von einer bereits vor zwei Jahren sehr schlecht beurteilten Situation bezüglich des Angebots an Teilzeitstellen, die es Eltern erlauben, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, hat sich die Einschätzung noch verschärft. Ein ähnliches Bild ergibt die Einschätzung der Chancengleichheit von jungen Frauen und Männern in der Berufsausbildung. Die Resultate zeigen klar, dass sich der Kanton mit allen seinen Möglichkeiten für den Wirtschaftstandort Basel einsetzen muss, um Quantität und Qualität der Arbeitsplätze zu erhalten. Als grosser Arbeitgeber kann er selber Zeichen setzen und sowohl im Ausbildungsbereich als auch bei der Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle Vorbild sein.

Unter anderem in folgenden Bereichen des Service Public erbringt der Kanton Leistungen für die Bevölkerung: öffentlicher Verkehr, Bildung, Abfallentsorgung und Gesundheitswesen. Es ist nicht selbstverständlich, dass in Zeiten des Sparens die Zufriedenheit der Bevölkerung auf dem hohem Niveau von 2003 gehalten werden konnte.

4.4 Bildung und Kultur

Bildung und Kultur sind entscheidende Standortfaktoren für Basel-Stadt. Ein breites und qualitativ hoch stehendes Angebot in beiden Bereichen trägt dazu bei, die Attraktivität des Kantons als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und zu steigern.

Das Bildungswesen vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Bildung nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und Interessen. Es soll die Entwicklung zur mündigen, toleranten und verantwortungsbewussten Persönlichkeit und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen fördern. Das Bildungswesen soll zudem die Grundlage für das Zusammenleben in Gesellschaft und Demokratie sowie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen legen. Die Bildungschancen im Kanton Basel-Stadt sind gleich, unabhängig von Geschlecht, sozialer oder kultureller Herkunft, Religion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Auszubildenden oder deren Eltern. Besonders möchte der Kanton Schülerinnen und Schüler gleichermassen unterstützen. Der Unterricht erfolgt grundsätzlich gemeinsam. Basel-Stadt fördert die Aus- und Weiterbildung bildungsbenachteiligter Gruppen und die Integration aller Kinder und Jugendlichen. Behinderte erhalten ein auf ihre besondere Situation ausgerichtetes Angebot. An den staatlichen Schulen gewährleistet der Kanton einen konfessionell und politisch neutralen Unterricht. Der Besuch der staatlichen Kindergärten und Schulen ist unentgeltlich; der Besuch einer Ausbildung auf Tertiärstufe ist kostengünstig. Im Gegensatz dazu finanzieren die Nutzerinnen und Nutzer die Weiterbildungsangebote – mit sozialpolitisch begründeten Ausnahmen – grundsätzlich selbst.

Basel-Stadt koordiniert sein Bildungsangebot vor allem mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz. Im Hochschulbereich strebt der Kanton eine Ausdehnung und Vertiefung der Trägerschaften an (siehe dazu auch Kapitel 3.4 Bildungswege in der Volksschule). Die Bildungsangebote werden regelmässig auf ihre Qualität hin überprüft, ebenso die Organisation des Schulsystems auf seine Zweckmässigkeit. Der Kanton fördert die kontinuierliche Weiterentwicklung der Schulen sowie die Durchlässigkeit innerhalb der Bildungsstufen.

Das reiche kulturelle Angebot hat Basel Format und Ansehen verliehen. Der Kanton Basel-Stadt will die kulturelle Tradition Basels in die Zukunft tragen und kontinuierlich mit neuen Impulsen versehen. Das Basler Kulturschaffen und dessen Vermittlung soll über Kantons- und Landesgrenzen hinaus wirken. Ein qualitativ hochstehendes kulturelles Leben in Basel-Stadt ist eine Bereicherung für die gesamte Region, für ihre Bevölkerung und ihre Wirtschaft. Nicht zuletzt deswegen ist Basel-Stadt auch auf eine angemessene Kooperationsbereitschaft seitens des Kantons Basel-Landschaft angewiesen.

Der Kanton unterstützt Kulturinstitutionen, deren Haupttätigkeiten in einem marktähnlichen Umfeld nicht überlebensfähig wären. Die unterstützten Institutionen müssen im Austausch mit der Region stehen, immer wieder internationale Standards setzen und einen spezifischen Leistungsauftrag erfüllen. Besondere Unterstützung erhalten die Institutionen der Sparten Kunst und Musik. Neben den Kulturinstitutionen unterstützt der Kanton zeitgenössische Kulturprojekte. Bei der Projektförderung steht besonders das Vermögen im Vordergrund, auf neue Kunstformen und -inhalte zu reagieren. Die öffentliche Kulturförderung kann so das freie Kunst- und Kulturschaffen kontinuierlich stützen. Als primäres Förderungskriterium gilt die Eigenständigkeit der künstlerischen Form und ihres Inhaltes. Die Projekte sollen sich durch die Arbeiten selbst oder deren Präsentation auf die Region Basel beziehen.

Wichtige Kantonsaufgaben liegen auch in der Stadtarchäologie und im Denkmalschutz, welche die eigene Geschichte erfahrbar machen. Die Erhaltung des baulichen Erbes soll die Ansprüche einer sich lebendig entwickelnden Stadt berücksichtigen.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Schulen und Bildungsinstitutionen legten bei der Zufriedenheit gegenüber der Befragung vor zwei Jahren um drei Prozentpunkte zu, liegen aber mit 57% nach wie vor im hinteren Mittelfeld. In diesem Bereich möchten denn auch am meisten Befragte, dass der Staat mehr Leistungen erbringt. Bei der Zufriedenheit mit der Schule und Bildungsinstitutionen sind jedoch auch wesentliche Unterschiede bei den Bevölkerungsgruppen auszumachen. Befragte in Haushalten mit Kindern sind zufriedener (62%) als solche in kinderlosen Haushalten (55%). Nur gerade 32% der Befragten sind der Meinung, dass die Schulen im Kanton Basel-Stadt die Jugendlichen gut fürs Leben vorbereiten und immerhin 41% sind der Meinung, sie seien ein gutes Sprungbrett für das Berufsleben, wobei jeweils 20% keine Meinung zu diesen Aussagen haben. Gleichzeitig hat aber für gut 60% der Befragten mit mindestens einem Kind im Haushalt die Qualität der Schule einen grossen Einfluss auf den Verbleib am jetzigen Wohnort; für weitere 20% hat sie einen mässigen Einfluss. Damit liegt der Einfluss der Schule für den Verbleib im Kanton Basel-Stadt im gleichen Rahmen wie derjenige der wichtigsten Faktoren Mietzins, Wohnungsgrösse oder Beziehung zu den Nachbarn. Es zeigt sich also, dass diejenigen, die persönlich mit der Schule in Kontakt kommen, die Qualität der Schule besser beurteilen. Die Qualität der Schule ist offensichtlich besser ist als ihr Image. In Zukunft muss darum nicht nur an der Qualität gearbeitet werden, sondern verstärkt auch am Image der Schule.

40% der Befragten haben sich während den letzten zwölf Monaten weitergebildet. Dabei diente die Weiterbildung mehrheitlich beruflichen Zwecken. Im Vergleich zur letzen Befragung vor zwei Jahren ist der Anteil der Personen, die mindestens einen Kurs besucht haben, um 5% zurückgegangen. Gerade wenn man bedenkt, dass die Anforderungen der Arbeitswelt ein lebenslanges Lernen voraussetzen, muss diese Entwicklung mit Besorgnis aufgenommen werden. Zudem zeigt sich, dass vor allem bereits gut ausgebildete und gut verdienende Personen Weiterbildung betreiben.

Für die Einwohnerinnen und Einwohner steht die Kultur an der Spitze der positiven Aspekte, die der Kanton zu bieten hat. Gegenüber 2003 haben die Nennungen sogar noch um fast einen Viertel zugelegt. Auch die Zufriedenheit mit dem Kulturangebot ist nach wie vor hoch: Wie 2003 sind 86% der Befragten sehr oder eher zufrieden. Allerdings zeigt sich eine Verschiebung bei den Anteilen, die sehr Zufriedenen haben zugunsten der eher Zufriedenen etwas eingebüsst. Am unzufriedensten sind dabei die 18–29-Jährigen. Die unterschiedliche Beurteilung der Generationen zeigt sich auch darin, dass die Nennungen zu den Problemen in Basel für den Punkt «Freizeit und Kulturangebot für Jugendliche» stark zugenommen haben, neu erscheint dieser Punkt in den wichtigsten fünfzehn. Es ist – nicht nur in der Kultur – eine grosse Herausforderung für die Zukunft, den Dialog und das Verständnis unter den Generationen und ein ausgewogenes Angebot für alle Altersgruppen zu fördern.

4.5 Gesundheit

Physische und psychische Gesundheit ist ein grundlegendes Bedürfnis des Individuums. Deswegen liegt es im persönlichen Interesse eines jeden Einzelnen, das körperliche oder geistige Wohlbefinden selbstverantwortlich zu pflegen. Physische und psychische Gesundheit ist aber auch ein gesellschaftliches Anliegen, wirkt sich doch der Gesundheitszustand der Bevölkerung direkt auf das Zusammenleben und auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung aus.

Eine kantonale Gesundheitspolitik ist immer auch abhängig von der gesundheitspolitischen Ausgangslage im Kanton. In Basel-Stadt sind diese primär durch zwei Faktoren geprägt:

Sozialstruktur: Als Stadtkanton stellt sich die Zentrumsproblematik in besonderem Ausmass mit dem für Kernstädte typischerweise überdurchschnittlichen Anteil von sozial Bedürftigen, älteren Menschen, Migrantinnen und Migranten, Alleinstehenden und Alleinerziehenden, Suchtkranken, Auszubildenden und Erwerbslosen.

Zentrumsfunktion: Das Gesundheitswesen des Kantons Basel-Stadt erbringt Versorgungsleistungen für die ganze Region Nordwestschweiz. Das Angebot umfasst das gesamte Spektrum bis hin zur hochspezialisierten Versorgung.

Diese Ausgangslage führt zu hohen quantitativen wie auch qualitativen Anforderungen an die kantonale Gesundheitspolitik. Beeinflusst von den soziodemografischen Gegebenheiten weicht der Gesundheitszustand der kantonalen Bevölkerung in vielen Bereichen vom schweizerischen Durchschnitt ab. Dies führt im Kanton zu einer erhöhten Anspruchshaltung bezüglich der Leistungen, die das Gesundheitssystem zu erbringen hat.

Basel-Stadt setzt sich intensiv ein für die Erhaltung, Förderung sowie die Wiederherstellung der Gesundheit und daneben auch für die Pflege und Betreuung der Chronischkranken und Betagten und sieht die dafür erforderlichen finanziellen Mittel im Rahmen seiner Möglichkeiten vor. Basel-Stadt will aber die Bewohnerinnen und Bewohner mit Information und Beratung zu Prävention und Gesundheitsförderung sensibilisieren und sie so in ihrer gesundheitsbewussten Haltung bestärken und unterstützen. Auch sorgt der Kanton mit geeigneten Massnahmen für ein gesundheitsfreundliches Umfeld. Dazu gehören besonders eine intakte Umwelt, Sicherheit im Strassenverkehr und Schutz vor Gewalt, aber auch die Förderung sportlicher Betätigung in der Schule oder in der Freizeit.

Wichtigstes Ziel für die Gesundheitspolitik in Basel-Stadt aber bleibt, kranken und verunfallten Menschen eine quantitativ bedarfsgerechte und qualitativ hoch stehende Gesundheitsversorgung bereitzustellen, die auch künftig insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich bleibt. Dazu gehört auch die nachhaltige Sicherung der Zentrumsfunktionen Basel-Stadts für die Region Nordwestschweiz, wobei insbesondere der Medizinischen Fakultät und den Universitätskliniken eine nationale Positionierung und Weiterentwicklung ermöglicht werden muss. Dafür ist es aber unerlässlich, das Angebot an zentrumsmedizinischen Dienstleistungen regional zu verankern, um dadurch das Patientengut und das Einzugsgebiet zu vergrössern – durch tragfähige Partnerschaften mit der ganzen Region.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Das vom Regierungsrat in der Gesundheitspolitik gesetzte wichtigste Ziel, den Menschen in Basel-Stadt eine hochwertige Gesundheitsversorgung zu bieten, wird in den Augen der Bevölkerung offenbar erreicht. 95% der Befragten sind mit der Gesundheitsversorgung sehr oder eher zufrieden. Dieser Wert liegt sogar leicht über demjenigen von 2003. Zusammen mit dem öffentlichen Verkehr erreicht damit die Gesundheitsversorgung den Spitzenplatz in der Zufriedenheit mit den Einrichtungen und Lebensbedingungen. Dieser hohe Standard soll auch in Zukunft – trotz schwierigem Umfeld – gehalten werden.

Der Anteil von Personen, die im Alltag durch Krankheit, Invalidität, Gebrechen oder psychische Probleme in irgendeiner Weise eingeschränkt ist, beträgt wie bei der Befragung vor zwei Jahren gut 16%. Hochgerechnet auf die gesamte Bevölkerung des Kantons ergibt dies eine Zahl von gegen 30 000 Personen, die ihren Alltag mit Einschränkungen bewältigen müssen. Ihre Integration in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltag soll im Rahmen der staatlichen Möglichkeiten weiterhin unterstützt werden.

4.6 Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit ist dann erreicht, wenn im Zusammenspiel von Eigenverantwortung und gegenseitiger Solidarität sich jedes Mitglied der Gesellschaft optimal entfalten und in einem fruchtbaren Austausch mit der Gesamtgesellschaft stehen kann. Sind diese Entwicklung und dieser Austausch auf Grund innerer oder äusserer Gegebenheiten gefährdet, helfen der Kanton und die Gemeinden bei der Beseitigung bestehender Hindernisse und bei der Suche nach individuellen Lösungswegen. Sie sorgen dafür, dass jedes Mitglied der Gesellschaft unabhängig von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ein menschenwürdiges Leben führen kann.

Basel-Stadt garantiert die grundlegenden sozialen Sicherungssysteme nach Bundesrecht. Diese werden ergänzt durch ein subsidiäres System, das den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung ebenso Rechnung trägt wie dem individuellen Bedarf nach Beratung, Begleitung und Betreuung. Der Kanton fördert Strukturen, welche die materielle Unabhängigkeit und die individuelle Selbstbestimmung, die berufliche und soziale Integration und die Chancengleichheit der Einwohnerschaft erhalten und stärken. Basel-Stadt legt im Bereich der sozialen Sicherheit besonderes Gewicht auf Massnahmen, welche die Eigenkräfte und die Leistungsfähigkeit seiner Einwohnerinnen und Einwohner im Interesse der Einzelnen und der Gesamtgesellschaft verstärken und nutzbar machen. Zudem fördert der Kanton die Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren im Bereich der sozialen Sicherheit.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Soziale Sicherheit ist dann erreicht, wenn sich im Zusammenspiel von Eigenverantwortung und gegenseitiger Solidarität jedes Mitglied der Gesellschaft optimal entfalten kann.

Die gute Bewertung des Wohnorts bei allen befragten Gruppen lässt sich so interpretieren, dass offenbar die Maschen des sozialen Netzes im Wesentlichen eng genug geknüpft sind. Allerdings zeigt sich auch, dass von allen Befragten im erwerbsfähigen Alter zum Zeitpunkt der Umfrage 4,7% arbeitslos oder auf Stellensuche waren; bei den 18–29-Jährigen beträgt der Anteil jedoch 8,1%. Um diese Situation zu verbessern, braucht es Anstrengungen in den verschiedensten Bereichen und eine Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat.

Gut 11% der Befragten geben an, dass der Staat im Bereich «Familienangebote» mehr Leistungen erbringen sollte. Damit rangiert er hinter «Schule und Bildung» auf dem zweiten Platz. Auf dem fünften Platz mit 7% folgt der Bereich «Kind und Jugend». In dieses Bild passt, dass ein knappes Drittel der Befragten eher oder ganz unzufrieden ist mit dem Angebot und den Einrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene. Bei der Beurteilung des Angebotes zur Kinderbetreuung sind 47% derjenigen Befragten sehr oder eher zufrieden, die in einem Haushalt mit mindestens einem Kind leben, ein Fünftel hat keine Meinung. Sie nehmen offenbar kein Angebot in Anspruch.

4.7 Stadt und Verkehr

Die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt soll die Lebensqualität der Bevölkerung erhalten und erhöhen. Die staatliche und private Bautätigkeit soll qualitativ hochstehend und nachhaltig sein. Bei der Gestaltung der öffentlichen Räume werden Aspekte der Sicherheit, der Benutzbarkeit und des Erscheinungsbildes berücksichtigt.

Die Basler Innenstadt soll ihren historischen Charakter bewahren und sich gleichzeitig als Zentrum eines breiten kulturellen Lebens der Region weiterentwickeln. In den Quartieren soll die Wohnqualität verbessert werden. Indem Wohnungen zusammengelegt, Gebiete umgezont und Industrieareale sowie Büroräumlichkeiten umgenutzt werden, soll zusätzlicher qualitativ hochstehender Wohnraum geschaffen werden. Mit attraktiven Rahmenbedingungen, auch im Bereich der Stadtgestaltung, werden in enger Zusammenarbeit mit den Partnern aus Industrie und Wirtschaft gute Nutzungs- und Erschliessungsbedingungen für alle geschaffen.

Bestehende Grünanlagen werden aufgewertet und ergänzt. Geeignete Grünräume werden mittels Alleen, Grünverbindungen, Hinterhofaufwertungen sowie Fassaden- und Dachbegrünungen vernetzt. In der Innenstadt werden geeignete Flächen für Freizeitaktivitäten und attraktive Aufenthaltszonen zur Verfügung gestellt. Für Grossanlässe wie Herbstmesse, Zirkusse, Märkte und Kulturevents werden geeignete Räume definiert, zur Verfügung gestellt und mit Infrastruktur ausgestattet.

Von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der Stadt, des Kantons und der Agglomeration ist die Verkehrspolitik. Verkehrsachsen wirken als Bindeglied zwischen den städtischen Räumen. Die Erreichbarkeit der Quartiere und die Mobilität der Einwohnerinnen und Einwohner stellen wichtige Standortfaktoren dar. Gleichzeitig beeinträchtigt der Verkehr vielfach die Wohn- und Umweltqualität durch Trennwirkung, Luft- und Lärmbelastung oder Flächenverbrauch.

Die Kernstadt Basel und mit ihr die Trinationale Agglomeration Basel (TAB) sind zukünftig noch besser ins europäische Städtenetz einzubinden und darin zu positionieren. Dies bedingt neben Stadtentwicklungs- und Städtebaumassnahmen (siehe auch Kapitel 3.1) vor allem auch bessere Verkehrsanbindungen im Güter- und Personenverkehr wie zum Beispiel der Ausbau der Regio-S-Bahn und die TGV-Anschlüsse oder die Stärkung der Rheinhäfen und des EuroAirports. Die Koordination der Verkehrspolitik mit den Nachbarkantonen und dem Bund sowie der weitere Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur im trinationalen Raum sind konsequenterweise wichtige Grundlagen für die nachhaltige Entwicklung des Kantons.

In diesem Zusammenhang verfolgt der Regierungsrat die folgenden Ziele: Stadtgerechte Verkehrsarten wie Fussgänger-, Velo- und öffentlicher Verkehr werden gezielt gefördert; dies reduziert den Flächenverbrauch des Verkehrssystems und unterstützt eine ausgewogene Verteilung von Wohn-, Arbeits-, Grün-, Erlebnis- und Verkehrsflächen. *Der flächenintensive motorisierte Individualverkehr wird so gelenkt und bewirtschaftet, dass der Flächenverbrauch limitiert und vorhandene Fahrbahn- und Parkierungsflächen optimal ausgenutzt werden. Die konsequente Kanalisierung auf das übergeordnete Strassennetz entlastet Wohnquartiere, was massgeblich zur Wohnumfeldaufwertung beiträgt. Auch in Zukunft braucht es daher vor allem Unterhaltsmassnahmen in die bereits bestehende Allmendinfrastruktur. Um das Gesamtsystem zu verbessern, werden die verschiedenen Verkehrsmittel zu Transportketten vernetzt. Dabei wird die freie Wahl des Verkehrsmittels respektiert und die Anforderungen des gewerblich notwendigen Verkehrs an die Erreichbarkeit berücksichtigt, gleichzeitig aber ein Anreiz zum Umsteigen auf menschen- und umweltgerechte Verkehrsarten geschaffen. Mittels einer entsprechenden Preisgestaltung werden Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer vermehrt dazu angehalten, ein ökonomisch und ökologisch effizientes Verkehrsmittel zu wählen.*

Die Verkehrspolitik berücksichtigt besonders die Bewegungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowie der Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Die speziell unfallgefährdeten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie Fussgängerinnen und -gänger und Velofahrende werden geschützt, um die Häufigkeit tödlicher und schwerer Verletzungen weiter zu vermindern.

Der optimierte Flächenverbrauch des Verkehrssystems trägt dem ökonomischen Wert des städtischen Raumes Rechnung. Die Umweltlasten des Verkehrs wie Luftverschmutzung oder Lärm und Energieverbrauch werden gesamthaft minimiert. Das Gesamtverkehrssystem ist volkswirtschaftlich effizient und seine Kosten für die Allgemeinheit tragbar.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt soll die Lebensqualität der Bevölkerung erhalten und erhöhen. Die Befragten schätzen die Lebensqualität in Basel gleich hoch ein wie vor zwei Jahren und geben ihr auf einer 10er-Skala die Note 7,4. In der Zufriedenheitsforschung bedeutet dieser Wert «gut, braucht aber Aufmerksamkeit». Erfreulicherweise zeichnet sich eine steigende Tendenz in der Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot ab. Die vielen kleineren und grösseren Wohnbau- und Wohnumfeldprojekte der letzten Jahre zeigen hier Wirkung.

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind in den Augen der Befragten ein zentrales Qualitätsmerkmal für Basel als Wohn- und Lebensstandort. 95% der Befragten sind sehr oder eher zufrieden mit dem Angebot. 86% legen die täglichen Wegstrecken unmotorisiert oder mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zurück und mehr als drei Viertel besitzen zudem mindestens ein Abonnement des öffentlichen Verkehrs. Der Vertiefungsteil der Bevölkerungsbefragung beinhaltete den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Entscheid, in Basel zu wohnen. An erster Stelle mit 72% steht die Nähe zum öffentlichen Verkehr, gefolgt von den Faktoren «Mietzins», «Nachbarn/Klima» und «Grösse der Wohnung».

Ebenfalls im Vertiefungsteil enthalten waren Fragen zum Nutzungskonflikt im Verkehr. Die Befragten wünschen sich zu einem grossen Teil, dass der Status quo gehalten wird. Diejenigen die einen Ausbau wünschen, möchten, dass dies in erster Linie im Langsamverkehr (Fussgänger, Velo) geschieht, diejenigen die einen Abbau wünschen, haben vor allem den motorisierten Individualverkehr im Auge. Bei den Ausbauwünschen machen sich Langsamverkehr und Auto den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum streitig – beide möchten mehr Platz –, während beim öffentlichen Verkehr der Wunsch nach mehr Geldmitteln im Vordergrund steht. Dass der Verkehr ein polarisierendes Thema voller Widersprüche ist, zeigt sich auch bei den Parkplätzen: Nach wie vor sind die Befragten geteilter Meinung über die Bedeutung der Parkplätze in der Innenstadt: 56% der Befragten misst den Parkplätzen geringe oder gar keine Bedeutung bei und für 42% sind sie sehr oder eher wichtig. Die Zufriedenheit mit der Verkehrssicherheit am Wohnort hat leicht zugenommen. Die flächendeckende Einführung der Tempo 30-Zonen in Wohngebieten, die Umsetzung von zahlreichen Begegnungszonen sowie die konsequente Beseitigung von Gefahrenstellen für Fussgängerinnen und Fussgänger zeigen hier erste Erfolge. Stehen bleibt die Forderung nach einer Vergrösserung der Fussgängerzone im Innenstadtbereich.

Es stellen sich auch in Zukunft viele Herausforderungen, um die Stadt als guten Wohn-, Lebens- und Arbeitsort zu erhalten und zu fördern. Stadtentwicklung ist und bleibt ein zentrales Anliegen des Regierungsrates.

4.8 Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Partnern

Der Kanton Basel-Stadt ist in hohem Masse durch seine Grenzlage geprägt. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Region Basel sollen durch die politischen Grenzen nicht in ihren Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten werden. Um Hindernisse abzubauen, welche die Lebensqualität einschränken oder den Alltag der Menschen erschweren, hat der Kanton Basel-Stadt gute grenzüberschreitende Beziehungen mit seinen Nachbarn dies- und jenseits der Landesgrenzen aufgebaut. Diese grenzüberschreitenden Beziehungen sollen zum Vorteil aller Partner vertieft werden. Regionale Zusammenarbeit führt häufig dazu, dass die Kosten einer Leistung nicht dort anfallen, wo auch die Nutzniesser der Leistung sind. Deshalb setzt sich der Kanton Basel-Stadt dafür ein, dass die Abgeltung für grenzüberschreitend erbrachte staatliche Leistungen für alle involvierten Gemeinwesen fair ist. Ziel der regionalen Partnerschaft ist es, in allen wichtigen Fragen und Aufgaben eine fruchtbare Koordination oder Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinwesen zu erreichen, um damit Synergieeffekte zugunsten aller Partner zu erreichen. So drängen sich gerade für den Stadtkanton Basel-Stadt Kooperationen und Partnerschaften auf, etwa in den Bereichen Verkehr, Raumordnung, Umweltschutz, Gesundheitswesen oder Bildung und Kultur.

Unter den verschiedenen grenzüberschreitenden Beziehungen, die Basel-Stadt pflegt, ist diejenige zum Kanton Basel-Landschaft besonders wichtig. Von grosser Bedeutung ist die Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesen, der Hochschulen und des Verkehrs. Beispiele für aktuelle neue Kooperationsbestrebungen sind die Prüfung eines Zusammenschlusses der Rheinhäfen und die Schaffung einer gemeinsamen Datenschutzstelle. Der Kanton Basel-Stadt arbeitet auch mit nicht benachbarten Schweizer Partnern zusammen, etwa aufgrund von bestehenden Konkordaten (zum Beispiel Strafvollzug, Polizeiwesen) oder bei der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Regio-S-Bahn. Die Zusammenarbeit findet sowohl in der Nordwestschweiz wie auf gesamtschweizerischer Ebene statt. Neben den bestehenden Fachdirektorenkonferenzen übernimmt die Konferenz der Kantonsregierungen wichtige Koordinationsaufgaben, vor allem im aussenpolitischen Bereich.

Grosse Bedeutung hat für Basel-Stadt die Zusammenarbeit mit den deutschen und französischen Nachbarn jenseits der Landesgrenze. Sie erfolgt auf bilateralem Weg oder in Gremien wie der Oberrheinkonferenz, der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB), dem INTERREG-Förderprogramm Oberrhein Mitte-Süd oder der Arbeitsmarkt-Initiative EURES-T Oberrhein. Der Wirtschafts- und Lebensraum der Metropolitanregion Basel ist auf das engste mit der Europäischen Union verflochten. Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU, insbesondere das Personenfreizügigkeitsabkommen, bilden für Basel-Stadt die Grundlage für die weitere Annäherung der Schweiz an die Europäische Union, von welcher der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt und unsere Wirtschaft im Allgemeinen profitieren kann.

Der Kanton Basel-Stadt will zusammen mit der Region durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Gewicht gewinnen und sich so gegenüber dem Bund oder innerhalb eines Europas der (starken) Regionen besser Gehör verschaffen. Mit dem US-amerikanischen Bundesstaat Massachussets besteht eine transatlantische Partnerschaft.

Schlussfolgerungen aus der Bevölkerungsbefragung

Ein ganzer Fragekomplex des Vertiefungsteils der Bevölkerungsbefragung widmete sich den grenzüberschreitenden Beziehungen, dies speziell, was die Mobilität der Bevölkerung anbelangt: Wer geht wie oft und warum ins grenznahe Ausland. Die Resultate zeigen, dass knapp 60% der Befragten mehr als zehn Mal im Jahr ins grenznahe Ausland gehen.

Sie bewegen sich dabei zur Mehrheit im Umkreis von zehn Kilometern. Die Hauptaktivitäten sind Einkaufen, Ausflüge und Essen gehen. Die Hauptgründe für den Einkauf jenseits der Grenze sind der Preis und mit zunehmendem Einkommen auch das Angebot (Spezialitäten, Qualität). Lediglich für gut 2% derjenigen, die zum Einkaufen über die Grenze fahren, sind die vorhandenen Parkplätze ein Grund.

Die Lage im Dreiländereck wird verstärkt als Pluspunkt wahrgenommen. 12% der Befragten nannten spontan Basels Grenzlage als positiven Aspekt (2003: 9%). Rund 80% der Befragten stimmen Aussagen zu den grenzüberschreitenden Beziehungen – zum Beispiel Raum- und Standortentwicklung, Wohn- und Lebensqualität, öffentlicher Verkehr – sehr oder eher zu. Einzig im Kulturbereich offenbart sich, dass da noch ein grösserer Graben zu überwinden ist. Da sind nämlich nur gut 50% der Befragten mit der Aussage sehr oder eher einverstanden, dass es in den umliegenden Gemeinden in Frankreich und Deutschland tolle kulturelle Angebote gibt.

Auch wenn das Hauptaugenmerk der Mobilität galt, verdeutlichte die Befragung zugleich das ausgeprägte Bewusstsein der Bevölkerung für die Grenzlage des Kantons und die sich daraus ergebenden Herausforderungen. So gesehen, bestärken die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung die aktuellen Bestrebungen der Behörden, die regionale Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu fördern und auszubauen (siehe dazu auch Kapitel 3.5).

5. Die Aufgaben- und Ressourcenfelder

5.1 Einleitung

Die Felder

In *34* Aufgaben- und acht Ressourcenfeldern umfasst der Politikplan die gesamte staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit Basel-Stadts. Dabei beinhalten die Aufgabenfelder die nach aussen gerichteten Aktivitäten des Kantons, während die Ressourcenfelder die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Jedem Feld ist ein federführendes Departement zugeordnet. Ein Feld unterteilt sich in *vier* Teile:

Beschreibung

Die Beschreibung dokumentiert die zentralen Leistungen und deren Nutzniessende.

Politische Ziele

Die absolut gefassten politischen Ziele formulieren die politisch wünschbaren Zustände oder Veränderungen in Gesellschaft und Umwelt.

Projekte und Vorhaben

Die Projekte und Vorhaben enthalten die Massnahmen, um die politischen Ziele zu erreichen. Die Liste ist rollend; so lassen sich auch kürzerfristig geplante Vorhaben in die jährlich aktualisierte Ausgabe des Politikplanes aufnehmen. Die Liste dokumentiert den jeweiligen Status:

- Den Vermerk «bisher» tragen Projekte und Vorhaben, die schon der vorangegangene Politikplan enthält oder die sich noch in der Realisierung oder weiter in Planung befinden.
- Als «abgeschlossen» vermerkt sind Projekte und Vorhaben, die im vorangegangenen Politikplan als «bisher» existierten, inzwischen aber entweder abgeschlossen oder aber als dauerndes Geschäft in den Courant der Geschäfte integriert worden sind, also ihren zeitlich begrenzten Projektcharakter verloren haben.
- Projekte und Vorhaben mit dem Vermerk «neu» führt der Politikplan zum ersten Mal auf; es sind vom Regierungsrat beschlossene Massnahmen, die in den nächsten Jahren einzuleiten und umzusetzen sind.

Wie die politischen Ziele werden auch die einzelnen Ziele der bisherigen und der abgeschlossenen Projekte und Vorhaben jährlich im Zeitraum von August des Vorjahrs bis Juli des aktuellen Jahrs bilanziert. Da sich die politischen Ziele auf eine Aussenwirkung beziehen, finden sich bei den meist intern ausgerichteten Ressourcenfeldern keine Bilanzen.

Kosten

Am Schluss jeden Felds weist eine Tabelle die Kosten der Tätigkeiten in diesem Feld aus. Der Saldo Teilkosten entspricht der internen Steuerungsgrösse und enthält die Kosten und Erlöse, welche die Dienststellen direkt verantworten können. Die vollen Kosten des entsprechenden Aufgaben- oder Ressourcenfeldes ergeben sich aus dem Saldo Teilkosten, ergänzt mit den kalkulatorischen Positionen und Umlagen anderer Dienststellen.

Die kalkulatorischen Positionen enthalten die kosten-, nicht aber die finanzwirksamen Abschreibungen auf Grossinvestitionen und die kalkulatorischen Zinsen und Mieten. Die einzelnen Felder führen die durch Investitionen ausgelösten Kapitalkosten auf; die Investitionen selbst verzeichnet die Tabelle 10 der wichtigsten Investitionen in Kapitel 6.5. Bei einer Kostenrechnung führen Investitionen via Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen zu einer Erhöhung der jährlichen Kosten. Die Umlagen betreffen vor allem Leistungen aus den Bereichen Informatik, Personal, Finanzen und Departementsstäbe, welche auf Departementsebene Vorleistungen erbringen.

Verbindlichkeit der Finanzzahlen

Die Erstellung einer Kostenrechnung kann nicht in allen Punkten exakt sein. Vielmehr schwingt besonders bei den kalkulatorischen Positionen Ermessen mit. Trotzdem nähern sich die Vollkosten den wirklichen Kosten der im Rahmen eines Aufgabenfeldes geleisteten Tätigkeiten wesentlich weiter als dies eine reine Finanzsicht tut.

Die Kostenplanung der Jahre 2006 bis 2009 basiert auf dem Budget 2007, welches entsprechend der prognostizierten Teuerung (1,4% im 2007, 1,4% im 2008, 1,5% im 2009) fortgeschrieben wurde. Die so ermittelten Planwerte wurden korrigiert um die Reduktionen aus der Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen. Ebenfalls berücksichtigt sind von externen Umständen abhängige Kostenfaktoren und eine allfällige Prioritätensetzung seitens der Departemente.

Aufgrund der grossen Unsicherheiten bezüglich der Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlagen umfasst die vorliegende Planung noch nicht die Auswirkungen der von den Stimmbürgerinnen und -bürgern beschlossenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

Unabhängig vom Vorgehen bezüglich der Ressourcenzuteilung erweist es sich bei der Planung als schwierig, dass bei gegebenem Haushaltsziel neue, nicht vorhersehbare finanzielle Einflüsse hinzukommen. Diese können positiv und negativ sein. Je weiter der Planungshorizont, desto unverbindlicher also sind die Annahmen zu beurteilen. Dies gilt auch für die getroffenen volkswirtschaftlichen Annahmen bezüglich Teuerung und Wirtschaftswachstum. Entwickeln sich diese anders als vorausgesagt – was erfahrungsgemäss öfter der Fall ist – ergeben sich in der Finanzplanung entsprechende Abweichungen.

Unterschiede in den Finanzzahlen

Die Zahlen des Politikplans 2005–2008 können sich in Spalten unterscheiden, die sowohl in diesem als auch im letztjährigen Politikplan auftauchen. So widerspiegeln im vorliegenden Politikplan die Zahlen des Budgets 2005 nicht mehr den Stand der zweiten Lesung im Regierungsrat, wie es der letztjährige Politikplan tut, sondern beziehen sich auf das definitive grossrätliche Budget 2005. Ebenfalls können die Zahlen der Vorjahre des aktuellen Politikplans von den letzjährigen abweichen, da zu Vergleichszwecken strukturelle Änderungen im aktuellen Budgetjahr auch in den Vorjahren angepasst wurden.

Weitere Hinweise

Die Tabellen verwenden B für Budget, P für Planung, R für Rechnung und Kalk. Pos. steht für Kalkulatorische Positionen. Sie zeigen die Vergleichszahlen der Rechnung 2003 (R 03) und 2004 (R 04), des Budgets 2005 (B 05) und 2006 (B 06) mit dem Stand nach zweiter Lesung im Regierungsrat und die Planzahlen für die Jahre 2007 bis 2009 (P 07, P 08, P 09). Da die Zahlen des Budgets 2006 noch provisorisch sind, können sich diese im Herbst 2005 gegenüber jenen in dem dem Grossen Rat unterbreiteten Budget noch verändern. Die im Vergleich zu Rechnung und Budget geringer werdende Verbindlichkeit der Finanzdaten für die Planjahre spiegelt sich in der Gestaltung ihrer farblich weniger stark unterlegten und nicht fett gesetzten Spalten wider.

Die Kostenrechnung verteilt die Kosten der Querschnittsleistungen gemäss den vom Regierungsrat festgelegten Schlüssel auf die Leistungsempfänger. Die kleineren Abweichungen zwischen diesen Umlagen und den bei den Leistungserbringern effektiv budgetierten Kosten bleiben als Deckungsdifferenzen bei den Ressourcenfeldern stehen; dadurch betragen die Vollkosten dieser Felder nicht überall genau null. Ausserdem können die in den Kostentabellen gezeigten Totale durch Rundung auf eine Kommastelle von den rechnerischen Summen der gerundeten Zahlen abweichen.

Grössere Abweichungen innerhalb der Planjahre (P) erläutern Fussnoten am Ende der Kostentabellen jedes Aufgaben- und Ressourcenfeldes. Erklärungen zu grösseren Abweichungen in vergangenen Jahren finden sich – zu den damaligen Planjahren – in den früheren Ausgaben des Politikplans.

Die verwendeten Begriffe erklärt das Glossar in Kapitel 10.

Aufgabenfelder: nach aussengerichtete Leistungen

Baudepartement	**Erziehungs-departement**	**Justizdepartement**	***Sicherheits-*departement***	***Gesundheits-*departement***	**Wirtschaft- und Sozialdepartement**	**Judikative**
1.1 Raumplanung	2.1 Volksschulbildung	3.1 Rechts- und Registerwesen	4.1 Sicherheit, Ordnung, *Verkehrs-management***	5.1 Gesundheitsschutz	6.1 Standortförderung	7.1 Rechtsprechung (Gerichte)
1.2 Baubewilligung und Bauaufsicht	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	3.2 Vormundschafts-wesen	4.2 *Rettung****	5.2 Gesundheitsdienste	6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	7.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	3.3 Strafverfolgung und -vollzug	4.3 *Bevölkerungs-*dienste***	5.3 Gesundheits-versorgung	6.3 Land- und Waldwirtschaft	
1.4 Versorgung und Entsorgung	2.4 Kulturförderung und -pflege	3.4 Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung		5.4 *Klinische Lehre* und Forschung	6.4 Öffentlicher Verkehr	
1.5 Umwelt und Energie	2.5 Sport- und Bewe-gungsförderung	3.5 Gleichstellung von Frauen und Männern			6.5 Existenzsicherung	
	2.6 Stationäre Jugend- und Behinderten-hilfe	3.6 Aussenbeziehungen			6.6 Soziale Sicherheit	
	*2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit***				6.7 Dokumentation	

Ressourcenfelder: nach innen gerichtete Vorleistungen

Finanzdepartement	**Baudepartement, Finanzdepartement**	**Finanzdepartement, Justizdepartement**	**Erziehungs-departement**	***Adm.* Wirtschafts- und Sozialdepartement**	
8.1 Steuererhebung	8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste	8.6 Zentrale Materialdienste	8.7 *Führung u. Führungs-unterstützung****	8.8 *Behörden****
8.2 Zentrale Finanzdienste					
8.3 Zentrale Personaldienste					

** Umbenennung ** Neue Feldbezeichnung *** Infolge Umstrukturierung erfolgte im SiD eine Reduktion der Felder mit neuer Nummerierung und neuer Aufgabenzuteilung **** Umstrukturierung und Neubenennung der Ressourcenfelder*

5.3 Aufgabenfelder

Raumplanung

BD • 1.1

Beschreibung

Regionale und kantonale Raumplanung in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Verkehr; Planen und Gestalten des öffentlichen (Stadt-)Raumes; integrale Stadtbildpflege; Fördern des privaten Wohnungsbaus; Planen der kommunalen und kantonalen Verkehrsinfrastrukturbauten.

Politische Ziele

- Basel-Stadt als attraktiver Wohnort für eine soziodemographisch ausgewogene Bevölkerung, als Standort für eine wertschöpfungsintensive und konkurrenzfähige Wirtschaft und als Ziel für auswärtige Besuchende.
- Geordnetes haushälterisches und ausgewogenes Nutzen des Raums, mit Priorität bei der Steigerung der Wohnattraktivität, um selektive Bevölkerungsabwanderung zu verhindern.
- Optimales Erschliessen des Kantonsgebiets durch ein stadtgerechtes Mobilitätsangebot.
- Gutes Einbinden der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB) mit ihrer Kernstadt in das europäische und schweizerische Städtenetz durch Koordination mit den Nachbarn in der Nordwestschweiz, Deutschland und Frankreich sowie mit dem Bund.

Bilanz

Durch planerische Massnahmen werden die Rahmenbedingungen für Investitionen in den privaten Wohnungsbau kontinuierlich verbessert. Das Referendum zur Zonenplanänderung für das Erlenmatt-Areal machte den Weg frei, qualitativ hochwertigen Wohnraum für rund 2000 Bewohnerinnen und Bewohner, Raum für rund 2000 gewerbliche Arbeitsplätze und für acht Hektaren Grün- und Freiflächen zu schaffen. Weitere Impulse werden die Teilzonenplanrevision sowie die geplante Zonenplanrevision bringen.
Die Stadtentwicklungsprojekte im Norden Basels sowie für die Innenstadt (siehe Schwerpunkte 3.1 und 3.2) sollen die Lebensbedingungen der Bevölkerung und die Standortqualität für die Wirtschaft nachhaltig sichern und verbessern. Zahlreiche Projekte im öffentlichen Raum fördern die Wohnlichkeit und Attraktivität der Stadt. Die vom Grossen Rat genehmigten Zonenänderungen für das Stadion St. Jakob und das benachbarte Areal ermöglichen die Aufstockung des Stadions für die Fussball-Europameisterschaft 2008 und den Neubau eines Hochhauses.
Für Areale, deren heutige Nutzungen nicht mehr den sich wandelnden Ansprüchen von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen, werden in Kooperation mit allen Interessensträgern und den Grundeigentümern Projekte für eine zukunftsfähige Entwicklung erarbeitet.
Die Mobilitätsentwicklung wird durch Massnahmen für den Langsamverkehr, den öffentlichen und den motorisierten Individualverkehr gesteuert und die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung aufeinander abgestimmt. Die Raumentwicklungsplanung erfolgt in enger Kooperation mit den Partnern in der TAB und beim Bund.

Projekte und Vorhaben

- Etappiertes Umsetzen des Verkehrsplanes unter Berücksichtigung der Angebotsorientierung, um die stadtgerechte Mobilität zu fördern. (bisher)

  Bilanz

  Parlamentsvorlagen für Velo- und Busmassnahmen in der Holee- und Flughafenstrasse sowie für den zweiten Velo-Rahmenkredit wurden dem Grossen Rat vorgelegt. Das innenstadtnahe Parking Claramatte wurde eröffnet, das Verkehrsregime rund um die Claramatte wird in diesem Zusammenhang quartierverträglich angepasst.

- Vertiefen des räumlichen Gesamtentwicklungskonzeptes «Trinationale Agglomeration Basel» (TAB) und Überprüfen von TAB-Schlüsselprojekten in Verkehr, Besiedlung, Natur und Landschaft auf ihre Machbarkeit hin, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. (bisher)

  Die Machbarkeitsstudien für die Tramverlängerungen nach Weil und Saint-Louis und eine Querverbindung für den öffentlichen Verkehr nördlich von Basel werden 2005 abgeschlossen, ebenso eine Studie zur Siedlungsentwicklung im arc urbain Lörrach-Weil-Huningue-Saint-Louis.

- Umsetzen der APS-Aufträge, um die Wohnqualität in Basel-Stadt zu verbessern. (bisher)
  Im Rahmen von Logis Bâle wurde im Sommer 2004 in der Markthalle eine Ausstellung zum Thema «Wohnen in Basel – Stand der Dinge» durchgeführt. Momentan sind in Basel rund 700 Wohnungen in Bau. Zur Wohnumfeldverbesserung wurden die Umgestaltung der Kreuzungen Colmarer-, Hegenheimer- und Türkheimerstrasse sowie Hammerstrasse und Bläsiring («Hammerplätzli») abgeschlossen. Baubeginn zur Umgestaltung des St. Johann-Rheinwegs war im Mai 2005. (Vergleiche auch Kapitel 3.3 und AF 6.4.)
- Anstossen oder Unterstützen von Projektentwicklungen für private oder halbstaatliche Bauten und Areale mit städtebaulich oder stadtentwicklerisch hohem Stellenwert, um neue Arbeitsplätze und attraktive Wohnungen zu schaffen. (bisher)
  Auf der Achse vom Bahnhof Richtung St. Jakob sind mit den Projekten Bâleo und Citygate weitere Umnutzungen in Planung. Die Planung für die langfristige Entwicklung des Dreispitz-Areals wurde fortgeführt.
- Massnahmen zur Verbesserung von Gestaltung und Ausstattung der Allmend, um den Lebensraum von Basel-Stadt zu optimieren. (bisher)
  Für die Umgestaltung des Wettsteinplatzes wurde ein Projekt entwickelt, um eine Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden sowie eine gestalterische Aufwertung dieses wichtigen Platzes im Kleinbasel zu erreichen. Für Plakate kultureller Veranstalter wurden Kleinplakatsäulen entwickelt und eingeführt. Weitere neun Begegnungszonen wurden umgesetzt.
- *Innenstadt – Qualität im Zentrum, um die Arbeits- und Lebensqualität der Innenstadt zu verbessern.* (neu)
  Siehe Schwerpunkt 3.1.
- Teilzonenplanrevision auf ausgewählten Arealen und Parzellen, um neuen hochwertigen Wohnraum zu schaffen. (abgeschlossen)
  Die Parlamentsvorlage für eine Reihe kleinerer Zonenänderungen, die dem Ziel der Schaffung neuen hochwertigen Wohnraums dienen, wurde dem Grossen Rat vorgelegt.
- Erarbeiten eines Konzeptes für Hochleistungsstrassen im Einklang mit dem Verkehrsplan, um den Individualverkehr zu kanalisieren. (abgeschlossen)
  Für die Umfahrung Gundeldingen (A2, Abschnitt 7) ist eine Projektstudie nach Richtlinien des Bundesamts für Strassen in Bearbeitung. Eine Projektstudie für einen Halbanschluss des Rheinhafens Kleinhüningen an die Nationalstrasse A2 und die Leistungssteigerung der Osttangente wurde beim Bundesamt für Strassen eingereicht.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**7.6**	**6.7**	**6.8**	**6.8**	6.9	7.0	7.1
Erlös	**1.2**	**0.5**	**0.6**	**0.7**	0.7	0.7	0.7
Saldo Teilkosten	**6.4**	**6.1**	**6.3**	**6.1**	6.2	6.3	6.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**1.7**	**1.2**	**1.6**	1.6	1.7	1.7
Saldo Vollkosten		**7.9**	**7.5**	**7.8**	7.9	8.0	8.1

Baubewilligung und Bauaufsicht

BD • 1.2

Beschreibung

Abwicklung und Koordination von Baubewilligungsverfahren, Überwachung der Bauausführung bis zur Abnahme der Bauten; Vollzug in den Bereichen Bauvorschriften, Bausicherheit und Schutzraumbau; Ermöglichung und Unterstützung von Bauvorhaben unter angemessener Wahrung der Interessen sämtlicher Betroffener.

Politische Ziele

- Zweckmässige und umweltschonende Nutzung des Raums durch Bauten und Anlagen.
- Sichere Bauten und Anlagen, um Menschen vor unvermeidbaren Gefahren zu schützen.
- Transparente und schnelle Abwicklung der Baubewilligungsverfahren.
- Wahrung der Interessen aller Beteiligten im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens und Kontrolle von bestehenden Bauten.
- Sicherung der im Baurecht umschriebenen Ansprüche von Grundeigentümern, Bauherrschaften, Nachbarn und der Allgemeinheit.

Bilanz

Verschiedene grössere Bauvorhaben konnten in kurzer Frist bewilligt werden, so die Aufstockung des Stadions St. Jakob-Park, der Neubau der F. Hoffmann-La Roche AG und die Tiefgarage der Novartis AG.
Im Gebiet der Weilmatten in der Gemeinde Riehen wurden über die Jahre verschiedenste Bauten und Parkplätze ohne Baubewilligung errichtet. In einer mit der Gemeinde koordinierten Aktion wurden die entsprechenden Eigentümerinnen und Eigentümer zur nachträglichen Durchführung des Baubewilligungsverfahrens veranlasst. Dabei mussten verschiedenste Bauten und Parkplätze als nicht bewilligungsfähig wegverfügt werden. Gegen diese Verfügungen sind zum Teil noch Rekurse hängig.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	3.3	3.3	3.4	4.9	5.0	5.1	5.2
Erlös	3.3	3.1	2.7	3.9	3.9	4.0	4.0
Saldo Teilkosten	0.0	0.2	0.6	1.1	1.1	1.1	1.1
Kalk. Pos. und Umlagen		0.9	1.1	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo Vollkosten		1.1	1.7	1.7	1.7	1.7	1.8

* Vom Jahr 2006 an erfolgt eine Neuregelung der Gebührenverteilung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens. Dies hat eine Budgetverschiebung zwischen dem Bauinspektorat (BD) und anderen Departementen zur Folge.

Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum

BD • 1.3

Beschreibung

Projektierung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Verkehrs- und Infrastrukturbauten, der Nationalstrassen, der Brücken-, Tunnel- und Wasserbauten und des Hochwasserschutzes; Sicherstellung der Baubewilligungen auf Allmend, Festlegung und Kontrolle der Einhaltung der Bau- und Strassenlinien, Durchführung des Landerwerbes auf Allmend; Reinigung (und Pflege) des öffentlichen Raumes mit umweltgerechter Entsorgung; Koordinierte Bewirtschaftung der permanenten bzw. temporären Allmend-Nutzung; Planung, Pflege, Schutz und Entwicklung des gesamten öffentlichen städtischen Grüns als Lebens-, Erholungs- und Freizeitraum; Bestattungen auf den Friedhöfen.

Politische Ziele

- Angebotsorientiertes und nachhaltiges Planen, Bauen, Nutzen und Unterhalten der Allmend inkl. Gewässer.
- Gewährleisten einer hohen Aufenthaltsqualität durch bedürfnisgerechtes Stadtgrün bei nachhaltiger Bewirtschaftung.
- Gewährleisten der Sauberkeit und Benutzbarkeit des öffentlichen Raums (Fahrbahn und Trottoir).
- Sicherstellen einer schicklichen Bestattung.
- Sicherstellen eines fachkompetenten und umweltgerechten Entsorgens der Abfälle und der Wertstoffe mit dem dazugehörigen Recycling.

Bilanz

Die bestehende Strasseninfrastruktur wird nach schweizerischen Normen und auf wissenschaftlicher Basis wirtschaftlich und nachhaltig instand gehalten.
Es wird eine optimale Koordination aller Arbeiten im Strassenraum angestrebt, um die Ressourcen aller beteiligten Stellen bestmöglich einzusetzen und die Beeinträchtigung der Bevölkerung zu minimieren.
Damit die Erholungs- und Freizeitfunktion der Parkanlagen trotz steigendem Nutzungsdruck sichergestellt werden kann, wird ein neues Parkpflegewesen angestrebt.
Mit der neuen Urnennischenanlage sind bedürfnisgerechte Bestattungsplätze vorhanden.
Für die islamische Bevölkerung wurden zusätzliche Bestattungsplätze eingerichtet.

Projekte und Vorhaben

- Vorantreiben der grossen Nationalstrassen-Projekte, um die Stammlinie der Nordtangente und den Anschluss Luzernerring fertig zu stellen. (bisher)

Bilanz

Die Arbeiten an der Nationalstrasse wurden planmässig fortgesetzt. Der Anschluss Luzernerring verzeichnet gute Fortschritte, so dass die Ein- und Ausfahrt zur Stammlinie per 2008 erwartet wird. Die PEZA (Provisorisch erweiterte Zollanlage) öffnete im Juni 2005, so dass mit provisorischer Zufahrt über die Freiburgerstrasse Parkplätze für 120 Lastfahrzeuge zur Verfügung stehen, um die Nord/Süd-Achse der A2 über drei Kilometer von LKW-Staus zu entlasten.

- Umgestalten der Güterstrasse, der Viaduktstrasse und der Klybeckstrasse, um die Attraktivität der stark belasteten Verkehrsachse zu verbessern. (bisher)

Der Grosse Rat genehmigte die entsprechenden Ratschläge. Die Bauarbeiten für die Umgestaltung der Viaduktstrasse endeten im Sommer 2005. Die Klybeckstrasse wird von Mitte 2005 bis Mitte 2006 gebaut, der Boulevard Güterstrasse zwischen Herbst 2005 bis Sommer 2007 erstellt.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**99.2**	**86.4**	**83.4**	***78.8**	79.0	79.2	80.4
Erlös	**38.6**	**38.8**	**32.7**	**31.5**	31.9	32.4	32.8
Saldo Teilkosten	**60.6**	**47.6**	**50.7**	**47.3**	47.1	46.8	47.5
Kalk. Pos. und Umlagen		**80.3**	**121.7**	**117.5**	119.1	120.8	122.6
Saldo Vollkosten		**127.9**	**172.4**	**164.8**	166.3	167.6	170.1

* Rückgang v.a. wegen weniger Kapitalkosten (Kalk. Abschreibungen und Zinsen) für Kleininvestitionen (hauptsächlich in den Bereichen Tiefbau und Stadtgärtnerei).

Versorgung und Entsorgung

BD • 1.4

Beschreibung

Produzieren und Verteilen von Trinkwasser und Fernwärme; Verteilung von Elektrizität und Erdgas; Projektierung, Realisierung und Unterhalt der Infrastruktur für Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas, Abwasser- und Abfallanlagen sowie alternative Energieanlagen; Entsorgung von Abwasser und Abfällen.

Politische Ziele

- Gewährleisten der Ver- und Entsorgungssicherheit: Keine wesentlichen Ausfälle und Unterkapazitäten im Bereich Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas, Abwasser und Abfall.
- Umweltgerechtes und wirtschaftliches Ver- und Entsorgen.
- Fördern der Nutzung erneuerbarer und emissionsarmer Energien.

Bilanz

Die Versorgung mit Elektrizität, Fernwärme, Erdgas und Trinkwasser konnte jederzeit ohne nennenswerte grössere Unterbrüche sichergestellt werden. Die Anzahl der Störfälle bewegte sich im Rahmen des langjährigen Mittels.
Strom stammt zu einem sehr hohen Prozentsatz aus Schweizer Wasserkraftwerken. Zudem bieten die IWB ihren Kundinnen und Kunden seit Jahren Solar- und im beschränkten Masse auch Windstrom an.
Die Fernwärme stammt zu über 45% aus CO_2 neutraler Abwärme aus der KVA und der ARA.

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Bau eines Regenrückhaltebeckens in der ARA, um die Einleitung verschmutzten Wassers in die Gewässer zu vermeiden. (bisher)
  Die Planung eines kombinierten Regen- und Havarierückhaltebeckens schreitet voran. Die Kreditvorlage soll noch 2005 dem Grossen Rat unterbreitet werden.
- Impulsprogramm zur Abfallvermeidung/Ressourcenschonung, um die Kapazitätsprobleme der KVA Basel aufzufangen. (bisher)
  Die Projektbearbeitung verläuft plangemäss. Einzelne Projekte wie «Mehrweg ist mehr Wert» und ökologische Optimierung der Verwaltung sind bereits weit fortgeschritten. Das Projekt ökologisches Bauen wird mit den Arbeiten für novatlantis – 2000 Watt-Gesellschaft kombiniert.
- Deep Heat Mining zur Nutzung von Erdwärme und Einsparung von CO_2. (bisher)
  Für die Realisierung des geothermischen Kraftwerkes wurde im Februar 2004 die Geopower Basel AG gegründet. Es wurden die Ausschreibung für den Bohrturm durchgeführt, die Bohrlochverrohrung spezifiziert und bestellt sowie das geologische Modell verfeinert und das Monitoringkonzept überarbeitet. Im Herbst wird mit den Vorbereitungsarbeiten für die Bohrplatzinstallation begonnen. Bohrbeginn ist im 1. Quartal 2006.
- *Das Forstamt beider Basel unterstützt die Realisierung eines Holzheizkraftwerkes durch den Waldwirtschaftsverband beider Basel und die Industriellen Werke Basel.* (neu)
  Das Holzheizkraftwerk ist ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Entwicklung der Wälder auf dem gesamten Kantonsgebiet. (Siehe auch AF 6.3.)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**42.1**	**32.4**	**37.3**	***40.9**	41.4	42.0	42.6
Erlös	**85.1**	**84.7**	**90.8**	**88.7**	89.9	91.2	92.6
Saldo Teilkosten	**-43.0**	**-52.3**	**-53.5**	**-47.8**	-48.5	-49.2	-49.9
Kalk. Pos. und Umlagen		**58.2**	**53.8**	****44.6**	45.3	45.9	46.6
Saldo Vollkosten		**5.9**	**0.4**	**-3.1**	-3.3	-3.3	-3.3

* Erhöhung wegen budgetierter Einlage in Spezialfinanzierung KVA.
** Rückgang v.a. wegen weniger Investitionen und damit weniger Abschreibungen.

Zum Rechnungskreis IWB ist festzuhalten, dass die von ihnen bewirtschafteten Bereiche (exkl. Kehrichtverbrennungsanlage) gemäss Festlegung in AF 1.4 fallen. Die IWB führen ihre Rechnung ausserhalb der kantonalen Rechnungslegung in einem eigenen System und sind somit in den vorgenannten Zahlen aus dem kantonalen Finanzsystem nicht enthalten. Um einen vollständigen Überblick über dieses Aufgabenfeld zu erhalten, sind die folgenden Werte aus der Rechnung bzw. dem Budget der IWB nachzutragen:

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**354.3**	**382.6**	**372.7**	**404.7**	410.3	416.1	422.3
Erlös	**418.8**	**428.4**	**422.5**	**451.0**	457.3	463.7	470.7
Saldo Teilkosten IWB	**-64.5**	**-45.8**	**-49.8**	***-46.4**	-47.0	-47.7	-48.4
Total Saldo Teilkosten AF 1.4	**-107.5**	**-98.1**	**-103.3**	**-94.1**	-95.5	-96.9	-98.3

* Margenverschlechterung bei Energieeinkauf und -verkauf gegenüber B 05 um 1,3 Mio. Fr. (vorsichtiger budgetiert). Zusätzliche Unterhaltsaufwendungen im Netz von 2,2 Mio. Fr. v.a. in den Sparten Fernwärme und Erdgas.

Umwelt und Energie

BD • 1.5

Beschreibung

Vollziehen und Koordinieren von Aufgaben im Umweltschutz; Fördern von Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Verwaltung, Bevölkerung, Gewerbe und Industrie; Lenken des Energieverbrauchs und Fördern von Energiesparmassnahmen.

Politische Ziele

- Einhalten der Grenzwerte in den Bereichen Luft, nicht ionisierende Strahlen, Lärm, Erschütterung, Boden, Abwasser und bei ober- und unterirdischen Gewässern.
- Sparsames und rationelles Nutzen von Energie und Trinkwasser sowie verstärktes Fördern erneuerbarer Energien.
- Vermindern oder umweltgerechtes Behandeln von Abfällen.

Bilanz

Mit den bisherigen Massnahmen liess sich die Luftbelastung nicht genügend reduzieren. Noch immer atmet 80% der Bevölkerung Luft mit zu viel Stickoxiden und Feinstaub. Im 2010 soll sich dieser Bevölkerungsanteil auf 50% reduzieren.
Grössere Probleme bereitet der Freizeitlärm bei Veranstaltungen und an stark frequentierten Orten wie dem Rheinbord. Die routinemässigen Kontrollen von Birs, Birsig und Wiese zeigen immer wieder Belastungen mit Schadstoffen. Auch im Rhein werden punktuell Schadstoffe gefunden, welche aber die positive Tendenz zu zunehmend besserer Wasserqualität nicht beeinflussen. Die Abfallmengen blieben konstant, aber Abfälle aus Industrie und Gewerbe werden vermehrt in entfernte KVA transportiert, was bei der KVA Basel zu Ausfällen führt.

Projekte und Vorhaben

- Erfassen der belasteten Standorte und Aufnahme in den öffentlich zugänglichen Kataster. Einleiten von Sicherungs- oder Sanierungsmassnahmen bei Altlasten, um Gefährdungen der Umwelt zu vermeiden. (bisher)

Bilanz

Die Mehrheit der Ablagerungs- und Unfallstandorte ist im Kataster eingetragen. Bei den grossen Betriebsstandorten konnten neben den Arealen der chemischen Industrie die BVB- und SBB-Areale bearbeitet werden.

- Umsetzen baulicher Massnahmen (Schallschutzfenster, Lärmschutzwände usw.) an lärmbelasteten Strassen, um die Bevölkerung vor Verkehrslärm zu schützen. (bisher)

Die Lärmsanierung der Osttangenten-Autobahn N2/3 schreitet planmässig voran. Auch die Ausstattung von lärmexponierten Gebäuden mit Schallschutzfenstern geht weiter.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	24.0	25.1	22.6	23.7	23.7	24.0	24.4
Erlös	27.4	21.7	17.4	*20.0	20.3	20.6	20.9
Saldo Teilkosten	-3.4	3.4	5.2	3.7	3.4	3.5	3.5
Kalk. Pos. und Umlagen		5.5	4.9	3.3	3.3	3.4	3.4
Saldo Vollkosten		8.9	10.1	7.0	6.8	6.9	7.0

* Die Mehreinnahmen stammen aus der Förderabgabe.

Volksschulbildung

ED • 2.1

Beschreibung

Bilden von Kindern vom Kindergarten bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, insbesondere Fördern von Kindern mit einer Lernbeeinträchtigung oder einer speziellen Begabung; Schulen und Fördern von Kindern mit Behinderungen sowie Schulen und Fördern von in ihrer Entwicklung gefährdeten Kindern; Kinderpsychologisches und logopädisches Abklären, Beraten und Behandeln.

Politische Ziele

- Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über die nötigen Kompetenzen für den erfolgreichen Beginn einer Ausbildung auf Sekundarstufe II (Berufsausbildung oder Übertritt in weiterführende Schule).
- Alle Kinder erhalten die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft.
- Alle Kinder erhalten – wenn immer möglich innerhalb von Regelklassen – eine ihren individuellen und speziellen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechende Schulung, die sie befähigt, ein adäquates Anschlussangebot zu besuchen. Integrative Schulungsformen von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen werden gefördert.
- Die Eltern werden vermehrt über ihre Möglichkeiten und über die Erwartungen der Schule informiert, den Lernerfolg ihres Kindes und der ganzen Klasse zu fördern.

Bilanz

Die neue Weiterbildungsschule hat erfolgreich begonnen. Die von den Lehrpersonen der Orientierungsschule vorgenommene Zuteilung in die beiden Züge war ausgewogen und, wie die Ergebnisse der freiwilligen Aufnahmeprüfungen zeigten, von hoher Qualität.
Die angelaufene Evaluation der Strukturänderung belegt, dass der durchschnittliche Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler an allen sechs Standorten fast identisch ist.
Die Kooperation zwischen den Klassen der beiden Züge in den Pflichtwahlfächern, im Sport, in Projekten und bei Schulanlässen ist erfreulich. Die positive Durchlässigkeit zwischen dem A-Zug und dem E-Zug und zwischen dem E-Zug und dem Gymnasium übertrifft die Erwartungen.
Im Sonderschulbereich ist die Anzahl der Schulkinder konstant, wobei der Anteil an der gesamten Schülerschaft immer noch leicht zunimmt. Die integrativen Schulungsmodelle für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung wurden weiter ausgebaut. Zur Zeit besuchen ein Fünftel aller Schulkinder der Heilpädagogischen Schule Basel-Stadt Regelklassen. (Vergleiche auch Schwerpunkt Kapitel 3.4.)

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Erarbeiten eines modernen Bildungsgesetzes. (bisher)
  Die Arbeiten werden begonnen, sobald geklärt ist, wie die neuen Bildungswege in der Volksschule verlaufen sollen. (Siehe auch Schwerpunkt Kapitel 3.4.)
- Einführung eines Qualitätsmanagementsystems an allen Schulen und im Departement. (bisher)
  Das kantonale Rahmenkonzept für ein Qualitätsmanagement an allen Schulen wurde vom Stab Schulen und von den Schulleitungen verabschiedet und wird Ende Jahr vom Departementsvorsteher in Kraft gesetzt. In Vorbereitung ist der Aufbau eines Netzwerks «Schulqualität».
- Neubau des Schulhauses Hinter Gärten. (bisher)
  Der Bau wurde im Frühjahr 2004 begonnen und soll Ende Schuljahr 2005/06 fertig sein.
- Stärkung der Leitungsstrukturen an Schulen mit mehreren Standorten. (bisher)
  Pflichtenhefte und Zeitressourcen der Schulhausleitungen der Orientierungsschule sollen per Schuljahr 2006/07 dem Niveau der Schulhausleitungen der Weiterbildungsschule angeglichen werden.
- Entwickeln eines Weiterbildungskonzeptes für alle Lehrkräfte und eines stufenübergreifenden pädagogischen Konzeptes für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an den Schulen. (bisher)
  Die Weiterbildung der Lehrpersonen soll neu konzipiert werden. Bis Ende Jahr wird die künftige Kooperation zwischen den beiden Basler Kantonen mit ihren Weiterbildungsinstituten

und der Pädagogischen Hochschule geklärt. Aufgrund der Vernehmlassung zum ICT-Einsatz im Unterricht wird das weitere Vorgehen mit den Stufenrektoratskonferenzen vereinbart.

- Weiterführen des Projektes «Gesunde Schule». (bisher)
  Die Kooperation zwischen den fünf beteiligten Departementen und den externen Anbietern wird laufend verbessert. Sie arbeiten beim Aufbau des Netzwerks «Gesundheitsfördernde Schulen» mit. Am Projekt «Cannabis» sind alle Schulen ab der Orientierungsschule beteiligt. Ziel ist die Prävention und Stärkung der Selbstverantwortung der Jugendlichen durch eine eindeutige Haltung von Schule und Elternhaus.

- Flexibilisierung des Schuleintritts. (bisher)
  Per Schuljahr 2005/06 wurde der zweijährige Kindergarten obligatorisch und die vorzeitige Einschulung vereinfacht. Im laufenden Jahr ist zu entscheiden, ob ein Pilotversuch Eingangsstufe (Zusammenführung des Kindergartens mit einem oder zwei Primarschuljahren) vorbereitet wird.

- *Weiterentwickeln und Ausbauen der Tagesschulen.* (neu)
  Vergleiche Schwerpunkt Kapitel 3.4. Wenn möglich, soll das Platzangebot auf Primarschulstufe per Schuljahr 2007/08 verdoppelt werden.

- Umsetzen entwickelter Qualitätsstandards zur schulischen Gleichstellung. (abgeschlossen)
  Das Projekt wird Ende 2005 abgeschlossen. Die Hälfte der Schulen beteiligte sich daran. Interesse fand das dazugehörige Weiterbildungsprogramm.

- Umsetzen des Integrationsleitbildes im Schulbereich und kontinuierlicher Ausbau der Angebote zur integrativen Schulung von Kindern mit Behinderungen in Regelklassen. (abgeschlossen)
  Als letzte Schulstufe setzten die Berufsschulen im abgelaufenen Schuljahr zusätzliche Integrationsmassnahmen um. Die von der Arbeitsgruppe Integration in den letzten Jahren erarbeiteten Programme werden jetzt in den Regelbetrieb überführt. Eine Fachstelle sichert die künftige Beachtung des Integrationsauftrags an den Schulen.

- Verbesserung der Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte. (abgeschlossen)
  Das Projekt «hot» wurde mit einer Schlussbefragung der Lehrpersonen abgeschlossen. Die Lehrpersonen, die die ergriffenen Massnahmen nutzen konnten, zeigten sich von ihrer Wirkung überzeugt. Allerdings blieb die Beteiligung an der Befragung hinter den Erwartungen. Das Erhalten und Verbessern der Arbeitszufriedenheit bleiben zentrale Anliegen bei der Weiterentwicklung der Schulen.

- Aufnahme einer Bestimmung ins Schulgesetz, die beispielsweise Pilotversuche mit Frühfranzösisch im 3. Schuljahr oder mit der Grund- und Basisstufe ermöglicht. (abgeschlossen)
  Der Grosse Rat stimmte im Februar 2005 einer Änderung von §74 des Schulgesetzes zu, die befristete und zu evaluierende Pilotprojekte zulässt.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	**P 07	**P 08	**P 09
Direkte Kosten	301.7	275.0	272.6	*267.7	271.5	275.3	279.4
Erlös	23.7	13.1	9.1	9.5	9.6	9.8	9.9
Saldo Teilkosten	278.0	261.9	263.5	258.2	261.9	265.5	269.5
Kalk. Pos. und Umlagen		60.8	55.8	60.0	60.8	61.7	62.6
Saldo Vollkosten		322.7	319.3	318.2	322.7	327.2	332.1

* Der Rückgang steht im Zusammenhang mit dem Lektionenabbau im Rahmen der Sparmassnahmen von A&L.
** Den Planjahren liegt die Annahme zu Grunde, dass die Schülerinnen- und Schülerzahlen in etwa unverändert bleiben.

Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung

ED • 2.2

Beschreibung

Bilden von Jugendlichen auf Sekundarstufe II (an Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen); Fördern der beruflichen Bildung; Berufsinformation und Berufsberatung; Aufsicht über die Berufslehren.

Politische Ziele

- Die Jugendlichen können nach Abschluss der weiterführenden Schul- oder der Berufsbildung eine Berufstätigkeit ausüben oder eine Ausbildung auf Tertiärstufe beginnen.
- Die Jugendlichen verfügen nach Abschluss ihrer Ausbildung über die Fähigkeit zu selbstständigem lebenslangem Lernen und zur Teamarbeit.
- Alle Jugendlichen haben die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und sozialer oder kultureller Herkunft.
- Auszubildende treffen auf ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen.

Bilanz

Kein Schulschluss ohne Abschluss und Anschluss! Unser Ziel, die Quote jener Jugendlichen, die die Schulzeit mit einem Abschluss der Sekundarstufe II beschliessen, deutlich über 90% zu halten, ist anspruchsvoll durch den wachsenden Qualifikationsdruck der Wirtschaft, den tendenziellen Rückgang der Lehrstellen und der weiter wachsenden Heterogenität der Klassen.

Projekte und Vorhaben

Für die Projekte und Vorhaben aller Schulen siehe AF 2.1.

- Einrichten eines Berufsinspektorats für Gesundheits- und Sozialberufe, um gemäss revidiertem Bundesgesetz über die Berufsbildung den Spitälern und Pflegeheimen als neuen Anbietern von Lehrstellen die notwendige Unterstützung zu geben. (bisher)

Bilanz

Das Inspektorat für Gesundheitsberufe ist eingerichtet, dasjenige für Sozialberufe auf 2006 geplant.

- *Verbessern des Übergangs zwischen der obligatorischen Schulbildung und der Berufsbildung durch gezielte Massnahmen.* (neu)

  Das Projekt «Casting» soll Absolvierende des A-Zugs der Weiterbildungsschule bei der Berufswahl und der Lehrstellensuche unterstützen. Beteiligt sind die Schule, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, der Gewerbeverband und Personalprofis aus Unternehmen. Das Projekt Jährlicher Begegnungstag bringt Vertretungen von Schulen und Wirtschaft miteinander ins Gespräch. Das Projekt Lehrstellenakquisition soll 2005 110 Lehrstellen schaffen, davon 80 neue Attestlehrstellen. Beteiligt sind der Gewerbeverband, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung und das Amt für Wirtschaft und Arbeit. Eine Task Force mit dem Departementsvorsteher und dem Direktor des Gewerbeverbands will bis 2007 400 neue Attest- und andere Lehrstellen bereit stellen. Auch die kantonale Verwaltung und die öffentlichen Betriebe beteiligen sich an der Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen.

- Entwickeln einer transparenten Finanzsteuerung der Berufsschulen analog dem Unterrichtslektionendach für die allgemeinbildenden Schulen. (abgeschlossen)

  Das Steuerungsmodell liegt vor und kann per Budgetjahr 2006 in Kraft gesetzt werden.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	*P 07	*P 08	*P 09
Direkte Kosten	134.1	155.4	155.7	156.2	158.4	160.6	163.0
Erlös	24.5	16.8	16.4	17.1	17.3	17.5	17.8
Saldo Teilkosten	109.6	138.5	139.3	139.1	141.1	143.0	145.2
Kalk. Pos. und Umlagen		29.3	29.5	28.2	28.6	29.0	29.4
Saldo Vollkosten		167.8	168.8	167.3	169.6	172.0	174.6

* Den Planjahren liegt die Annahme zu Grunde, dass die Schülerinnen- und Schülerzahlen in etwa unverändert bleiben.

Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung

ED • 2.3

Beschreibung

Bildung auf Tertiärstufe an Universität, Fachhochschulen und Höheren Fachschulen; Forschung; Dienstleistungen; Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften; Ausrichtung von Stipendien und Darlehen an Berechtigte; Nachholbildung und allgemeine Erwachsenenbildung.

Politische Ziele

- Die Studienabgängerinnen und -abgänger verfügen über Wissen und Fähigkeiten zur hochqualifizierten Berufsausübung in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Verwaltung.
- Die Forschungstätigkeit der Hochschulen – in einzelnen Disziplinen auf internationalem Spitzenniveau – trägt zur Vermehrung des Wissens bei.
- Mehr Erwachsene, besonders aus bildungsbenachteiligten Gruppen bilden sich weiter.

Bilanz

Der Erfolg der Universität Basel zeigt sich im CEST-Rating und in der steigenden Studierendenzahl mit dem Höchstwert von 9228 Studierenden im WS 2004/05. Der Beginn der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW im Januar 2006 ist nach Zustimmung aller Parlamente realistisch. Mit dem Fachbereich «Chemie und Life Sciences» entsteht am Standort Muttenz in Koordination mit Universität Basel und ETH Zürich ein zukunftsträchtiges, auf die wertschöpfungsintensive Pharmabranche bezogenes Angebot der Lehre und angewandten Forschung.

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Gemeinsame Trägerschaft der Universität mit dem Kanton Basel-Landschaft. (bisher)
  Im Januar 2005 definierten die beiden Regierungen Standards, nach welchen die gemeinsame Trägerschaft der Universität mit paritätischer Finanzierung per 2007 vorbereitet wird. Im Frühjahr konnte die Ausscheidung der Kosten der klinischen Lehre und Forschung zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft vorgenommen werden. Die strukturelle und finanzielle Integration in die Medizinische Fakultät der Universität Basel ist damit auf gutem Weg.
- Aufnehmen von Verhandlungen für eine erweiterte Trägerschaft für den gesamten Hochschulbereich innerhalb der Kantone der Nordwestschweiz. (bisher)
  Die Kontakte mit dem Kanton Aargau über die Finanzierung konkreter Kooperationsprojekte zwischen der FHNW, der Universität Basel und dem Paul-Scherrer-Institut intensivieren sich.
- Standortevaluation des Lehr- und Forschungsschwerpunkts «Life Sciences». (bisher)
  Zwischen Universität und ETH Zürich ergeben sich im Bereich der Life Sciences Perspektiven in einer Grössenordnung, die die Kapazitäten des Schällemätteli-Areals neben dem künftigen UKBB deutlich übersteigen. Der Regierungsrat konzentriert sich deshalb auf das Entwickeln weiterer Szenarien, welche einen grösseren Entwicklungsraum eröffnen.
- Reorganisieren der Ausbildung in den Gesundheitsberufen. (bisher, transferiert vom AF 5.4)
  Die Zuständigkeit für die Ausbildungen im Gesundheitswesen wurde per 2005 analog zu allen anderen Kantonen vom Sanitäts- ins Erziehungsdepartement transferiert. In Realteilung mit dem Kanton Basel-Landschaft, welcher für die Sekundarstufe II zuständig ist, baut Basel-Stadt für die Ausbildungen auf Tertiärstufe die Höhere Fachschule für Gesundheit auf.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	*B 05	**B 06	***P 07	***P 08	***P 09
Direkte Kosten	150.0	155.5	189.3	200.6	202.6	204.6	207.7
Erlös	10.9	9.1	27.0	27.3	27.7	28.1	28.5
Saldo Teilkosten	139.1	146.4	162.3	173.3	174.9	176.6	179.2
Kalk. Pos. und Umlagen		67.4	77.4	77.3	78.4	79.5	80.7
Saldo Vollkosten		213.8	239.7	250.6	253.3	256.1	259.9

* Transfer der Schulen im Gesundheitswesen vom GD zum ED (s. AF 5.4).

** Die von BS der FHNW zur Verfügung gestellten Liegenschaften können ab 1.1.06 im Rahmen des Globalbudgets der FHNW verrechnet werden. Das Globalbudget der FHNW wird im AF2.3 gezeigt. Die Mieteinnahmen über 8,2 Mio. Fr. (Budgettransfer von ED an FD) sind im Allg. Nettoertrag ersichtlich (vgl. Tab. 11).

*** Den Planjahren liegt die Annahme zu Grunde, dass die Schülerinnen- und Schülerzahlen in etwa unverändert bleiben.

Kulturförderung und -pflege

ED • 2.4

Beschreibung

Führen von staatlichen Museen und Fördern von privaten Kulturinstitutionen; Ermöglichen und Fördern von Kulturprojekten; Erfassen und Erhalten des baulichen Erbes *(Denkmalpflege und Archäologische Bodenforschung).*

Politische Ziele

- Das Angebot der Basler Kulturinstitutionen soll vor allem im Bereich Bildende Künste und Theater im internationalen Vergleich weiterhin einen Spitzenrang einnehmen.
- Die Förderung des Kunst- und Kulturschaffens der Gegenwart schafft das nötige Umfeld für eine lebendige und innovative Kunstszene in Basel.
- Archäologische Funde und bauhistorisch wertvolle Gebäude (Ensembles) werden erfasst, dokumentiert und – im Rahmen der Ansprüche auf eine attraktive und lebendige Stadt – geschützt und erhalten.

Bilanz

Das Massnahmenpaket zur Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen beinhaltet grössere Subventionskürzungen beim Theater Basel und dem Sinfonieorchester Basel (SOB). In intensiver Zusammenarbeit mit diesen Institutionen wurde wesentliche Vorarbeit für die Subventionsverträge ab Mitte 2006 geleistet. Für das Theater Basel konnte mit Georges Delnon ein neuer Intendant gefunden werden. Nach der externen Analyse der Situation des SOB und des Bereichs subventionierte E-Musik wurden spezifische Empfehlungen für die künftigen Strukturen formuliert. Diese wurden weitgehend aufgenommen und teilweise bereits umgesetzt. Im April 2005 trat das revidierte Museumsgesetz in Kraft. Das Prinzip der Globalbudgets für die Museen bleibt erhalten. Die Museumsdienste sind nicht mehr Stabsstelle der Museumsdirektorenkonferenz, sondern dem Ressort Kultur zugeordnet und übernehmen zusätzliche Gesamt-Marketingsaufgaben im Bereich Kultur. Die Arbeit am Projekt Neues Stadt-Casino wurde erfolgreich weitergeführt, das erstprämierte Projekt von Zaha Hadid soll realisiert werden. Der Projektierungskredit wird im Spätsommer 2005 dem Grossen Rat vorgelegt. Der Bereich Neue Medien soll durch die Fusion von [plug.in] und dem Festival Viper besser und effizienter strukturiert werden.

Projekte und Vorhaben

- Erweiterungen im Museum der Kulturen (neue Sonderausstellungshalle, *neuer Eingangsbereich)* und im Kunstmuseum (Erweiterung der Ausstellungsfläche und der besucherfreundlichen Einrichtungen). (bisher)

Bilanz

Die geplante, vom Grossen Rat bewilligte Erweiterung im Museum der Kulturen ist derzeit durch die Einsprachen des Heimatschutzes und der freiwilligen Denkmalpflege blockiert. Die Ausbau- und Herrichtungsmassnahmen im Kunstmuseum schreiten planmässig voran.

- Neuausrichten der kantonalen Subventionspolitik mit dem Ziel einer vermehrten Partnerschaft in der Region Basel. (bisher)

  Die Aufnahme des Dossiers Kultur in die Partnerschaftsverhandlungen mit Basel-Landschaft ist ein politischer Durchbruch. Primäres Ziel ist die gemeinsame Trägerschaft für das Theater Basel und die mögliche Beteiligung von Basel-Landschaft am Orchesterbetrieb und dem Kunstmuseum.

- Schaffung eines Fonds für innovative, spartenübergreifende Kulturprojekte. (bisher)

  Der Fonds wird 2006 erstmals genutzt werden können. Die Vorbereitungen für das konkrete Konzept sowie die Abklärung möglicher erster Projekte sind in Arbeit.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**113.2**	**134.8**	**110.4**	**112.4**	111.2	112.7	114.4
Erlös	**9.9**	**29.3**	**7.5**	**11.5**	11.7	11.8	12.0
Saldo Teilkosten	**103.3**	**105.5**	**102.9**	**100.9**	99.5	100.9	102.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**28.1**	**28.2**	**30.9**	31.3	31.7	32.2
Saldo Vollkosten		**133.6**	**131.1**	**131.8**	130.8	132.6	134.6

Sport- und Bewegungsförderung

ED • 2.5

Beschreibung

Fördern des Breitensports und der Bewegung; Bereitstellen von Sportinfrastruktur für den obligatorischen Schul- und Berufsschul-, den Hochschul-, Breiten- sowie Spitzensport.

Politische Ziele

- Der Anteil der sich regelmässig aktiv bewegenden Bevölkerung steigt.
- Die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports werden gezielt genutzt.
- Der Kanton schafft Rahmenbedingungen, die es Jugendlichen und jungen Erwachsenen erlauben, neben ihrer Ausbildung Leistungssport zu betreiben.
- In Basel-Stadt werden regelmässig internationale Sportgrossanlässe durchgeführt.

Bilanz

Im September 2004 hat der Regierungsrat mit der Neuen Bewegungspolitik die Neuausrichtung der kantonalen Sportpolitik beschlossen. Deren kommunikative Umsetzung mit der Kampagne «No Sports – Mehr Bewegung!» sorgte im Mai 2005 für viel Aufmerksamkeit. Um die zunehmend Inaktiven zu fördern, wird das Interesse auf niederschwellige, breitensportliche Aktivitäten gelenkt. Erste Gelegenheiten boten die im Wettbewerb zum Internationalen Jahr des Sports erkorenen und bereits realisierten Eventideen; weitere Projekte, Kurse oder Events propagiert die Plattform www.nosports.ch. Grundsätzlich sollen jene Lücken in der individuellen Motivationskette zur Bewegung geschlossen werden, welche private Akteure noch nicht ausfüllen. So wurde im Juni 2004 der Inline-Rundkurs Erlenskating eingeweiht.

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Nutzungsplanung Sportanlagen St. Jakob/Brüglinger Ebene. (bisher)
  Die Gemeinde Münchenstein führt die Teilzonenrevisionsplanung bis Herbst 2005 durch. Anschliessend erfolgt die Planung der dringlichen Erneuerung und Ergänzung der Anlagen.
- Umsetzen der Bewegungspolitik. (bisher)
  Massnahmen, mit denen der zunehmenden Inaktivität der Bevölkerung begegnet wird, richten sich direkt an die Einzelnen und die Vereine als nach wie vor wichtige Partner in der Bewegungsförderung. Das interdepartementale «Netzwerk Bewegung» erhob die bestehenden Angebote des Kantons und definierte die Planungsschwerpunkt. Auf der Grundlage einer Analyse der aktuellen Lage der Sportvereine entsteht ein Kooperationsmodell für die Praxis.
  Das erste Projekt – «Burzelbaum» – ist auf Kindergartenstufe angesiedelt und fand in seiner Botschaft grosses Echo, Bewegung als integralen Bestandteil des Unterrichtsalltags zu verstehen. Gleichzeitig dient es der Primarschulstufe als Modell.
- Vorbereiten der Fussball-Europameisterschaft 2008. (bisher)
  Die Projektorganisation des bi-kantonalen Projekts der Host-City Basel steht weitgehend. Die beiden Basel und die anderen Schweizer Austragungsorte definieren mit Bund und Veranstaltern die Anforderungen an den Kanton und erarbeiten die Konzepte. Eine parlamentarische Vorlage erfolgt nach den Verhandlungen mit Veranstaltern, Bund und Kantonen.
- Modernisieren der Infrastruktur der Sportanlage Schützenmatte. (abgeschlossen)
  Das neue Garderobengebäude ist fertig, die verschiedenen Spielfelder werden erstellt. Mit der Benützung des Rasenspielfeldes soll die Sanierung auf Sommer 2006 abgeschlossen sein.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**21.0**	**20.5**	**19.5**	**20.1**	20.4	20.7	21.0
Erlös	**10.0**	**8.6**	**8.7**	**9.2**	9.4	9.5	9.6
Saldo Teilkosten	**11.0**	**12.0**	**10.8**	**10.9**	11.0	11.2	11.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**14.1**	**16.0**	**16.0**	16.2	16.4	16.7
Saldo Vollkosten		**26.0**	**26.8**	**26.8**	27.2	27.6	28.0

Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe

ED • 2.6

Beschreibung

Planen und Steuern der kantonalen stationären Jugendhilfe; Finanzieren sämtlicher inner- und ausserkantonaler Fremdunterbringungen von Kindern und Jugendlichen mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt in Heimen und Pflegefamilien; Planen und Sichern eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebots für Behinderte.

Politische Ziele

- Gefährdete Kinder und Jugendliche erhalten eine angemessene ausserfamiliäre stationäre Betreuung.
- Die stationäre und ambulante Behindertenhilfe verbessert die Selbständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe von Erwachsenen mit Behinderungen.

Bilanz

Das Entlastungsprogramm des Bundes und kantonale Sparvorgaben stellten die Konsolidierung gefährdeter Einrichtungen der Behindertenhilfe in den Vordergrund. Zur Abfederung von Härtefällen stellte der Regierungsrat begrenzte Mittel zur Verfügung.

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Umsetzen des Leitbildes Erwachsene Behinderte. (bisher)
  Der Kanton setzte das Leitbild in der Berichtsperiode durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, thematische Veranstaltungsreihen und Massnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit von kantonalen Stellen sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Behinderung um. Diese Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Departementen und (privaten) Institutionen. Arbeitsplatzerhaltende Massnahmen und Lehrstellen für Menschen mit einer Behinderung sind wichtige Schwerpunkte der kommenden Periode.
- *Folgeaufgaben durch die Beschlüsse zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in der Behindertenhilfe.* (neu)
  Die NFA verlangt neue Rechtsgrundlagen und Finanzierungen. Für die bis etwa 2010 dauernden Umsetzungsarbeiten schufen die Regierungsräte der beiden Basel eine gemeinsame Projektorganisation.
  Wichtige Ziele sind, die Angebote an den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen auszurichten, deren Anrecht auf Leistungen in den Vordergrund zu stellen und ihre Gleichstellung anzustreben.
- Neubau des Sonderschulheims «Zur Hoffnung». (abgeschlossen)
  Die letzte Bauetappe wird voraussichtlich planmässig Ende 2005 abgeschlossen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	**P 07	**P 08	**P 09
Direkte Kosten	67.4	67.1	66.9	92.5	94.4	96.3	98.5
Erlös	25.7	25.4	24.4	23.1	23.4	23.8	24.1
Saldo Teilkosten	41.8	41.8	42.5	69.4	71.0	72.6	74.4
Kalk. Pos. und Umlagen		4.9	4.8	5.2	5.2	5.3	5.4
Saldo Vollkosten		46.7	47.3	74.6	76.2	77.9	79.7

* Stationäre Jugendhilfe: Die Heimeinweisungen und damit auch die Kosten (2,9 Mio. Fr.) nehmen laufend zu. Behindertenhilfe: Budgettransfer der Einzelposten Heimbereich (17,9 Mio. Fr.), kantonale Beihilfe (4,5 Mio. Fr.) und interkantonale Heimvereinbarung (0,5 Mio. Fr.) vom WSD ans ED.

** In Anlehnung an den prognostizierten Anstieg der Beihilfen und Ergänzungsleistungen beim WSD enthalten die transferierten Einzelposten (Behindertenhilfe) ebenfalls ein jährliches Wachstum von vier Prozent (inkl. Teuerung).

Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit

ED • 2.7

Beschreibung

Bereitstellen von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder; Unterstützen und Vernetzen von Aktivitäten, um die Lebens- und Wohnqualität im Quartier zu erhalten und zu verbessern.

Politische Ziele

- Das Angebot für Eltern, die ihr Kind oder ihre Kinder im Alter bis 14 Jahre ausserfamiliär betreuen lassen möchten, wird erhöht.
- Die Quartiertreffpunkte und das Stadtteilsekretariat Kleinbasel tragen dazu bei, die soziale und kulturelle Lebensqualität der Quartierbevölkerung zu verbessern.

Bilanz

Infolge sehr guter Auslastung konnten auf den 1000 subventionierten Plätzen 1431 Kinder betreut werden, das sind 184 mehr als am Stichtag des Vorjahres. Die Warteliste verzeichnet aktuell 75 Kinder, welche innerhalb von drei Monaten zusammen 50 Plätze benötigen.
Die inzwischen von zwölf subventionierten Trägervereinen schulergänzend und quartiervernetzt geführten 19 Mittagstische verfügen 2005 über ein Angebot von 220 Plätzen und sind in der Regel gut ausgelastet. Da das Angebot flexibel beansprucht werden kann, können ca. 550 Kinder und ihre Eltern davon profitieren.
2004 führte ein Trägerverein in den Herbstferien ein sehr gut besuchtes Pilotprojekt mit Tagesferien durch. Eine bei Eltern zu diesem Angebot durchgeführte Befragung zeigte einen hohen Bedarf besonders für Kinder, die während den Schulwochen dank des Blockzeitensystems ausreichend ausserfamiliär betreut sind.
Die elf Quartiertreffpunkte in Basel öffneten im September 2004 gemeinsam ihre Türen. Der im März 2005 gegründete Trägerverein Stadtteilsekretariat Kleinbasel erfüllt die Schnittstellenfunktion zwischen dem Stadtteil und der Verwaltung. Die staatliche Kontaktstelle für Quartierarbeit feierte zusammen mit den 14 subventionierten Institutionen ihr fünfjähriges Jubiläum.

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Auslagerung von 94 kantonal geführten Tagesheimplätzen. (bisher)
  20 subventionierte Plätze des früheren staatlichen Tagesheimes Rhyspatze werden seit Anfang 2005 vom Basler Frauenverein in bestehenden und erweiterten Institutionen im gleichen Quartier geführt. Eine private Trägerschaft hat das Tagesheim per 1. Januar 2005 übernommen und führt es ohne Subventionsvertrag unter gleichem Namen weiter. Im Sinne einer Übergangslösung leistet der Kanton Beitragsergänzungen an die Betreuung von Kindern, welche bereits vorher in diesem Tagesheim betreut wurden. Das Tagesheim Mittlere Strasse konnte auf Mai 2005 mit 30 Plätzen dem Basler Frauenverein übergeben werden. Für die Auslagerung des letzten staatlichen Tagesheimes Wirbelwind sind noch weitere Abklärungen notwendig.
- Aufbauen der kantonal geführten Vermittlungsstelle für Tagesheimplätze. (abgeschlossen)
  Seit Januar 2005 führt der Kanton die bisher privat geführte Vermittlungsstelle.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	**P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	26.9	26.0	26.3	25.6	27.2	27.6	28.0
Erlös	2.5	1.7	1.6	0.9	0.9	1.0	1.0
Saldo Teilkosten	24.4	24.3	24.7	24.7	26.3	26.7	27.1
Kalk. Pos. und Umlagen		0.7	0.8	0.5	0.6	0.6	0.6
Saldo Vollkosten		25.0	25.4	25.2	26.9	27.2	27.6

* Umwandlung von zwei staatlichen Tagesheimen in privatrechtlichen Status mit privaten Trägern (Auszahlung als Subvention führt zu Minderausgaben im Rahmen der verrechneten bisherigen Einnahmen).
** Anpassung der Tarifstruktur bei der Tagesbetreuung.

Rechts- und Registerwesen

JD • 3.1

Beschreibung

Betreuen von Rekursen, Vertreten des Kantons bei Rechtsstreitigkeiten, Erstellen von Rechtsgutachten, Ausarbeiten von Erlassentwürfen und Führen der kantonalen Gesetzessammlung; Prüfen von Namensänderungen und Adoptionen; Leisten und Vermitteln von Hilfe für Opfer von Straftaten. Stiftungsaufsicht im Bereich der beruflichen Vorsorge (BVG) und bei den klassischen Stiftungen; Rechtsaufsicht über die Gemeinden, das Vormundschaftswesen und die Registerbehörden; Führen der Register im Handels-, Grundbuch- und Zivilstandsbereich sowie Durchführen der amtlichen Vermessung.

Politische Ziele

- Gesetzmässigkeit und Rechtsfrieden kantonalen Verwaltungshandelns sind gewahrt.
- Das sorgfältige Führen der Register sorgt für Rechtssicherheit im Geschäftsverkehr, das Sichern des Grundeigentums und die korrekte Wiedergabe von Statusdaten.

Bilanz

Die Register mussten sich mit verschiedenen rechtlichen und technischen Neuerungen auseinandersetzen. Für alle Beteiligten gilt, mit den neuen Instrumenten Erfahrungen zu sammeln. Mehrere kantonale Erlasse wurden revidiert und auf eine zeitgemässe Grundlage gestellt.

Projekte und Vorhaben

Bilanz

- Einführen des gesamtschweizerischen neuen Zivilstandsregisters «Infostar». (bisher)
  Die technische Einführung von Infostar wurde schweizweit abgeschlossen. Ab Juli 2005 beurkundet das neue Personenstandsregister auch Gerichts- und Verwaltungsentscheide.
- Schaffen der gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von E-Government und für den kantonalen Datenmarkt im Kanton Basel-Stadt. (bisher)
  Der Regierungsrat verabschiedete im Juli 2005 den Verordnungsentwurf betreffend koordinierte Datenbewirtschaftung und setzte einen ersten Baustein der Gesetzgebungsarbeiten.
- Anpassen des kantonalen an das eidgenössische Filmgesetz und Prüfen des Einbezugs weiterer elektronischer Medien in den gesetzlichen Jugendschutz. (bisher)
  Ein aufgrund der Vernehmlassung bereinigter Entwurf wird mit dem Kanton Basel-Landschaft erarbeitet und in der zweiten Hälfte 2005 den Regierungen vorgelegt werden.
- Überführen der amtlichen Vermessung gemäss den bundesrechtlichen Vorgaben ins Datenmodell «DM01-AV-CH». (bisher)
  Im Berichtsjahr konnte mit der Überführung der Daten der amtlichen Vermessung der Gemeinde Bettingen ein Erfüllungsgrad von 80% erreicht werden.
- Schaffen einer Datenschutzaufsichtsstelle beider Basel sowie Totalrevision des kantonalen Datenschutzgesetzes. Prüfen eines Informationsgesetzes über Grundsätze und Verfahren zur Information der Bevölkerung. (bisher)
  Eine Machbarkeitsstudie bestätigte den Nutzen einer Fusion der Datenschutzbehörden. Der Grosse Rat ermöglichte mit einer Teilrevision des Datenschutzgesetzes den Wechsel von der Datenschutzkommission zur Datenaufsichtsstelle.
- Überprüfen und rechtliches Verankern der Aufgabenteilung Kanton und Landgemeinden. (bisher)
  Die Fachdepartemente prüften neue Aufgaben der Gemeinden. Im zweiten Semester 2005 entscheiden Regierungsrat und Gemeinderäte über die umzusetzenden Aufgabenübertragungen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	15.9	15.8	16.2	16.2	16.4	16.6	16.9
Erlös	12.6	12.5	12.6	12.9	13.1	13.3	13.5
Saldo Teilkosten	3.4	3.3	3.6	3.3	3.3	3.3	3.4
Kalk. Pos. und Umlagen		3.1	2.9	2.9	3.0	3.0	3.1
Saldo Vollkosten		6.4	6.5	6.3	6.3	6.4	6.5

Vormundschaftswesen

JD • 3.2

Beschreibung

Sichern des Kindeswohls durch Beraten, Vermitteln und Intervenieren; Unterstützen und Schützen von Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen.

Politische Ziele

- Das Wohl gefährdeter Kinder und Jugendlicher wird gesichert.
- Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen, können dank staatlichem Beistand in einem geordneten Alltag leben.

Bilanz

Die Abteilung Kindes- und Jugendschutz optimierte das Verfahren für die Aufnahme neu eingehender Fälle. Damit wurde den negativen Auswirkungen der gestiegenen Fallzahl entgegengewirkt. Mit dem neu eingeführten effizienten Erstbeurteilungsverfahren konnten 60% der eingehenden Anfragen und Anmeldungen innerhalb von zwei Wochen bearbeitet und abgeschlossen werden.
Die Vormundschaftsbehörde steht erwachsenen Menschen mit einer psychischen oder physischen Schwäche bei, wenn die Voraussetzungen für vormundschaftliche Massnahmen gemäss ZGB erfüllt sind. Wenn dies nicht der Fall ist, sind andere Institutionen zuständig. Damit möglichst wenige Menschen durch die Maschen des sozialen Netzes fallen, gilt es, die Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen laufend zu optimieren, was besonders mit der Sozialhilfe Basel bereits gelungen ist. Die Fallzahlen der Vormundschaftsbehörde stiegen dennoch weiter an.

Projekte und Vorhaben

- Ausrichten der Struktur und der Tätigkeiten der Vormundschaftsbehörde, um diese an das eidgenössische Vormundschaftsrecht anzupassen, das sich zurzeit in Revision befindet. (bisher)

Bilanz

Die Revision des Vormundschaftsrechts verzögert sich, die Auswertung der Vernehmlassung durch den Bund liegt noch nicht vor. Es besteht daher noch keine Klarheit, mit welchen Vorgaben der Kanton konfrontiert sein wird, weshalb auch noch keine Umsetzungsarbeiten geplant werden konnten.

- Ausbauen, Optimieren und flexibleres Nutzen der ambulanten Jugendschutzmassnahmen. Bis 2007 sollen entsprechende Massnahmen die hohe Zahl von Heimplatzierungen vermindern. Dadurch sollen Kinder und Jugendliche vermehrt in ihrem familiären Umfeld bleiben können und dem Kanton entstehen deutlich tiefere Kosten. (bisher)

In einem ersten Schritt wurde das ambulante Angebot der Sozialpädagogischen Familienbegleitung um 25% ausgebaut. Daher konnte die Zahl der Fremdplatzierungen trotz steigender Fallzahl in der Abteilung Kindes- und Jugendschutz auf dem Stand der Vorjahre gehalten werden. Weitere interne oder externe Ausbaumassnahmen werden geprüft und sollen folgen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**20.9**	**22.6**	**21.2**	**21.1**	21.3	21.6	21.9
Erlös	**2.2**	**4.8**	**5.0**	**5.1**	5.1	5.2	5.3
Saldo Teilkosten	**18.7**	**17.8**	**16.2**	**16.0**	16.2	16.4	16.6
Kalk. Pos. und Umlagen		**3.4**	**3.1**	**3.2**	3.3	3.3	3.4
Saldo Vollkosten		**21.2**	**19.3**	**19.2**	19.4	19.7	20.0

Strafverfolgung und -vollzug

JD • 3.3

Beschreibung

Bekämpfen der Kriminalität, Betreiben von Verbrechensprävention, Führen von Strafuntersuchungen und Anklageerhebung; Vollziehen von Freiheitsstrafen und Massnahmen bei verurteilten Straftätern und Bewährungshilfe.

Politische Ziele

- Die öffentliche Sicherheit ist mittels konsequenter Anwendung des Strafgesetzes durch eine qualitativ hoch stehende Untersuchungsführung gewährleistet.
- Straftäterinnen und -täter verbüssen ihre Strafe und die Gesellschaft wird vor ihnen geschützt. Straffällige Menschen werden durch die Bewährungshilfe betreut und sollen nach Verbüssung ihrer Strafe wieder in die Gesellschaft integriert und vor Rückfällen bewahrt werden.

Bilanz

Die 2004 auf einen Höchststand gestiegene Zahl von Strafanzeigen und damit zu bearbeitenden Strafverfahren zwingt zu konsequenter Prioritätensetzung und führt dazu, dass Verfahren länger dauern und besonders kleinere Fälle vor Ablauf der Verjährung teilweise nicht mehr bearbeitet werden können. Mit der Fusion der Strafvollzugsbehörden beim Justizdepartement im Herbst 2004 wurde ein bedeutender organisatorischer Schritt getan. Die Miete des Bezirksgefängnisses Sissach und die Eröffnung zweier zusätzlicher Wohngruppen in Klosterfiechten ermöglichten zudem einen Abbau der Wartelisten im Kurzstrafenbereich.

Projekte und Vorhaben

- Gesetzliches Verankern der Bewährungshilfe, um damit unter anderem die neuen interkantonalen und eidgenössischen Richtlinien nachzuvollziehen. (bisher)

  ### Bilanz

  Dieses Vorhaben wurde in die gesetzgeberischen Anpassungsarbeiten zum neuen Schweizerischen Strafgesetzbuch integriert. Die Vorlage wurde durch den Regierungsrat verabschiedet und wird nun durch die vorberatende Kommission des Grossen Rates behandelt.

- Verlängern des Projekts Electronic Monitoring, bis auf eidgenössischer Ebene eine definitive gesetzliche Grundlage geschaffen wird. (bisher)

  ### Bilanz

  Infolge der Verzögerung der Inkraftsetzung des neuen Schweizerischen Strafgesetzbuchs ist der Bundesrat nicht bereit, die Aufnahme von Electronic Monitoring in das Strafgesetzbuch jetzt zu diskutieren. Die bundesrätliche Bewilligung des Modellversuchs Ende August 2005 soll jedoch ein zweites Mal verlängert werden.

- Anpassen der kantonalen Gesetzgebung und der kantonalen Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstrukturen an das eidgenössische Strafgesetzbuch, das sich in Revision befindet, und an die zukünftige eidgenössische Strafprozessordnung. (bisher)

  ### Bilanz

  Die Vorlage wurde durch den Regierungsrat verabschiedet und wird nun durch die vorberatende Kommission des Grossen Rates behandelt. Die Inkraftsetzung des neuen Schweizerischen Strafgesetzbuchs erfolgt frühestens auf Januar 2007.

- Umbau und Erweitern der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel bis 2005, um die Sicherheit zu erhöhen und im Hochsicherheitsbereich einen Gruppenvollzug zu ermöglichen. (abschlossen)

  ### Bilanz

  Die Bauarbeiten begannen im Juli 2003. Ende Oktober 2004 konnten die Kartonage/Montage in die neuen Räume umziehen. Im April 2005 erfolgte der Umzug der Verwaltung und der Besucherräume. Voraussichtlich wird sich der Fertigstellungstermin von Ende Dezember 2005 auf Ende Februar 2006 verzögern.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**31.0**	**35.0**	**38.5**	**38.2**	38.7	39.3	39.9
Erlös	**2.4**	**3.4**	**3.5**	**4.4**	4.4	4.5	4.6
Saldo Teilkosten	**28.6**	**31.5**	**35.0**	**33.8**	34.3	34.8	35.3
Kalk. Pos. und Umlagen		**29.8**	**29.0**	***25.0**	25.4	25.7	26.1
Saldo Vollkosten		**61.4**	**64.0**	**58.8**	59.7	60.5	61.4

* Von 2006 an entfällt Abschreibungstranche des Investitionsbeitrags an den Neu-/Umbau Strafanstalt Bostadel.

Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung

JD • 3.4

Beschreibung

Gestalten optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich; Unterstützen und Stärken der Familien; Sicherstellen einer ursachenorientierten Primärprävention in den Bereichen Sucht und Gewalt mit den Hauptzielgruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der Familien; Erarbeiten, Durchsetzen und Begleiten von Interventionsmassnahmen gemeinsam und koordiniert mit Behörden, Verwaltung und privaten Fachstellen aufgrund von Falldatenerhebung und darauf basierender Forschung.

Politische Ziele

- Die Kinder und Jugendlichen erhalten Unterstützung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und werden zur Verminderung von Sucht und Gewalt in ihrer Persönlichkeit gestärkt.
- Gezieltes Verbessern der Lebensqualität für Familien, um das Wohl und die Entwicklung aller Familienmitglieder zu fördern.
- Erarbeiten eines kohärenten Vorgehens aller Akteurinnen und Akteure im Kampf gegen häusliche Gewalt zur Optimierung des Opferschutzes und der strafrechtlichen Sanktionen gegen Gewalt ausübende Personen.

Bilanz

Die Erneuerung der Subventionen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sichert das Angebot für die nächsten Jahre. Auf Ende 2005 soll das Konzept offene Kinder- und Jugendarbeit vorliegen, wodurch Planen, Steuern und Koordinieren verbessert werden.
Seit April 2004 sind «Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in der Ehe», «einfache Körperverletzung» und «wiederholte Tätlichkeiten» Offizialdelikte (StGB). «Halt-Gewalt» definierte mit den involvierten Behörden und Beratungsstellen die neuen Abläufe und Zuständigkeiten.

Projekte und Vorhaben

- Erarbeiten eines familienpolitischen Handlungskonzepts basierend auf zwei entsprechenden Planungsaufträgen und dem Familienbericht für Basel-Stadt vom Jahr 2000, um die Kohärenz der familienpolitischen Massnahmen zu verstärken und die Planung zu verbessern. (bisher)

Bilanz

Ein Bericht erfasste die Umsetzung der im Familienbericht 2000 erarbeiteten Massnahmen und teilweise deren Kosten. Aus einer zweiten Familienbefragung wurden Massnahmenempfehlungen abgeleitet. Die Familienkommission erarbeitete familienpolitische Leitsätze für den Kanton Basel-Stadt. Diese Grundlagen ermöglichen eine künftige Familienpolitik.

- *Totalrevision des Jugendhilfegesetzes zur Schaffung einer modernen und zeitgemässen Grundlage staatlichen Handelns im Hinblick auf die seit 1985 geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche und deren Familien.* (neu)
- *Erarbeiten der gesetzlichen Grundlagen für einen wirksamen Jugendschutz in Bezug auf den Tabakmissbrauch.* (neu)
- Verbessern der Datenlage zu häuslicher Gewalt im Kanton Basel-Stadt hinsichtlich Ausmass und Interventionspraxis der involvierten Stellen für eine wirkungsvollere Bekämpfung der häuslichen Gewalt. Hierzu wurde in einem ersten Schritt ein Forschungsprojekt am Universitätsspital durchgeführt. (abgeschlossen)

Die Forschungsergebnisse am Universitätsspital Basel (USB) wurden im April 2005 in der Schriftenreihe des Justizdepartements publiziert. Der Bericht enthält Massnahmen, wie sich die erkannten Defizite angehen und verbessern lassen können.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	6.9	6.7	6.6	6.8	6.9	7.0	7.1
Erlös	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Teilkosten	6.9	6.6	6.5	6.8	6.9	7.0	7.1
Kalk. Pos. und Umlagen		0.4	0.6	0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo Vollkosten		7.0	7.2	7.4	7.5	7.6	7.8

Gleichstellung von Frauen und Männern

JD • 3.5

Beschreibung

Voranbringen der tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen; Verankern einer geschlechterbewussten Optik in allen Politikbereichen.

Politische Ziele

- Die unterschiedlichen Situationen, Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern werden von den Beschäftigten der kantonalen Verwaltung in ihrer alltäglichen Arbeit berücksichtigt (Gender Mainstreaming).
- Auch Organisationen ausserhalb der Verwaltung und private Initiativen werden in ihrem Bestreben, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern, unterstützt. Es findet eine Vernetzung mit den in der Gleichstellungsthematik tätigen privaten und öffentlichen Akteurinnen und Akteuren statt.

Bilanz

Die Aktivitäten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden konsequent weiterverfolgt; besonders die Firmen standen im Zentrum der Bestrebungen, eine nachhaltige familienfreundliche Unternehmenspolitik zu fördern.
Die Publikation «Zahlen? Bitte.» vereint die wichtigsten, nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten zu Bildung und Arbeit sowie zur politischen Beteiligung in der Region Basel, wobei Ungleichheiten und Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern sichtbar werden.
Die Projekte im Themenbereich Berufswahl und Berufseinstieg konnten ins Regelangebot überführt werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Universität ermöglicht eine Ringvorlesung, des Weiteren konnte mit Gleichstellungsbeauftragten der Region eine Fortbildung zu neueren Konzepten zur Umsetzung der materiellen Gleichstellung realisiert werden.

Projekte und Vorhaben

- Verankern des Prinzips des Gender Mainstreaming (GeM) zusammen mit dem vom Bundesrat 1999 verabschiedeten Aktionsplan der Schweiz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der kantonalen Verwaltung (bisher). *Erarbeiten von Kennzahlen im Bereich Schulen, um die Entwicklung der Chancengleichheit zu messen.* (neu)

Bilanz

Die Überarbeitung des ursprünglichen Vorhabens (die Verknüpfung von GeM mit NPM) ergab, dass eine abteilungsweise und thematische Umsetzung ratsam ist. Ein entsprechender Kriterienkatalog ist in Erarbeitung.
Durch die Weiterführung der in Basel entwickelten Methode zu Gender Budgeting kann die Strategie des GeM im Bereich der Haushaltspolitik implementiert werden.

- Basel Area – familienfreundliche Wirtschaftsregion: Durchführen einer Kosten-Nutzen-Analyse von familienfreundlichen Massnahmen in der Privatwirtschaft; Aufzeigen des finanziellen Gewinns für die Firmen und der erhöhten Standortattraktivität für die Region durch eine vorbildliche familienfreundliche Unternehmenspolitik. (bisher)

Die Kosten-Nutzen-Analyse wurde in zehn Firmen durchgeführt, die Publikation der Ergebnisse ist für Herbst 2005 geplant. Daraus werden Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Staat abgeleitet. Die Umsetzung konkreter Massnahmen (z.B. Förderung der kantonsübergreifenden Transparenz und Kommunikation von bestehenden Kinderbetreuungsangeboten) erfolgt ab 2006.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	0.8	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
Erlös	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Teilkosten	0.7	1.1	1.1	1.0	1.0	1.1	1.1
Kalk. Pos. und Umlagen		-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
Saldo Vollkosten		1.0	1.0	0.9	0.9	1.0	1.0

Aussenbeziehungen

JD • 3.6

Beschreibung

Pflege der Aussenbeziehungen und der grenzüberschreitenden Kontakte innerhalb der Region Oberrhein und mit den Regionen Europas sowie Entwicklung und Mitwirkung bei der Umsetzung von grenzüberschreitenden Vorhaben.

Politische Ziele

Die trinationale Zusammenarbeit ermöglicht qualitativ hoch stehende grenzüberschreitende Angebote für die Menschen in der Region.

Bilanz

Nach dem 9. Dreiländer-Kongress «Medien und Kommunikation am Oberrhein» begannen die Arbeiten zum 10. Dreiländer-Kongress «Zukunft Europa im erweiterten Europa» (2006), der Impulse für die Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen ab 2007 auslösen und die Region Oberrhein im europäischen Wettbewerb stärker positionieren will. Die deutsch-französische Eurodistrict-Initiative lenkt den Fokus auf die Vertiefung der Kooperation in der Trinationalen Agglomeration Basel. 2005 erscheint erstmals ein «EURES-T-Regionalprofil Oberrhein» über einen der europaweit grössten grenzüberschreitenden Arbeitsmärkte.

Projekte und Vorhaben

- Planen, Steuern und Umsetzen des EU-Förderprogrammes Interreg IIIA «Oberrhein Mitte-Süd», um zukunftsweisende und nachhaltige Vorhaben zusammen mit den Partnern im trinationalen Raum und den Projektträgern zu ermöglichen (2001–2006). (bisher)

  Bilanz

  Im Programm INTERREG IIIA «Oberrhein Mitte-Süd» wurden seit 2001 62 Projekte begonnen, davon 37 mit Schweizer Beteiligung. Auf Seiten der EU beträgt die Mittelbindung über 73% von 32 Mio. Euro; auf Bundesseite in der Schweiz 94% von 5.8 Mio. Franken, der Rahmenkredit des Kantons Basel-Stadt ist zu über 90% ausgeschöpft. Ein Rückblick auf 15 Jahre INTERREG am Oberrhein ist im Frühjahr 2005 erschienen.

- Umsetzen grenzüberschreitender Projekte mit verschiedenen Partnern, um die Lebensqualität und die Standortattraktivität am Oberrhein zu fördern (z.B. BioValley-Initiative, Raumentwicklungsprojekte TAB, grenzüberschreitendes Beratungsnetz für Handwerksbetriebe und KMU, trinationaler Bauingenieurlehrgang usw. (bisher)

  «Grenzenlos leben und arbeiten – Chancen am Oberrhein» hat zum Ziel, die berufliche, grenzüberschreitende Mobilität von Frauen und Eltern in den Regionen am Oberrhein zu fördern. Mit «Rhenergie» befindet sich im Fachhochschulbereich der vierte trinationale Studiengang im Aufbau. EUCOR VIRTUALE stellt den sieben Oberrhein-Universitäten ein E-Learning-Angebot zur Verfügung. Der Optimierung der Interreg-Projektakquisition, -abwicklung und -evaluation in der Schweiz dient das Projekt «GoodGovernanceRating».

- *Unterstützen der Bildung eines Eurodistricts im Raum der trinationalen Agglomeration Basel, um die Zusammenarbeit der Nachbarn zu bündeln und zu vertiefen und den Standort im europäischen Wettbewerb stärker zur Geltung zu bringen.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	0.9	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1
Erlös	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Teilkosten	0.9	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1
Kalk. Pos. und Umlagen		0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten		1.0	1.1	1.0	1.2	1.2	1.2

Transfer Projekte und Vorhaben

Umstrukturierung Sicherheitsdepartement

Durch die Umbenennung des bisherigen Polizei- und Militärdepartementes in Sicherheitsdepartement und dessen neuer Struktur reduzierten sich nicht nur die Aufgabenfelder von fünf auf drei, sondern erfuhren diese auch eine den organisatorischen Bereichen entsprechende Zuteilung. Beim Transfer in die neuen Aufgabenfelder gingen die bisherigen Projekte und Vorhaben unter neu formulierten Projekten auf. Diese Liste soll die Orientierung erlauben.

Bisheriges Aufgabenfeld 4.1

- Errichten der Bezirkswache Ost (letzter Schritt in der Umsetzung des Konzeptes «4 plus»). (bisher, transferiert zum neuen AF 4.1)
- Prüfen der Zusammenlegung der bestehenden Einsatzzentralen von Polizei, Berufsfeuerwehr und Sanität (2006/07) an einem gemeinsamen Standort. (bisher; transferiert zum neuen AF 4.1 und 4.2; siehe auch AF 4.4)
- Einrichten eines Dienstleistungszentrums im Spiegelhof für Verwaltung und Bevölkerung («One-Stop-Shop»). (abgeschlossen: Zentrum transferiert zum neuen AF 4.3; siehe auch RF 8.7)

Bisheriges Aufgabenfeld 4.2

- Ersatz des Verkehrsrechners zur Steuerung sämtlicher Verkehrsregelungsanlagen. (bisher, transferiert zum neuen AF 4.1)

Bisheriges Aufgabenfeld 4.3

- Errichten der Bezirkswache Ost (letzter Schritt in der Umsetzung des Konzeptes «4 plus»). (bisher, transferiert zum neuen AF 4.1)

Bisheriges Aufgabenfeld 4.4

- Reorganisation des Kantonalen Führungsstabes (KFS) und der Katastrophenorganisation (Ka-Org) zu einer modernen Kriseninterventionsorganisation. (bisher, transferiert zum neuen AF 4.1)
- Prüfen der Zusammenlegung der bestehenden Einsatzzentralen von Polizei, Berufsfeuerwehr und Sanität (2006/2007) an einem gemeinsamen Standort. (siehe auch AF 4.1). (bisher, transferiert zum neuen AF 4.1 und 4.2)

Bisheriges Aufgabenfeld 4.5

- Ablösen der veralteten Informatiklösung (Host-Applikation) betreffend Stimmregister. (bisher, transferiert zum neuen AF 4.3)

Sicherheit, Ordnung und *Verkehrsmanagement*

SiD • 4.1

Beschreibung

Präsent sein, Aufklären, Informieren und Intervention sowie Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; Positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten (Verkehrserziehung und Prävention); Regeln der Verkehrszulassung von Personen und Fahrzeugen; Informieren der Bevölkerung und Präsent sein der Polizei im Sinne der Prävention; Rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Personen- und Sachfahndung; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthalts und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (KFS und Kat Org).

Politische Ziele

- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden lebt geordnet und friedlich zusammen und fühlt sich sicher.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind die Personen- und Sachschäden möglichst gering. Für die Betroffenen geht das Leben möglichst rasch in den normalen Bahnen weiter.
- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden ist informiert über Möglichkeiten, sich vor Kriminalität zu schützen und fühlt sich sicher.
- Der Verkehr läuft geordnet ab. Auf den Hauptachsen bewegt sich der Individualverkehr flüssig. Der öffentliche Verkehr (Tram und Bus) wird nicht vom motorisierten Individualverkehr behindert.
- Es gibt wenig Unfälle, insbesondere solche mit Personenschaden.

Bilanz

Die Bevölkerungsbefragung vom Frühjahr 2005 lässt die Aussage zu, dass Basel nach wie vor als sehr sicher (im subjektiven und objektiven Sinne) bezeichnet werden darf. Der Grosse Rat stimmte dem Beitritt zum Konkordat über Einrichtung und Betrieb der Polizeischule Hitzkirch zu. Eine Vielzahl von Aktionen und gezielten Kontrollen und Überwachungen trugen auch im letzten Jahr nicht unwesentlich zur objektiven und subjektiven Sicherheit bei. Im Rahmen von A&L wurden im letzten Jahr organisatorische Massnahmen getroffen, so wurden u.a. der Wielandposten geschlossen und die Polizeiführung verkleinert.

Projekte und Vorhaben

- Zusammenlegen der bestehenden Einsatzzentralen im Kanton BS (REOPEZ), um die Einsatzkräfte und -möglichkeiten besser koordinieren zu können. (bisher, transferiert von den eh. AF 4.1 und AF 4.4; siehe auch AF 4.2)

Bilanz

Der Kredit wurde ins Investitionsprogramm aufgenommen.

- *Gemeinsame Polizeischule Hitzkirch IPH, um eine einheitliche Grundausbildung zu gewähren.* (neu)

Der Grosse Rat stimmte dem Beitritt zum Konkordat über Einrichtung und Betrieb zu. Der Schulbeginn ist im Herbst 2007.

- *Sicherheitsnetz Funk der Schweiz; POLYCOM, um koordinierte Verbindungen mit verschiedenen Organisationen zu gewährleisten.* (neu)

Nach der Klärung Frequenzkapazität wird der vorliegende Ratschlag weitergeleitet. Es ist vorgesehen, das neue Funksystem für den Kanton auf die Euro 2008 in Betrieb zu nehmen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	136.3	136.3	140.3	140.0	*136.8	137.8	138.8
Erlös	62.9	65.9	70.8	70.7	70.7	70.7	70.7
Saldo Teilkosten	73.4	70.4	69.5	69.4	66.1	67.1	68.1
Kalk. Pos. und Umlagen		-1.6	-3.1	-1.7	-1.6	-1.6	-1.6
Saldo Vollkosten		68.9	66.5	67.7	64.5	65.5	66.5

* Da Grenzpolizei Bundesaufgabe wird, Verringerung der Kosten um CHF 4,2 Mio. Fr. gegenüber B 06.

Rettung

SiD • 4.2

Beschreibung

Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitung (Einsatzplanung); Betrieb der Einsatzzentralen 118 und 144; Kranken- und Notfalltransporte, Verlegungstransporte; Vorbeugende Massnahmen und Gewährleisten jederzeitiger Brand-, Chemie-, Öl- und Pioniereinsätze sowie Retten, Hilfeleisten und Bergen in Notlagen; Gewährleisten von Schutz und Sicherheit und Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Terrorismus, Unruhen); Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Sicherheitsdepartementes und Dritten.

Politische Ziele

- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind die Personen- und Sachschäden möglichst gering. Für die Betroffenen geht das Leben möglichst rasch in den normalen Bahnen weiter.
- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden lebt geordnet und friedlich zusammen und fühlt sich sicher.

Bilanz

Der Kanton Basel-Stadt blieb bisher von ausserordentlichen Ereignissen verschont.
Die Bevölkerungsbefragung vom Frühjahr 2005 lässt die Aussage zu, dass Basel nach wie vor als sehr sicher (im subjektiven und objektiven Sinne) bezeichnet werden darf.
Mit weiteren geeigneten Massnahmen, einerseits im organisatorischen Bereich und andererseits bei der Überprüfung der Aufgaben und Leistungen (und wo es als notwendig erachtet wird mit Anpassungen) soll dieses Empfinden gehalten oder noch verbessert werden.
Zu keinem Zeitpunkt kann jedoch ein ausserordentliches Ereignis «ausgeklammert oder ausgeschlossen» werden.

Projekte und Vorhaben

- Zusammenlegen der Einsatzzentralen von Polizei (ff), Berufsfeuerwehr und Sanität, um die Einsatzkräfte und -möglichkeiten besser koordinieren zu können. (bisher, transferiert von den eh. AF 4.1 und AF 4.4)

Bilanz

Der Kredit wurde ins Investitionsprogramm aufgenommen.
Durch die Umstrukturierung des Sicherheitsdepartements und durch die Konzentration der Kräfte am Standort Zeughaus werden in Zukunft zusätzliche Synergien entstehen.

- *Die regionale Zusammenarbeit (inkl. angrenzende Teile Deutschland und Frankreich) zwischen den verschiedenen Einsatzdiensten wird verstärkt und ausgebaut.* (neu)

Notsituationen können auch (landes)grenzüberschreitend sein. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Vorfälle/Notsituationen komplexer und anspruchsvoller werden. Nicht zuletzt aufgrund der finanziellen Machbarkeiten müssen sich die Partner im Bereich Material und Ausbildung gegenseitig unterstützen.

- *Die bikantonale Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft auf dem Gebiet der militärischen Retablierung(sstelle) und der allgemeinen Materialbewirtschaftung wird intensiviert (Standort Zeughaus Basel).* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	**B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	29.3	28.8	40.0	39.5	39.8	40.1	40.4
Erlös	4.3	*13.8	24.1	23.6	23.6	23.6	23.6
Saldo Teilkosten	25.0	15.0	15.9	15.9	16.2	16.4	16.7
Kalk. Pos. und Umlagen		7.6	8.5	7.5	7.5	7.5	7.5
Saldo Vollkosten		22.5	24.4	23.4	23.6	23.9	24.2

* Gestiegener Erlös wegen Transfer der Feuerwehrersatzabgaben von 4,9 Mio. Fr. und der Versicherungsbeiträge der Sachversicherungen von 4,8 Mio. Fr. vom FD zum SiD.

** Der Transfer der Sanität vom GD zum SiD bewirkte eine Erhöhung der direkten Kosten sowie des Erlöses.

*Bevölkerungs*dienste

Beschreibung

Erstellen von Ausweisen und Dokumenten sowie Bearbeiten von Zuzugs- und Aufenthaltsgesuchen; Regeln des Aufenthaltes für die Dauer eines Asyl- oder Wegweisungsverfahrens; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Bewilligen der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit, Organisieren von Messen und Märkten sowie Verwalten von Fundsachen; Verwahren von Personen im Auftrag der zuständigen Behörden zur Sicherstellung von Untersuchungs- und Gerichts- sowie Migrationsverfahren; Vorbereiten, Organisieren und Durchführen von Wahlen und Abstimmungen im Kanton; Beitrag zur Kantonsentwicklung durch Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen zur Unterstützung von Einheimischen und Zugezogenen sowie der Stadtentwicklung.

Politische Ziele

- Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden lebt geordnet und friedlich zusammen und fühlt sich sicher.
- Die Straftäter verbüssen ihre Strafe und die Gesellschaft wird vor ihnen geschützt. Straffällige Menschen werden vorbereitet auf eine erfolgreiche Re-Integration in die Gesellschaft und sie werden vor Rückfällen bewahrt.
- Die politischen Rechte der Stimm- und Wahlberechtigten sind gewahrt. Die Resultate bei Wahlen und Abstimmungen liegen schnell und zuverlässig vor.
- Die fremdsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens integriert.

Bilanz

Der Strafvollzug im Schällemätteli wurde bis zur Schliessung im August 2004 ordnungsgemäss gewährleistet.
Nach Annahme des neuen Gastwirtschaftsgesetzes durch das Volk konnte dieses erfolgreich umgesetzt werden.
Die Empfehlungen eines Berichts der Geschäftsprüfungskommission zum Bereich Messen und Märkte wurden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten realisiert.

Projekte und Vorhaben

- Diverse Integrationsprojekte, um die Fremdsprachigen rasch zu integrieren. (bisher, transferiert von RF 8.7; siehe auch RF 8.7)

Bilanz

Zusätzliche Pilotprojekte wurden durchgeführt. Vom Bund wurde der Zusammenarbeit im überregionalen Bereich mit den Kantonen Solothurn und Aargau zugestimmt.
Der definitive Entwurf zum Integrationsgesetz wurde von den Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt gemeinsam verabschiedet und den Parlamenten zur Beschlussfassung unterbreitet.

- *Einrichten eines Dienstleistungszentrums im Spiegelhof für Verwaltung und Bevölkerung, um den Zugang zu Informationen und Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung zu erleichtern (inkl. Stadtladen).* (neu, transferiert von den AF 4.1 und RF 8.7)

Der Grosse Rat bewilligte anfangs 2005 das Vorhaben. Das Zentrum soll dem Publikum Ende 2006 offen stehen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	40.7	36.6	29.5	33.8	34.4	34.8	35.0
Erlös	16.8	16.4	13.6	15.1	15.1	15.1	15.1
Saldo Teilkosten	23.9	20.2	15.9	18.7	19.3	19.8	19.9
Kalk. Pos. und Umlagen		6.4	6.3	7.6	7.6	7.7	7.7
Saldo Vollkosten		26.6	22.2	26.3	27.0	27.4	27.6

* Im Bereich des Gefängniswesens führt einerseits die Schliessung der Strafanstalt Schällemätteli zu tieferen Kosten und Erlösen im Jahre 2005, andererseits bewirkt die sehr hohe Auslastung im Ausschaffungs- und Untersuchungsgefängnis wieder höhere Kosten und Erlöse im B 06.

Gesundheitsschutz

GD • 5.1

Beschreibung

Rechtsmedizinische Untersuchungen von Menschen und an Materialien; Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung, der Giftgesetzgebung, Lebensmittelkontrolle und Hygienekontrolle sowie Radioaktivitätsbelange; Untersuchung der Schlachttiere, Bestimmung der Genusstauglichkeit des Fleisches sowie Überwachung der Bestimmung des Schlachtgewichts; Sonstiger Verbraucherschutz im Bereich Nichtlebensmittel; Bewältigen von ausserordentlichen Ereignissen durch Vorsorge und Einsätze (Katastrophendienst); Überwachen von Anlagen im Bereich der Chemie- und Biosicherheit; Tierschutzkontrollen bei den im Kanton gehaltenen Tieren sowie Tierseuchenüberwachung bei den Versuchs-, Heim-, Zoo- und Nutztieren im Kanton; Überwachung der Hundepopulation, Kontrolle und Bewilligung gefährlicher Tiere, Bezug der Hundesteuer.

Politische Ziele

- Die Bevölkerung kann auf dem Kantonsgebiet nur Konsumartikel beziehen, welche die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung und Aufmachung nicht täuschend sind.
- Bei ausserordentlichen Ereignissen ist die Gesundheit der Bevölkerung geschützt.
- Bevölkerung und Umwelt sind soweit technisch möglich vor Störfällen im Bereich Chemie und Biotechnologie geschützt.
- Bevölkerung und Tiere sind auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt. Auf dem Kantonsgebiet werden Tiere artgerecht gehalten und transportiert und es werden nur aussagekräftige Tierversuche unter tierschonenden Bedingungen durchgeführt.

Bilanz

Um den Schutzverband Fessenheim zu gründen, trafen sich im Mai 2005 regierungsrätliche Delegationen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und Vertretende nichtstaatlicher Organisationen wie das Nordschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA). Basel-Stadt wird an diesem Schutzverband mitwirken und ihn finanziell mit einem Sockelbeitrag von 10 Rappen pro Einwohnerin und Einwohner unterstützen, während der Kanton Basel-Landschaft projektorientiert Kontakt und Austausch wünscht, sich aber nicht mit einem ständigen Beitrag finanziell beteiligen will. Der Kanton Jura prüft ebenfalls einen Sockelbeitrag.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**21.1**	**21.4**	**22.4**	**18.2**	18.5	18.7	19.0
Erlös	**11.1**	**10.6**	**11.3**	**11.1**	11.2	11.4	11.6
Saldo Teilkosten	**9.9**	**10.8**	**11.0**	**7.1**	7.2	7.3	7.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**6.9**	**7.5**	**5.7**	5.8	5.9	6.0
Saldo Vollkosten		**17.7**	**18.5**	**12.8**	13.0	13.2	13.4

* Die Produktgruppen der Gesundheitsdienste werden ab B 06 dem AF 5.2 zugeordnet.

Gesundheitsdienste

GD • 5.2

Beschreibung

Aufsicht und Bewilligungswesen für Medizinalpersonen, für Herstellung, Handel und Anwendung von Heilmitteln und Betäubungsmitteln; Überwachen des Heilmittelverkehrs, Inspektion der Heilmittelabgabestellen, Erfassen der klinischen Versuche im Kantonsgebiet; Beurteilen der Selbst- und Fremdgefährlichkeit bei psychisch Kranken im Rahmen des fürsorgerischen Freiheitsentzugs; Ärztliche Betreuung in den beiden Basler Gefängnissen; Konzipieren, Durchführen und Evaluieren von Massnahmen im Bereich Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung, Vorsorgeuntersuchungen, Gesundheitserziehung, Vorbeugen und Bekämpfen von übertragbaren Krankheiten, Zahnprophylaxe; Beraten und Betreuen von Suchtmittelgefährdeten, Suchtmittelabhängigen und indirekt Betroffenen, Planen und Koordinieren der Suchthilfe, Konzipieren und Koordinieren der kantonalen Suchtpolitik; Verwalten des Alkoholzehntels.

Politische Ziele

- *Die Bevölkerung ist vor missbräuchlicher, nicht hoheitlich festgelegten Qualitätsstandards entsprechender medizinischer und pflegerischer Beratung und Behandlung geschützt.*
- Die Gesundheit der Bevölkerung wird durch Beratung, Information und bedarfsgerechte Massnahmen gefördert.
- Ausgewählte Alters- und Risikogruppen verfügen über gezielte Beratungs- und Behandlungsangebote.

Bilanz

Die «Kantonale Gesundheitsbefragung Basel-Stadt», die wichtige Ergebnisse aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2002 aus kantonaler Sicht aufnimmt, ergab in der näheren Analyse, dass die Basler Bevölkerung verschiedenen gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt ist. Besonders deutlich wird dies im Bereich Ernährung und Bewegung, der ein noch nicht ausgenutztes Gesundheitsförderungs- und Präventionspotenzial zeigt. Dieses Potenzial zur Verbesserung der Gesundheit und damit auch zur langfristigen Senkung der Krankheitskosten gilt es künftig noch gezielter auszuschöpfen. Das Gesundheits- und das Erziehungsdepartement wollen geeignete Massnahmen gemeinsam treffen und bildeten ein Netzwerk zur gezielten Gesundheitsprävention im Bereich Ernährung und Bewegung. Die Regierung stimmte der Gründung einer Abteilung «Gesundheitsförderung und -prävention» in den Gesundheitsdiensten zu, womit sich ein Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und -prävention im Gesundheitsdepartement mit den Fachbereichen Kinder- und Jugendgesundheit (Schulärztlicher Dienst) und allgemeine Gesundheitsförderung bildet.

Projekte und Vorhaben

- Analysieren des gesamten Angebots im Suchthilfebereich, um unter Einbezug aller Fachrichtungen und Interessengruppen die Suchtpolitik zu optimieren. (bisher)

Bilanz

Der Regierungsrat stimmte der Zusammenlegung der Fachstelle Suchtfragen und der Alkohol- und Suchtberatung in den Gesundheitsdiensten zur neuen Abteilung Sucht zu. Eine im Auftrag der Gesundheitsdienste durchgeführte «Bestandesanalyse der ambulanten Suchtberatung im Kanton Basel-Stadt» Ende 2003 zeigte, dass der Versorgungsauftrag mit einem insgesamt guten Dienstleistungsangebot wahrgenommen wird. Die Analyse kommt auch zum Schluss, dass Optimierungspotenzial vorhanden ist, besonders in der Zusammenlegung einzelner Angebote. Entsprechend sollen nun als erster Schritt die Fachstelle Suchtfragen, der die Planung, Koordination und Steuerung der Suchthilfeangebote im Kanton sowie der Kantonalen 4-Säulen-Politik obliegt, und die Alkohol- und Suchtberatung zusammengeführt werden.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**14.4**	**10.7**	**10.9**	**23.8**	24.1	24.5	24.8
Erlös	**2.0**	**1.5**	**1.5**	**2.0**	2.1	2.1	2.1
Saldo Teilkosten	**12.4**	**9.2**	**9.4**	**21.8**	22.1	22.4	22.7
Kalk. Pos. und Umlagen		**0.9**	**1.1**	**1.6**	1.6	1.6	1.7
Saldo Vollkosten		**10.1**	**10.5**	**23.4**	23.7	24.0	24.4

* Ab 2006 verwaltet die Dienststelle Gesundheitsschutz rund 10 Mio. Fr. zusätzliche Beiträge und Subventionen. Zudem wurden alle Produktgruppen dieser Dienststelle neu dem AF 5.2 zugeordnet.

Gesundheitsversorgung

GD • 5.3

Beschreibung

Stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung (inkl. freipraktizierende Leistungserbringer) auf dem Gebiet der somatischen Akutmedizin, der Geriatrie, Psychiatrie und der Rehabilitation; 24-Stunden-Notfallstationen auf dem Gebiet der somatischen Akutmedizin und der Psychiatrie; *Aufsicht über Alters- und Pflegeheime sowie Spitex-Dienste;* Unterstützung der Pflege zu Hause, Angebot von Heimpflegeplätzen und Vermittlung von Pflegeplätzen für Betagte und Pflegebedürftige; *Zahnmedizinische Behandlungen in den Zahnkliniken, Behandlungswagen und bei Bedarf in Heimen oder zu Hause.*

Politische Ziele

- Die Gesundheitsversorgung nach in der Schweiz anerkannten medizinischen, pflegerischen und wirtschaftlichen Standards ist zu den für die Steuer- und Prämienzahlenden tragbaren finanziellen Bedingungen jederzeit gewährleistet.
- Mittelfristig ist die Spitalversorgung in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft derart aufeinander abgestimmt, dass regional keine Überkapazitäten und Doppelspurigkeiten mehr vorliegen.

Bilanz

Die gemeinsam erarbeiteten Resultate der Tagung in Bad Bubendorf vom letzten Jahr wurden im politischen Alltag auf vier Ebenen konkretisiert: 1. im Projekt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen Deutschland und der Schweiz, 2. durch den Ratschlag zur Interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin (IVKKM) in beiden Basel, der beiden Kantonsparlamenten überwiesen wurde und deren Ratifizierung im Mai 2005 vom Grossen Rat beschlossen wurde, 3. in den Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft, die sich auf erfreulichem Kurs befinden und 4. in der gemeinsamen Parlamentsvorlage über einen Baukredit für die Errichtung des Neubaus UKBB.

Projekte und Vorhaben

- Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft im Bereich der Akutmedizin, insbesondere die Prüfung einer Realisierung eines Spitalverbunds im Rahmen der universitären Medizin. Damit soll das Gesundheitswesen für die Bevölkerung beider Kantone unter Wahrung der qualitativ hochstehenden Gesundheitsversorgung insgesamt kostengünstiger und effizienter gestaltet werden. (bisher)

Bilanz

Im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft ist das Projekt, das die Kosten für Lehre und Forschung einerseits und die Dienstleistung andererseits trennen soll, weit fortgeschritten. Der Schlussbericht liegt vor, wurde im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft diskutiert und in beidseitigem Einvernehmen an der Lenkungsausschusssitzung im April 2005 verabschiedet. Der schlussendlich an die Universität zu überführende Globalbeitrag soll noch dieses Jahr in den Universitätskliniken in beiden Kantonen plausibilisiert werden. Gleichzeitig sollen die heute implementierten Strukturen zwischen Lehre und Forschung sowie Dienstleistung den neuen Herausforderungen angepasst werden.
Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wollen der Interkantonalen Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hochspezialisierten Medizin (IVKKM) beitreten. Damit werden die politischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass künftig in ausgewählten Bereichen der hochspezialisierten Medizin eine gesamtschweizerische Planung und Aufgabenteilung durch die Kantone realisiert werden kann. Durch den Beitritt wird die Versorgung der Bevölkerung der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt mit Leistungen der hochspezialisierten Medizin auch in Zukunft wirtschaftlich und qualitativ hochstehend erbracht und die Beteiligung des Universitätsspitals Basel an der Kooperation und Konzentration der Aufgaben unter den Universitätsspitälern der Schweiz gewährleistet. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft verabschiedeten die entsprechenden Berichte zuhanden des Grossen Rates beziehungsweise des Landrates.

- Projektieren des neuen Standortes des Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB), Projektieren der Gesamtsanierung des Felix Platter-Spitals (FPS). (bisher)

  Die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt genehmigten eine gemeinsame Parlamentsvorlage über einen Baukredit in der Höhe von je 74,65 Millionen Franken für die Errichtung des Neubaus UKBB. Die Gesamtinvestitionen für den Neubau des gemeinsamen Kinderspitals von 149,3 Mio. Franken übernehmen somit die beiden Kantonen hälftig. Durch den künftigen Neubau des UKBB in unmittelbarer Nähe zum Universitätsspital Basel (USB) lassen sich erhebliche medizinische und betriebliche Synergien erzielen. Der Neubau bleibt nach der Fertigstellung im Gesamteigentum der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Die beiden Kantone bilden bei diesem Vorhaben eine gemeinsame Bauherrschaft. Unter der Annahme, dass der Baukredit im Herbst 2005 durch die beiden Parlamente freigegeben wird, ist eine Fertigstellung des Neubaus auf Ende 2009 realistisch. Parallel zur mittlerweile abgeschlossenen Versorgungsplanung im Bereich der Geriatrie erarbeitet das Sanitätsdepartement eine Standortevaluation für einen künftigen Neubau des FPS. Da das heutige FPS-Areal für die Schaffung von hochwertigem Wohnraum ideal gelegen ist, werden in Zusammenarbeit mit dem Baudepartement auch Alternativen zum heutigen Standort erarbeitet. Als Planungsvorgabe für die Standortevaluation wurde ein Leistungsauftrag des FPS definiert, der den räumlichen Bedarf mit einer Obergrenze einschränkt. So soll der künftige Leistungsauftrag des FPS nur noch eine geriatrische Versorgung mit maximal 250 Betten beinhalten. Nach abgeschlossener Grobevaluation verbleiben zur Zeit noch vier Areale, die von beiden Departementen als grundsätzlich realisierbar eingestuft werden. Diese vier Areale werden gegenwärtig von den beiden Departementen zusammen einer vertieften Standortevaluation (mit Nutzwert- und Kosten-Nutzen-Analysen) unterzogen.

- Erneuern und Evaluieren von Spitalabkommen und Verträgen mit anderen Kantonen und mit dem angrenzenden Ausland im Bereich der Akutmedizin, um das regionale Einzugsgebiet der Basler Universitätskliniken nachhaltig zu sichern. (bisher)

  Aufgrund diverser Spitalabkommen erbringt das Universitätsspital Basel seine Zentrumsversorgung sowohl für die unmittelbare Region als auch in ausgewählten Disziplinen für nicht unmittelbar angrenzende Kantone. Ziel dieser Abkommen sind zum einen die optimale Auslastung der zentrumsmedizinischen Infrastruktur unter anderem auch durch zugewiesene ausserkantonale Patientinnen und Patienten (Erhalt der Marktanteile) und zum anderen die kostendeckende Abgeltung der erbrachten Dienstleistungen. Die in den letzten Jahren geführten Verhandlungen führten zu positiven Resultaten (42% der Patientinnen und Patienten am Universitätsspital Basel stammen nicht aus Basel-Stadt). Aktuell bestehen – gestützt auf diese Arbeiten – mit allen für das regionale Einzugsgebiet wichtigen Kantonen (Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Jura, Luzern) entsprechende Spitalabkommen.

  Im April 2004 wurde ein Projekt mit Deutschland initiiert mit dem Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen zwischen Deutschland und der Schweiz – insbesondere im stationären Bereich – zu intensivieren. In der Folge erhielt eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen von Behörden, Krankenkassen und Leistungserbringern der Kantone Basel-Stadt, Basel Landschaft und des Landkreises Lörrach den Auftrag, zum Stand der Freizügigkeit im Gesundheitswesen zwischen beiden Staaten, entsprechenden Erweiterungsmöglichkeiten und der Möglichkeit eines Pilotprojektes zu berichten. Der Zwischenbericht mit der Empfehlung zur Ausarbeitung eines detaillierten Pilotprojektes liegt mittlerweile vor. Das entsprechende Vorgehen wurde genehmigt und die Arbeitsgruppe, welche bereits den Zwischenbericht vorlegte, mit der Erarbeitung des Pilotprojektes betraut. Ziel des Pilotprojektes ist die Erweiterung der Kooperation in der Gesundheitsversorgung zwischen der Schweiz und Deutschland und die Erhöhung der Patientinnen- und Patientenfreizügigkeit zwischen beiden Staaten.

- Vorlegen einer neuen, auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) abgestimmten gesetzlichen Grundlage für die kantonale Gesundheitsversorgung im Bereich Spitäler, Pflegeheime, Geburtsstätten, Rettungswesen (Leistungserbringergesetz). (bisher)

  Auf Bundesebene ist die zukünftige Gestaltung des KVG insbesondere in den Bereichen Spital- und Pflegefinanzierung nach Ablehnung der 2. Revision durch das Parlament nach wie vor offen. Der Bundesrat verfolgt zur Zeit die Strategie, über Einzelvorlagen das System zu optimieren und weiter auf kostendämpfende Massnahmen zu setzen. Der Ausgang der Reformen auf Bundesebene und deren kantonale Auswirkungen sind noch unklar, so ist die Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für die kantonale Gesundheitsversorgung nach wie vor sistiert.

- Erarbeiten von adäquaten Massnahmen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich und damit die Prämienentwicklung in Basel-Stadt zu beeinflussen. (abgeschlossen, siehe auch AF 6.6)

  Die Ursachen der Kostenentwicklung im ambulanten Bereich und der Handlungsspielraum des Kantons wurden von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Sozial- sowie des Gesundheitsdepartements unter Mitwirkung der ÖKK ausgelotet und die Ergebnisse der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates im September 2004 präsentiert. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden eine wichtige Grundlage für die kantonale Gesundheitspolitik und für die Einflussnahme auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	*B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	820.0	829.0	797.0	877.5	889.8	902.2	915.7
Erlös	554.4	574.2	528.1	562.1	569.9	577.9	586.6
Saldo Teilkosten	265.6	254.8	268.9	315.4	319.8	324.3	329.2
Kalk. Pos. und Umlagen		86.6	92.0	87.8	89.1	90.3	91.7
Saldo Vollkosten		341.4	361.0	403.3	408.9	414.6	420.9

* Ab 2006 werden Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen in Höhe von 67 Mio. Fr. verwaltet (Budgettransfer WSD/GD, vgl. AF 6.6).

Klinische Lehre und Forschung

GD • 5.4

Beschreibung

Klinische Ausbildung auf universitärer Stufe in der Humanmedizin; Klinische Forschung in der Humanmedizin; Weiterbildung in der Humanmedizin zur Erlangung des Facharzttitels FMH sowie Fortbildung von Humanmedizinerinnen und -medizinern, die in Spitälern und freien Praxen tätig sind.

Politische Ziele

- Für das Gesundheitswesen sind ausreichende Ausbildungsangebote und obligatorische ärztliche Weiterbildungsangebote zur qualitativen und praktischen Deckung des künftigen Personalbedarfs sicher gestellt.
- Im Bereich der ärztlichen Ausbildung (Medizinstudium) deckt der Kanton den Bedarf an klinisch-medizinischen Ausbildungsplätzen der Universität.
- Die klinische Forschung und die anwendungsorientierte Grundlagenforschung tragen zur qualitativen Verbesserung der medizinischen Versorgung bei.

Bilanz

Die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt setzten sich im vergangenen Jahr klar für den Erhalt der medizinischen Fakultät der Universität Basel ein, da sie für den Wirtschafts- und Forschungsplatz Basel von elementarem Interesse ist. Hervorzuheben ist die klar artikulierte gemeinsame Verantwortung von Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Universität, die die Verhandlungsposition der Region Basel bei den Bundesbehörden stärkte. Die mittels eines Projektauftrages eingesetzte Projektleitung betreffend Kooperation Basel/Bern nahm im Juni 2004 ihre operative Tätigkeit auf. Nach einem ersten Zwischenbericht im Herbst 2004 wurden per Ende Mai 2005 zusammen mit den medizinischen Fakultäten Bern und Basel zwei Zwischenberichte zur Zahnmedizin und zur Humanmedizin erstellt. Ein kleiner, aber gleichwohl bedeutsamer Schritt war auch die Umbenennung des «Kantonsspitals» in «Universitätsspital Basel».

Projekte und Vorhaben

- Erarbeiten und Konzipieren von Massnahmen, um die Akkreditierung der Medizinischen Fakultät sicherzustellen. Dabei sollen geeignete Strukturen und Abläufe definiert werden, um dem politischen Steuerungsbedarf und der Autonomie von Fakultät und Spitäler Rechnung zu tragen. Zudem sollen die Kosten für Lehre und Forschung einerseits und für die medizinischen Dienstleistungen andererseits transparent aufgeschlüsselt werden. (bisher)

Bilanz

Siehe auch AF 5.3. Um dem Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten zu begegnen und der Hausarztmedizin in Lehre und Forschung das nötige Gewicht zu verleihen, wurde an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel das erste schweizerische Institut für Hausarztmedizin gegründet. Die Hausarztmedizin, eine akademische und wissenschaftliche Disziplin mit eigenen Lehrinhalten und eigener Forschung, ist für die qualitativ hochstehende medizinische Grundversorgung der Bevölkerung von grosser Bedeutung. Auch bei hoher Ärztedichte herrscht in der Schweiz ein grundsätzlicher Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten. Das neue Institut hat zum Ziel, die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte zu Allgemein- und Hausarztmedizinern zu fördern und Anreize für eine vermehrte Ergreifung dieser Fachrichtung zu schaffen. Durch ihre Steuerungsfunktion bewahren Hausärztinnen und Hausärzte nicht zuletzt ihre Patientinnen und Patienten vor Fehl-, Unter- oder Überversorgung.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	*B 05	B 06	***P 07	***P 08	***P 09
Direkte Kosten	125.9	119.9	108.7	111.6	113.2	114.8	116.5
Erlös	51.6	45.9	43.8	44.6	45.2	45.8	46.5
Saldo Teilkosten	74.3	74.0	64.9	67.0	68.0	68.9	70.0
Kalk. Pos. und Umlagen		18.1	17.8	**12.7	12.9	13.1	13.3
Saldo Vollkosten		92.1	82.7	79.8	80.9	82.0	83.2

* Die Dienststelle Berufsschulen im Gesundheitswesen wechselte per Anfang 2005 ins ED (s. AF 2.3).

** Aufgrund der Neuberechnung der kalkulatorischen Miete der genutzten Gebäulichkeiten fallen die kalk. Positionen und Umlagen ab B 06 tiefer aus.

*** Die Verschiebungen finanzieller Mittel (in AF 2.3) infolge der geplanten gemeinsamen Trägerschaft der Universität mit dem Kanton BL und allfällige Beitragserhöhungen der beiden Kantone für die Portfoliomassnahmen der Universität sind in der vorliegenden Planung noch nicht berücksichtigt.

Standortförderung

WSD • 6.1

Beschreibung

Optimieren und Vermarkten der Standortbedingungen für Unternehmen (Wirtschaftsförderung und -entwicklung); Touristinnen und Touristen (Destinationsmarketing) und für Einwohnerinnen und Einwohner (Wohnortmarketing).

Politische Ziele

- Die wichtigsten Stärken von Basel werden erfolgreich kommuniziert und die Kommunikationsbotschaften der verschiedenen Marketingorganisationen mit staatlicher Beteiligung sind inhaltlich und optisch möglichst aufeinander abgestimmt.
- Basel wird von potenziellen Einwohnerinnen und Einwohnern als besonders attraktiver Lebens- und Wohnraum wahrgenommen und nachgefragt.
- Basel bietet für bestehende und potenzielle Unternehmen im Vergleich zu Konkurrenzstandorten im In- und Ausland überdurchschnittliche Standortbedingungen an und wird in den Zielmärkten aktiv und erfolgreich vermarktet.
- Basel ist international bekannt als führende Messe-, Kongress- und Kulturdestination und erzielt eine hohe touristische Wertschöpfung.
- Basel bietet für bestehende und potenzielle Veranstalter überdurchschnittliche Rahmenbedingungen.

Bilanz

Die Handelskammer beider Basel (HKBB) und die beiden Basler Kantone verabschiedeten Anfang 2005 eine gemeinsame Life Sciences Strategie für die Region Basel. Dazu gehört eine weitere Professionalisierung der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Baselland (WIBB) in diesem Bereich sowie die Übernahme der Federführung bei der Standortentwicklung durch die HKBB. Die WIBB war 2004 an 82 Firmengründungen beteiligt, ein Plus von 41% gegenüber 2003. Aufgrund verschiedener Faktoren, darunter die Anstrengungen von Basel Tourismus, nahmen die Übernachtungen 2004 um 21,5% auf 800 000 zu – ein historischer Rekord. Das Stadtmarketing baute die Kommunikation der Stärken via Internet und Kampagne im In- und Ausland weiter aus. Auf dem offiziellen Basel-Portal unter www.basel.ch wurden mit über 200 000 Usern monatlich, davon 50% aus dem Ausland, neue Höchstwerte erreicht.

Projekte und Vorhaben

- Errichten und Ermöglichen eines Innovationszentrums für Unternehmen. (bisher)

  ### Bilanz

  Trotz grosser Anstrengungen des Kantons ist es noch nicht gelungen, den privaten Grundstückseigentümer und Investor dazu zu bewegen, mit dem Bau des Science Parks zu beginnen.

- Erarbeiten eines Gesetzes zur integrierten Standortförderung. (bisher)

  Der Gesetzesentwurf soll im Herbst 2005 zu Handen des Grossen Rates verabschiedet werden.

- Umsetzen der Life Sciences Strategie für die Region Basel. (bisher)

  Siehe oben.

- *Vorbereiten des Rückbaus des Hafens St. Johann.* (neu)

  Die optimale Unterstützung der Realisierung des Novartis Campus soll dem Wirtschaftsstandort Basel einen starken Impuls verleihen und den Menschen den direkten Zugang zum Rhein verschaffen.

- *Vorbereiten und Umsetzen einer Kommunikations-Offensive für die «Einkaufsstadt Basel» und Erarbeiten von Massnahmen im Bereich Produktentwicklung mit den Involvierten.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**6.7**	**5.5**	**4.7**	**4.7**	4.8	4.9	4.9
Erlös	**1.6**	**0.1**	**0.1**	**0.1**	0.1	0.1	0.1
Saldo Teilkosten	**5.2**	**5.5**	**4.7**	**4.7**	4.8	4.8	4.9
Kalk. Pos. und Umlagen		**0.3**	**0.4**	**0.4**	0.4	0.4	0.4
Saldo Vollkosten		**5.8**	**5.1**	**5.1**	5.2	5.2	5.3

Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen

WSD • 6.2

Beschreibung

Anbieten von Massnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg und zur Verbesserung der Qualifikation von arbeitslosen Personen; Abklären der Ansprüche auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung (Bund) und Arbeitslosenhilfe (Kanton) sowie Auszahlung der Leistungen; Kontrolle über die Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen; Durchführen von Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren im kollektiven Arbeitsrecht; Beraten und Schlichten bei Mietstreitigkeiten; Umsetzen des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen, *Bekämpfen der Schwarzarbeit;* Vollziehen der Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetzgebung.

Politische Ziele

- Der Kanton wirkt darauf hin, dass das qualitative und quantitative Arbeitsangebot (Arbeitnehmerseite) der Arbeitsnachfrage (Arbeitgeberseite) entspricht.
- Arbeitslose Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt werden mit eidgenössischen und kantonalen Massnahmen so unterstützt, dass sie möglichst rasch eine existenzsichernde Arbeit finden oder sozial integriert bleiben. Besonderes Gewicht wird auf die Entwicklung Jugendlicher gelegt.
- Sozialpartnerschaftliche Auseinandersetzungen werden schnell und nachhaltig beigelegt.
- Für Fragen zu Mietangelegenheiten ist kompetente Beratung sicher gestellt. Schlichtungsverfahren bei Mietstreitigkeiten werden bedarfsgerecht durchgeführt.
- Die Arbeitsplätze sind sicher ohne Gefährdung und ohne Beeinträchtigung der Gesundheit, damit sinken die Unfalltage und die Krankheitsabsenzen.

Bilanz

Im Jahr 2004 wurde ein vorläufiger Höhepunkt in der Arbeitslosigkeit erreicht. Ein leichter Rückgang zeichnet sich ab. Die Arbeiten an der Neukonzeptionierung der Arbeitslosenhilfe sind abgeschlossen. Die Arbeitslosenhilfe ergänzt die arbeitsmarktlichen Massnahmen der Arbeitslosenversicherung.

Projekte und Vorhaben

- *Weiteres Fokussieren der arbeitsmarktlichen Integrationsmasssnahmen (z.Zt. rund 1000 Massnahmeplätze) auf Jugendliche und Einführen von weiteren Massnahmen für Jugendliche, die Sozialhilfe beziehen, mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration.*
  (neu, siehe auch Kapitel 3.6)

- Bereitstellen einer guten und reaktionsfähigen Arbeitsmarktbehörde, um deren Ressourcen rasch an die Schwankungen des Arbeitsmarktes anpassen zu können. (abgeschlossen)

Bilanz

Es ist gelungen, die Sachaufwendungen und das Personal gemäss den kantonalen gesetzlichen Bestimmungen dem Bedarf des Arbeitsmarktes anzupassen.

- Festlegen der organisatorischen Massnahmen für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit CH-EU, damit die staatlichen Kontrollorgane ihre Aufsichtsfunktionen koordiniert, effizient und wirksam ausüben. (abgeschlossen)

Die organisatorischen Massnahmen sind praktisch umgesetzt, einzelne Abläufe werden noch optimiert. Dies gilt vor allem für die Zusammenarbeit zwischen den paritätischen Kommissionen einerseits und der tripartiten Kommission respektive der Verwaltung andererseits. Mit zunehmender Erfahrung werden die Arbeitsmarktbeobachtung und die Kontrolle der Arbeitsverhältnisse spezifischer, was zu mehr Meldungen führen wird. Die personellen Ressourcen müssen deshalb etwas erhöht werden.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**29.9**	**44.3**	**45.2**	**46.1**	46.7	47.4	48.1
Erlös	**17.4**	**26.2**	**27.4**	**28.1**	28.5	28.9	29.3
Saldo Teilkosten	**12.5**	**18.1**	**17.8**	**18.0**	18.3	18.5	18.8
Kalk. Pos. und Umlagen		**3.2**	**3.8**	**4.0**	4.1	4.2	4.2
Saldo Vollkosten		**21.3**	**21.6**	**22.0**	22.4	22.7	23.0

Land- und Waldwirtschaft

WSD • 6.3

Beschreibung

Vollziehen der agrarpolitischen Massnahmen in Koordination mit Basel-Landschaft; Abklären der Ansprüche auf Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen (Bund, Kanton), Tierzuchtprämien (Bund) usw. sowie Auszahlen der Leistungen; Planung und Aufsicht über das Nutzen und Benützen der Wälder im Kantonsgebiet; Abgelten der Leistungen der Waldeigentümer zugunsten der Öffentlichkeit.

Politische Ziele

- Im Kanton wird eine zukunftsfähige, ökologisch orientierte Landwirtschaft betrieben.
- Die verschiedenen Funktionen des Waldes sind langfristig sichergestellt, die Nutzung und Benützung des Waldes erfolgen nachhaltig.

Bilanz

Das Projekt der freiwilligen Arrondierung der Landwirtschaftsflächen im Kanton konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Zuteilung der örtlich und auf die Struktur der Betriebe besser abgestimmten Flächen erfolgt schrittweise bis zum Jahr 2010.

Projekte und Vorhaben

- Unterstützen der Waldeigentümerinnen und -eigentümer beim Erarbeiten der Betriebspläne, um sicherzustellen, dass die mit dem Waldentwicklungsplan Basel-Stadt beschlossenen öffentlichen Ziele in die Betriebsplanung einfliessen. In diesem Zusammenhang kann die Zuständigkeit für die Pflege der Wälder im Eigentum von Stadt und Kanton Basel künftig klarer geregelt werden. (bisher)

Bilanz

Das Projekt ist nach anfänglichen Schwierigkeiten auf gutem Weg. Harsche Kritik an Holzschlägen in den Langen Erlen und der Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihren Besuch beim Forstamt beider Basel führten zu verstärkten Bemühungen, die Eigentumsfrage oder die Bewirtschaftungsaufgabe für die Wälder im Eigentum von Stadt und Kanton zu regeln. Es bestehen gute Aussichten, dass im Kanton höchstens zwei Betriebspläne erstellt werden.

- *Das Forstamt beider Basel unterstützt die Realisierung eines Holzheizkraftwerkes durch den Waldwirtschaftsverband beider Basel und die Industriellen Werke Basel. Das Holzheizkraftwerk ist ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige Entwicklung der Wälder auf dem gesamten Kantonsgebiet.* (neu, siehe auch AF 1.4)

Das Projekt ist auf gutem Weg. Die Waldeigentümer sind derzeit daran, die notwendige Finanzierungsgesellschaft zu gründen. Der Ratschlag des Regierungsrates ging im Frühsommer 2005 an den Grossen Rat.

- Überarbeiten der Vereinbarung über das Forstamt beider Basel, um die formelle Anpassung an die neuen kantonalen Waldgesetze sicherzustellen und die Neubenennung des Amtes zu ermöglichen. (abgeschlossen)

Das Projekt wird vorerst nicht weiterverfolgt, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen funktioniert gut. Zudem wies der Bundesrat im Mai 2005 die vorgelegte Botschaft zur Revision des Waldgesetzes an das zuständige Departement (UVEK) zur Erarbeitung von Varianten zurück.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**0.3**	**0.4**	**0.4**	**0.4**	0.4	0.4	0.5
Erlös	**0.0**	**0.1**	**0.0**	**0.0**	0.0	0.0	0.0
Saldo Teilkosten	**0.3**	**0.4**	**0.4**	**0.4**	0.4	0.4	0.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**0.0**	**0.0**	**0.0**	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten		**0.4**	**0.4**	**0.4**	0.4	0.4	0.4

Öffentlicher Verkehr

WSD • 6.4

Beschreibung

Entwickeln und effizientes Umsetzen der kantonalen ÖV-Politik auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene inkl. Flugverkehr; Einkaufen, Bestellen von Verkehrsleistungen im Regionalverkehr; Planung und Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs und Unterhalt der zugehörigen Infrastrukturen; Bewirtschaften der städtischen Rheinhäfen; interkantonale Kontrolle der Grossschifffahrt zwischen Rheinfelden und Basel; Prüfung nationaler Schiffsregistrierungsgesuche in den drei Rheinuferkantonen, Patent- und Untersuchungsbehörde für Grossschiffe; Weiterentwickeln des Euro-Airport Basel-Mulhouse in seiner Funktion im europäischen Regionalluftverkehr; Sicherstellen von flankierenden Massnahmen im Luftverkehr zur Wahrung der Wohnqualität und Umweltverträglichkeit; Entwickeln und Umsetzen des kantonalen Behindertentransports.

Politische Ziele

- Das Kantonsgebiet ist für Einwohnerinnen und Einwohner, Pendlerinnen und Besucher auf attraktive Weise mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar.
- Die wichtigen Wirtschaftszentren und Verkehrsknotenpunkte im Inland und im europäischen Ausland sind in attraktiver Weise per Zug oder Flugzeug erreichbar. Der Kanton engagiert sich dafür, dass der Ausbaustandard der entsprechenden Bahnstrecken die Bedürfnisse des modernen Bahnreise- und -frachtverkehrs abdeckt.
- Die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Rheinhäfen als Verkehrsdrehscheibe zwischen Wasser, Schiene und Strasse wird weiterentwickelt und die Grossschifffahrt als wirtschaftliches, umweltfreundliches und sicheres Verkehrsmittel wird gefördert.
- Behinderte Einwohnerinnen und Einwohner werden in ihrer Mobilität unterstützt.

Bilanz

Ähnlich wie bereits vor zwei Jahren sind gemäss Bevölkerungsbefragung 2005 rund 95% der Einwohnerinnen und Einwohner mit dem öffentlichen Verkehr zufrieden oder sehr zufrieden. Fast 80% der Befragten sieht einen Bedarf, die grenzüberschreitenden Linien des ÖV besser auszubauen. Im Fernverkehr konnten mit der Bahn 2000 für Basel bedeutende Verbesserungen, v.a. Richtung Bern realisiert werden. In Richtung Zürich und Luzern besteht aber noch Verbesserungspotenzial.

Der Luftverkehr legte nach den Verlusten der Vorjahre im Jahr 2004 wieder zu: Das Passagieraufkommen am EuroAirport stieg um 2,4% auf 2,55 Mio. Fluggäste; dies bei gleichzeitiger Abnahme der Flugbewegungen um rund 12%, was die Fluglärmsituation weiter entspannte.

Projekte und Vorhaben

- Optimieren und Erweitern des Bus- und Tramnetzes der BVB, um gleichzeitig die Attraktivität und Wirtschaftlichkeit zu verbessern. (bisher)

  Bilanz

  Im Dezember 2004 wurde das Busangebot durch eine Optimierung der Linien 30, 33 und 50 weiter verbessert. Die Machbarkeitsstudien für eine Verlängerung der Tramlinien 3, 8 und 11 ins grenznahe Ausland wurden unter Federführung des Vereins TAB (Trinationale Agglomeration Basel) weitergeführt. Ergebnisse können im Sommer/Herbst 2005 erwartet werden.

- Weiterentwickeln des Angebotes im Regio-S-Bahnnetz, um insbesondere den Modal Split (Anteil ÖV am Gesamtverkehr) im Regionalverkehr zu erhöhen. (bisher)

  Seit Dezember 2004 fährt die Regio-S-Bahn S5/S6 im Wiesental häufiger und die S3 stündlich bis Porrentruy. Der Grosse Rat bewilligte Anfang 2005 die Kredite für den Gleisumbau des Badischen Bahnhofs (Verlängerung der S6 nach Basel SBB) und den Neubau der Haltestelle Basel-Dreispitz an der S3. Die Bauarbeiten am Dreispitz begannen im Mai 2005.

- Testen und Einführen eines modernen elektronischen Billettsystems unter Federführung TNW. Damit soll der Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert und die Wartung der Billettautomaten vereinfacht werden. (bisher)

  Die Planung dieses Projekts konnte so weit voran getrieben werden, dass 2005 die gemeinsame TNW-Ausschreibung erfolgen kann.

- Umsetzen des Konzeptes betreffend BVB-Tramdepots (Modernisierung der vorhandenen Infrastrukturen, gegebenenfalls Bau eines neuen Depots). Damit soll die Tramwartung optimiert und die Beeinträchtigung der Anwohnerschaft verringert werden. (bisher)

  Im Depot Allschwilerstrasse konnten eine neue Radsatzbearbeitungsmaschine sowie eine neue Tramwaschanlage in Betrieb genommen werden. Zwecks Sanierung und Optimierung des Depots Wiesenplatz wurde im Herbst 2004 ein Planer-Wettbewerb ausgeschrieben.

- Zusammenlegen der Häfen Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit dem Ziel, das infrastrukturelle, organisatorische und finanzielle Leistungsvermögen weiter zu steigern. (bisher)

  Der Entwurf der Parlamentsvorlage ging 2004 zuerst in beiden Kantonen in eine verwaltungsinterne und anschliessend an die Parteien und Fachverbände, Bundesbehörden und Gemeinden in eine externe Vernehmlassung. Der bikantonale Lenkungsausschuss beauftragte die für die Rheinhäfen zuständigen Departemente mit der Ausarbeitung der definitiven Vorlage. Geplant ist, die angepasste Vorlage noch 2005 einzureichen.

- *Umsetzen des Besteller-Ersteller-Prinzips gemäss neuem ÖV-Gesetz und Bilden einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt BVB.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**212.6**	**195.1**	**193.6**	**192.6**	193.8	196.5	199.4
Erlös	**161.0**	**158.5**	**157.2**	**156.3**	158.5	160.7	163.1
Saldo Teilkosten	**51.7**	**36.6**	**36.5**	**36.3**	35.3	35.8	36.3
Kalk. Pos. und Umlagen		**50.3**	**50.1**	***44.4**	45.0	45.6	46.3
Saldo Vollkosten		**86.9**	**86.5**	**80.7**	80.3	81.4	82.6

* Rückgang aufgrund tieferem Zinssatz und kleinerem Anlagevermögen.

Existenzsicherung

WSD • 6.5

Beschreibung

Abklären der Ansprüche auf Sozialhilfe (Beraten, wirtschaftliche Hilfe, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration) und Auszahlen der Leistungen; Unterbringen, Betreuen und Beraten von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen; Bereitstellen und Betreiben von Notwohnungen und Notschlafstellen.

Politische Ziele

- Die materielle Existenz (Lebensunterhalt, Unterkunft, Gesundheit) ist in Basel-Stadt gesichert.
- Soziale und wirtschaftliche Integration und Handlungsfähigkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons, die von materieller Bedürftigkeit betroffen oder bedroht sind, sind gewahrt. *Die wirtschaftliche Integration wird gefördert und gefordert.*

Bilanz

Der Anstieg der Fallzahlen in der Sozialhilfe setzte sich fort. Auch mit erhöhter Personaldotation konnte die Betreuung der Bedürftigen weiterhin nicht auf dem wünschbaren Niveau durchgeführt werden. Die materielle Sicherung war jederzeit gewährleistet.
Im Rahmen der Anpassung der kantonalen Unterstützungsrichtlinien an die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS wurden die Unterstützungsansätze allerdings leicht reduziert, während die Anreize für Integrationsbemühungen akzentuiert wurden.

Projekte und Vorhaben

- Harmonisierung des Sozialtransfersystems. Mit einer Neugestaltung sollen bei den kantonalen bedarfsabhängigen Sozialleistungen mehr Anreize zur Erwerbstätigkeit geschaffen und gleichzeitig bestehende «Armutsfallen» beseitigt werden. (bisher)

  Bilanz

  Der Regierungsrat hat eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, sowohl die einzelnen Sozialtransfersysteme als auch das Zusammenspiel der verschiedenen Leistungen zu analysieren und inhaltliche sowie organisatorische Änderungsvorschläge zu formulieren. In einem ersten Block werden die der Sozialhilfe vorgelagerten, bedarfsabhängigen Sozialleistungen überprüft werden, der daran anschliessende Block behandelt die Integration der Sozialhilfe in das Gesamtsystem.

- Verbessern von Integrationsmassnahmen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mittels konsequenter Zusammenarbeit von Sozialhilfe, Amt für Wirtschaft und Arbeit (RAV), Invalidenversicherung, Kanton als Arbeitgeber und privaten Firmen. Damit soll den negativen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit vorgebeugt werden. (bisher)

  Gemeinsame Überweisungsmodelle wurden erarbeitet und sind umgesetzt, viele Integrationsprojekte werden gemeinsam genutzt. Innerhalb der Sozialhilfe wurde eine spezielle Stelle zur Abklärung für arbeitsmarktliche Massnahmen geschaffen. Bei den jungen Erwachsenen bis ca. 25 Jahre verzeichnet der Kanton ein überdurchschnittliches Wachstum an unterstützten Personen. Bei den konzeptionellen Arbeiten für die zu ergreifenden Massnahmen wirken auch das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, die Amtsvormundschaftsbehörde und der kantonale Behindertenbeauftragte mit.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	*P 07	*P 09	*P 09
Direkte Kosten	121.0	142.7	127.6	152.3	162.1	165.3	169.6
Erlös	15.0	16.2	15.4	12.9	13.1	13.3	13.5
Saldo Teilkosten	106.0	126.5	112.2	139.4	149.0	152.1	156.1
Kalk. Pos. und Umlagen		0.0	0.5	0.4	0.5	0.5	0.5
Saldo Vollkosten		126.5	112.7	139.9	149.5	152.5	156.6

* Die direkten Kosten für die Soziahilfe wurden im B 05 aufgrund optimistischer Annahmen viel zu tief budgetiert. Dem B 06 liegt ein anhaltendes, jedoch reduziertes Fallwachstum zu Grunde. In den Planjahren P 07 bis P 09 wird mit einer weiteren Reduktion des Fallwachstums gerechnet. Der Erlös nimmt aufgrund rückläufiger Rückerstattungen aus Sozialversicherungen (ALV, IV) ab.

Soziale Sicherheit

Beschreibung

Abklären der Ansprüche auf Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Bund), Beihilfen AHV/IV (Kanton), kantonale AHV (inkl. Prämienerhebung), individuelle Prämienverbilligung (Kanton und Bund), Mietzinsbeiträge (Kanton und Bund), Entschädigung und Genugtuung gemäss Opferhilfegesetz (Kanton), Stillgelder (Kanton) und Auszahlen der Leistungen; Umsetzen des Krankenversicherungsobligatoriums; *Festsetzen der Kinderzulagen im Kanton.*

Politische Ziele

- Bei Alter oder Invalidität ist für Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons der materielle Bedarf (inkl. Behinderten- und Pflegeheimkosten) ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe gesichert.
- Auch bei geringem Einkommen können sich die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons eine gesetzlich minimale Krankheitsvorsorge leisten und sind über ihre Ansprüche auf Prämienverbilligung informiert.
- Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt sind nicht (allein) aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, sozialhilfeabhängig.

Bilanz

Auch nach namhaften Sparbeiträgen von 12,5 Mio. Franken im Sozialbereich können die Pflege- und Behindertenheimkosten in der Regel auch nach wie vor ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen beglichen werden. Die versicherungspflichtigen Einwohnerinnen und Einwohner haben eine Krankenversicherung und werden systematisch über die Möglichkeit der Prämienverbilligung informiert. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien auf Bundesebene. Die sog. working poor mit Kindern könnten damit von der Sozialhilfe abgelöst werden.

Projekte und Vorhaben

- Prüfen eines kantonalen Systems bedarfsabhängiger ergänzender Leistungen bei Mutterschaft und für Familien mit Kindern in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen, um der Abhängigkeit von der Sozialhilfe (allein) wegen des Kinderhabens zu begegnen. (bisher)

Bilanz

Die Schweizer Stimmberechtigten haben im September 2004 der Einführung einer Mutterschaftsversicherung zugestimmt. Damit erübrigt sich die in einem parlamentarischen Vorstoss verlangte kantonale Übergangslösung. Der Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien auf Bundesebene steht der Kanton positiv gegenüber. Spätestens ab 2007 werden die Kantone Prämien für Kinder und Jugendliche mindestens um 50% reduzieren und damit Familien in bescheidenen Einkommensverhältnissen finanziell entlasten.

- *Prüfen der Anpassung der Kinderzulagen im Kanton in Abstimmung mit dem Kanton Basel-Landschaft und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf Bundesebene. (neu)*
- Erarbeiten von adäquaten Massnahmen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich und damit die Prämienentwicklung in Basel-Stadt zu beeinflussen. (abgeschlossen, siehe auch AF 5.3)

Die Ursachen der Kostenentwicklung im ambulanten Bereich und der Handlungsspielraum des Kantons wurden von einer interdepartementalen Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Sozial- sowie des Gesundheitsdepartements unter Mitwirkung der ÖKK ausgelotet und die Ergebnisse der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates im September 2004 präsentiert. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden eine wichtige Grundlage für die kantonale Gesundheitspolitik und für die Einflussnahme auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	435.5	451.7	459.6	*382.8	392.6	405.7	420.0
Erlös	76.7	78.5	78.4	79.3	80.4	81.5	82.7
Saldo Teilkosten	358.8	373.2	381.2	303.5	312.3	324.2	337.2
Kalk. Pos. und Umlagen		9.2	10.0	9.5	9.7	9.8	9.9
Saldo Vollkosten		382.4	391.2	313.1	321.9	334.0	347.2

* Reduktion wegen Budgetransfers im Bereich der Ergänzungsleistungen und Beihilfen (an ED und GD) (vgl. AFs 2.6 und 5.3).

Dokumentation

WSD • 6.7

Beschreibung

Zugänglichmachen der Dokumente aus der öffentlichen Verwaltung und angegliederten Organisationen sowie Vermittlung von statistischen Informationen; Unterstützen von Planungs- und Entscheidprozessen in der Verwaltung durch das Aufbereiten und Vermitteln von Informationen.

Politische Ziele

- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens, deren Entstehung und Entwicklung informieren.

Bilanz

Das Informationsangebot im Bereich Archiv und Statistik konnte weiter ausgebaut und besser zugänglich gemacht werden, z.B. durch die Internetauftritte www.staatsarchiv.bs.ch und www.statistik.bs.ch. Zur Integralen Aufwertung Kleinbasel wurde ein ausführlicher Kennzahlenbericht veröffentlicht, der die Wirkung der Massnahmen auf die Bereiche Wohnen, Integration, Bildung, Sicherheit, Sauberkeit, etc. im Kleinbasel verfolgen und an den Zielen des Stadtteilentwicklungsplans messen soll.

Projekte und Vorhaben

- Phase II der Informatisierung des Staatsarchivs, um durch Einsatz moderner Kommunikationsmittel Kundenkontakte mit Öffentlichkeit und Verwaltungsstellen zu verbessern. (bisher)

Bilanz

Der Internetauftritt des Staatsarchivs wurde neu gestaltet (s.o.). Da die Archivverzeichnisse inzwischen planmässig digitalisiert und in das Archivinformatiksystem importiert wurden, stehen nun alle wichtigen Verzeichnisse online zur Verfügung. Den Dienststellen, deren Unterlagen das Staatsarchiv übernommen hat, stehen Informationen für die ganze Lebensdauer der Akten zur Verfügung. Die ersten digitalisierten Bilder sind vorhanden und werden im 3. Quartal 2005 auf dem Internet zur Verfügung gestellt.

- Entwickeln eines zentralen Geschäftsprozess-, Informations- und Wissensmanagements, um der gesamten Verwaltung zu ermöglichen, eine höhere Produktivität und bessere Qualität ihrer Leistungen zu erreichen. (abgeschlossen)

Das Projekt ist abgeschlossen. Die Erkenntnisse flossen in den laufenden Reorganisationsprozess der Informatik-Kompetenzen ein. Zentrale Anliegen des Geschäftsprozess-, Informations- und Wissensmanagements werden fortan im Rahmen der laufenden Daten- und Informationslogistik-Aufgaben wahrgenommen.

- Durchführen und Auswerten der Bevölkerungsbefragung 2005. Mit dieser zweiten Befragung wird es möglich sein, nicht nur den Ist-Zustand abzubilden, sondern – mittels Vergleich mit Resultaten der ersten Befragung – auch Entwicklungen zu verfolgen. (abgeschlossen)

Das Projekt ist abgeschlossen. Die Resultate sind zusammen mit Berichten zu den wichtigsten Themen im Internet veröffentlicht unter www.statistik.bs.ch. Die politische Interpretation und die Wertung der Resultate finden sich in den Politikbereichen von Kapitel 4.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	6.5	6.3	6.3	5.8	5.9	6.0	6.1
Erlös	0.5	0.4	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo Teilkosten	6.0	5.8	5.9	5.5	5.6	5.6	5.7
Kalk. Pos. und Umlagen		1.3	1.6	1.6	1.6	1.6	1.7
Saldo Vollkosten		7.2	7.4	7.1	7.2	7.3	7.4

Rechtsprechung (Gerichte)

Beschreibung

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwickeln von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.

Politische Ziele

- Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch die Anwendung und Fortbildung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt; (Streit)-Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.

Bilanz

Die politischen Ziele wurden erreicht. Hinsichtlich der Prozessdauer bestehen zwar Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen der Justiz, doch ist immer noch bei allen Gerichten eine zeitlich angemessene Geschäftserledigung festzustellen.

Projekte und Vorhaben

- Projekt OGEBA: Beschliessen und Umsetzen *der im externen Untersuchungsbericht vom Herbst 2004* empfohlenen Massnahmen. Damit soll die Justizverwaltung professionalisiert und die Strukturen bei den Gerichten verbessert werden. (bisher)

Bilanz

Im laufenden Projekt zum Ausbau der Justizverwaltung (OGEBA) soll ab 2006/07 das Umsetzen des im Herbst 2004 erstellten externen Untersuchungsberichts durch konkrete Massnahmen erfolgen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass dann auch die zur Realisierung des Vorhabens nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, was vorab geklärt werden muss.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**38.3**	**43.2**	**43.1**	**45.2**	45.8	46.5	47.2
Erlös	**28.9**	**31.9**	**29.1**	**30.9**	31.3	31.8	32.2
Saldo Teilkosten	**9.4**	**11.3**	**14.0**	**14.3**	14.5	14.7	14.9
Kalk. Pos. und Umlagen		**7.2**	**4.1**	**3.5**	3.5	3.6	3.6
Saldo Vollkosten		**18.5**	**18.1**	**17.7**	18.0	18.3	18.5

Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)

Beschreibung

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den Rekurskommissionen von BD (Baurekurskommission), GD (Psychiatrierekurskommission) und FD (Steuerrekurskommission) übertragenen Bereichen.

Politische Ziele

- Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch Anwenden des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt. Entscheide werden innert angemessener Frist gefällt.

Bilanz

Die Bilanzen aller Rekurskommissionen betreffen das Kalenderjahr 2004.
Die Baurekurskommission (BRK) entschied im Kalenderjahr 2004 45 Fälle. Dabei lehnte sie 35 Rekurse ab, hiess fünf Fälle teilweise und drei Fälle ganz gut und sistierte zwei Fälle. Das Appellationsgericht entschied im Kalenderjahr 2004 sechs Fälle, die von der BRK an diese Oberinstanz weitergezogen worden waren. Dabei wies es drei Rekurse ab und hiess einen Fall teilweise und zwei Fälle ganz gut. Das Bundesgericht trat auf einen weitergezogenen Rekurs nicht ein. In einigen Fällen, dies besonders bei Rekursen gegen Mobilfunkanlagen, behandelte die BRK Sammelrekurse – diese erfasst oben stehende Statistik nur als je einen Rekurs.
Die Psychiatrie-Rekurskommission (PRK) war mit einer erheblichen Zunahme der zu bearbeitenden Rekurs- und Beschwerdefälle konfrontiert. Es gingen 188 Rekurse gegen die Anordnung einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung ein (2003: 154; 2002: 120), wovon 66 mit einer Beschwerde gegen die medikamentöse Behandlung verbunden waren (2003: 42; 2002: 47). Weiter reichte die Psychiatrische Universitätsklinik 57 Anträge auf Verlängerung der angeordneten fürsorgerischen Freiheitsentziehung ein (2003: 42; 2002: 26).
Bei drei der eingereichten Verlängerungsanträge war gleichzeitig über eine die medikamentöse Behandlung betreffende Beschwerde zu entscheiden. Von den insgesamt 245 eingegangenen Rekursen und Verlängerungsanträgen (2003: 198; 2002: 168) wurden 65 ohne Kommissionsentscheid erledigt (Austritt der Patientin oder des Patienten vor der Verhandlung der PRK, Rückzug des Rechtsmittels oder Präsidialentscheid). Über 128 Rekurse, wovon 53 verbunden mit einer Beschwerde gegen die medikamentöse Behandlung, und 49 Verlängerungsanträge der Klinik, drei davon in Verbindung mit einer Beschwerde gegen die Behandlung, entschied die PRK an insgesamt 83 in der Regel halbtägigen Verhandlungen. 108 Rekurse lehnte sie ab. Gleichzeitig legte sie die zulässige maximale Dauer des Aufenthalts gegen den Willen der Betroffenen fest. Die PRK hiess 15 Rekurse gut und traf in Bezug auf fünf weitere Rekurse Abschreibungsentscheide. Von den 52 zu behandelnden Verlängerungsanträgen der Klinik hiess die PRK – bei gleichzeitiger Befristung der Dauer des weiteren Aufenthalts der Patientin oder des Patienten – 45 gut. Sechs Verlängerungsanträge wies die Kommission ab. In Bezug auf einen Verlängerungsantrag wurde ein Abschreibungsentscheid getroffen. Von den insgesamt 56 von der BRK behandelten Beschwerden gegen die medikamentösen Behandlung wies diese 27 ab und hiess drei gut; in Bezug auf 26 Beschwerden erfolgten Abschreibungsentscheide.
Die Steuerrekurskommission entschied 65 Rekurse und Beschwerden materiell (zwei formelle Entscheide). Dabei wies sie 30 Rekurse ab, hiess 15 teilweise und 18 ganz gut. Die Oberinstanz lehnte drei weiter gezogene Rekurse ab, hiess keinen weder teilweise noch ganz gut.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1
Erlös	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Teilkosten	0.8	1.0	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1
Kalk. Pos. und Umlagen		0.3	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten		1.2	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1

5.4 Ressourcenfelder

Steuererhebung

FD • 8.1

Beschreibung

Pflege des Steuersystems; Erheben der periodischen und aperiodischen direkten Steuern des Kantons und des Bundes.

Politische Ziele

- Das Steuersubstrat wird nachhaltig gepflegt und entwickelt.
- Das Steuerniveau in Basel-Stadt ist auch in den oberen Steuerklassen nicht viel höher als in den umliegenden Gemeinwesen.
- Das Steuersystem ist sozial gerecht, ist der individuellen Leistungsfähigkeit angepasst und wirkt nicht prohibitiv.
- Das Steuersystem ist einfach und transparent.

Bilanz

Die Steuerformulare und die Wegleitung natürlicher Personen wurden kundenfreundlicher und gemäss dem neuen Corporate Design des Kantons Basel-Stadt gestaltet. Die Formulare sind nun scanning-tauglich.
Die Steuergesetzrevision in Folge der Initiativen «Reduktion der Steuerunterschiede im Kanton Basel-Stadt» und «Stopp der Steuerspirale» ist seit dem Steuerjahr 2004 voll wirksam.

Projekte und Vorhaben

- *Projekt «RATIO»: Rationalisieren der Steuererhebung und elektronisches Aufbereiten der Steuererklärungen, Regelwerk zur automatisierten Veranlagung, Verbessern der BalTax-CD sowie erste Internetfunktionalitäten.* (neu)

Bilanz

Der Abschluss dieses Projekts ist auf 2006 terminiert.

- *Umsetzung der neuen Lohnmeldepflicht gemäss Steuer-Gesetz §157 Abs. 1e.* (neu)
  Die Meldungen der Arbeitgeber werden nicht deklariertes Arbeiten («Schwarzarbeit») vermindern und zu Mehreinnahmen von gut 10 Mio. Franken führen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**32.0**	**33.3**	**32.9**	**32.7**	33.2	33.6	34.1
Erlös	**3.9**	**4.6**	**3.5**	***4.6**	4.7	4.7	4.8
Saldo Teilkosten	**28.1**	**28.7**	**29.4**	**28.1**	28.5	28.9	29.3
Kalk. Pos. und Umlagen		**-28.7**	**-29.4**	**-29.5**	-30.0	-30.4	-30.8
Saldo Vollkosten		**0.0**	**0.0**	**-1.4**	-1.5	-1.5	-1.5

* Der Anstieg der Erlöse ist auf höhere Inkasso/Bezugsgebühren (+1,1 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Zentrale Finanzdienste

FD • 8.2

Beschreibung

Zentrale Organisation, Bewirtschaftung und Führung der kantonalen Finanzen; Beratung des Regierungsrates in finanzpolitischen Fragen; Geldverkehr sowie Mittelaufnahme und -anlage; Budgetierung, Rechnungsführung und Controlling, Finanz- und Investitionsplanung.

Politische Ziele

- Die Verschuldung entwickelt sich im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig stabil. Die Nachhaltigkeit der Haushaltsführung ist gewährleistet.
- Es besteht Transparenz über die kantonalen Finanzen und Leistungen. Entscheide werden in Kenntnis der Folgen für Finanzen und Leistungen gefällt.
- Zentrumsleistungen zu Gunsten der Nachbarn von Basel-Stadt werden abgegolten.

Bilanz

Mit der konsequenten Umsetzung der Massnahmen im Rahmen der Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen und dem tieferen Investitionsniveau konnten im Jahr 2004 die Schulden und der Personalbestand weiter leicht reduziert werden.
Im 2004 wurden Minimalstandards zur Verwaltungsführung entwickelt (vergleiche auch RF 8.7). Damit wird über alle Führungsebenen ein System von Zielvereinbarungen eingeführt, die in einer integrierten Wirkungs-, Leistungs- und Kostensicht abgeschlossen werden.
Im Bereich der Zentrumsleistungen wurden mit dem Kanton Basel-Landschaft wesentliche Fortschritte erreicht und gemeinsam Kriterien zur Zusammenarbeit entwickelt (Standards für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft). Diese helfen bei den Dossiers Universität, Medizin, Kultur und St. Jakob. Vergleiche auch Schwerpunkt Kapitel 3.5.

Bilanz

- Entwickeln einer Schuldenbremse mit dem Ziel, die Verschuldung des Kantons zu stabilisieren. (bisher)
  Der Ratschlag von Anfang 2003 ist bei der Finanzkommission noch immer pendent.
- *Neugestalten der Berichterstattung an den Grossen Rat.* (neu)
  Dieser soll – abgestimmt auf den Politikplan und den Verwaltungsbericht – aussagekräftigere Angaben zu Budget und Rechnung liefern, nämlich Zahlen auf zweistelliger Kontenebene, die um inhaltliche Informationen ergänzt sind.
- *Modernisierung des Rechnungswesen durch neue departementale Buchhaltungszentren mit elektronischem Belegfluss und optischer Belegarchivierung (Projekt CEFIS).* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	*B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**12.9**	**12.2**	**12.0**	**13.2**	13.4	13.6	13.8
Erlös	**11.1**	**12.8**	**12.3**	**11.9**	12.1	12.2	12.4
Saldo Teilkosten	**1.8**	**-0.6**	**-0.2**	**1.3**	1.3	1.4	1.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**12.8**	**12.3**	**11.9**	12.1	12.2	12.4
Saldo Vollkosten		**-3.2**	**-2.4**	**-1.4**	-1.4	-1.4	-1.5

* Aufgrund von weniger Vermögensverwaltungsmandaten für die Pensionskasse sinken die Honoareinnahmen bei der Finanzverwaltung.

Zentrale Personaldienste

FD • 8.3

Beschreibung

Weiterentwickeln eines professionellen Personalmanagements für die Gesamtorganisation von Basel-Stadt; Bereitstellen von Konzepten und Instrumenten für die Personalarbeit (Rechtsgrundlagen, Personalführungssysteme, Kommunikationsmittel, Weiterbildungsangebot u.a.); Personalcontrolling auf gesamtstaatlicher Ebene; Gewährleisten der Gesundheit am Arbeitsplatz (Vertrauensärztlicher Dienst, Arbeitsmedizin, Suchtprävention); Führen einer Pensionskasse.

Politische Ziele

- Die Mitarbeitenden des Kantons sind kompetent und motiviert und arbeiten gerne für Basel-Stadt; Chancengleichheit und Gleichstellung sind gewährleistet.
- Der Kanton gilt als attraktiver Arbeitgeber; er ist zuverlässig, bietet gute Anstellungsbedingungen und verfügt über ein effizientes und wirkungsvolles Personalmanagement.

Bilanz

Die neuen Verordnungen «Arbeitszeit» und «Ferien und Urlaube» fassen eine grosse Zahl von alten Regelungen zusammen und erhöhen so die Verständlichkeit und Klarheit.
Die eingeführte «Betriebliche Sozialberatung» gibt den Mitarbeitenden eine klar bestimmte Anlaufstelle für Probleme bei der Arbeit und konnte sich erfolgreich positionieren.

Projekte und Vorhaben

- Revision des Pensionskassengesetzes. (bisher)
  Die ersten, formal-organisatorischen Änderungen wurden vom Parlament gutgeheissen. Schwieriger werden die nötigen inhaltlichen Änderungen sein, d.h. die Leistungen und die Finanzierung.

Bilanz

- *Durch gezieltes Case Management sollen nach Krankheit und Unfall eine rasche Reintegration in den Arbeitsprozess erreicht und die Invalidisierungen reduziert werden.* (neu)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**9.6**	**8.4**	**9.2**	**8.8**	8.9	9.0	9.2
Erlös	**0.8**	**1.1**	**0.9**	**1.1**	1.1	1.1	1.1
Saldo Teilkosten	**8.8**	**7.3**	**8.4**	***7.7**	7.8	8.0	8.1
Kalk. Pos. und Umlagen		**-7.3**	**-8.4**	**-7.7**	-7.8	-8.0	-8.1
Saldo Vollkosten		**0.0**	**0.0**	**0.0**	0.0	0.0	0.0

* Die verbesserte Bewirtschaftung des Sozialstellenplans führt zu tieferen Kosten im B 06 (-0,7 Mio. Fr.).

Zentrale Bau- und Raumdienste

Beschreibung

Bereitstellung von Raum für staatliche Aufgaben: Projektierung, Realisierung, Unterhalt und Ausstattung (Mobiliar) der öffentlichen Gebäude; Bewirtschaftung der Verwaltungsliegenschaften.

Politische Ziele

- Sicherstellen der langfristigen Werterhaltung der Gebäude durch Gebäudeunterhalt.
- Besonderes Beachten den Kriterien Ökologie und Energieeffizienz.
- Kostengünstiges sowie bezüglich wirtschaftlicher Nutzung und architektonischer und baulicher Qualität nachhaltiges Erstellen der staatlichen Bauten.

Bilanz

Die Mittel für den Unterhalt, d.h. die Instandhaltung und Instandsetzung der staatlichen Liegenschaften ist nach wie vor tief, so dass trotz vielen Einzel- und Sofortmassnahmen der Werterhalt nur bedingt erreicht werden konnte. Durch gezielte Beratung konnten sowohl bei Umbau- wie auch Neubauprojekten energierelevante Verbesserungen realisiert werden. Diverse mittlere und grössere Umbauvorhaben wurden fertiggestellt und in Betrieb genommen (u.a. Gebäude U+S in der UPK, Kollegiengebäude und Laborgebäude an der Mattenstrasse. Das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs für den Neubau des UKBB wurde weiterentwickelt und erreichte beinahe Ratschlagsreife.

Projekte und Vorhaben

- Projekt «Zentrale Raumdienste», um das Immobilienmanagement (Erstellung, Bewirtschaftung, Werterhaltung) und die Steuerungsmöglichkeiten (Finanzierung, Wirtschaftlichkeit, Qualitätssicherung) für die Liegenschaften im Verwaltungs- und Finanzvermögen zu optimieren. (bisher)

  ### Bilanz

  Das Konzept für das neue Rollenmodell (Immobilienutzer, Eigentümervertretung und Hochbaudienste) ist erstellt. Die Umsetzung des neuen Investitionsablaufs (per 2006) und die Verrechnung von internen Mieten (per 2008) wird vorbereitet; der entsprechende Ratschlag (Datenerhebung Raum- und Flächenmanagement) wurde an den Grossen Rat überwiesen.

- Erweitern der bestehenden Informatik-Systeme um ein Programm für das Projekt- und Kostencontrolling im Bereich Hochbau. (bisher)

  Das Programm kann auf Ende Jahr in Teilen eingeführt werden. So werden ab Januar 2005 die Baubuchhaltungen, d.h. primär die Rechnungserfassung, mit der neuen Software erfolgen.

- Schaffen von hochwertigem neuem Wohnraum durch Rückführung bzw. Umwandlung von bisherigen Verwaltungsliegenschaften in Wohnraum, um gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Kanton zu behalten oder sie wiederzugewinnen. (bisher)

  Folgende Vorhaben konnten bisher umgesetzt werden: Martinsgasse 6-8 (ehemals AHV): Im Bau, Bezug für das 3. Quartal 2005 geplant; Hebelstrasse 7 (ehemals Altersheim Gyrengarten): Der Verkauf an Privat ist erfolgt.
  Folgende Vorhaben sind in Abklärung: Rittergasse 2/Münsterplatz 11(Projektidee neuer Standort Baudepartement auf der Erlenmatt); Burgfelderstrasse 201 (Felix Platter-Spital): Die bestehenden Pavillons und das Hauptgebäude können gemäss Auflagen der Feuerpolizei bis längstens 2010 als Spital genutzt werden. Eine Standortevaluation soll klären, ob das heutige Areal ausschliesslich oder zum grösseren Teil für ca 300 Wohnungen umgezont werden soll; Stapfelberg 7/9 (Romanisches Seminar der Universität, Büros und Lager des Museums der Kulturen); Augustinergasse 4; St. Alban-Vorstadt 25 und 12/19 (Gesundheitsdepartement und Gesundheitsdienste)

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**54.2**	**62.0**	**47.2**	**43.7**	44.3	44.9	45.6
Erlös	**7.1**	**6.8**	**7.3**	**6.9**	7.0	7.1	7.2
Saldo Teilkosten	**47.1**	**55.3**	**39.9**	***36.7**	37.3	37.8	38.4
Kalk. Pos. und Umlagen		**-55.3**	**-39.9**	**-36.7**	-37.3	-37.8	-38.4
Saldo Vollkosten		**0.0**	**0.0**	**0.0**	0.0	0.0	0.0

* Veränderung insbes. wegen Kostenreduktion im Unterhalt HPA (-2,5 Mio. Fr.).

Zentrale Informatik- und Telefondienste

FD, JD • 8.5

Beschreibung

Bereitstellung geeigneter und genügender Rechnerleistungen, Sicherstellung einer ausfallsicheren und hochverfügbaren zentralen Infrastruktur; Pflege des kantonalen Datennetzes, Aufbau und Betrieb des kantonalen Datenmarktes sowie Pflege einzelner Datenbestände; Erstellung und Pflege zentraler Applikationen; Betrieb der Telefonzentrale und des Mailsystems.

Projekte und Vorhaben

- Ausarbeiten einer IT-Plattform (Architektur) und dazu passender IT-Richtlinien, um zentral die technische Basis für e-Government bereitstellen zu können. (bisher)

Bilanz

Mit der neuen technischen Plattform konnten erste e-Government-Anwendungen aufgeschaltet werden, nach dem «Pilot»-Versuch im Grundbuch- und Vermessungsamt z.B. bei der Materialzentrale. Die Umsetzung des Meilensteins «Zentrale Authentisierung» ist auf 2006 geplant. Im Verlauf der nächsten Jahre können in kürzeren Abständen weitere Anwendungen folgen, auch über die kantonalen Netzgrenzen hinaus mit Bund, Kantonen oder Personen innerhalb des Kantons, so beispielsweise Angebote der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel.

- *Bezug eines neuen Standorts für die ZID.* (neu)
  Die heutigen Räumlichkeiten genügen den gewachsenen Sicherheitsanforderungen nicht mehr und sind – auf drei Standorte verteilt – betrieblich ungünstig. Nach aufwändiger Evaluation ist ein Standort gefunden. Angestrebt ist der Bezug auf Ende 2007.

- Weiterer Ausbau der «Serverfarm» mit dem Ziel, möglichst viele strategisch wichtige Server der einzelnen Dienststellen an einem zentralen Ort mit optimaler Betriebsumgebung (Ausfallsicherheit, Verfügbarkeit) zu betreiben. (abgeschlossen)
  Die Zentrale Informatik-Dienststelle verfügt nun über eine Serverfarm mit rund 400 Rechnern (Unix und Windows) über zwei Standorte verteilt, welche für die meisten strategischen Anwendungen zuständig sind. Für die über 6000 Clients (PCs und Laptops) werden wöchentlich ca. 3,5 Terabyte an Daten zur Verfügung gestellt und gesichert. Auf Ende 2005 wird die veraltete Grossrechnerumgebung definitiv ausser Betrieb genommen.

- Ausbau des «kantonalen Datenmarktes»: Zentrale Verwaltung aller Daten der kantonalen Verwaltung. (abgeschlossen)
  Der kantonale Datenmarkt entwickelte sich mittlerweile zur Informatikdrehscheibe in der Verwaltung. Bestandesdaten: 30 000 Gebäude, 40 000 Grundstücke, 650 000 Personen, 140 000 Fahrzeuge. Bewegungsdaten: 100 000 Mutationen im Jahr.
  Zwischen 2003 und 2005 wurden jedes Jahr etwa 50 grössere und kleinere Anschluss- und Ausbauprojekte realisiert, in den nächsten Jahren wird das Wachstum wesentlich bescheidener ausfallen. Heute sind rund 90% der Dienststellen angeschlossen.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	24.4	22.8	22.7	22.6	22.9	23.2	23.6
Erlös	12.1	10.2	10.6	10.9	11.0	11.2	11.3
Saldo Teilkosten	12.3	12.6	12.1	11.7	11.9	12.1	12.2
Kalk. Pos. und Umlagen		-9.6	-8.4	-7.2	-7.3	-7.4	-7.5
Saldo Vollkosten		3.0	3.8	4.5	4.6	4.7	4.7

Zentrale Materialdienste

ED • 8.6

Beschreibung

Beschaffen von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial für die kantonale Verwaltung; Vergeben der Druckaufträge der kantonalen Verwaltung; Produzieren von Drucksachen; Beschaffen und Produzieren von Lehrmitteln; *Überwachen des Corporate Design Basel-Stadt bei Drucksachen.*

Bilanz

Die Materialbeschaffungen erfolgten gemäss Submissiongesetz und -verordnung. Die Vergaben bezogen neben dem Preis als Kriterium auch die Ökologie, besonders das Schonen von Ressourcen ein.
Sämtliche Druckereien, welche Aufträge der Materialzentrale ausführen, wurden auf die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages und die Einhaltung der Umweltschutzvorschriften betreffend VOC-Emissionen überprüft. Aufträge erhalten nur Druckereien, welche beide Vorgaben erfüllen.
Nach wie vor grosse Schwierigkeiten bereitet der Umstand, dass nicht alle Dienstellen gemäss Budgetweisung ihr Material und ihre Drucksachen bei der Materialzentrale bestellen oder über sie in Auftrag geben. Letzteres hat zur Folge, dass sich die Einführung des Corporate Design bei Drucksachen schwierig gestaltet.

Projekte und Vorhaben

- Einführen eines B2B-Systems (Business to Business) für die Beschaffung von Waren, damit die Beschaffung per SAP mit den Lieferanten papierlos abgewickelt werden kann und dadurch Fehler minimiert und ein besseres Controlling ermöglicht werden. (bisher)

Bilanz

Weil die nötige zentrale IT-Architektur (Firewall) noch nicht bereit steht, konnte das Projekt bisher nicht umgesetzt werden. Geplant ist, dass das System im Herbst 2005 zur Verfügung stehen wird.

- Ermöglichen des Zugriffs für Kunden, welche nicht am Datennetz Basel (Danebs) angeschlossen sind, auf das elektronische Bestellsystem der Materialzentrale. So verfügen alle Kunden über die aktuellen Preise und können elektronisch bestellen. (abgeschlossen)

Der Zugriff auf das elektronische Bestellsystem der Materialzentrale ist seit Oktober 2004 nun für alle Kunden möglich. Sämtliche Kunden können die Produkte und Preise direkt aufrufen. Fehlbestellungen sind seither zurückgegangen, und die internen Abläufe konnten weiter verbessert werden.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**9.1**	**7.6**	**7.2**	**7.3**	7.4	7.5	7.6
Erlös	**7.0**	**6.6**	**5.9**	**6.0**	6.1	6.2	6.3
Saldo Teilkosten	**2.1**	**1.0**	**1.4**	**1.2**	1.2	1.2	1.3
Kalk. Pos. und Umlagen		**-1.5**	**-0.9**	**-1.3**	-1.3	-1.3	-1.3
Saldo Vollkosten		**-0.4**	**0.5**	**-0.1**	-0.1	-0.1	-0.1

Führung und Führungsunterstützung

Beschreibung

Regieren; Unterstützen des Regierungsrates; *departementsübergreifende Koordination; administratives und führungsmässiges Unterstützen der Departementsvorstehenden und Dienststellenleitenden.*

Politische Ziele

- Die Entscheide des Regierungsrates sind strategisch auf *Basel 2020* ausgerichtet und tragen bei zu einem prosperierenden Gemeinwesen und einer florierenden Region.
- Der Regierungsrat führt die Verwaltung mit Weitsicht und Flexibilität zugleich.
- Die Öffentlichkeit und die Mitarbeitenden der Verwaltung werden transparent und rechtzeitig über die Vorhaben und Entscheidungen des Regierungsrates informiert. Damit werden die Entscheide des Regierungsrates nachvollziehbar und Glaubwürdigkeit und Vertrauen in Regierung und Verwaltung gefördert.

Bilanz

Der Regierungsrat stellte sich der anspruchsvollen Aufgabe, mit Unterstützung eines aussenstehenden Kommunikationsexperten und Politologen eine Vision zu entwerfen, wie der Kanton Basel-Stadt im Jahre 2020 positioniert sein soll: Eine Stadt voller Selbstbewusstsein, die als Zentrum einer trinationalen Metropolitanregion weit über sich hinaus strahlt (vergleiche Basel 2020 in Kapitel 1, Einleitung).

Im Januar 2004 lehnte der Grosse Rat das Steuerungsgesetz und damit die Globalbudgetierung in der Basler Verwaltung ab. Der Regierungsrat löste daraufhin die Projektleitung NPM auf und entschied, an der wirkungsorientierten Führung grundsätzlich festzuhalten. Er beauftragte eine Arbeitsgruppe, Steuerungselemente für die verwaltungsinterne Führung, nicht aber für die politische Steuerung, zu definieren. Schliesslich legte er Minimalstandards zur internen Verwaltungsführung und ein Konzept zu deren Umsetzung fest. Die Minimalstandards sind bei den Departementen weitgehend implementiert. Besonders setzte sich der Grundsatz durch, dass intern und extern konsequent mit Leistungsvereinbarungen geführt wird. Es bedarf weiterer Anstrengungen, die wirkungsorientierte Führung in allen Bereichen der Verwaltung spürbar werden zu lassen und den Kulturwandel zu realisieren. Auf Grund der hohen Akzeptanz des Geschäftskontrollsystems KONSUL von Regierungskanzlei, Parlamentsdienst und Departementssekretariaten wurde die Ausweitung der Anschlüsse auf Departementsebene auf rund Tausend vorbereitet. Damit wird einerseits das Rendement von KONSUL erhöht, andererseits lassen sich auch spezifische Bedürfnisse der Departemente abdecken.

Die Abteilung Information und Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei verfolgte weiter das Ziel, eine kohärente Interne Kommunikation zu entwickeln, indem sie Anfang 2005 die Verantwortung für das Personalmagazin pibs übernahm und im Juni in einem umfassenden Relaunch das wesentlich erweiterte Intranet.bs aufs Netz schickte. Indem zahlreiche Dokumentsorten in den verwaltungsintern eingeführten Vorlagenverwalter und -assistenten Switchboard aufgenommen wurden, verhalf die Abteilung dem Kanton Basel-Stadt zu einer einheitlichen visuellen Identität. Der hohe Stand im Informationsangebot schlug sich nieder in einem weiteren 1. Platz unter den kantonalen Internet-Auftritten für www.bs.ch.

Das Pilotprojekt «elektronische Formulare» wurde erfolgreich abgeschlossen, so dass Formulare mit erweiterten Funktionen als nächster Ausbauschritt des e-Government auch kantonsweit angeboten werden können. Im Weiteren wurde das Pilotprojekt für elektronische Zahlen «e-Payment» lanciert. Schliesslich verstärkte die Abteilung das Engagement im Bereich Lobbying, um die besonderen Bedürfnisse und Anliegen des Kantons Basel-Stadt auf Bundesebene wirksamer zu vertreten. Dabei wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft intensiviert.

Auf Beginn der Legislatur 2005 bis 2009 ist der vom Grossen Rat in einem längeren Prozess konzipierte Parlamentsdienst operationell geworden; damit vollzog sich die Ausgliederung der Grossratskanzlei aus der Staatskanzlei (siehe RF 8.8).

Projekte und Vorhaben

- Um die Fremdsprachigen möglichst rasch zu integrieren, liegt das Schwergewicht der verschiedenen Integrationsmassnahmen derzeit auf Projekten im Bereich Bildung/ Sprache für verschiedene Altersgruppen. (bisher, transferiert zu AF 4.3)
- *Reorganisation der Verwaltung im Hinblick auf die neue Verfassung.* (neu)
  Die Schaffung des Präsidialdepartements mit einer oder einem auf vier Jahre vom Volk gewählten Präsidentin oder Präsidenten erfordert eine Reorganisation der Departementsstrukturen und eine Neuzuteilung der Aufgabenfelder. Bei Annahme der Verfassung an der Volksabstimmung von Oktober 2005 sind die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten an die Hand zu nehmen.
- *Weiterentwickeln und Implementieren des erneuerten Corporate Design von Basel-Stadt, um ein einheitliches visuelles Erscheinungsbild des Kantons sicher zu stellen.* (neu)
- *Umsetzen des Gesamtkonzeptes zur Internen Kommunikation, um die bestehenden Informationsinstrumente wie E-Mail, Personal- und Kaderinformation und Intranet effizient, effektiv und synergetisch zu nutzen.* (neu)
- Weiterentwickeln des Stadtladens im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Einwohnerdiensten im geplanten «One-Stop-Shop». Mit dem One-Stop-Shop soll der Zugang für Einwohnerinnen und Einwohner zu Informationen und Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung erleichtert werden (abgeschlossen; Folgeprojekt transferiert in AF 4.3)

Bilanz

Das Projekt One-Stop-Shop wurde vom Grossen Rat genehmigt. Der Stadtladen wechselt per Januar 2006 zur Abteilung Einwohnerdienste des Sicherheitsdepartements.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**52.7**	**49.5**	**52.8**	**50.4**	51.0	52.0	52.6
Erlös	**5.2**	**2.3**	**2.0**	**2.2**	2.2	2.3	2.3
Saldo Teilkosten	**47.6**	**47.3**	**50.8**	**48.2**	48.7	49.8	50.3
Kalk. Pos. und Umlagen		**-47.0**	**-51.0**	**-49.2**	-49.5	-50.1	-50.8
Saldo Vollkosten		**0.2**	**-0.3**	**-1.0**	-0.7	-0.4	-0.5

RF 8.7 und RF 8.8 wurden neu zusammengestellt. In RF 8.7 sind neu auch die Departementsstäbe enthalten. Die Kosten für den Grossen Rat (inkl. Parlamentsdienst), für die Finanzkontrolle, den Verfassungsrat und den Ombudsman finden sich neu in RF 8.8.

Behörden • 8.8

Beschreibung

Da es sich beim Politikplan um das Instrument des Regierungsrates handelt, weist dieses neu zusammengestellte Ressourcenfeld 8.8 keine Tätigkeiten der darin erfassten Behörden Grosser Rat mit Parlamentsdienst, Finanzkontrolle, Ombudsmann und Verfassungsrat aus.

Kosten

In Mio. Franken	R 03	R 04	B 05	B 06	P 07	P 08	P 09
Direkte Kosten	**6.7**	**7.4**	**8.5**	**8.2**	8.3	8.4	8.5
Erlös	**0.4**	**0.4**	**0.3**	**0.3**	0.3	0.3	0.3
Saldo Teilkosten	**6.3**	**7.1**	**8.3**	**7.9**	8.0	8.1	8.2
Kalk. Pos. und Umlagen		**-7.1**	**-8.3**	**-7.9**	-8.0	-8.1	-8.2
Saldo Vollkosten		**0.0**	**0.0**	**0.0**	0.0	0.0	0.0

Mit der Etablierung des Parlamentsdienstes (s. RF 8.7) wurden die Kosten für den Grossen Rat und den Parlamentsdienst, für die Finanzkontrolle, den Ombudsman und den Verfassungsrat aus dem RF 8.7 ausgegliedert. Sie werden in diesem RF nun separat dokumentiert.

6. Der Staatshaushalt

Dieses Kapitel zeigt die Strukturen des Staatshaushaltes und deren Veränderung im Planungszeitraum bis 2009. Kapitel 6.1 stellt die grössten Aufgabenfelder einander gegenüber. Kapitel 6.2 fasst die Finanzzahlen aller Aufgaben- und Ressourcenfelder zusammen und ergänzt sie mit einer Schätzung des allgemeinen Nettoertrags. Schliesslich zeigt es die Entwicklung der gesamtstaatlichen Laufenden Rechnung. Die Investitionsplanung in Kapitel 6.3 und die Schuldenentwicklung in den letzten Jahren und im Planungszeitraum in Kapitel 6.4 sind weitere wichtige Elemente, um den Staatshaushalt beurteilen zu können. Die detaillierten Zahlentabellen zu den Feldern und zur Finanzplanung in Kapitel 6.5. beschliessen die Ausführungen dieses Hauptkapitels.

Die Planzahlen der Felder und der hier vorliegende Finanzplan berücksichtigen noch nicht die Auswirkungen des Neuen Finanzausgleichs (NFA), dessen konkrete Ausgestaltung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene noch aussteht. Je nach Fortschritt der parlamentarischen Behandlung der Ausführungsbestimmungen (zweite und dritte NFA-Botschaft) und der Umsetzungsplanung würde sich der NFA ab dem Planjahr 2008 auf den Staatshaushalt auswirken.

Ebenfalls noch nicht berücksichtigt ist die Verselbständigung der Basler Verkehrsbetriebe (BVB). Die Werte dieses Betriebs sind wie bisher vollständig im Aufwand und Ertrag im Aufgabenfeld 6.4 Öffentlicher Verkehr erfasst. Die Entflechtung der Finanzpositionen in die «neue» BVB und den Kanton ist zur Zeit in Arbeit. Diese wird jedoch per Saldo keinen wesentlichen Einfluss auf die Laufende Rechnung des Kantons haben.

6.1 Strukturen der staatlichen Ausgaben

Die Anteile der grössten Aufgabenfelder gemessen am Saldo Teilkosten entwickeln sich zwischen 2006 und 2009, wie Abbildung 6.1.1 zeigt.

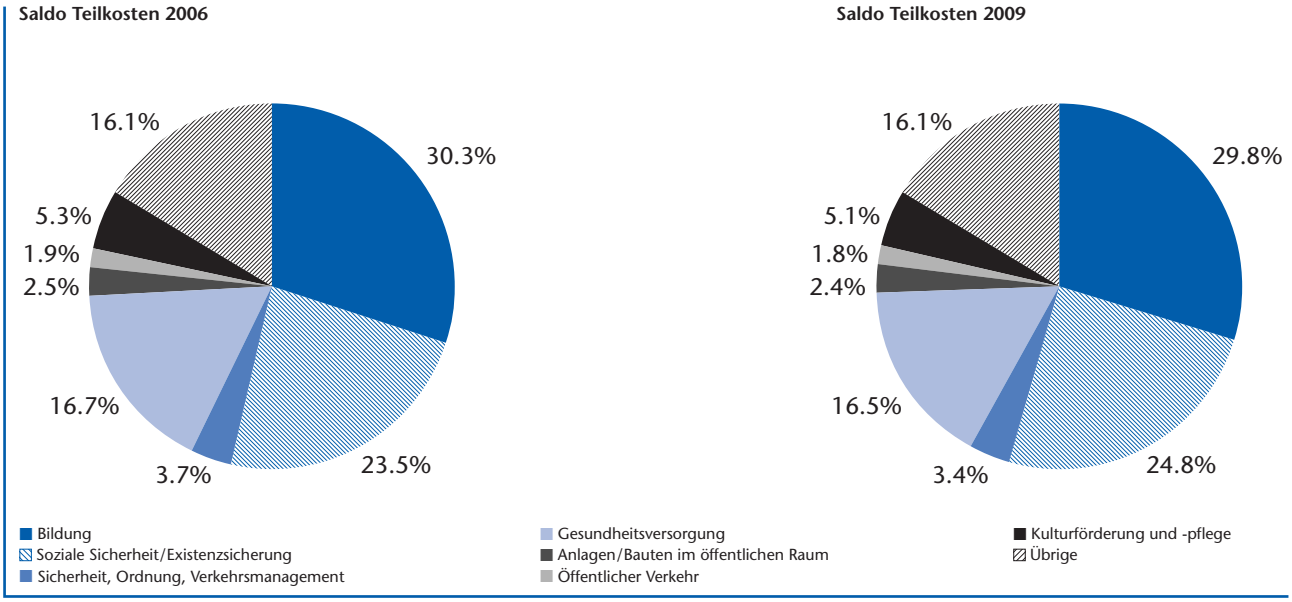


Abbildung 6.1.1 Anteile der grössten Aufgabenfelder an den Gesamtkosten.

Mit einem Kostenanteil von rund 30% stellt der Bereich Bildung den finanziell grössten Bereich dar. Durch die über der Teuerung liegenden Wachstumsraten nimmt der Anteil des Bereichs Soziale Sicherheit/Existenzsicherung von 23,5% im Budget 2006 auf 24,8% im Planjahr 2009 deutlich zu. Dieser Zuwachs geht zu Lasten der meisten anderen Bereiche, welche im Jahr 2009 kleinere Anteile aufweisen als im Jahr 2006.

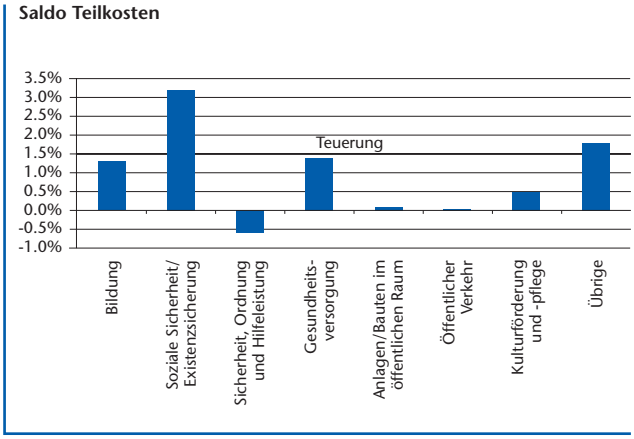


Abbildung 6.1.2 Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Saldo Teilkosten für die grössten Aufgabenfelder zwischen Budget 2006 und Planjahr 2009.

Die grössten Aufgabenfelder zeigen unterschiedliche Wachstumsraten (siehe Abbildung 6.1.2). Diese sind das Ergebnis der Prioritätensetzung (primär im Rahmen der Überprüfung der Aufgaben und Leistungen) durch den Regierungsrat und die Departemente, respektive – leider noch mehr – der Kostenentwicklung bei den weitgehend von exogenen Faktoren abhängigen Sozialkosten.

Das Wachstum im Bereich der Bildung liegt mit 1,3% leicht unter der durchschnittlichen Teuerung (1,4%). Dieses unterdurchschnittliche Wachstum ist auf die höhere Kostenbeteiligung seitens Basel-Landschaft im Bereich der Berufsschulen im Gesundheitswesen zurückzuführen. Die Entlastung infolge der geplanten

gemeinsamen Trägerschaft der Universität mit dem Kanton Basel-Landschaft und allfällige Beitragserhöhungen der beiden Kantone für die Portfolio-Massnahmen der Universität sind in der vorliegenden Planung noch nicht berücksichtigt.

Die beiden Aufgabenfelder Existenzsicherung und Soziale Sicherheit zeigen zusammen ein stark überdurchschnittliches jährliches Wachstum von 3,7%. Dieses Wachstum ist stark getrieben durch die erwarteten Zunahmen bei den Prämienverbilligungen von 12,6% und den AHV/IV-Ergänzungsleistungen (exklusive Heimbereich) von 4,9%. Die Reduktion der Risikobeiträge an Krankenkassen kompensiert diesen Anstieg aufgrund der Sparmassnahmen teilweise. Bei der Sozialhilfe zu Lasten des Kantons wird im Planungszeitraum im Durchschnitt ein jährliches Wachstum von 3,9% erwartet. In den Planjahren 2007 bis 2009 wird mit einem auf hohem Niveau abgeschwächten Fallwachstum gerechnet. Für den Kanton kostentreibend wirken sich zudem die rückläufigen Rückerstattungen von Sozialversicherungen – insbesondere von der IV aufgrund einer strengeren Entschädigungspraxis – aus. Auffällig ist die Tatsache, dass sich dieser stark konjunkturabhängige Bereich – mit hohen Wachstumsraten in «schwierigeren» Zeiten – in «besseren» Zeiten nicht etwa wieder zurückbildet, sondern in geringerem, aber gegenüber anderen Bereichen erfahrungsgemäss dennoch überdurchschnittlichem Ausmass weiter wächst. Damit sinkt kontinuierlich der Handlungsspielraum für alle anderen Bereiche.

Das über der Teuerung liegende Wachstum bei den übrigen Bereichen ist primär auf die Ergänzungsleistungen im Heimbereich (Rentenalter noch nicht erreicht) zurückzuführen.

Aufgrund der Reduktionen der staatlichen Aufgaben und Leistungen weisen die übrigen grossen Aufgabenfelder denn auch ein Wachstum unterhalb der Teuerung respektive negative Wachstumsraten auf.

6.2 Laufende Rechnung

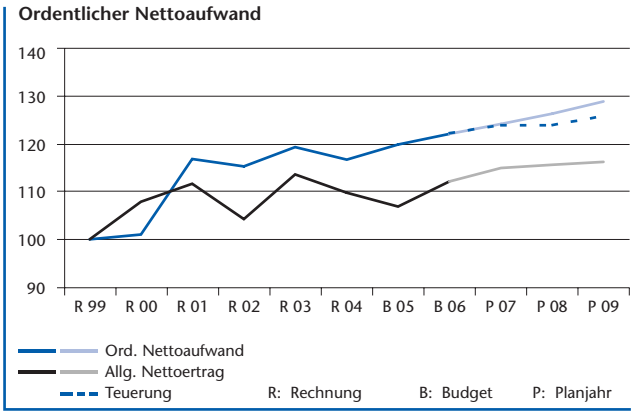


Abbildung 6.2.1 Die Entwicklung des Ordentlichen Nettoaufwandes im Vergleich zum Allgemeinen Nettoertrag (Index Staatsrechnung 1999 = 100).

Die Laufende Rechnung setzt sich zusammen aus den Zahlen des aus der Planung der Aufgaben- und Ressourcenfelder abgeleiteten Ordentlichen Nettoaufwandes, des Allgemeinen Nettoertrages (vor allem Steuererträge, Vermögenserträge abzüglich Schuldzinsen) sowie der Abschreibungen. Die Summe dieser Bestandteile ergibt den Saldo der Laufenden Rechnung. Dieser stellt einen guten Indikator für die Beurteilung des laufenden Staatshaushaltes dar.

Ordentlicher Nettoaufwand

Die Entwicklung des Ordentlichen Nettoaufwandes (vergleiche Abbildung 6.2.1) zeigt, dass mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum in den Jahren 2006 bis 2009 von 1,8% die aktuelle regierungsrätliche Zielsetzung eines Wachstums von höchstens im Ausmass der Teuerung (1,4%) in der aktuellen Planung nicht erreicht wird. Diese Planung ist stark abhängig von der Entwicklung der Sozialkosten, der Kosten bezüglich Pensionskasse sowie der Umsetzung der Reduktionsmassnahmen aus der Überprüfung der staatlichen Aufgaben und Leistungen. Sie ist deswegen mit grosser Vorsicht zu geniessen. Der Regierungsrat wird seine Zielsetzung und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf jährlich auf Basis der neusten Entwicklungen überprüfen und im Rahmen der rollenden Finanzplanung und des Budgetprozesses notwendige Massnahmen zur Kompensation einer allfälligen Ziellücke rechtzeitig einleiten.

Allgemeiner Nettoertrag

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 1,2% in der Periode 2006 bis 2009 entwickelt sich der Allgemeine Nettoertrag (vergleiche Abbildung 6.2.2) auf tieferem Niveau praktisch parallel zum Ordentlichen Nettoaufwand (+1,8%). Da damit die bestehende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht geschlossen werden kann, bleiben die Defizite in der Laufenden Rechnung bestehen (vergleiche Abbildung 6.2.4).

Der Allgemeine Nettoertrag setzt sich zusammen aus allen finanzrelevanten Zahlen, die nicht in den Aufgaben- oder Ressourcenfeldern anfallen. Er umfasst insbesondere die Steuereinnahmen, Schuldzinsen und die Nettoerträge des Verwaltungs- und Finanzvermögens. Die Detailpositionen des Allgemeinen Nettoertrags zeigt Abbildung 6.2.2; sie werden im Folgenden kurz kommentiert.

in Mio. Fr.	R 2003	R 2004	B 2005	B 2006	P 2007	P 2008	P 2009
Steuerertrag	**2169.9**	**2128.8**	**2134.2**	**2188.4**	2222.4	2241.5	2260.4
Einkommens- und Vermögenssteuern	**1475.9**	**1405.0**	**1433.1**	**1397.0**	1427.8	1443.6	1459.2
Gewinn- und Kapitalsteuern	**445.1**	**478.9**	**471.0**	**545.0**	547.2	549.3	551.5
Übrige Steuern	**248.9**	**244.9**	**230.2**	**246.4**	247.5	248.6	249.8
Übriger allgemeiner Ertrag	**287.0**	**250.7**	**233.3**	**253.6**	556.1	257.8	259.7
Allgemeiner Ertrag	**2457.0**	**2379.4**	**2367.5**	**2441.9**	**2478.5**	**2499.3**	**2520.1**
Zinsaufwand Staatsschulden	**136.2**	**128.5**	**159.3**	**125.4**	103.4	110.9	118.8
Übriger allgemeiner Aufwand	**31.9**	**39.8**	**43.4**	**45.6**	46.2	46.8	47.5
Allgemeiner Aufwand	**168.1**	**168.3**	**202.8**	**171.0**	149.6	157.8	166.3
Allgemeiner Nettoertrag	**2288.9**	**2211.1**	**2164.8**	**2271.0**	**2328.8**	**2341.5**	**2353.8**

Abbildung 6.2.2 Allgemeiner Nettoertrag.

Steuerertrag

Der Steuerertrag setzt sich zusammen aus den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen, den Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen und den Übrigen Steuern. Die Übrigen Steuern umfassen auch die «Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung», welche vor allem den Anteil an den Direkten Bundessteuern enthalten.

Dank dem ausgezeichneten konjunkturellen Umfeld sind die Steuererträge in den Jahren 1998 bis 2001 überdurchschnittlich gewachsen. Diesem Wachstum lag insbesondere ein starker Anstieg bei den Gewinnsteuern der Unternehmungen und den Vermögenssteuern bei den Privatpersonen zugrunde. Diese Entwicklung wurde im Jahr 2002 primär infolge tieferer Gewinnsteuern gebrochen. Aufgrund der aktuellen, eher moderaten wirtschaftlichen Wachstumsraten und einer rückläufigen Einwohnerzahl muss davon ausgegangen werden, dass auch das Steuerwachstum in der Planperiode eher bescheiden ausfallen wird. Im Zeitraum 2004 bis 2009 rechnet der Finanzplan für den gesamten Steuerertrag mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 1,2%.

Einkommens- und Vermögenssteuern

Die Planung der Einkommenssteuern geht von durchschnittlichen jährlichen Nominallohnerhöhungen von 1,7% aus. Den Vermögenssteuern ist ein Wachstum von jährlich 0,5% zugrunde gelegt. Insgesamt wird bei den Einkommens- und Vermögenssteuern von der Rechnung 2004 bis ins Jahr 2009 von einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des steuerbaren Einkommens und Vermögens von 1,2% ausgegangen. Zusätzlich werden durch die verbesserte Ausschöpfung des Steuersubstrats Mehreinnahmen von rund 15 Mio. Franken erwartet (davon gut 10 Mio. Franken für die Einführung der Lohnmeldepflicht [siehe Kapitel 5, RF 8.1]). Dieses Wachstum wird jedoch teilweise neutralisiert durch zwei gewichtige Sonderfaktoren. Einerseits wirkt sich die von den Stimmberechtigten im Jahr 2002 beschlossene Steuerermässigung (Gegenvorschlag zu den Steuerinitiativen) mit zusätzlich rund 30 Mio. Franken im Jahr 2005 (zirka 50 Mio. Franken sind bereits in der Rechnung 2004 enthalten) aus. Andererseits wird ein weiterer Ausgleich der Kalten Progression die Einnahmen vom Jahr 2006 um rund 40 Mio. Franken vermindern. Unter Berücksichtigung aller Faktoren nehmen die Einkommens- und Vermögenssteuern in der Periode 2004 bis 2009 um lediglich 0,8% zu.

Gewinn- und Kapitalsteuern

Die Gewinnsteuern sind abhängig von den schwierig zu prognostizierenden Gewinnen und Verlusten der Basler Unternehmungen. Nach dem Einbruch im Jahr 2002 wird in den kommenden Jahren die in den Jahren 1999 bis 2001 günstige Dynamik kaum mehr in vergleichbarem Masse erreicht werden können. Die Steuern juristischer Personen sind normalerweise aufgrund von Sonderfaktoren bei den grossen Unternehmungen und konjunkturellen Einflüssen grösseren Schwankungen unterworfen und somit bezüglich der Planung auch mit einem erhöhten Fehlerrisiko behaftet. In der Planung wird für das Jahr 2006 eine Zunahme von 13,8% gegenüber der Rechnung 2004 erwartet. Diese Zunahme begründet sich in der stark verbesserten Gewinnsituation grosser Basler Unternehmungen. Aufgrund der grossen Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Unternehmensgewinne wurde in den Folgejahren bis 2009 nur noch ein jährliches Wachstum von 0,5% im Finanzplan eingesetzt. Abbildung 6.2.3 zeigt zwei alternative Szenarien.

Die vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zur Unternehmenssteuerreform II würde – zumindest kurzfristig – zu substanziellen Mindereinnahmen bei den Kantonen führen. Aufgrund der grossen Unsicherheiten bezüglich der Ergebnisse aus dem politischen Entscheidungsprozess, dem Zeitpunkt der Einführung und den Folgen für den Kanton Basel-Stadt wurden deren Auswirkungen im Finanzplan noch nicht berücksichtigt.

Übrige Steuern

Die Übrigen Steuern beinhalten den Anteil an den direkten Bundessteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie diverse kleinere Steuerkategorien. Die Planung geht von einer relativ konstanten Entwicklung dieser Steuern aus.

Zinsaufwand Staatsschulden

Beim Zinsaufwand auf den Staatsschulden wird bis in das Jahr 2009 trotz tendenziell steigender Zinssätze und – angesichts von Defiziten in der Planperiode – einer höheren Schuldenlast ein Rückgang gegenüber dem Budget 2006 erwartet. Dieser Rückgang ist einerseits auf die Ablösung alter «teurerer» Schulden mit neuen «billigeren» Schulden zurückzuführen. Anderseits lassen sich im Planungszeitraum negative Auswirkungen durch erwartete steigende Zinssätze durch Zinsabsicherungsgeschäfte abfedern. Im Weiteren entfallen ab 2007 die Kosten im Zusammenhang mit dem Kapitalausgleichsprogramm 1996 bis 2006.

Übriger allgemeiner Ertrag und Aufwand

Die Positionen Übriger allgemeiner Ertrag und Übriger allgemeiner Aufwand umfassen Ertrag und Aufwand, die sich nicht auf die Aufgaben- und Ressourcenfelder zuteilen lassen, wie insbesondere Vermögenserträge, Aufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen, Aufwand und Ertrag der Dreispitzverwaltung und anderes.

Saldo Laufende Rechnung

Aus der Entwicklung des Ordentlichen Nettoaufwandes (Planung der Aufgaben- und Ressourcenfelder), des Allgemeinen Nettoertrages sowie der Abschreibungen resultiert der Saldo der Laufenden Rechnung. Dank den im Jahr 2006 noch umzusetzenden Reduktionsmassnahmen aus der Überprüfung der Aufgaben und Leistungen und einer deutlichen Verbesserung des Allgemeinen Nettoertrages (vergleiche Abbildung 6.2.2) verringert sich das Defizit in der Laufenden Rechnung von 117,7 Mio. Franken im Budget 2005 auf 49,6 Mio. Franken im Budget 2006. Aufgrund eines höheren Wachstums des Ordentlichen Nettoaufwands gegenüber dem Allgemeinen Nettoertrag in der Periode 2006 bis 2009 vergrössert sich das Defizit bis ins Jahr 2008 wieder leicht auf 88,7 Mio. Franken.

Szenarien für die Planung der Laufenden Rechnung

Wie bereits in Kapitel 5.1 ausgeführt, bestehen bei jeder Planung grosse Unsicherheiten bezüglich nicht voraussehbarer finanzieller Einflüsse. Die vorliegende Planung der Laufenden Rechnung basiert auf einer Reihe von Annahmen vor allem im Bereich der Steuereinnahmen, der Zinssätze, der Sozialkosten, der Finanzierung der Pensionskasse usw. Um diesen Unsicherheiten jedoch auch planerisch Rechnung zu tragen, zeigt Abbildung 6.2.3 zum Finanzplan zwei alternative Szenarien. Das optimistische Szenario geht im Vergleich zum Finanzplan von eher positiven Annahmen bezüglich künftiger möglicher Entwicklungen aus, dem pessimistischen Szenario liegen negativere Annahmen zu Grunde.

Die Aufstellung in Abbildung 6.2.3 zeigt die getroffenen Annahmen und die finanziellen Auswirkungen bezogen auf das Planjahr 2009.

	Finanzplan	optimistisches Szenario		pessimistisches Szenario	
	Annahme	Annahme	Auswirkung 2009* in Mio. Fr.	Annahme	Auswirkung 2009* in Mio. Fr.
Durchschnittliches Wachstum p.a. von 06–09 der Gewinnsteuern	0.5%	3.5%	+40	-2.5%	-37
Durchschnittlicher Zinssatz 06–09 auf Anleihen (Schulden)	2.8%	2.6%	+11	3.1%	-23
PK-Beitragssatz Arbeitgeber ab Planjahr 2007	25.0%	25.0%	–	30.0%	-44
Durchschnittliches Wachstum (ONA) p.a. von 06–09 in AF 6.6: Soziale Sicherheit und AF 6.5: Existenzsicherung	3.7%	2.0%	+24	5.0%	-19
Total Auswirkung			**+75**		**-123**
Saldo Laufende Rechnung 2009	**-89**		**-14**		**-212**

Abbildung 6.2.3 Optimistisches und pessimistisches Szenarium der Laufenden Rechnung.
* Auswirkung auf Saldo Laufende Rechnung in Vergleich zum Finanzplan 2009 (+ günstig/- ungünstig).

Die Schätzung der Gewinnsteuern ist mit grossen Unsicherheiten verbunden und schwierig vorzunehmen. Aufgrund von Sonderfaktoren bei den grossen Basler Unternehmen ist diese Einnahmeposition oft auch grösseren Schwankungen ausgesetzt. Während der Finanzplan in den Jahren 2006 bis 2009 ein Wachstum von 0,5% pro Jahr vorsieht, wird bei einer optimistischeren Einschätzung von 3,5%, respektive bei einer pessimistischeren von -2,5% Wachstum ausgegangen.

Einen weiteren bedeutenden Einfluss auf den Finanzhaushalt haben die Schuldzinsen auf den Staatsschulden. Je nach Annahme der langfristigen und kurzfristigen Zinssätze und Steilheit der Zinskurve können beträchtliche Unterschiede im Ergebnis auftreten.

Auch die künftigen Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse beeinflussen das Ergebnis der Laufenden Rechnung sehr. Die künftigen Kosten für den Arbeitgeber Staat sind abhängig von der künftigen Ausgestaltung des Leistungsplanes, den Arbeitgeberbeiträgen und den Kosten, die im Zusammenhang mit der bestehenden Deckungslücke beim Kanton anfallen. Alleine wenn der Kanton die heutige Deckungslücke angemessen verzinsen wollte, entstünden Mehrkosten von zirka 5 Beitragsprozenten (vergleiche pessimistisches Szenario in Abbildung 6.2.3).

Die Sozialkosten in AF 6.5 und AF 6.6 steigen gemäss Finanzplan von 2006 bis 2009 um durchschnittlich jährlich 3,7%. Diese Entwicklung ist mit grossen Unsicherheiten verbunden, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren höhere Wachstumsraten verkraftet werden mussten.

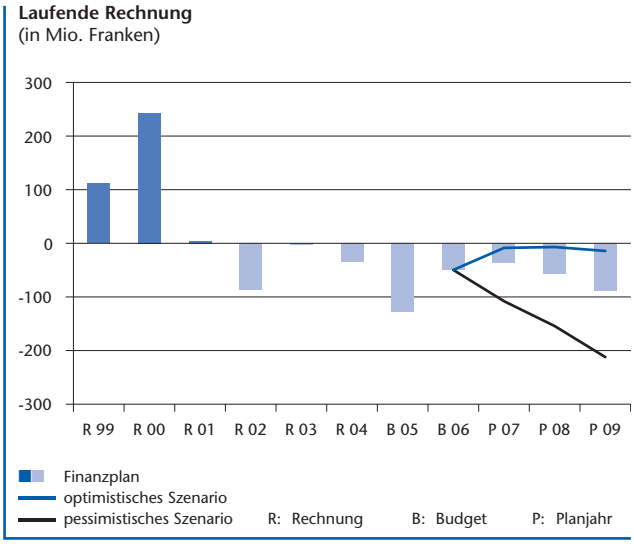


Abbildung 6.2.4 Entwicklung Saldo Laufende Rechnung (Finanzplan).

Abbildung 6.2.4 zeigt die Entwicklung des Saldos der Laufenden Rechnung gemäss Finanzplan. Die Linien zeigen einerseits das optimistische Szenario, das alle optimistischen, und anderseits das pessimistische Szenario, das alle pessimistischen Faktoren kumuliert.

Die vorliegende Planung zeigt die Entwicklung der Laufenden Rechnung, wie sie bei durchaus restriktiver Bewirtschaftung des Ordentlichen Nettoaufwandes aussehen könnte. Der Ordentliche Nettoaufwand des Finanzplans berücksichtigt die vom Regierungsrat geplanten Reduktionen der staatlichen Aufgaben und Leistungen von nachhaltig zwei mal 100 Mio. Franken bereits vollständig. Ob diese Massnahmen – gekoppelt mit einer weiterhin sehr restriktiven Ausgabenpolitik – ausreichen, den Staatshaushalt auf einem langfristig nachhaltigen und finanzierbaren Niveau zu gestalten, werden die Rechnungsabschlüsse und Finanzplanungen der nächsten Jahre zeigen.

Obwohl wir uns heute – gemessen an den Steuereinnahmen von den Basler Unternehmungen – in einer konjunkturell eher guten Phase befinden, zeigt die aktuelle Finanzplanung immer noch eine Lücke zwischen der Ausgaben- und Einnahmenentwicklung. Die daraus resultierenden Defizite führen wiederum zu einer höheren Verschuldung zu Lasten der künftigen Steuerpflichtigen. Der Regierungsrat möchte daher das Wachstum der Staatsausgaben vorerst weiterhin grundsätzlich an der Teuerung orientieren. Allerdings sollen vereinzelt auch höhere Wachstumsraten zugelassen werden, sofern die Mehrausgaben zu strukturellen Entlastungen und Verbesserungen der Standortattraktivität in Folgejahren führen.

6.3 Investitionsplanung

Mit dem Projekt Zentrale Raumdienste Kanton Basel-Stadt (ZRD) wird ab 2006 in einer klaren Rollenteilung zwischen Eigentümervertreter, Baudienste und Nutzer die Führung und Planung der baulichen Infrastruktur vom Finanzdepartement wahrgenommen (Eigentümervertreter). Hierzu wurde intern ein eigener Investitionsbereich «Hochbauten Verwaltungsvermögen» geschaffen, der sämtliche bauliche Projekte im Liegenschaftsbereich enthält. Um gegenüber dem Grossen Rat jedoch weiterhin eine inhaltlich korrekte Zuordnung zu zeigen, sind in den nachfolgenden Ausführungen die Hochbauvorhaben weiterhin den bisherigen Investitionsbereichen zugeordnet.

Die Investitionen teilen sich in fünf Investitionsbereiche:

Investitionsbereich	Verantwortlichkeit
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	Baudepartement
Öffentlicher Verkehr	Wirtschafts- und Sozialdepartement
Gesundheit	Gesundheitsdepartment
Bildung	Erziehungsdepartement
Übrige	Finanzdepartement (ff)

Die in den vier Hauptinvestitionsbereichen nicht enthaltenen Funktionen wie allgemeine Verwaltung, Polizei, Feuerwehr und so weiter fasst die Bezeichnung «Übrige» zusammen.

Die einzelnen Vorhaben müssen den entsprechenden Feldern zugeordnet werden, damit sich die Kapitalkosten in der Laufenden Rechnung und in der Kostenrechnung korrekt erfassen lassen. Auch wenn technisch gesehen Investitionen eigentlich eine Vorleistung zur Erbringung der Leistungen in den Aufgaben- und Ressourcenfeldern darstellen, so sind sie doch auch für sich alleine sehr oft von grosser politischer Wichtigkeit. Zudem führen Investitionen in der Regel zu Folgekosten, die dann in den Folgejahren in den Vollkosten der Aufgabenfelder auftauchen. Um den Zusammenhang zwischen den Investitionen und den Feldern direkter und transparenter darzustellen, zeigt Tabelle 10 in Kapitel 6.5 die grössten oder politisch wichtigsten Investitionsvorhaben. Dabei handelt es sich um solche Vorhaben, welche bereits mittels Regierungsratsbeschluss in das Investitionsprogramm aufgenommen wurden. Die in den Jahren 2007 bis 2009 anfallenden Investitionsjahrestranchen für die einzelnen Vorhaben haben provisorischen Charakter und sind abhängig von den in den Planjahren zur Verfügung stehenden Mitteln.

Abbildung 6.3.1 zeigt die Entwicklung der Investitionsplafonds im Planungszeitraum. Die «Reserve» ist ebenfalls Teil der geplanten Nettoinvestitionen, doch ist sie noch keinem Investitionsbereich zugeteilt. Sie soll primär als strategische Reserve für Grossprojekte in der Hand des Regierungsrates zur Verfügung stehen.

Investitionsbereich	**R 2003**	**R 2004**	**B 2005**	**B 2006**	P 2007	P 2008	P 2009
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	**50.0**	**42.5**	**60.7**	**60.0**	55.0	55.0	52.0
Öffentlicher Verkehr	**32.1**	**17.4**	**28.7**	**35.0**	42.7	47.7	47.7
Gesundheit	**57.0**	**45.2**	**67.1**	**51.8**	57.2	81.7	82.7
Bildung	**49.0**	**40.3**	**46.5**	**56.7**	40.5	46.0	60.5
Übrige	**41.9**	**39.9**	**45.6**	**58.2**	40.2	34.3	34.3
Total ohne Reserve	**230.0**	**185.3**	**248.6**	**261.7**	235.6	264.7	277.2
Reserve	**0.0**	**0.0**	**0.0**	**0.0**	37.0	11.7	3.4
Total Plafond	**230.0**	**185.3**	**248.6**	**261.7**	**272.6**	**276.4**	**280.6**
Positionen ausserhalb Plafond	**-11.7**	**-4.9**	**-4.5**	**0.0**	0.0	0.0	0.0
Reserve für teuerungsbedingten Zuwachs							
Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen	**218.3**	**180.4**	**244.1**	**261.7**	**272.6**	**276.4**	**280.6**

Abbildung 6.3.1 Investitionsplanung (Angaben in Mio. Franken).

Die im Verhältnis zu den übrigen Jahren tiefen Nettoinvestitionsausgaben im Jahre 2004 lassen sich hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückführen. So bewirken einerseits Verzögerungen und Sistierungen (unter anderem infolge interner Prüfungen, Einsprachen, Rückweisungen durch den Grossen Rat, langsamerer als geplanter Baufortschritt) jeweils Minderausgaben (zum Beispiel Schulhaus Hinter Gärten, Werkstätten am Leimgrubenweg). Auf der anderen Seite führten – vor allem im Strassenbau – günstigere als geplante Preise zu Budgetunterschreitungen. Die Nettoinvestitionen steigen vom Jahre 2006 an kontinuierlich an. Dies wird durch neue grosse Investitionsvorhaben unter anderem in den Bereichen Spitalbauten und Infrastruktur St. Johann verursacht. Der erhöhte Investitionsbedarf – der jedoch auch im Jahr 2009 immer noch unter dem Höchstwert in der Rechnung 2001 liegt – befindet sich damit wieder an der oberen Grenze eines nachhaltig finanzierbaren Niveaus.

6.4 Schulden

Aufgrund anhaltend negativer Finanzierungssaldi (Mittelfluss aus der Laufende Rechnung abzüglich Investitionen; vergleiche Tabelle 11 in Kapitel 6.5) wachsen die Nettoschulden gemäss dieser Planung von 3,6 Mrd. Franken in der Rechnung 2003 auf 3,8 Mrd. Franken bis Ende 2009.

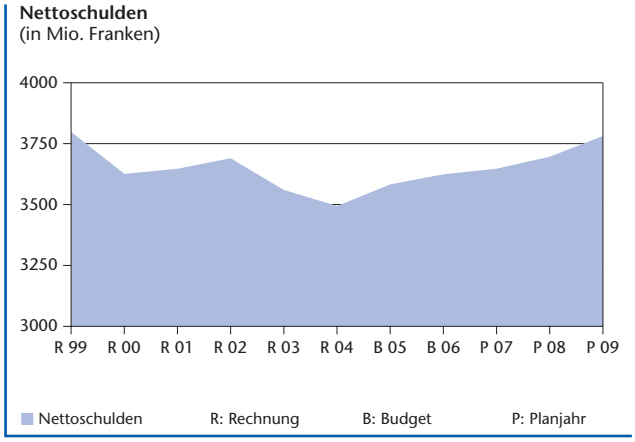


Abbildung 6.4.1 Entwicklung der Nettoschulden.

6.5 Übersichtstabellen zu den Staatsfinanzen

Erläuterungen zu den Tabellen

Die Tabellen dieses Kapitels enthalten Übersichten zu den Finanzdaten der Aufgaben- und Ressourcenfelder.

Tabelle 1

Sie umfasst die Finanzen der Felder im Jahre 2003. Die Angaben basieren auf der Rechnung 2003; eine Vollkostenrechnung wird nicht vorgenommen.

Tabelle 2

Sie umfasst die Finanzen der Felder im Jahre 2004. Die Angaben basieren auf der Rechnung 2004; eine Vollkostenrechnung wird nicht vorgenommen.

Tabelle 3

Sie umfasst die Finanzen der Felder im Jahre 2005. Die Angaben basieren auf dem grossrätlichen Budget 2005.

Tabelle 4

Sie umfasst die Finanzen der Felder im Jahre 2006. Die Angaben basieren auf dem Budget 2006 auf dem Stand nach der 2. Lesung im Regierungsrat.

Tabellen 5–7

Sie umfassen die Finanzen der Felder der Jahre 2007 bis 2009. Die Angaben basieren auf geplanten Daten.

Tabelle 8

Sie umfasst den Saldo Teilkosten 2003 bis 2009.

Tabelle 9

Sie umfasst den Saldo Vollkosten 2003 bis 2009.
Mit der flächendeckenden Einführung der Vollkostenrechnung verteilen sich die vollen Kosten auch in der Kostenrechnung der Querschnittsproduktgruppen auf die Leistungsempfänger. Um die Querschnittsproduktgruppen und die Ressourcenfelder einheitlich zu behandeln, werden die Deckungsdifferenzen – analog der Querschnittsproduktgruppen – auch im Politikplan nicht weiterverteilt, sondern bei den Ressourcenfeldern stehen gelassen. Dadurch betragen die Vollkosten der Ressourcenfelder nicht überall exakt null.

Tabelle 10

Sie umfasst die Liste der wichtigsten Investitionen.
Um den Zusammenhang zwischen den Investitionen und den Feldern direkter und transparent darzustellen, zeigt Tabelle 10 hier die grössten oder politisch wichtigsten Investitionsvorhaben. Um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen, sind nur diejenigen Vorhaben dargestellt, welche bereits mittels Regierungsratsbeschluss in das Investitionsprogramm aufgenommen wurden. Die in den Jahren 2007 bis 2009 anfallenden Investitionsvolumina für die einzelnen Vorhaben sind provisorisch und abhängig von den Mitteln, die in den Planjahren zur Verfügung stehen.

Tabelle 11

Sie zeigt den Finanzplan 2003 bis 2009.

Die Zeilen 1 bis 5 geben die über alle Felder summierten Daten wieder. Daraus ergeben sich der Saldo Teilkosten aller Felder (ab Rechnung 2004) sowie die Vollkosten aller Aufgabenfelder.

Die Zeilen 6 bis 9 enthalten die zentralen Ertrags- und Aufwandpositionen, welche nicht im Saldo Teilkosten der Felder abgebildet werden. Zwecks Vollkostensicht sind diese Positionen in den «Kalk. Pos. und Umlagen» weitgehend den Feldern zugeteilt.

Die Zeilen 10 und 11 zeigen ab Rechnung 2004 die Abgrenzungen zur Kostenrechnung.

Die Zeile 12 zeigt den gesamtstaatlichen Ordentlichen Nettoaufwand (ONA), der sich mit dem Saldo Teilkosten der Felder ergibt.

Die Zeilen 13 bis 21 bilden die Überleitung vom ONA zum Saldo der Laufenden Rechnung ab. Die Detailpositionen der Zeilen 13 und 14 zeigt Abbildung 6.2.2 in Kapitel 6.2.

Die Zeilen 22 bis 24 stellen die staatlichen Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen (über alle Investitionsbereiche) und die Veränderung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen dar. Daraus ergibt sich der Saldo der Investitionsrechnung.

Die Zeile 27 zeigt die Selbstfinanzierung. Sie ergibt sich aus der Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, der Abschreibungen, der Veränderung der Spezialfinanzierungen und der Debitorenverluste.

Die Zeile 28 stellt den Selbstfinanzierungsgrad dar. Er zeigt, zu wie viel Prozent die Investitionen durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) abgedeckt werden. Er ist abhängig von der Selbstfinanzierung und vom Saldo der Investitionsrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad ist bei Veränderungen beim Saldo der Laufenden Rechnung, bei den Abschreibungen, den Spezialfinanzierungen, den Debitorenverlusten und bei der Investitionsrechnung grossen Schwankungen unterworfen.

Die Zeile 29 zeigt den Finanzierungssaldo, die Differenz zwischen Selbstfinanzierung und Saldo der Investitionsrechnung. Er entspricht der Veränderung der Nettoschulden des Kantons.

Die Zeile 30 zeigt den Nettoschuldenbestand des Kantons Basel-Stadt.

Tabelle 1: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2003** (Rechnung)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Aufwand (ohne Abschr.)	Ertrag	ONA
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	7.6	1.2	6.4
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	3.3	3.3	0.0
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	99.2	38.6	60.6
		1.4	Versorgung und Entsorgung	42.1	85.1	-43.0
		1.5	Umwelt und Energie	24.0	27.4	-3.4
	ED	2.1	Volksschulbildung	301.7	23.7	278.0
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	134.1	24.5	109.6
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	150.0	10.9	139.1
		2.4	Kulturförderung und -pflege	113.2	9.9	103.3
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	21.0	10.0	11.0
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	67.4	25.7	41.8
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	26.9	2.5	24.4
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	15.9	12.6	3.4
		3.2	Vormundschaftswesen	20.9	2.2	18.7
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	31.0	2.4	28.6
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.9	0.0	6.9
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	0.8	0.1	0.7
		3.6	Aussenbeziehungen	0.9	0.0	0.9
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	136.3	62.9	73.4
		4.2	Rettung	29.3	4.3	25.0
		4.3	Bevölkerungsdienste	40.7	16.8	23.9
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	21.1	11.1	9.9
		5.2	Gesundheitsdienste	14.4	2.0	12.4
		5.3	Gesundheitsversorgung	820.0	554.4	265.6
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	125.9	51.6	74.3
	WSD	6.1	Standortförderung	6.7	1.6	5.2
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	29.9	17.4	12.5
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.3	0.0	0.3
		6.4	Öffentlicher Verkehr	212.6	161.0	51.7
		6.5	Existenzsicherung	121.0	15.0	106.0
		6.6	Soziale Sicherheit	435.5	76.7	358.8
		6.7	Dokumentation	6.5	0.5	6.0
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	38.3	28.9	9.4
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.9	0.1	0.8
Summe AF				**3106.5**	**1284.4**	**1822.1**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	32.0	3.9	28.1
		8.2	Zentrale Finanzdienste	12.9	11.1	1.8
		8.3	Zentrale Personaldienste	9.6	0.8	8.8
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	54.2	7.1	47.1
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	24.4	12.1	12.3
		8.6	Zentrale Materialdienste	9.1	7.0	2.1
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	52.7	5.2	47.6
		8.8	Behörden	6.7	0.4	6.3
Summe RF				**201.6**	**47.4**	**154.1**
Summe AF + RF				**3308.1**	**1331.8**	**1976.3**

Tabelle 2: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2004** (Rechnung)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Direkte Kosten	Erlös	Saldo Teilkosten	Kalk. Pos. + Umlagen	Saldo Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	6.7	0.5	6.1	1.7	7.9
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	3.3	3.1	0.2	0.9	1.1
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	86.4	38.8	47.6	80.3	127.9
		1.4	Versorgung und Entsorgung	32.4	84.7	-52.3	58.2	5.9
		1.5	Umwelt und Energie	25.1	21.7	3.4	5.5	8.9
	ED	2.1	Volksschulbildung	275.0	13.1	261.9	60.8	322.7
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	155.4	16.8	138.5	29.3	167.8
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	155.5	9.1	146.4	67.4	213.8
		2.4	Kulturförderung und -pflege	134.8	29.3	105.5	28.1	133.6
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	20.5	8.6	12.0	14.1	26.0
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	67.1	25.4	41.8	4.9	46.7
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	26.0	1.7	24.3	0.7	25.0
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	15.8	12.5	3.3	3.1	6.4
		3.2	Vormundschaftswesen	22.6	4.8	17.8	3.4	21.2
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	35.0	3.4	31.5	29.8	61.4
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.7	0.0	6.6	0.4	7.0
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.1	-0.1	0.9
		3.6	Aussenbeziehungen	1.0	0.0	1.0	0.1	1.0
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	136.3	65.9	70.4	-1.6	68.9
		4.2	Rettung	28.8	13.8	15.0	7.6	22.5
		4.3	Bevölkerungsdienste	36.6	16.4	20.2	6.4	26.6
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	21.4	10.6	10.8	6.9	17.7
		5.2	Gesundheitsdienste	10.7	1.5	9.2	0.9	10.1
		5.3	Gesundheitsversorgung	829.0	574.2	254.8	86.6	341.4
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	119.9	45.9	74.0	18.1	92.1
	WSD	6.1	Standortförderung	5.5	0.1	5.5	0.3	5.8
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	44.3	26.2	18.1	3.2	21.3
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.1	0.4	0.0	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	195.1	158.5	36.6	50.3	86.9
		6.5	Existenzsicherung	142.7	16.2	126.5	0.0	126.5
		6.6	Soziale Sicherheit	451.7	78.5	373.2	9.2	382.4
		6.7	Dokumentation	6.3	0.4	5.8	1.3	7.2
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	43.2	31.9	11.3	7.2	18.5
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.0	0.0	1.0	0.3	1.2
Summe AF				**3143.3**	**1313.9**	**1829.4**	**585.4**	**2414.7**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	33.3	4.6	28.7	-28.7	0.0
		8.2	Zentrale Finanzdienste	12.2	12.8	-0.6	-2.7	-3.2
		8.3	Zentrale Personaldienste	8.4	1.1	7.3	-7.3	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	62.0	6.8	55.3	-55.3	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	22.8	10.2	12.6	-9.6	3.0
		8.6	Zentrale Materialdienste	7.6	6.6	1.0	-1.5	-0.4
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	49.5	2.3	47.3	-47.0	0.2
		8.8	Behörden	7.4	0.4	7.1	-7.1	0.0
Summe RF				**203.2**	**44.6**	**158.7**	**-159.1**	**-0.5**
Summe AF + RF				**3346.5**	**1358.5**	**1988.0**	**426.2**	**2414.3**

Tabelle 3: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2005** (Budget)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Direkte Kosten	Erlös	Saldo Teilkosten	Kalk. Pos. + Umlagen	Saldo Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	6.8	0.6	6.3	1.2	7.5
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	3.4	2.7	0.6	1.1	1.7
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	83.4	32.7	50.7	121.7	172.4
		1.4	Versorgung und Entsorgung	37.3	90.8	-53.5	53.8	0.4
		1.5	Umwelt und Energie	22.6	17.4	5.2	4.9	10.1
	ED	2.1	Volksschulbildung	272.6	9.1	263.5	55.8	319.3
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	155.7	16.4	139.3	29.5	168.8
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	189.3	27.0	162.3	77.4	239.7
		2.4	Kulturförderung und -pflege	110.4	7.5	102.9	28.2	131.1
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	19.5	8.7	10.8	16.0	26.8
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	66.9	24.4	42.5	4.8	47.3
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	26.3	1.6	24.7	0.8	25.4
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	16.2	12.6	3.6	2.9	6.5
		3.2	Vormundschaftswesen	21.2	5.0	16.2	3.1	19.3
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	38.5	3.5	35.0	29.0	64.0
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.6	0.0	6.5	0.6	7.2
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.1	-0.1	1.0
		3.6	Aussenbeziehungen	1.0	0.0	1.0	0.1	1.1
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	140.3	70.8	69.5	-3.1	66.5
		4.2	Rettung	40.0	24.1	15.9	8.5	24.4
		4.3	Bevölkerungsdienste	29.5	13.6	15.9	6.3	22.2
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	22.4	11.3	11.0	7.5	18.5
		5.2	Gesundheitsdienste	10.9	1.5	9.4	1.1	10.5
		5.3	Gesundheitsversorgung	797.0	528.1	268.9	92.0	361.0
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	108.7	43.8	64.9	17.8	82.7
	WSD	6.1	Standortförderung	4.7	0.1	4.7	0.4	5.1
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	45.2	27.4	17.8	3.8	21.6
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	193.6	157.2	36.5	50.1	86.5
		6.5	Existenzsicherung	127.6	15.4	112.2	0.5	112.7
		6.6	Soziale Sicherheit	459.6	78.4	381.2	10.0	391.2
		6.7	Dokumentation	6.3	0.4	5.9	1.6	7.4
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	43.1	29.1	14.0	4.1	18.1
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.0	0.0	0.9	0.1	1.0
Summe AF				**3108.9**	**1261.1**	**1847.8**	**631.7**	**2479.6**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	32.9	3.5	29.4	-29.4	0.0
		8.2	Zentrale Finanzdienste	12.0	12.3	-0.2	-2.2	-2.4
		8.3	Zentrale Personaldienste	9.2	0.9	8.4	-8.4	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	47.2	7.3	39.9	-39.9	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	22.7	10.6	12.1	-8.4	3.8
		8.6	Zentrale Materialdienste	7.2	5.9	1.4	-0.9	0.5
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	52.8	2.0	50.8	-51.0	-0.3
		8.8	Behörden	8.5	0.3	8.3	-8.3	0.0
Summe RF				**192.7**	**42.7**	**150.0**	**-148.4**	**1.5**
Summe AF + RF				**3301.6**	**1303.8**	**1997.8**	**483.3**	**2481.1**

Tabelle 4: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2006** (Budget)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Direkte Kosten	Erlös	Saldo Teilkosten	Kalk. Pos. + Umlagen	Saldo Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	6.8	0.7	6.1	1.6	7.8
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	4.9	3.9	1.1	0.6	1.7
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	78.8	31.5	47.3	117.5	164.8
		1.4	Versorgung und Entsorgung	40.9	88.7	-47.8	44.6	-3.1
		1.5	Umwelt und Energie	23.7	20.0	3.7	3.3	7.0
	ED	2.1	Volksschulbildung	267.7	9.5	258.2	60.0	318.2
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	156.2	17.1	139.1	28.2	167.3
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	200.6	27.3	173.3	77.3	250.6
		2.4	Kulturförderung und -pflege	112.4	11.5	100.9	30.9	131.8
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	20.1	9.2	10.9	16.0	26.8
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	92.5	23.1	69.4	5.2	74.6
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	25.6	0.9	24.7	0.5	25.2
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	16.2	12.9	3.3	2.9	6.3
		3.2	Vormundschaftswesen	21.1	5.1	16.0	3.2	19.2
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	38.2	4.4	33.8	25.0	58.8
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.8	0.0	6.8	0.6	7.4
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.0	-0.1	0.9
		3.6	Aussenbeziehungen	1.0	0.0	1.0	0.1	1.0
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	140.0	70.7	69.4	-1.7	67.7
		4.2	Rettung	39.5	23.6	15.9	7.5	23.4
		4.3	Bevölkerungsdienste	33.8	15.1	18.7	7.6	26.3
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	18.2	11.1	7.1	5.7	12.8
		5.2	Gesundheitsdienste	23.8	2.0	21.8	1.6	23.4
		5.3	Gesundheitsversorgung	877.5	562.1	315.4	87.8	403.3
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	111.6	44.6	67.0	12.7	79.8
	WSD	6.1	Standortförderung	4.7	0.1	4.7	0.4	5.1
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	46.1	28.1	18.0	4.0	22.0
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	192.6	156.3	36.3	44.4	80.7
		6.5	Existenzsicherung	152.3	12.9	139.4	0.4	139.9
		6.6	Soziale Sicherheit	382.8	79.3	303.5	9.5	313.1
		6.7	Dokumentation	5.8	0.3	5.5	1.6	7.1
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	45.2	30.9	14.3	3.5	17.7
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.1	0.0	1.0	0.1	1.1
Summe AF				**3190.2**	**1302.8**	**1887.4**	**602.6**	**2490.0**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	32.7	4.6	28.1	-29.5	-1.4
		8.2	Zentrale Finanzdienste	13.2	11.9	1.3	-2.7	-1.4
		8.3	Zentrale Personaldienste	8.8	1.1	7.7	-7.7	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	43.7	6.9	36.7	-36.7	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	22.6	10.9	11.7	-7.2	4.5
		8.6	Zentrale Materialdienste	7.3	6.0	1.2	-1.3	-0.1
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	50.4	2.2	48.2	-49.2	-1.0
		8.8	Behörden	8.2	0.3	7.9	-7.9	0.0
Summe RF				**186.9**	**43.9**	**143.0**	**-142.4**	**0.6**
Summe AF + RF				**3377.1**	**1346.7**	**2030.4**	**460.2**	**2490.6**

Tabelle 5: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2007** (Plan)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Direkte Kosten	Erlös	Saldo Teilkosten	Kalk. Pos. + Umlagen	Saldo Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	6.9	0.7	6.2	1.6	7.9
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	5.0	3.9	1.1	0.6	1.7
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	79.0	31.9	47.1	119.1	166.3
		1.4	Versorgung und Entsorgung	41.4	89.9	-48.5	45.3	-3.3
		1.5	Umwelt und Energie	23.7	20.3	3.4	3.3	6.8
	ED	2.1	Volksschulbildung	271.5	9.6	261.9	60.8	322.7
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	158.4	17.3	141.1	28.6	169.6
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	202.6	27.7	174.9	78.4	253.3
		2.4	Kulturförderung und -pflege	111.2	11.7	99.5	31.3	130.8
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	20.4	9.4	11.0	16.2	27.2
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	94.4	23.4	71.0	5.2	76.2
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	27.2	0.9	26.3	0.6	26.9
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	16.4	13.1	3.3	3.0	6.3
		3.2	Vormundschaftswesen	21.3	5.1	16.2	3.3	19.4
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	38.7	4.4	34.3	25.4	59.7
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.9	0.0	6.9	0.6	7.5
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.0	-0.1	0.9
		3.6	Aussenbeziehungen	1.1	0.0	1.1	0.1	1.2
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	136.8	70.7	66.1	-1.6	64.5
		4.2	Rettung	39.8	23.6	16.2	7.5	23.6
		4.3	Bevölkerungsdienste	34.4	15.1	19.3	7.6	27.0
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	18.5	11.2	7.2	5.8	13.0
		5.2	Gesundheitsdienste	24.1	2.1	22.1	1.6	23.7
		5.3	Gesundheitsversorgung	889.8	569.9	319.8	89.1	408.9
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	113.2	45.2	68.0	12.9	80.9
	WSD	6.1	Standortförderung	4.8	0.1	4.8	0.4	5.2
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	46.7	28.5	18.3	4.1	22.4
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	193.8	158.5	35.3	45.0	80.3
		6.5	Existenzsicherung	162.1	13.1	149.0	0.5	149.5
		6.6	Soziale Sicherheit	392.6	80.4	312.3	9.7	321.9
		6.7	Dokumentation	5.9	0.3	5.6	1.6	7.2
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	45.8	31.3	14.5	3.5	18.0
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.1	0.0	1.0	0.1	1.1
Summe AF				**3237.2**	**1319.5**	**1917.7**	**610.9**	**2528.6**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	33.2	4.7	28.5	-30.0	-1.5
		8.2	Zentrale Finanzdienste	13.4	12.1	1.3	-2.8	-1.4
		8.3	Zentrale Personaldienste	8.9	1.1	7.8	-7.8	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	44.3	7.0	37.3	-37.3	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	22.9	11.0	11.9	-7.3	4.6
		8.6	Zentrale Materialdienste	7.4	6.1	1.2	-1.3	-0.1
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	51.0	2.2	48.7	-49.5	-0.7
		8.8	Behörden	8.3	0.3	8.0	-8.0	0.0
Summe RF				**189.3**	**44.5**	**144.8**	**-143.9**	**0.9**
Summe AF + RF				**3426.5**	**1364.0**	**2062.5**	**467.0**	**2529.5**

Tabelle 6: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2008** (Plan)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Direkte Kosten	Erlös	Saldo Teilkosten	Kalk. Pos. + Umlagen	Saldo Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	7.0	0.7	6.3	1.7	8.0
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	5.1	4.0	1.1	0.6	1.7
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	79.2	32.4	46.8	120.8	167.6
		1.4	Versorgung und Entsorgung	42.0	91.2	-49.2	45.9	-3.3
		1.5	Umwelt und Energie	24.0	20.6	3.5	3.4	6.9
	ED	2.1	Volksschulbildung	275.3	9.8	265.5	61.7	327.2
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	160.6	17.5	143.0	29.0	172.0
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	204.6	28.1	176.6	79.5	256.1
		2.4	Kulturförderung und -pflege	112.7	11.8	100.9	31.7	132.6
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	20.7	9.5	11.2	16.4	27.6
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	96.3	23.8	72.6	5.3	77.9
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	27.6	1.0	26.7	0.6	27.2
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	16.6	13.3	3.3	3.0	6.4
		3.2	Vormundschaftswesen	21.6	5.2	16.4	3.3	19.7
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	39.3	4.5	34.8	25.7	60.5
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	7.0	0.0	7.0	0.6	7.6
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.1	-0.1	1.0
		3.6	Aussenbeziehungen	1.1	0.0	1.1	0.1	1.2
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	137.8	70.7	67.1	-1.6	65.5
		4.2	Rettung	40.1	23.6	16.4	7.5	23.9
		4.3	Bevölkerungsdienste	34.8	15.1	19.8	7.7	27.4
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	18.7	11.4	7.3	5.9	13.2
		5.2	Gesundheitsdienste	24.5	2.1	22.4	1.6	24.0
		5.3	Gesundheitsversorgung	902.2	577.9	324.3	90.3	414.6
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	114.8	45.8	68.9	13.1	82.0
	WSD	6.1	Standortförderung	4.9	0.1	4.8	0.4	5.2
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	47.4	28.9	18.5	4.2	22.7
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.0	0.4	0.0	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	196.5	160.7	35.8	45.6	81.4
		6.5	Existenzsicherung	165.3	13.3	152.1	0.5	152.5
		6.6	Soziale Sicherheit	405.7	81.5	324.2	9.8	334.0
		6.7	Dokumentation	6.0	0.3	5.6	1.6	7.3
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	46.5	31.8	14.7	3.6	18.3
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.1	0.0	1.1	0.1	1.1
Summe AF				**3288.6**	**1336.5**	**1952.1**	**619.3**	**2571.4**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	33.6	4.7	28.9	-30.4	-1.5
		8.2	Zentrale Finanzdienste	13.6	12.2	1.4	-2.8	-1.4
		8.3	Zentrale Personaldienste	9.0	1.1	8.0	-8.0	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	44.9	7.1	37.8	-37.8	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	23.2	11.2	12.1	-7.4	4.7
		8.6	Zentrale Materialdienste	7.5	6.2	1.2	-1.3	-0.1
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	52.0	2.3	49.8	-50.1	-0.4
		8.8	Behörden	8.4	0.3	8.1	-8.1	0.0
Summe RF				**192.3**	**45.1**	**147.1**	**-145.8**	**1.3**
Summe AF + RF				**3480.8**	**1381.6**	**2099.2**	**473.5**	**2572.7**

Tabelle 7: **Die Finanzen der Felder im Jahre 2009** (Plan)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Direkte Kosten	Erlös	Saldo Teilkosten	Kalk. Pos. + Umlagen	Saldo Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	7.1	0.7	6.4	1.7	8.1
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	5.2	4.0	1.1	0.6	1.8
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	80.4	32.8	47.5	122.6	170.1
		1.4	Versorgung und Entsorgung	42.6	92.6	-49.9	46.6	-3.3
		1.5	Umwelt und Energie	24.4	20.9	3.5	3.4	7.0
	ED	2.1	Volksschulbildung	279.4	9.9	269.5	62.6	332.1
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	163.0	17.8	145.2	29.4	174.6
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	207.7	28.5	179.2	80.7	259.9
		2.4	Kulturförderung und -pflege	114.4	12.0	102.4	32.2	134.6
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	21.0	9.6	11.4	16.7	28.0
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	98.5	24.1	74.4	5.4	79.7
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	28.0	1.0	27.1	0.6	27.6
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	16.9	13.5	3.4	3.1	6.5
		3.2	Vormundschaftswesen	21.9	5.3	16.6	3.4	20.0
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	39.9	4.6	35.3	26.1	61.4
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	7.1	0.0	7.1	0.6	7.8
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.1	-0.1	1.0
		3.6	Aussenbeziehungen	1.1	0.0	1.1	0.1	1.2
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	138.8	70.7	68.1	-1.6	66.5
		4.2	Rettung	40.4	23.6	16.7	7.5	24.2
		4.3	Bevölkerungsdienste	35.0	15.1	19.9	7.7	27.6
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	19.0	11.6	7.4	6.0	13.4
		5.2	Gesundheitsdienste	24.8	2.1	22.7	1.7	24.4
		5.3	Gesundheitsversorgung	915.7	586.6	329.2	91.7	420.9
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	116.5	46.5	70.0	13.3	83.2
	WSD	6.1	Standortförderung	4.9	0.1	4.9	0.4	5.3
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	48.1	29.3	18.8	4.2	23.0
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.5	0.0	0.4	0.0	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	199.4	163.1	36.3	46.3	82.6
		6.5	Existenzsicherung	169.6	13.5	156.1	0.5	156.6
		6.6	Soziale Sicherheit	420.0	82.7	337.2	9.9	347.2
		6.7	Dokumentation	6.1	0.3	5.7	1.7	7.4
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	47.2	32.2	14.9	3.6	18.5
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.1	0.0	1.1	0.1	1.1
Summe AF				**3346.8**	**1354.9**	**1991.9**	**628.5**	**2620.4**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	34.1	4.8	29.3	-30.8	-1.5
		8.2	Zentrale Finanzdienste	13.8	12.4	1.4	-2.8	-1.5
		8.3	Zentrale Personaldienste	9.2	1.1	8.1	-8.1	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	45.6	7.2	38.4	-38.4	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	23.6	11.3	12.2	-7.5	4.7
		8.6	Zentrale Materialdienste	7.6	6.3	1.3	-1.3	-0.1
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	52.6	2.3	50.3	-50.8	-0.5
		8.8	Behörden	8.5	0.3	8.2	-8.2	0.0
Summe RF				**195.0**	**45.8**	**149.2**	**-148.0**	**1.2**
Summe AF + RF				**3541.8**	**1400.7**	**2141.1**	**480.5**	**2621.6**

Tabelle 8: Saldo Teilkosten

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2003	R 2004	B 2005	B 2006	P 2007	P 2008	P 2009
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung	6.4	6.1	6.3	6.1	6.2	6.3	6.4
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht	0.0	0.2	0.6	1.1	1.1	1.1	1.1
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	60.6	47.6	50.7	47.3	47.1	46.8	47.5
		1.4	Versorgung und Entsorgung	-43.0	-52.3	-53.5	-47.8	-48.5	-49.2	-49.9
		1.5	Umwelt und Energie	-3.4	3.4	5.2	3.7	3.4	3.5	3.5
	ED	2.1	Volksschulbildung	278.0	261.9	263.5	258.2	261.9	265.5	269.5
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	109.6	138.5	139.3	139.1	141.1	143.0	145.2
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	139.1	146.4	162.3	173.3	174.9	176.6	179.2
		2.4	Kulturförderung und -pflege	103.3	105.5	102.9	100.9	99.5	100.9	102.4
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung	11.0	12.0	10.8	10.9	11.0	11.2	11.4
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	41.8	41.8	42.5	69.4	71.0	72.6	74.4
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	24.4	24.3	24.7	24.7	26.3	26.7	27.1
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	3.4	3.3	3.6	3.3	3.3	3.3	3.4
		3.2	Vormundschaftswesen	18.7	17.8	16.2	16.0	16.2	16.4	16.6
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug	28.6	31.5	35.0	33.8	34.3	34.8	35.3
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.9	6.6	6.5	6.8	6.9	7.0	7.1
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern	0.7	1.1	1.1	1.0	1.0	1.1	1.1
		3.6	Aussenbeziehungen	0.9	1.0	1.0	1.0	1.1	1.1	1.1
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement	73.4	70.4	69.5	69.4	66.1	67.1	68.1
		4.2	Rettung	25.0	15.0	15.9	15.9	16.2	16.4	16.7
		4.3	Bevölkerungsdienste	23.9	20.2	15.9	18.7	19.3	19.8	19.9
	GD	5.1	Gesundheitsschutz	9.9	10.8	11.0	7.1	7.2	7.3	7.4
		5.2	Gesundheitsdienste	12.4	9.2	9.4	21.8	22.1	22.4	22.7
		5.3	Gesundheitsversorgung	265.6	254.8	268.9	315.4	319.8	324.3	329.2
		5.4	Klinische Lehre und Forschung	74.3	74.0	64.9	67.0	68.0	68.9	70.0
	WSD	6.1	Standortförderung	5.2	5.5	4.7	4.7	4.8	4.8	4.9
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	12.5	18.1	17.8	18.0	18.3	18.5	18.8
		6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.3	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr	51.7	36.6	36.5	36.3	35.3	35.8	36.3
		6.5	Existenzsicherung	106.0	126.5	112.2	139.4	149.0	152.1	156.1
		6.6	Soziale Sicherheit	358.8	373.2	381.2	303.5	312.3	324.2	337.2
		6.7	Dokumentation	6.0	5.8	5.9	5.5	5.6	5.6	5.7
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	9.4	11.3	14.0	14.3	14.5	14.7	14.9
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.8	1.0	0.9	1.0	1.0	1.1	1.1
Summe AF				**1822.1**	**1829.4**	**1847.8**	**1887.4**	**1917.7**	**1952.1**	**1991.9**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung	28.1	28.7	29.4	28.1	28.5	28.9	29.3
		8.2	Zentrale Finanzdienste	1.8	-0.6	-0.2	1.3	1.3	1.4	1.4
		8.3	Zentrale Personaldienste	8.8	7.3	8.4	7.7	7.8	8.0	8.1
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	47.1	55.3	39.9	36.7	37.3	37.8	38.4
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	12.3	12.6	12.1	11.7	11.9	12.1	12.2
		8.6	Zentrale Materialdienste	2.1	1.0	1.4	1.2	1.2	1.2	1.3
		8.7	Führung und Führungsunterstützung	47.6	47.3	50.8	48.2	48.7	49.8	50.3
		8.8	Behörden	6.3	7.1	8.3	7.9	8.0	8.1	8.2
Summe RF				**154.1**	**158.7**	**150.0**	**143.0**	**144.8**	**147.1**	**149.2**
Summe AF + RF				**1976.3**	**1988.0**	**1997.8**	**2030.4**	**2062.5**	**2099.2**	**2141.1**

Tabelle 9: Saldo Vollkosten

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2003	R 2004	B 2005	B 2006	P 2007	P 2008	P 2009
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumplanung		7.9	7.5	7.8	7.9	8.0	8.1
		1.2	Baubewilligung und Bauaufsicht		1.1	1.7	1.7	1.7	1.7	1.8
		1.3	Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum		127.9	172.4	164.8	166.3	167.6	170.1
		1.4	Versorgung und Entsorgung		5.9	0.4	-3.1	-3.3	-3.3	-3.3
		1.5	Umwelt und Energie		8.9	10.1	7.0	6.8	6.9	7.0
	ED	2.1	Volksschulbildung		322.7	319.3	318.2	322.7	327.2	332.1
		2.2	Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung		167.8	168.8	167.3	169.6	172.0	174.6
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung		213.8	239.7	250.6	253.3	256.1	259.9
		2.4	Kulturförderung und -pflege		133.6	131.1	131.8	130.8	132.6	134.6
		2.5	Sport- und Bewegungsförderung		26.0	26.8	26.8	27.2	27.6	28.0
		2.6	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe		46.7	47.3	74.6	76.2	77.9	79.7
		2.7	Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit		25.0	25.4	25.2	26.9	27.2	27.6
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen		6.4	6.5	6.3	6.3	6.4	6.5
		3.2	Vormundschaftswesen		21.2	19.3	19.2	19.4	19.7	20.0
		3.3	Strafverfolgung und -vollzug		61.4	64.0	58.8	59.7	60.5	61.4
		3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung		7.0	7.2	7.4	7.5	7.6	7.8
		3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern		0.9	1.0	0.9	0.9	1.0	1.0
		3.6	Aussenbeziehungen		1.0	1.1	1.0	1.2	1.2	1.2
	SiD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Verkehrsmanagement		68.9	66.5	67.7	64.5	65.5	66.5
		4.2	Rettung		22.5	24.4	23.4	23.6	23.9	24.2
		4.3	Bevölkerungsdienste		26.6	22.2	26.3	27.0	27.4	27.6
	GD	5.1	Gesundheitsschutz		17.7	18.5	12.8	13.0	13.2	13.4
		5.2	Gesundheitsdienste		10.1	10.5	23.4	23.7	24.0	24.4
		5.3	Gesundheitsversorgung		341.4	361.0	403.3	408.9	414.6	420.9
		5.4	Klinische Lehre und Forschung		92.1	82.7	79.8	80.9	82.0	83.2
	WSD	6.1	Standortförderung		5.8	5.1	5.1	5.2	5.2	5.3
		6.2	Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen		21.3	21.6	22.0	22.4	22.7	23.0
		6.3	Land- und Waldwirtschaft		0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
		6.4	Öffentlicher Verkehr		86.9	86.5	80.7	80.3	81.4	82.6
		6.5	Existenzsicherung		126.5	112.7	139.9	149.5	152.5	156.6
		6.6	Soziale Sicherheit		382.4	391.2	313.1	321.9	334.0	347.2
		6.7	Dokumentation		7.2	7.4	7.1	7.2	7.3	7.4
	Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)		18.5	18.1	17.7	18.0	18.3	18.5
		7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)		1.2	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1
Summe AF					**2414.7**	**2479.6**	**2490.0**	**2528.6**	**2571.4**	**2620.4**
Ressourcenfeld (RF)		8.1	Steuererhebung		0.0	0.0	-1.4	-1.5	-1.5	-1.5
		8.2	Zentrale Finanzdienste		-3.2	-2.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.5
		8.3	Zentrale Personaldienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
		8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
		8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste		3.0	3.8	4.5	4.6	4.7	4.7
		8.6	Zentrale Materialdienste		-0.4	0.5	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
		8.7	Führung und Führungsunterstützung		0.2	-0.3	-1.0	-0.7	-0.4	-0.5
		8.8	Behörden		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Summe RF					**-0.5**	**1.5**	**0.6**	**0.9**	**1.3**	**1.2**
Summe AF + RF					**2414.3**	**2481.1**	**2490.6**	**2529.5**	**2572.7**	**2621.6**

Tabelle 10: Die wichtigsten Investitionen

(Angaben in Millionen CHF)

Investitionsbereich Vorhaben	Anfangs-/ Enddatum	**Aufgabenfeld** **Nr.**	**Anteil in %**	**Nominalkredit**	**Ausschöpfung bis Ende 2005**	**B 2006**	**P 2007**	**P 2008**	**P 2009**
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur									
APS Wohnumfeld Rahmenkredit	2000 – 2008	1.3	100	22.5	13.1	4.5	3.0	1.9	0.0
N2, Nordtangente (ab 2008 durchgehend in Betrieb)	2008	1.3	100	[1]1590	1401.3	66.0	71.6	33.9	16.2
Erlenmatt, Ausführung	ab 2006	1.3	100	13.3	0.0	0.7	3.0	4.2	0.0
Verkehrsinfrastruktur St. Johann	2005 – 2009	1.3	100	22.0	2.8	4.4	3.8	5.5	5.0
Nationalstrassen, Anschluss Rheinhafen	2005 – 2010	1.3	100	[1]19.5	0.5	1.6	0.7	2.5	3.2
Attraktive Innenstadt, Planung	2006 – 2007	1.3	100	0.8	0.0	0.4	0.4	0.0	0.0
Öffentlicher Verkehr									
ÖV Erschliessung Bahnhof St. Johann – Pro Volta	2005 – 2009	6.4	100	18.5	0.0	7.0	1.9	6.9	2.2
Regio-S-Bahn: Infrastrukturanpassungen im Bad. Bahnhof und Bahnhof SBB[2]	2004 – 2007	6.4	100	5.7	0.2	3.7	0.8	0.0	0.0
Regio-S-Bahn: Neue Haltestelle Dreispitz	2004 – 2006	6.4	100	5.6	0.6	2.3	0.0	0.0	0.0
Neues TNW-Billetkonzept «Easy Ticket»[3]	2005 – 2009	6.4	100	10.0	0.0	0.9	9.0	0.1	0.1
Sanierung BVB-Tramdepot[4]	2005 – 2009	6.4	100	40.0	0.0	0.5	14.0	20.0	5.5
Sanierung und Erneuerung BVB-Gleisinfrastruktur[5]	laufend / jährlich	6.4	100	jährlich	0.0	12.0	13.0	13.0	13.0
Gesundheit									
Rahmenkredit med. Apparate 2006 – 2010	2006 – 2010	5.3/5.4	85/15	72.0	0.0	14.4	14.4	14.4	14.4
Räumliche Integration Augenspital	2006 – 2007	5.3	100	15.0	0.0	3.0	12.5	0.0	0.0
Kantonsspital Klinikum 1 West	1994 – 2006	5.3/5.4	85/15	206.5	190.8	4.7	0.0	0.0	0.0
Minimale Brandschutzmassnahmen Felix Platter-Spital	2006	5.3	100	7.0	0.0	7.0	0.0	0.0	0.0
Neubau UKBB Schanzenstrasse	2006 – 2009	5.3	100	75.0	0.0	2.5	17.0	24.5	28.0
Bildung									
Theater Basel: Sanierung Haus- und Bühnentechnik (Pauschalbetrag für 5 Jahre)	2002 – 2006	2.4	100	10.0	7.3	2.0	0.7	0.0	0.0
Schulhaus WBS St. Alban: Gesamtsanierung (Beton, Schadstoff, Dach & Fach)	2002 – 2006	2.1	100	26.4	19.3	6.5	0.6	0.0	0.0
Schulhaus Hinter Gärten: Neubau in Riehen[6]	2003 – 2005	2.1	100	16.3	7.9	8.0	0.4	0.0	0.0
St. Jakobshalle: Erweiterung (ohne Sanierungsanteil über Fr. 4 Mio.)	2003 – 2007	2.5	100	10.0	3.2	4.5	2.2	0.1	0.0
ETH-Institut für Systembiologie[7]	2004 – 2007	2.3	100	10.0	2.0	3.0	5.0	0.0	0.0
Finanzielle Beteiligung am Unterhalt der Uniliegenschaften (jährlicher Immobilienfonds)[8]	ab 2004 jährlich	2.3	100	jährlich 7.0	0.0	7.0	7.0	7.0	7.0
EURO 08: Bauliche Massnahmen[9]	2006 – 2008	2.5	offen	10.0	0.0	2.0	5.0	3.0	0.0
Bildungszentrum Gesundheit: Mieterausbau in Fremdliegenschaft[10]	2006 – 2007	2.3	100	10.0	0.0	7.0	3.0	0.0	0.0
Allgemeine Gewerbeschule: Fassaden-sanierung und Sanierung HLK (Verteilanlagen)[11]	2006 – 2010	2.2/2.3	86/14	21.5	0.0	0.5	5.3	5.3	5.3
Kunstmuseum: Herrichtung Ausstellungsräume / Verbindung zu Laurenzbau	2001 – 2006	2.4	100	15.5	13.4	2.8	0.0	0.0	0.0
				-4.5	-4.5				
				netto 11.0	8.9				
Museen Augustinergasse: Gesamtsanierung 1. Etappe	2002 – 2007	2.4	100	11.0	1.4	3.0	3.6	3.0	0.0
Übrige									
REOPEZ, Reorganisationsüberprüfung der Einsatzzentralen	2006 – 2010	4.1	100	24.0	0.0	1.4	1.1	6.0	10.7
POLYCOM Kanton Basel-Stadt	2004 – 2008	4.1	100	20.1	3.0	8.1	8.0	1.0	
Begehbar- und Nutzbarmachung an öffentlichen Gebäuden für Menschen mit einer Behinderung	2006 – 2010	1.3	1	8.7	0.0	2.0	2.0	2.0	2.0
		2.1 – 2.3	34						
		2.4	5						
		8.4	60						

[1] Bruttobeträge; Kantonsanteil 35%. [2] Zeitliche Verschiebung aufgrund Verlauf/Ergebnissen Vorprojektierung und Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG und dem Land Baden-Württemberg. [3] Der im Budget eingestellte Betrag wird aller Voraussicht nach überschritten. Zusammen mit dem Ratschlag wird die in die IP eingestellte Summe erhöht werden müssen. [4] Kredit inkl. Projektierung. Erneute Verschiebung geg. PP 05 – 08 aufgrund Planungsverzögerungen und wegen Depotbrand. [5] Ab 2004 Mittelzuteilung nicht mehr über Pauschale, sondern über Einzelprojekte; Budget- und Planwerte daher Summe der jeweiligen Einzelprojekte. [6] Der Beginn des Schulhausneubaus hat sich aufgrund von Einsprachen deutlich verzögert. [7] Anschubfinanzierung für den Aufbau eines ETH-Instituts für Systembiologie in Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Kanton Basel-Landschaft leistet den gleichen Betrag wie Basel-Stadt. Insgesamt stehen so Fr. 20 Mio. zur Verfügung. [8] Hierbei handelt es sich um den jährlichen Anteil BS von Fr. 7 Mio. für den Liegenschaftsunterhalt der Universitätsgebäude. Der Kanton Basel-Landschaft leistet den selben jährlichen Betrag. Diese neue Regelung gilt seit Budget-/Rechnungsjahr 2004 ff. [9] Hierbei handelt es sich um einen Platzhalter für bauliche Massnahmen im IP-Bereich Hochbauten zu Gunsten der EURO 08. Der Grossteil der baulichen Massnahmen dürfte auf das Aufgabenfeld Sport- und Bewegungsförderung entfallen. [10] Derzeit steht man in intensiven Verhandlungen. Es ist noch nicht ganz klar, ob die nötigen Ausbauinvestitionen seitens Kanton oder vom Vermieter vorgenommen werden. [11] Die Bauten der AGS sind nahezu seit 45 Jahren in Betrieb. Mit Ausnahme der laufenden Unterhaltsarbeiten sind an der Gebäudehülle sowie an den Haustechnikanlagen (Verteilanlagen) kaum Instandsetzungsarbeiten vorgenommen worden. Dies erklärt zur Hauptsache den sehr grossen Investitionsbedarf.

(Angaben in Millionen CHF)

Pos.			R 2003*	R 2004	B 2005	B 2006	P 2007	P 2008	P 2009
1		Erlös aller Felder	**1331.8**	**1358.5**	**1303.8**	**1346.7**	1364.0	1381.6	1400.7
2		Direkte Kosten aller Felder	**3308.1**	**3346.5**	**3301.6**	**3377.1**	3426.5	3480.8	3541.8
3	(2-1)	Saldo Teilkosten aller Felder	**1976.3**	**1988.0**	**1997.8**	**2030.4**	2062.5	2099.2	2141.1
4		Kalkulatorische Positionen und Umlagen		**426.2**	**483.3**	**460.2**	467.0	473.5	480.5
5	(3+4)	**Saldo Vollkosten aller Aufgabenfelder**		**2414.3**	**2481.1**	**2490.6**	**2529.5**	**2572.7**	**2621.6**
6		Interner Zinsertrag	**12.3**	**11.9**	**11.3**	**9.3**	9.3	9.3	9.3
7		Abschreibungen in Spezialfinanzierungen	**19.7**	**17.8**	**18.1**	**13.7**	13.9	14.1	14.3
8		Zentraler Ertrag	**19.9**	**9.3**	**11.6**	**12.2**	12.3	13.0	13.1
9		Zentraler Aufwand	**56.6**	**-17.3**	**10.2**	**22.3**	24.6	24.9	25.2
10		*Abgrenzungen zur Kostenrechnung Kosten*	**0.0**	**75.1**	**84.8**	**71.6**	72.6	73.6	74.7
11		*Abgrenzungen zur Kostenrechnung Erlös*	**0.0**	**66.6**	**58.6**	**49.6**	50.3	51.0	51.8
12	(3-6+7-8+9+10-11)	**ONA Gesamtkanton**	**2020.4**	**1975.9**	**2029.3**	**2066.9**	**2101.7**	**2138.6**	**2181.2**
13		Allgemeiner Ertrag	**2457.0**	**2379.4**	**2367.5**	**2441.9**	2478.5	2499.3	2520.1
14		Allgemeiner Aufwand	**168.1**	**168.3**	**202.8**	**171.0**	149.6	157.8	166.3
15	(13-14)	**Allgemeiner Nettoertrag**	**2288.9**	**2211.1**	**2164.8**	**2271.0**	**2328.8**	**2341.5**	**2353.8**
16		Abschreibungen gemäss Staatsrechnung (Verwaltungsvermögen)	**284.2**	**275.0**	**275.7**	**260.3**	270.9	267.0	268.6
17		Abschreibungen gemäss Staatsrechnung (Finanzvermögen)	**6.8**	**12.9**	**5.7**	**7.1**	7.0	7.0	7.0
18	(16+17)	**Total Abschreibungen**	**291.0**	**287.9**	**281.3**	**267.4**	**277.9**	**274.0**	**275.6**
19	(1+6+8+11+13)	Total Ertrag der Laufenden Rechnung	**3821.0**	**3825.7**	**3753.0**	**3859.8**	3914.4	3954.2	3994.9
20	(2+9+10+14+18)	Total Aufwand der Laufenden Rechnung	**3823.7**	**3860.6**	**3880.7**	**3909.4**	3951.3	4011.1	4083.7
21	(19-20)	**Saldo der Laufenden Rechnung**	**-2.7**	**-34.9**	**-127.7**	**-49.6**	**-36.9**	**-56.9**	**-88.7**
22		Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen	**218.3**	**180.4**	**244.1**	**261.7**	272.6	276.4	280.6
23		Veränderung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen	**18.6**	**-12.0**	**0.0**	**0.0**	0.0	0.0	0.0
24	(22+23)	**Saldo der Investitionsrechnung**	**236.9**	**168.4**	**244.1**	**261.7**	**272.6**	**276.4**	**280.6**
25		Veränderung Spezialfinanzierungen	**4.9**	**-1.8**	**5.3**	**14.0**	14.0	14.0	14.0
26		Debitorenverluste	**-4.5**	**-10.7**	**-3.4**	**-4.7**	-4.7	-4.7	-4.7
27	(18+21+25+26)	**Selbstfinanzierung**	**288.7**	**240.6**	**155.5**	**227.1**	**250.4**	**226.4**	**196.3**
28	*(27/24)*	***Selbstfinanzierungsgrad***	***121.8%***	***142.8%***	***63.7%***	***86.8%***	***91.9%***	***81.9%***	***69.9%***
29	(27-24)	**Finanzierungssaldo**	**51.7**	**72.1**	**-88.6**	**-34.6**	**-22.2**	**-50.0**	**-84.3**
30		Nettoschuldenbestand	**3559.9**	**3494.0**	**3582.6**	**3617.2**	3639.3	3689.3	3773.7

* Ohne Auflösung Krisenfonds von 89,6 Mio. Fr. im Jahr 2003

7. Die Planungsaufträge

Die Liste verzeichnet die laufenden Planungsaufträge, die der Grosse Rat dem Regierungsrat zur Erledigung überwiesen hat und welche bisher noch aussteht. Vom Grossen Rat bereits als erledigt abgeschriebene Planungsaufträge, deren Anliegen der Regierungsrat umgesetzt oder in den Politikplan aufgenommen hat, vermerkt die Liste nicht.

Jeweils im Herbst jedes Jahres nimmt der Regierungsrat gegenüber dem Grossen Rat Stellung über den Stand der Planungsaufträge und beantragt ihm deren Abschreibung oder Stehenlassen.

Planungsauftrag	Departement	GR dem RR überwiesen	Frist	Stand
Planungsauftrag zur Ergänzung des Politikplans mit Indikatoren und Kennzahlen, die sich fürs «Politikcontrolling» eignen	FD	*8. Dezember 2004*	*8. Dezember 2006*	in Bearbeitung
Planungsauftrag zur Schaffung von Pflegeplätzen für schwerst behinderte Menschen in Basel-Stadt	ED	*8. Dezember 2004*	*8. Dezember 2006*	in Bearbeitung

Gemäss § 33c und § 37a der Geschäftsordnung des Grossen Rates, in Kraft seit 1. Juli 2005, gibt es anstelle des Planungsauftrages neu den Planungsanzug (Antrag auf Änderung des Politikplans) und das Vorgezogene Budgetpostulat (Antrag auf Veränderungen in einem zukünftigen Budget). Da inzwischen noch keine Planungsanzüge oder Vorgezogenen Budgetanträge eingereicht wurden, verwendet diese Ausgabe des Politikplans nach wie vor die Bezeichnung Planungsaufträge.

8. Die Leistungserbringer

Kapitel 5 weist in seinen Aufgaben- und Ressourcenfeldern die Leistungserbringer nicht aus. Diese Liste gibt einen Überblick über alle Leistungserbringer, in welchem Feld sie ihre Leistung tätigen und innerhalb welchem Departement sie dies tun.

Leistungserbringer	Departement/Behörde	intern und extern	Feld
Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste	JD	intern	AF 3.3
Abteilung Grenz- und Fahndungspolizei	SiD	intern	AF 4.1
Abteilung Jugend, Familie und Prävention	JD	intern	AF 3.4
Abteilung Schule und Freizeit	ED	intern	AF 2.1 und AF 2.2
Aids-Hilfe beider Basel	GD	extern	AF 5.2
Allgemeine Bibliotheken der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige	ED	extern	AF 2.4
Alters- und Pflegeheime inkl. Bürgerspital	GD	extern	AF 5.3
Amt für Ausbildungsbeiträge	ED	intern	AF 2.3
Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	ED	intern	AF 2.2
Amt für Sozialbeiträge	WSD	intern	AF 6.5
Amt für Sozialbeiträge	WSD	intern	AF 6.6
Amt für Umwelt und Energie	BD	intern	AF 1.4 und AF 1.5
Amt für Wirtschaft und Arbeit	WSD	intern	AF 6.2
Amt für Wirtschaft und Arbeit inkl. Kantonale Zentralstelle für Wirtschaftliche Landesversorgung	WSD	intern	AF 6.1
Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	ED	intern	AF 2.4
Appellationsgericht	Gerichte	intern	AF 7.1
Archäologische Bodenforschung	ED	intern	AF 2.4
Basel Tourismus	WSD	extern	AF 6.1
Basel Verkehrs-Betriebe	WSD	intern	AF 6.4
Baselland Transport AG	WSD	extern	AF 6.4
Basler Frauenverein	ED	extern	AF 2.7
Basler Freizeitaktion	JD	extern	AF 3.4
Basler Personenschifffahrts-Gesellschaft	WSD	extern	AF 6.4
Basler Sinfonie-Orchester	ED	extern	AF 2.4
Bauinspektorat	BD	intern	AF 1.2
Baurekurskommission	BD	intern	AF 7.2
Berufsschulen, staatliche und subventionierte	ED	intern und extern	AF 2.2 und AF 2.3
Betreibungs- und Konkursamt	Gerichte	intern	AF 7.1
Bevölkerungsdienste	SiD	intern	AF 4.3
Blaues Kreuz	GD	extern	AF 5.2
Denkmalpflege	ED	intern	AF 2.4
Departementssekretariat	BD	intern	RF 8.7
Departementssekretariat	ED	intern	RF 8.7
Departementssekretariat	FD	intern	RF 8.7
Departementssekretariat	JD	intern	RF 8.7
Departementssekretariat	GD	intern	RF 8.7
Departementssekretariat	SiD	intern	RF 8.7
Departementssekretariat	WSD	intern	RF 8.7
Departementssekretariat Bereich Landwirtschaft	WSD	intern	AF 6.3
Departementssekretariat Bereich Luftverkehr	WSD	intern	AF 6.4
Dienst für technische Unterrichtsmittel	ED	intern	AF 2.1 und AF 2.2
Diplommittelschule/Fachmaturitätsschule	ED	intern	AF 2.2
Einsatzunterstützung	SiD	intern	AF 4.2
Erbschaftsamt	Gerichte	intern	AF 7.1
Euro Airport Basel-Mulhouse	WSD	extern	AF 6.4
Fachhochschule beider Basel	ED	extern	AF 2.3
Familien- und Erziehungsberatung	JD	extern	AF 3.2 und AF 3.4
Felix Platter-Spital	GD	intern	AF 5.3
Feuerwehr	SiD	intern	AF 4.2
Finanzkontrolle	Grosser Rat	intern	RF 8.8
Finanzverwaltung	FD	intern	RF 8.2
Fondation Beyeler	ED	extern	AF 2.4
Forstamt beider Basel	WSD	intern	AF 6.3
Frauenberatung des Basler Frauenvereins	JD	extern	AF 3.5
Frauenhaus	JD	extern	AF 3.1
Frauenrat	JD	intern	AF 3.5

Leistungserbringer	Departement/Behörde	intern und extern	Feld
Gemeinden Riehen und Bettingen	WSD	extern	AF 6.6
Gemeindespital Riehen	GD	extern	AF 5.3
Gemeinsames Sekretariat Oberrheinkonferenz	JD	extern	AF 3.6
Gesundheits- und Krankenpflege-Schulen der Privatspitäler	GD	extern	AF 5.4
Gesundheitsdienste	GD	intern	AF 5.2 und AF 8.3
Gesundheitsschutz	GD	intern	AF 5.1
Gesundheitsversorgung	GD	intern	AF 5.3 und AF 5.4
Gleichstellungsbüro	JD	intern	AF 3.5
Grosser Rat	Grosser Rat	intern	RF 8.8
Grundbuch- und Vermessungsamt	JD	intern	AF 3.1
Gymnasien	ED	intern	AF 2.2
Handelsregisteramt	JD	intern	AF 3.1
Heilpädagogischer Dienst	ED	intern	AF 2.1
Heimschulen	ED	intern	AF 2.1
Historisches Museum Basel	ED	intern	AF 2.4
Hochbau- und Planungsamt	BD	intern	AF 1.1 und RF 8.4
Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel	ED	extern	AF 2.3
Industrielle Werke Basel	BD	intern	AF 1.4
Infobest Palmrain	JD	extern	AF 3.6
Institut für Rechtsmedizin	GD	intern	AF 5.1 und AF 5.4
Institut für Sozial- und Präventivmedizin	GD	extern	AF 5.4
Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/-innenfortbildung	ED	intern	AF 2.3
Integration	SiD	intern	AF 4.3
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	JD	intern und extern	AF 3.3
Jugendstrafgericht	Gerichte	intern	AF 7.1
Kammerorchester Basel	ED	extern	AF 2.4
Kantonaler Führungsstab	SiD	intern	AF 4.1
Kantonales Labor	GD	intern	AF 5.1
Kantonspolizei	SiD	intern	AF 4.1
Kaserne	ED	extern	AF 2.4
Katastrophenorganisation	SiD	intern	AF 4.1
Kinder- und Jugendheime	ED	extern	AF 2.6
Kindergärten	ED	intern	AF 2.1
Kleinklassen	ED	intern	AF 2.1
Koordinationsstelle Behindertentransport beider Basel	WSD	extern	AF 6.4
Koordinationsstelle für Informatik	FD	intern	RF 8.5
Kundenzentrum Bevölkerungsdienste	SiD	intern	AF 4.3
Kunsthalle	ED	extern	AF 2.4
Kunstmuseum Basel	ED	intern	AF 2.4
Landschulen	ED	intern	AF 2.1
Logis Bâle	BD	intern	AF 1.1 und AF 3.3
Logopädischer Dienst	ED	intern	AF 2.1
Lotteriefonds	SiD	intern	RF 8.8
Lufthygieneamt beider Basel	BD	intern	AF 1.5
Massnahmen und Aufenthalte	SiD	intern	AF 4.3
Materialzentrale	ED	intern	RF 8.6
MCH Messe Schweiz	WSD	extern	AF 6.1
Museum der Kulturen Basel	ED	intern	AF 2.4
Musik-Akademie	ED	extern	AF 2.3
Naturhistorisches Museum Basel	ED	intern	AF 2.4
Öffentliche Krankenbasse Basel	WSD	extern	AF 6.6
Öffentliche Zahnkliniken	GD	intern	AF 5.3
Öffentlicher Verkehr	WSD	intern	AF 6.4
Ombudsman	Grosser Rat	intern	RF 8.8
Opferhilfeorganisationen	JD	extern	AF 3.1
Orientierungsschule	ED	intern	AF 2.1
Pädagogische Dokumentationsstelle	ED	intern	AF 2.1 und AF 2.2
Parlamentsdienst	Grosser Rat	Intern	RF 8.8
Pensionskasse Basel-Stadt	FD	extern	RF 8.3
Primarschulen	ED	intern	AF 2.1
Privatspitäler	GD	extern	AF 5.3
Psychiatrierekurskommission	GD	intern	AF 7.2
Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft	GD	extern	AF 5.3
Quartiertreffpunkte	ED	extern	AF 2.7
Rechnungswesen/Controlling	FD	intern	RF 8.2

Leistungserbringer	Departement/Behörde	intern und extern	Feld
Rechtsabteilung	JD	intern	AF 3.1
Regierungsrat	Regierungsrat	intern	RF 8.7
Regio Basiliensis	JD	extern	AF 3.6
Rekurskommissionen siehe unter Baurecht-, Psychiatrie- und Steuerrekurskommission			
Rettung	SiD	intern	AF 4.2
Rheinschifffahrtsdirektion	WSD	intern	AF 6.4
Sanität	SiD	intern	AF 4.2
Schlachthof	GD	intern	AF 5.1
Schule für Brückenangebote	ED	intern	AF 2.2
Schulheime	ED	intern	AF 2.6
Schulpsychologischer Dienst	ED	intern	AF 2.1
Schweizerisches Tropeninstitut	ED	extern	AF 2.3
Schweizerische Bundesbahnen	WSD	extern	AF 6.4
Selbsthilfezentrum Hinterhuus	GD	extern	AF 5.3
Sicherheitsabteilung	SiD	intern	AF 4.1
Sonderpädagogische Schulen	ED	intern	AF 2.1
Sozialhilfe der Stadt Basel und der Gemeinden Riehen und Bettingen	WSD	extern	AF 6.5
Sozialversicherungsgericht	Gerichte	intern	AF 7.1
Spitex	GD	extern	AF 5.3
Sportamt	ED	intern	AF 2.5
St. Jakobshalle	ED	intern	AF2.5
Staatsanwaltschaft	Regierungsrat	intern	RF 3.3
Staatsarchiv	WSD	intern	AF 6.7
Staatskanzlei	Regierungsrat	intern	RF 8.7
Stadtgärtnerei und Friedhöfe	BD	intern	AF 1.3
Stadtmarketing	WSD	intern	AF 6.1
Stadtteilsekretariat Kleinbasel	ED	extern	AF 2.7
Statistisches Amt	WSD	intern	AF 6.7
Steuerrekurskommission	FD	intern	AF 7.2
Steuerverwaltung	FD	intern	RF 8.1
Stiftung Melchior	GD	extern	AF 5.3
Strafgericht	Gerichte	intern	AF 7.1
Studienberatung	ED	intern	AF 2.3
Suchthilfe Region Basel	GD	extern	AF 5.2
Tagesheime	ED	intern	AF 2.7
Tagesschulen	ED	intern	AF 2.7
Theater Basel	ED	extern	AF 2.4
Tiefbauamt	BD	intern	AF 1.3 und AF 1.4
Universitäre Psychiatrische Kliniken	GD	intern	AF 5.3 und AF 5.4
Universität Basel	ED	extern	AF 2.3
Universitätskinderspital beider Basel	GD	extern	AF 5.3 und AF 5.4
Universitätsspital Basel	GD	intern	AF 5.3 und AF 5.4
Untersuchungs- und Ausschaffungsgefängnis	SiD	intern	AF 4.3
Verein Beratungsstelle HELP! For Families	JD	extern	AF 3.2
Verein Eulerstross nüün	JD	extern	AF 3.4
Verein für Gefangenenbetreuung	JD	extern	AF 3.3
Verein Mobile Jugendarbeit	JD	extern	AF 3.4
Verein Neustart	JD	extern	AF 3.3
Verein Robi-Spiel-Aktionen	JD	extern	AF 3.4
Verfassungsrat	Verfassungsrat	intern	RF 8.8
Verkehrsabteilung	SiD	intern	AF 4.1
Veterinäramt	GD	intern	AF 5.1
Volkshochschule und Seniorenuniversität beider Basel	ED	extern	AF 2.3
Vormundschaftsbehörde	JD	intern	AF 3.2 und AF 3.4
Wahlen und Abstimmungen	SiD	intern	AF 4.3
Weiterbildungsschule	ED	intern	AF 2.1
Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft	WSD	extern	AF 6.1
Wirtschaftsmittelschule	ED	intern	AF 2.2
Wohnheime, Werkstätten und Förderstätten für Erwachsene mit Behinderungen	ED	intern	AF 2.6
Zahnliniken	GD	intern	AF 5.3
Zentrale Informatik-Dienststelle	FD	intern	RF 8.5
Zentraler Personaldienst	FD	intern	RF 8.3
Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr	FD	intern	RF 8.2 und RF 8.4
Zivilgericht	Gerichte	intern	AF 7.1
Zivilstandsamt mit Bestattungsbüro/Bürgerrechtsdienst	JD	intern	AF 3.1

9. Die Produktgruppen pro Feld

Jedes Aufgaben- und Ressourcenfeld beinhaltet in der Regel mehrere Produktgruppen. Als Grundlage für die departementale Planung und Berichterstattung bilden sie die Steuerungselemente auf Stufe der Departemente ab.

Dept.	Aufgabenfeld und Ressourcenfeld	Produktgruppen
BD	1.1 Raumplanung	Agglomerationsplanung
		Raum- und Mobilitätsentwicklung
		Bauvorleistungen 2
	1.2 Baubewilligung und Bauaufsicht	Baubewilligung und Bauaufsicht
	1.3 Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum	Stadtreinigung und Abfallsammlung
		Stadtgrün
		Bestattungen
		Strassen
		Gewässer
		Werkstätten
	1.4 Versorgung und Entsorgung	Abwasserentsorgung
		Kehrichtverbrennungsanlage
	1.5 Umwelt und Energie	Umweltschutz
		Energie
		Luftreinhaltung und Schutz vor nicht ionisierenden Strahlen
	7.2 Rechtsprechung	Baurekurskommission
	8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	Hochbaudienste
		Bauvorleistungen 1
ED	2.1 Volksschulbildung	Allgemeine Bildung im Kindergarten
		Allgemeine Bildung in der Primarschule
		Allgemeine Bildung in der Orientierungsschule
		Volksschulbildung Landschulen
		Allgemeine Ausbildung an der Weiterbildungsschule
		Heilpädagogische Angebote
		Sonderschulung
		Stabsleistungen Schulen
		Schuldienste
		Dienstleistungen für behinderte/entwicklungsauffällige Kinder (HPD)
		Logopädische Interventionen (LPD)
		Psychologische Interventionen (SPD)
	2.2 Weiterführende Schulbildung und Berufsbildung	Gymnasiale Bildung *am Gymnasium Bäumlihof*
		Gymnasiale Bildung *am Gymnasium Kirschgarten*
		Gymnasiale Bildung *am Gymnasium am Münsterplatz*
		Gymnasiale Bildung *am Gymnasium Leonhard*
		Gymnasiale Bildung *am Wirtschaftsgymnasium*
		Ausbildung an der Wirtschaftsmittelschule
		Ausbildung an der Fachmaturitätsschule
		Berufliche Vorbildung *Schule für Brückenangebote*
		Berufliche Vor- und Grundbildung *Berufs- und Frauenfachschule*
		Berufliche Vor- und Grundbildung *Gewerblich-industrielle Berufsschule*
		Berufliche Grundbildung *Schule für Gestaltung*
		Kaufmännische Berufsbildung
		Berufsbildung und Berufsberatung
		Nachholbildung Maturität
	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung	Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen
		Ausbildung, Forschung und Dienstleistungen an Fachhochschulen
		Lehrer/-innenweiterbildung Basel-Stadt (transferiert von AF 2.1)
		Berufliche Aus- und Weiterbildung *Berufs- und Frauenfachschule*
		Berufliche Aus- und Weiterbildung *Gewerblich-industrielle Berufsschule*
		Berufliche Aus- und Weiterbildung *Schule für Gestaltung*

Dept.	Aufgabenfeld und Ressourcenfeld	Produktgruppen
ED *(Forts.)*	2.3 Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung *(Forts.)*	*Berufliche Bildung nicht akademische Berufe im Gesundheitswesen*
		Tertiärstufe (transferiert von AF 5.4)
		Allgemeine Erwachsenenbildung
		Musikalische Bildung im nicht berufsbildenden Bereich
		Ausbildungsbeiträge für die nachobligatorische Bildung und Weiterbildung
	2.4 Kulturförderung und -pflege	*Förderung des Kunstschaffens*
		Leistungen des Kunstmuseums Basel
		Leistungen des Historischen Museums Basel
		Leistungen des Museums der Kulturen Basel
		Leistungen des Naturhistorischen Museums Basel
		Leistungen des Antikenmuseums Basel und der Sammlung Ludwig
		Sicherung, Erforschung, Vermittlung des archäologischen Erbes
		Erhaltung des baulichen Erbes
		Stabsleistungen Kultur
	2.5 Sport- und Bewegungsförderung	Sportförderung
		Bereitstellung der Sportinfrastruktur
		Betreiben einer Mehrzweckeinrichtung
	2.6 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	Stationäre Jugendhilfe
		Behindertenhilfe
	2.7 Tagesbetreuung von Kindern und Quartierarbeit	Quartierarbeit und Beratung
		Tagesbetreuung von Kindern
		Schulergänzende Tagesstrukturen
	8.6 Zentrale Materialdienste	Zentrale Materialdienste
FD	7.2 Rechtssprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	Steuerrekurskommission
	8.1 Steuererhebung	Erhebung der periodischen direkten Steuern
		Erhebung der nicht periodischen direkten Steuern
	8.2 Zentrale Finanzdienste	*Interne Finanzdienstleistungen*
		Rechnungswesen und Controlling
		SAP/MIS Betrieb und Entwicklung
	8.3 Zentrale Personaldienste	Zentrales Personalmanagement
	8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste	Wahrung der Eigentümerinteressen
		Liegenschaftsbewirtschaftung
	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste	Betrieb
		Infrastruktur
		Datendienste
JD	3.1 Rechts- und Registerwesen	Eheschliessung und Zivilstandsregister
		Einbürgerungen und Bestattungsanordnungen
		Führung des kantonalen Handelsregisters
		Bereitstellen und Nachführen der Grundstücks- und Vermessungsgrundlagen BS
		Aus- und Weitergabe der Grundstücks- und Vermessungsgrundlagen BS
		Besondere Dienstleistungen
		Juristische Dienstleistungen und Stiftungsaufsicht
	3.2 Vormundschaftswesen	Entscheide und Massnahmen der Vormundschaftsbehörde
	3.3 Strafverfolgung und -vollzug	Straf- und Massnahmenvollzug
		Strafrechtliche Verfahren
	3.4 Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien
		Sucht-/Gewaltprävention und Intervention gegen häusliche Gewalt
	3.5 Gleichstellung von Frauen und Männern	Gleichstellungsförderung innerhalb und ausserhalb der Verwaltung
	3.6 Aussenbeziehungen	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Aussenbeziehungen
	8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste	Betrieb Telefonzentrale
SiD	4.1 Sicherheit, Ordnung, *Verkehrsmanagement*	Prävention und Intervention
		Verkehrsmanagement (transferiert vom eh. 4.2)
		Ermittlungen (transferiert vom eh. 4.3)
		Hilfestellungen
		Katastrophenvorsorge und -einsätze *(transferiert vom eh. 4.4)*

Dept.	Aufgabenfeld und Ressourcenfeld	Produktgruppen
SiD *(Forts.)*	4.2 *Rettung*	*Führungsunterstützung (transferiert vom eh. 4.1 und 4.4)*
		Einsatzunterstützung (transferiert vom eh. 4.1 und 4.4)
		Feuerwehr (transferiert vom eh. 4.1)
		Sanität (transferiert vom eh. 4.1)
	4.3 *Bevölkerungs*dienste	*Unterstützungsleistungen (transferiert vom eh. 4.1 und 4.5)*
		Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen (transferiert von RF 8.7)
		Kundenzentrum (transferiert vom eh. 4.1)
		Aufenthalte (transferiert vom eh. 4.1)
		Massnahmen (transferiert vom eh. 4.1)
		Untersuchungsgefängnis
		Ausschaffungsgefängnis
GD	5.1 Gesundheitsschutz	Anlagensicherheit und Konsumentenschutz
		Bewältigung von Katastrophen, ABC-Ereignissen und ausserordentlichen Lagen
		Rechtsmedizinische Dienstleistungen
		Kontrolle und Überwachung von Tieren und Tierprodukten
	5.2 Gesundheitsdienste	*Gesundheitsdienste*
	5.3 Gesundheitsversorgung	Zahnmedizinische Betreuung
		Bedarfs- und kostengerechte Langzeitpflege
		Medizinische Versorgung USB
		Medizinische Versorgung FPS
		Medizinische Versorgung UPK
		Medizinische Versorgung Leistungseinkauf
	5.4 Klinische Lehre und Forschung	*Medizinische Lehre und Forschung USB*
		Medizinische Lehre und Forschung FPS
		Medizinische Lehre und Forschung UPK
		Medizinische Lehre und Forschung Leistungseinkauf
	7.2 Rechtsprechung	Psychiatrie-Rekurskommission
WSD	6.1 Standortförderung	Stadtmarketing
		Wirtschafts*dienste*
	6.2 Arbeitsmarkt und Schlichtungswesen	Schlichtungswesen
		Eingliederung in den Arbeitsmarkt
		Rahmenbedingungen Arbeitsmarkt
	6.3 Land- und Waldwirtschaft	Land- und Waldwirtschaft
	6.4 Öffentlicher Verkehr	Eisenbahn
		Tram und Bus
		Tarife und Verbünde
		Rheinhafen und Rheinschifffahrt
		Luftverkehr
		Zusatzverkehr
	6.5 Existenzsicherung	Sozialhilfe
		Entwicklungszusammenarbeit
	6.6 Soziale Sicherheit	Sozialleistungen und *Wohnen*
		Durchführung der Krankenversicherung
	6.7 Dokumentation	Staatsarchiv
		Statistik, *Analyse und Prozessunterstützung*
	adm. 8.7 *Führung und Führungs-unterstützung*	*Hoheitliche Leistungen und Dienstleistungen*
		Unterstützung des Regierungsrates
	8.8 *Behörden*	

10. Glossar

Allgemeiner Nettoertrag	Der allgemeine Nettoertrag (ANE) ist der nichtspezifische, allgemeine Ertrag zum Beispiel aus Steuern, Vermögen oder Anteilen an Bundessteuern oder Nationalbankgewinnen, abzüglich dem allgemeinen Aufwand, zum Beispiel Zinsen für Staatsschulden oder für die Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Positionen aus dem Ordentlichen Nettoaufwand sind nicht enthalten.
Aufgabenfeld	Aufgabenfelder beinhalten die nach aussen gerichteten Tätigkeiten der Verwaltung, die eine direkte Wirkung in der Bevölkerung entfalten. Jedes Feld umfasst in sich ähnliche Produktgruppen und ist aus organisatorischen und führungstechnischen Gründen einem Departement zugeordnet.
Aufwand	Der Aufwand bezeichnet die Ausgaben der Laufenden Rechnung wie Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsaufwand oder Subventionen. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 300 000 Franken betragen, sind nicht im Aufwand, sondern in den Ausgaben der Investitionsrechnung enthalten.
Bruttoschulden	Bruttoschulden bezeichnen Fremdkapital, das heisst die Passiven der Bilanz abzüglich dem allfällig vorhandenen Eigenkapital.
Budget	Das Budget beinhaltet die Zusammenstellung der Finanzzahlen für das kommende Jahr. Der Grosse Rat beschliesst darüber.
Ertrag	Der Ertrag bezeichnet die Einnahmen der Laufenden Rechnung wie zum Beispiel Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge oder Entgelte. Beiträge für Investitionen, die grösser als 300 000 Franken sind, sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung enthalten.
Finanzierungssaldo	Das Finanzierungssaldo bezeichnet die Differenz zwischen den in einer Periode erzielten eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 300 000 Franken betragen. Über eine zusätzliche Verschuldung finanzierte Investitionen schlagen sich in einem Negativ-Saldo nieder.
Finanzrechnung	Die Finanzrechnung zeigt, wie 300 000 Franken übersteigende Investitionen im Verwaltungsvermögen durch eigene Mittel finanziert werden.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen ist Vermögen, das nicht direkt einem staatlichen Zweck dient.
Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung enthält die Ausgaben und Einnahmen für Investitionsvorhaben über 300 000 Franken im Verwaltungsvermögen.
Kalkulatorische Positionen	Kalkulatorische Positionen sind Grössen, die nicht direkt geldwirksam die nutzniessende Dienststelle ausgibt oder einnimmt, sondern rechnerisch dem Ergebnis zugeschlagen werden. Darin enthalten sind einerseits die Querschnittskosten für Leistungen vor allem aus den Bereichen Informatik, Personalwesen und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits enthalten sie die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen – da deren Beschaffung die Finanzverwaltung und nicht die nutzniessenden Stellen finanziert, übernehmen diese auch nicht die Zinsen – und die Abschreibungen gemäss Nutzungsdauer einer Investition oder die kalkulatorischen Mieten.
Kapitalkosten	Die Kapitelkosten sind die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen.
Kennzahl	Die Kennzahl beschreibt einen Zustand oder eine Entwicklung.

Laufende Rechnung	Die Laufende Rechnung enthält sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen. Investitionen über 300 000 Franken sind über die Abschreibungen enthalten.
Nettoschulden	Die Nettoschulden sind die Bruttoschulden abzüglich dem Finanzvermögen.
Ordentlicher Nettoaufwand	Der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) bezeichnet den departementsspezifischen Aufwand ohne Abschreibungen und abzüglich dem departementsspezifischen Ertrag. Er enthält keine Positionen aus dem Allgemeinen Nettoertrag.
Planungsauftrag	In Form eines Planungsauftrages beauftragt der Grosse Rat den Regierungsrat, Änderungen im Politikplan oder zukünftigen Budget vorzunehmen. *Gemäss §33c und §37a der Geschäftsordnung des Grossen Rates, in Kraft seit 1. Juli 2005, gibt es anstelle des Planungsauftrages neu den Planungsanzug (Antrag auf Änderung des Politikplans) und das Vorgezogene Budgetpostulat (Antrag auf Veränderungen in einem zukünftigen Budget). Da inzwischen noch keine Planungsanzüge oder Vorgezogenen Budgetanträge eingereicht wurden, verwendet diese Ausgabe des Politikplans nach wie vor die Bezeichnung Planungsaufträge.*
Politikbereich	Der Politikbereich ist die oberste Ebene des Politikplans und zeichnet in sieben Politikbereichen die grossen Linien des staatlichen Handelns.
Politikplan	Der Politikplan ist das zentrale, mittelfristig über vier Jahre ausgelegte Planungsinstrument des Regierungsrats und weist neben Finanzplan und Angaben zur Ausgangslage und Schwerpunkten in Aufgaben- und Ressourcenfeldern das staatliche und staatlich finanzierte Handeln und seine Kosten aus.
Produktgruppe	Eine Produktgruppe beschreibt einzelne, relativ homogene Leistungen, mit welchen effizient und effektiv eine politisch gewünschte Wirkung erzielt werden soll. Im Rahmen der Planung und der Berichterstattung stellen die Produktgruppen den Unterbau zu den Aufgaben- und Ressourcenfeldern dar und bilden so die Steuerungsebene der Departemente ab.
Rechnung	Die Rechnung umfasst die Zusammenstellung der Finanzzahlen eines vergangenen Jahres.
Ressourcenfeld	Die Ressourcenfelder enthalten die Tätigkeiten der Verwaltung, die den nach aussen gerichteten Aufgabenfeldern die notwendige Ressourcen wie Personal-, Raum-, Informatik- und Finanzdienstleistungen zur Verfügung stellen, damit diese ihre Leistungen erbringen können.
Saldo Teilkosten	Der Saldo Teilkosten (STK) umfasst die Kosten und Erlöse, welche die Leistungserbringer direkt verantworten. Enthalten sind dabei Kapitalkosten auf Kleininvestitionen und verrechneten Raumkosten; nicht enthalten sind kalkulatorische Raumkosten, Kapitalkosten von Grossinvestitionen und Umlagen von Querschnittsleistungen.
Saldo Vollkosten	Der Saldo Vollkosten (SVK) errechnet sich aus dem Saldo Teilkosten der Aufgabenfelder und den kalkulatorischen Kosten – den kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen auf den Grossinvestitionen – sowie den Umlagen von Querschnittsleistungen, das heisst den primär mit einem Umlageschlüssel ermittelten Vollkosten der Ressourcenfelder.
Umlageschlüssel	Der Umlageschlüssel teilt möglichst verursachergerecht dem Aufgabenfeld die Kosten der Leistungen zu, die ein Ressourcenfeld zu dessen Gunsten erbringt.

Impressum

Herausgeberin
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Marktplatz 9, CH-4001 Basel
info@bs.ch, www.bs.ch

Satz und Layout
Sprenger Grafikdesign, Basel

Druck
Kreis Druck AG, Basel

Preis
CHF 20.–